

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Schwankungsreserve sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 SGB VI (Rentenversicherungsbericht 1999)

und

Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 1999

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
022 (311) – 814 07 – Re 214/99

Berlin, den 17. November 1999

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß § 154 des Sozialgesetzbuchs (SGB VI) den von der Bundesregierung beschlossenen

Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Schwankungsreserve sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 SGB VI (Rentenversicherungsbericht 1999)

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dem Präsidenten des Deutschen Bundestages habe ich den Bericht ebenfalls zugeleitet.

Gerhard Schröder

Inhalt

	Seite
Verzeichnis der Übersichten	4
Verzeichnis der Schaubilder	6
Anhangverzeichnis	7
I. Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	7
II. Knappschaftliche Rentenversicherung	8
Kurzfassung des Berichts	9
Einleitung	13
Teil A: Die gesetzliche Rentenversicherung in den letzten Jahren	14
1. Die Zusammensetzung des Versichertenbestandes	14
2. Die Entwicklung der Renten nach Rentenarten	14
2.1 Anzahl der Renten im Zugang und Wegfall	14
2.2 Anzahl und Höhe der Leistungen im Rentenbestand	15
2.3 Die Verteilung der Rentenhöhe bei Kumulation von Renten ...	16
3. Die Strukturen des Rentenbestandes	16
3.1 Schichtungen nach rentenrechtlichen Zeiten, Entgeltpunkten und Rentenzahlbeträgen	16
3.2 Ruhensbeträge und Kindererziehung	17
3.3 Das Nettoeinkommen von Rentnerhaushalten	18
4. Die Entwicklung der Angleichung der Renten in den neuen Bun- desländern an die in den alten Bundesländern	19
5. Die Einnahmen, die Ausgaben und das Vermögen	19
5.1 Einnahmen	19
5.2 Ausgaben	20
5.3 Vermögen	20
Teil B: Vorausberechnung der Einnahmen, der Ausgaben und des Vermögens .	21
1. Die finanzielle Entwicklung im mittelfristigen Zeitraum 1999 bis 2003 auf der Grundlage der aktuellen Einschätzung der mittelfristi- gen Wirtschaftsentwicklung	21
1.1. Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	21
1.2. Knappschaftliche Rentenversicherung	23
2. Die finanzielle Entwicklung im Zeitraum 1998 bis 2013 unter ver- schiedenen Annahmenkombinationen	24
2.1. Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	24
2.2. Knappschaftliche Rentenversicherung	25

	Seite
3. Erläuterungen zu den Vorausberechnungen	26
3.1. Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	26
3.1.1 Allgemeine Annahmen	26
3.1.2 Verfahren zur Vorausberechnung der Einnahmen und der Ausgaben	29
3.1.3 Vermögen	31
3.2 Knappschaftliche Rentenversicherung	31
3.2.1 Allgemeine Annahmen	31
3.2.2 Verfahren zur Vorausberechnung der Einnahmen und der Ausgaben	32
3.2.3 Vermögen	34
Teil C: Auswirkungen der Heraufsetzung der Altersgrenzen	36
II. Übersichten zum Rentenversicherungsbericht 1999	37
III. Anhang:	
Zahlen zur gesetzlichen Rentenversicherung in Vergangenheit und Gegenwart ..	89
Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 1999	131

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht	Seite
A 1 Die Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Versicherungsverhältnis und dem Geschlecht in Deutschland und in den alten und neuen Bundesländern	37
A 2 Die Rentenneuzugänge und Rentenwegfälle in Deutschland nach Versicherungszweigen und in den alten und neuen Bundesländern ab 1996	40
A 3 Die Anzahl und der durchschnittliche Rentenzahlbetrag der laufenden Renten nach dem Rentenfallkonzept und dem Geschlecht in Deutschland nach Versicherungszweigen und in den alten und neuen Bundesländern ab 1996	41
A 4 Die Anzahl der Rentner und der durchschnittliche Gesamtrentenzahlbetrag der laufenden Renten nach dem Personenkonzept und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung ab 1996 zum 1. Juli des Jahres in Deutschland in den alten und neuen Bundesländern	44
A 5 Die Verteilung der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters nach den angerechneten rentenrechtlichen Zeiten, den durchschnittlichen Entgeltpunkten je Jahr an rentenrechtlichen Zeiten und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung am 31. Dezember 1998 in Deutschland und in den alten und neuen Bundesländern	47
A 6 Die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters sowie die Witwer- und Witwenrenten in der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Rentenfallkonzept, dem monatlichen Rentenzahlbetrag, den angerechneten rentenrechtlichen Zeiten und dem Geschlecht am 31. Dezember 1998 in Deutschland und in den alten und neuen Bundesländern	50
A 7 Die Schichtung der Rentner nach dem monatlichen Gesamtrentenzahlbetrag und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung am 1. Juli 1998 in Deutschland und in den alten und neuen Bundesländern ..	53
A 8 Die Zahl, die durchschnittlichen Ruhensbeträge und der durchschnittliche Rentenzahlbetrag der laufenden Witwer- und Witwenrenten am 1. Juli 1998, bei denen Erwerbseinkommen oder Erwerbsersatz Einkommen zu berücksichtigen ist, in Deutschland nach Versicherungszweigen und in den alten und neuen Bundesländern	56
A 9 Die Anzahl der Renten mit Kindererziehungszeiten/-leistungen, die durchschnittliche Höhe der Leistungen sowie der durchschnittliche Auszahlungsbetrag in Deutschland und in den alten und neuen Bundesländern am 31. Dezember 1998	57
A 10 Der Anteil des Rentenzahlbetrages am Nettogesamteinkommen von Beziehern kleiner Renten in Deutschland 1995	59
A 11 Vergleich der verfügbaren Eckrenten in den alten und neuen Bundesländern seit 1990	60
A 12 Die Entwicklung der Angleichung der verfügbaren laufenden Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters der neuen Bundesländer an die in den alten Bundesländern seit 1990	61
A 13 Die Einnahmen und die Ausgaben in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und der knappschaftlichen Rentenversicherung ab 1996 in Deutschland	62
B 1 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben, des Vermögens und des erforderlichen Beitragssatzes in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei geltendem Recht von 1999 bis 2003	64

Übersicht	Seite
B 1.1 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben, des Vermögens und des erforderlichen Beitragssatzes in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei Verwirklichung der Eckwerte der geplanten Rentenstrukturreform von 1999 bis 2003	65
B 2 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten Bundesländern bei geltendem Recht von 1999 bis 2003	66
B 3 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den neuen Bundesländern bei geltendem Recht von 1999 bis 2003	67
B 4 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und des Vermögens in der knappschaftlichen Rentenversicherung bei geltendem Recht von 1999 bis 2003	68
B 5 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der knappschaftlichen Rentenversicherung in den alten Bundesländern bei geltendem Recht von 1999 bis 2003	69
B 6 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der knappschaftlichen Rentenversicherung in den neuen Bundesländern bei geltendem Recht von 1999 bis 2003	70
B 7 Erforderliche Beitragssätze in Prozentpunkten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei geltendem Recht von 1999 bis 2013	71
B 7.1 Erforderlicher Beitragssatz und Rentenniveau in Prozentpunkten bei geltendem Recht und mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung von 1999 bis 2013	72
B 7.2 Erforderlicher Beitragssatz und Rentenniveau in Prozentpunkten auf Basis der Eckwerte der Rentenstrukturreform bei mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung von 1999 bis 2013	73
B 8 Einnahmen, Ausgaben und Schwankungsreserve in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten zusammen bei geltendem Recht von 1999 bis 2013	74
B 9 Die Entwicklung des Saldos aus Einnahmen und Ausgaben und des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in den alten und neuen Bundesländern bei geltendem Recht von 1999 bis 2013 bei mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung	77
B 10 Die Einnahmen, die Ausgaben und das Vermögen in der knappschaftlichen Rentenversicherung bei geltendem Recht von 1999 bis 2013 nach drei verschiedenen Annahmen jährlicher Zuwachsraten der Durchschnittsentgelte der Versicherten 1998 bis 2012	78
B 11 Die Durchschnittsentgelte der Versicherten, die aktuellen Rentenwerte und die Beitragsbemessungsgrenzen in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten Bundesländern bei geltendem Recht von 1999 bis 2013	81
B 12 Annahmen zur Entwicklung der beschäftigten Arbeiter und Angestellten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei geltendem Recht von 1999 bis 2013	82
B 13 Die Beitragssätze und die Beitragsbemessungsgrenzen in der knappschaftlichen Rentenversicherung bei geltendem Recht von 1999 bis 2013 nach der mittleren Variante	84
B 14 Die für die Vorausberechnung der Einnahmen und der Ausgaben angenommene Entwicklung der Zahl der Versicherten in der knappschaftlichen Rentenversicherung der alten Bundesländer sowie der neuen Bundesländer	85

Verzeichnis der Schaubilder

	Seite
1 Die Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten Bundesländern nach dem Versicherungsverhältnis 1997	86
2 Die Verteilung der Frauen mit Einzel- bzw. Mehrfachrenten und Männer mit Renten insgesamt nach dem Gesamtrentenzahlbetrag in Deutschland am 1. Juli 1998	86
3 Die Entwicklung der Angleichung der Eckrenten und der laufenden verfügbaren Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters der neuen Bundesländer an die in den alten Bundesländern seit 1990	87
4.1 Die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland im Jahr 1998	87
4.2 Die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland im Jahr 1998	88
5 Beitragssätze bei Verwirklichung der Eckdaten der Rentenstrukturreform alternativ mit voller bzw. ohne Wirkung der kapitalgedeckten Zusatzvorsorge auf den VGR-Nettolohn und beim RRG 1999 bei mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung von 2000 bis 2013	88

Anhangverzeichnis

Zahlen zur gesetzlichen Rentenversicherung in Vergangenheit und Gegenwart

I. Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

	Seite
I 1 Die Versicherten in der Rentenversicherung der Arbeiter (ArV) und der Angestellten (AnV) nach dem Versicherungsverhältnis 1966 bis 1998 in den alten und neuen Bundesländern	89
I 2 Die Anzahl der Rentenanträge und ihre Erledigung in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten 1982 bis 1998	91
I 3 Die Rentenneuzugänge nach Rentenarten 1960 bis 1998 in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten und neuen Bundesländern	93
I 4 Das durchschnittliche Zugangsalter der Rentenempfänger in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten und in der knappschaftlichen Rentenversicherung in den alten und neuen Bundesländern	96
I 5 Die Rentenwegfälle nach Rentenarten 1960 bis 1998 in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten und neuen Bundesländern	97
I 6 Anzahl der laufenden Renten nach Rentenarten 1966 bis 1998 in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten und neuen Bundesländern	100
I 7 Durchschnittliche Höhe der laufenden Renten nach Rentenarten 1966 bis 1998 in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten und neuen Bundesländern	103
I 8 Die Anzahl und der durchschnittliche Rentenzahlungsbetrag der laufenden Renten nach dem Rentenfallkonzept und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung in den neuen Bundesländern seit dem 30. Juni 1990	106
I 9 Die Höhe der durchschnittlichen Entgeltpunkte und die angerechneten rentenrechtlichen Zeiten in den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Geschlecht in den alten und neuen Bundesländern von 1985 bis 1998	107
I 10 Die Entwicklung des durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelts der Versicherten, der allgemeinen Bemessungsgrundlage, des aktuellen Rentenwertes, der Beitragsbemessungsgrenze, einer 1957 festgesetzten Altersrente und des Rentenniveaus in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten Bundesländern	109
I 11 Die Entwicklung des aktuellen Rentenwertes, der Beitragsbemessungsgrenze und einer 1990 festgestellten Altersrente in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den neuen Bundesländern	110
I 12 Die Einnahmen und die Ausgaben 1983 bis 1998 in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten Bundesländern	111
I 13 Die Einnahmen und die Ausgaben 1991 bis 1998 in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den neuen Bundesländern	113
I 14 Schwankungsreserve, verfügbare liquide Mittel und Finanzausgleich in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten 1974 bis 1998	114

II. Knappschaftliche Rentenversicherung

	Seite
II 1 Die Versicherten in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach dem Versicherungsverhältnis und dem Geschlecht 1966 bis 1998 in den alten und von 1991 bis 1998 in den neuen Bundesländern	115
II 2 Die Anzahl der Rentenanträge und ihre Erledigung in der knappschaftlichen Rentenversicherung 1981 bis 1998 in den alten und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern	118
II 3 Die Rentenneuzugänge in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach Rentenarten 1963 bis 1998 in den alten und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern	120
II 4 Die Rentenwegfälle in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach Rentenarten 1978 bis 1998 in den alten und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern	122
II 5 Die Anzahl der laufenden Renten in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach Rentenarten 1966 bis 1998 in den alten und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern	125
II 6 Die durchschnittliche Höhe der laufenden Renten in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach Rentenarten 1966 bis 1998 in den alten und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern	126
II 7 Die Entwicklung des durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelts der Versicherten, der allgemeinen Bemessungsgrundlage, der Beitragsbemessungsgrenze und eines 1957 festgesetzten Knappschaftsruhegeldes in den alten Bundesländern	127
II 8 Die Einnahmen und die Ausgaben in der knappschaftlichen Rentenversicherung von 1981 bis 1998 in den alten Bundesländern	128
II 9 Die Einnahmen und die Ausgaben in der knappschaftlichen Rentenversicherung von 1991 bis 1998 in den neuen Bundesländern	129

Rentenversicherungsbericht 1999

Kurzfassung des Berichts

Im Rentenversicherungsbericht 1999 wird – wie in den Berichten der Vorjahre – über die Entwicklung der Rentenversicherung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft berichtet.

Beim Amtsantritt der Bundesregierung galt für die Rentenversicherung das Recht des Rentenreformgesetzes 1999 (RRG 1999). Mit diesem Gesetz der alten Regierung wurden u.a. der Demographiefaktor in der Rentenformel eingeführt und die Regelungen der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in sozial nicht hinnehmbarem Umfang verschlechtert. Beides haben die Koalitionsfraktionen vor Übernahme der Regierungsverantwortung abgelehnt. Die Bundesregierung hat daher sofort nach ihrem Amtsantritt im Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte sowohl den Demographiefaktor als auch die Einschnitte in die Erwerbsminderungsrenten bis Ende 2000 ausgesetzt, um in der Zwischenzeit dauerhafte und sozialpolitisch vertretbare Regelungen zu finden. Gleichzeitig wurde das Aufkommen aus der ersten Stufe der Ökosteuerreform zur Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,8 Prozentpunkte von 20,3 v. H. auf 19,5 v. H. (ab 1. April 1999) eingesetzt. Dies geschah gezielt durch strukturelle Reformen: Die zuvor im Bundeszuschuss enthaltene pauschale Erstattung für Kindererziehungszeiten wurde ab Juni 1999 durch eine direkte Beitragszahlung des Bundes ersetzt, die sich im Jahr 2000 auf 22,4 Mrd. DM – netto nach Gegenrechnung der im Regelbundeszuschuss für Kindererziehungszeiten enthaltenen Pauschale auf 15,2 Mrd. DM – belaufen wird. Ferner wird ab 1999 die Erstattung der Aufwendungen für einigungsbedingte Rentenleistungen nicht mehr auf den Bundeszuschuss angerechnet und damit zusätzlich erbracht. Darüber hinaus hat der Gesetzgeber zur Verhinderung einer Erosion des versicherungspflichtigen Personenkreises und damit der Beitragsgrundlagen das Recht der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse reformiert und die Vorschriften über die Versicherungspflicht für sogenannte Scheinselbstständige präzisiert.

Aufbauend auf diesen Maßnahmen hat das Bundeskabinett in der Kabinettsitzung vom 23. Juni 1999 ein umfassendes „Zukunftsprogramm“ beschlossen. Zu den Schwerpunkten des Zukunftsprogramms zählt die Erneuerung des Rentensystems durch eine Rentenstrukturereform. Ziel dieser Reform ist es, nachhaltige Grundlagen für die Zukunftsfestigkeit der Rentenversicherung und des gesamten Alterssicherungssystems durch folgende Maßnahmen zu schaffen:

- Langfristige Beitragssatzstabilisierung durch Anpassung der Renten in den Jahren 2000 und 2001 entsprechend dem Anstieg der Lebenshaltungskosten des Vorjahres. Dabei handelt es sich um eine Übergangsregelung, ab 2002 ist die Rückkehr zu den Grundsätzen der Nettoanpassung vorgesehen.
- Senkung und Stabilisierung der Rentenversicherungsbeiträge durch Verwendung des Aufkommens aus den nächsten Stufen der Ökosteuerreform.
- Aufbau einer ergänzenden kapitalgedeckten Altersvorsorge.
- Neugestaltung des Rechts der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten.
- Einführung einer bedarfsorientierten und steuerfinanzierten sozialen Grundsicherung zur Vermeidung von Armut im Alter und bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit aus medizinischen Gründen.
- Verbesserung der eigenständigen Alterssicherung der Frau durch Reform des Rechts der Hinterbliebenenrenten.

Dem Rentenversicherungsbericht 1999 werden – wie den entsprechenden Berichten der Vorjahre – das geltende Recht zugrunde gelegt sowie finanzwirksame Maßnahmen, die sich bereits im Gesetzgebungsverfahren befinden (im folgenden kurz als „geltendes Recht“ bezeichnet). Zu letzteren gehört das Haushaltssanierungsgesetz und das Gesetz

zur Fortführung der ökologischen Steuerreform, die u. a. zwei der Eckwerte der Rentenstrukturreform umfassen, nämlich die Rentenanpassung in 2000 und 2001 entsprechend der Preisentwicklung des jeweiligen Vorjahres und die Verwendung der Mittel aus den weiteren Stufen der ökologischen Steuerreform zur Senkung und Stabilisierung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung. Die Zugrundelegung des geltenden Rechts bedeutet aber auch, dass ab 2001 die politisch nicht beabsichtigte BU/EU-Reform des RRG 1999 und ab 2002 der ebenfalls politisch nicht beabsichtigte Demographiefaktor in die Berechnungen einzustellen sind. Eine Kopplung von Rentenanpassung nach Preisentwicklung mit der Fortführung des Demographiefaktors würde das Rentenniveau unter die von der Bundesregierung angestrebte Höhe senken. Die Ergebnisse bei geltendem Recht werden – wie in den Vorjahren – in Übersichten über die Einnahmen und Ausgaben, über das Vermögen und die Beitragssatzentwicklung dargestellt.

Da die BU/EU-Reform des RRG 1999 und der Demographiefaktor nicht Bestandteil des Konzepts der Bundesregierung sind, wird in diesem Bericht zusätzlich die Beitragssatzentwicklung dargestellt, die bei Umsetzung der von der Bundesregierung am 23. Juni 1999 beschlossenen Eckwerte ihrer Rentenstrukturreform zu erwarten ist. Weil die konkrete Ausgestaltung aller Eckwerte noch nicht abgeschlossen ist, sind für die Quantifizierungen Annahmen zu treffen, die im Berichtsteil B 3.1.1 näher beschrieben sind.

Die Entwicklung der Finanzlage der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten wird in dem Bericht in 9 Varianten und die der knappschaftlichen Rentenversicherung in 3 Varianten dargelegt, die unter den getroffenen Annahmen modellhaft mögliche Entwicklungen im fünfzehnjährigen Vorausberechnungszeitraum von 1999 bis 2013 ausweisen. Die Modellvarianten für die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten basieren auf jeweils drei Annahmen zur Entwicklung der Bruttodurchschnittsentgelte aller Versicherten und drei Annahmen zur Entwicklung der Beschäftigtenzahl. Für die knappschaftliche Rentenversicherung werden nur die Entgeltannahmen unter Zugrundelegung einer modellhaften Entwicklung der Versicherten in der KnRV variiert.

Neben den langfristigen Modellrechnungen enthält der Bericht eine mittelfristige Berechnung der Finanzentwicklung. Dieser Berechnung liegen bei den Entgelten und Beschäftigten die Annahmen der Bundesregierung zur mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung im Zeitraum 1999 bis 2003 vom 29. April 1999 zugrunde, die in den Jahren 1999 und 2000 durch die Neueinschätzung des Interministeriellen Arbeitskreises „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung“ vom 26. Oktober aktualisiert wurden. Diese Annahmen liegen auch dem Bundeshaushalt 2000 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2003 zugrunde.

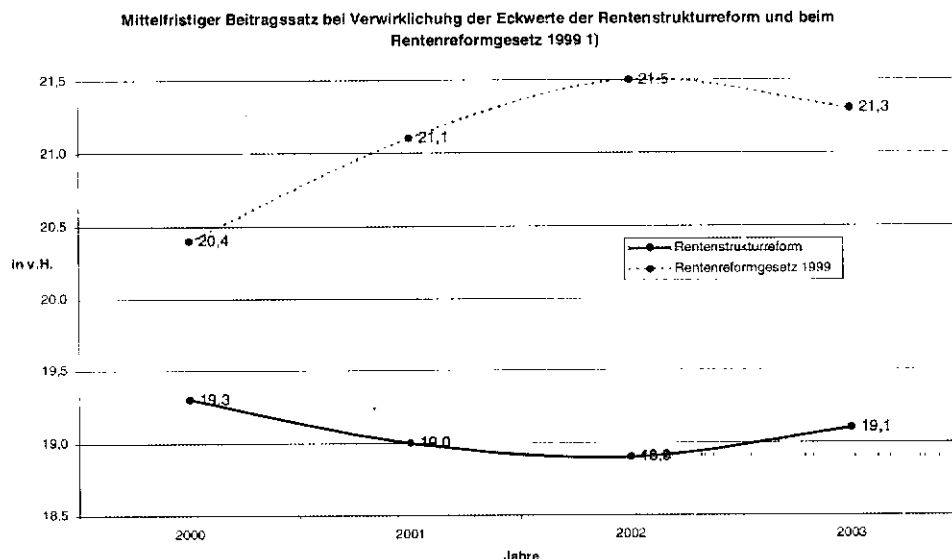
Die für die Berechnungen maßgeblichen Annahmen und Schätzverfahren werden im Teil B ausführlich erläutert; sie sind am 21. September 1999 im Abstimmungskreis für die Grundlagen der Vorausberechnungen der Entwicklung der Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung eingehend beraten worden. Mitglieder des Abstimmungskreises sind die Bundesministerien für Arbeit und Sozialordnung, für Wirtschaft, der Finanzen, das Bundeskanzleramt, der Bundesrechnungshof, die Deutsche Bundesbank, das Bundesversicherungsamt, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger.

Die Ergebnisse der Vorausberechnung der finanziellen Entwicklung im mittelfristigen Zeitraum bis 2003 sind für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in der Übersicht B 1 für das geltende Recht dargestellt. Die Finanzentwicklung für die Eckwerte der Rentenstrukturreform ist der Übersicht B 1.1 zu entnehmen.

Bei dem im Dezember 1998 für 1999 ab 1. April festgesetzten Beitragssatz von 19,5 v. H. wird die Schwankungsreserve von 17,9 Mrd. DM Ende 1998 auf 26,6 Mrd. DM Ende 1999 aufgebaut werden. Dies sind 0,1 Mrd. DM mehr als eine Monatsausgabe. Erstmals nach 1994 ist damit für 1999 ein Beitragssatz festgesetzt worden, der voraussichtlich zu der am Jahresende vorgesehenen Schwankungsreserve von 1 Monatsausgabe führt. An den Jahresenden 1995 bis 1998 hat die Schwankungsreserve nur zwischen 0,6 und 0,9 Monatsausgaben gelegen.

Auf der Basis der Eckwerte der Rentenstrukturreform ergibt sich ein Beitragssatz von 19,3 v. H. für 2000, von 19,0 v. H. für 2001, von 18,9 v. H. für 2002 und von 19,1 v. H. für 2003.

In der Finanzrechnung nach dem geltenden Recht, das jedoch zusätzlich zur Preis Anpassung der Renten in den Jahren 2000 und 2001 noch den politisch nicht beabsichtigten Demographiefaktor (ab 2002) und die BU/EU-Reform des RRG 1999 (ab 2001) einschließt, ergibt sich für das Jahr 2000 eine Senkung des Beitragssatzes von jetzt 19,5 v. H. auf 19,3 v. H. Er würde in den Jahren danach weiter, und zwar auf 19,0 v. H. im Jahr 2001, 18,8 v. H. im Jahr 2002 und auf 18,7 v. H. im Jahr 2003 sinken.



1) Rentenreformgesetz 1999 unter der Annahme, daß die von der alten Bundesregierung beschlossene Steuerreform im Jahre 2000 in Kraft treten würde

Auf der Basis des Rechtsstands Rentenreformgesetz 1999 und unter der Annahme, dass die von der alten Bundesregierung beschlossene Steuerreform im Jahre 2000 in Kraft treten würde, ergäbe sich demgegenüber im Jahre 2002 ein Beitragssatz von 21,5 v. H. und im Jahr 2003 von 21,3 v. H. (vgl. Schaubild).

Die erheblich günstigere Beitragssatzentwicklung nach der Rentenstrukturreform ist auf die von der Bundesregierung seit Herbst 1998 getroffenen bzw. eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung zurückzuführen. Die Beitragssatzreihe nach geltendem Recht verläuft dabei etwas unter der nach den Eckwerten der Rentenstrukturreform, weil nach geltendem Recht ab 2001 die politisch nicht beabsichtigte BU/EU-Reform des RRG 1999 und ab 2002 der ebenfalls politisch nicht beabsichtigte Demographiefaktor in die Berechnung eingestellt sind.

Die Beitragssatzentwicklung im langfristigen Zeitraum bis 2013 ist für das geltende Recht in den Übersichten B 7 und B 7.1 dargestellt. Die Beitragssatzentwicklung für die Eckwerte der Rentenstrukturreform ist in der Übersicht B 7.2 aufgeführt.

Auf der Basis der Eckwerte zur Rentenstrukturreform ergibt sich in der mittleren Variante ein Beitragssatz von 19,0 v. H. in 2003, der in dieser Höhe bis 2013 stabil bleibt. Hierbei ist angenommen, dass der Kapitalvorsorgebeitrag den in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesenen Nettolohn je Arbeitnehmer um rd. 3 v. H. mindert. Ohne diese Wirkung beträgt der Beitragssatz im Jahre 2013 19,5 v. H. Das Rentenniveau geht in beiden Fällen auf rd. 67 v. H. zurück und bleibt in dieser Höhe langfristig stabil.

Nach geltendem Recht würde der Beitragssatz ab dem Jahr 2003 in der mittleren Variante bis 2008 auf 19,0 v. H. steigen. Dieser Anstieg steht u. a. im Zusammenhang mit der dritten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002. Bis zum Jahr 2013 würde er dann wieder auf 18,6 v. H. zurückgehen; das Rentenniveau würde dabei auf 64,7 v. H. (alte Bundesländer) bzw. 65,1 v. H. (neue Bundesländer) sinken.

Auf der Basis des Rechtsstands Rentenreformgesetz 1999 und unter der Annahme, dass die von der alten Bundesregierung beschlossene Steuerreform im Jahre 2000 in Kraft treten würde, ergäbe sich im Jahr 2013 ein Beitragssatz von 21,0 v. H. Das bedeutet, dass im Jahr 2013 der Beitragssatz nach der Rentenstrukturreform in der Variante „volle Wirkung des Kapitalvorsorgebeitrags auf den Nettolohn“ um 2 Beitragssatz-

punkte, in der Variante ohne diese Wirkung um 1,5 Beitragssatzpunkte niedriger ausfällt. Die Senkung und Stabilisierung des Beitragssatzes auf niedrigerem Niveau sind das Ergebnis der umfangreichen Korrekturmaßnahmen der Bundesregierung direkt nach ihrem Amtsantritt sowie der von ihr beschlossenen Eckwerte zur Rentenstrukturreform, von denen zwei, nämlich die Rentenanpassung in 2000 und 2001 entsprechend der Preisentwicklung und die weitere Zuführung von Mitteln der Ökosteuer, bereits mit dem Haushaltssanierungsgesetz und dem Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform in Kraft treten.

Einleitung

Die Bundesregierung hat nach § 154 SGB VI den gesetzgebenden Körperschaften jährlich bis zum 30. November einen Rentenversicherungsbericht vorzulegen. Der Bericht umfasst in diesem Jahr folgende Komplexe:

- a) In dem Bericht werden – wie jedes Jahr – Finanzlage und Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung dargestellt. Der Bericht muss insbesondere eine Übersicht über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung in den künftigen fünf Kalenderjahren auf der Grundlage der aktuellen Einschätzung der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung enthalten. Diese Berechnung bildet einen Schwerpunkt des Berichts, da die aufgrund dieser Berechnung sich ergebende Finanzentwicklung nach der Intention des RRG 1992 Grundlage für die Entscheidung über die erforderliche Höhe des Beitragssatzes im Jahre 2000 ist. Die Veränderung des Beitragssatzes erfolgt allerdings getrennt durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates.*
- b) Der Rentenversicherungsbericht muss seit 1997 auch darstellen, wie sich die Anhebung der Altersgrenzen voraussichtlich auf die Arbeitsmarktlage, die Finanzlage der Rentenversicherung und andere öffentliche Haushalte auswirkt (§ 154 SGB VI Abs. 2).*

Über die mittel- und langfristige finanzielle Entwicklung der Rentenversicherung wird im Teil B berichtet. In Teil A wird über die Entwicklung der Zahl der Versicherten, der Renten und deren Höhe sowie über die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und des Vermögens in den letzten Jahren berichtet. Langfristige Zeitreihen über die Entwicklung in der Vergangenheit sind im Anhang zusammengestellt worden.

Über die Anhebung der Altersgrenzen wird in Teil C berichtet.

Tell A

Die gesetzliche Rentenversicherung in den letzten Jahren

1. Die Zusammensetzung des Versichertenbestandes

Bislang stellten die Ergebnisse der Mikrozensuserhebung die für die Beobachtung der Versicherungsverhältnisse wichtige und z. T. die einzige Grundlage dar. Im diesjährigen Bericht wird hier erstmals auf die Versichertenstatistiken des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) abgestellt. Damit kann über die Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und der knappschaftlichen Rentenversicherung zum gleichen Stichtag und in tieferer Gliederung als bisher berichtet werden.

Hiernach gliedern sich die Versicherten in der Gesetzlichen Rentenversicherung in die folgenden Personengruppen:

Aktiv Versicherte

Pflichtversicherte

Unter Pflichtversicherten des Berichtsjahres werden alle Personen verstanden, die in diesem Berichtsjahr wenigstens einen Pflichtbeitrag geleistet haben. Zu den Pflichtversicherten des Berichtsjahres zählen auch Personen mit Pflichtbeitragszeiten in dem Berichtsjahr, selbst wenn sie am Jahresende bereits verstorben waren oder Rente bezogen haben.

Freiwillig Versicherte

Personen, die im Berichtsjahr mindestens einen freiwilligen Beitrag geleistet haben bzw. bei denen (bei Stichtagsauswertungen) für den Monat des Erhebungsstichtages (31. 12.) ein freiwilliger Beitrag im Versicherungskonto gespeichert ist, werden als freiwillig Versicherte bezeichnet.

Aufgrund von Anrechnungszeiten Versicherte

Als Anrechnungszeitenversicherte werden alle den Versicherungsträgern als solche bekannten Personen ausgewiesen, die im Berichtsjahr Anrechnungszeiten zurückgelegt haben, die im jeweiligen Versichertenkonto gespeichert sind.

Passiv Versicherte

Übergangsfälle

Bei den Übergangsfällen handelt es sich um Versicherte, die zwar in dem durch den Stichtag abgeschlossenen Kalenderjahr einen Tatbestand aktiver Versicherung erfüllt haben, bei denen aber die aktive Versicherung nicht den Stichtag überlappt. Nicht zu den Übergangs-

fällen zählen Versicherte, die zum Stichtag verstorben sind oder eine Versichertenrente beziehen.

Latent Versicherte

Hierbei handelt es sich um Versicherte, die weder am Stichtag noch sonst im Berichtsjahr, wohl aber zuvor einen Beitrag oder eine Anrechnungszeit aufweisen.

Nach der VDR-Erhebung waren in der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland am Stichtag (31. 12. 1997) rd. 49,6 Millionen Versicherte registriert. Die Übersicht A 1 zeigt, wie sich diese auf die genannten Personengruppen verteilen: Am Stichtag wurden rd. 30,2 Millionen Pflichtversicherte (60,9 v.H.), rd. 0,8 Millionen freiwillig Versicherte (1,7 v.H.), rd. 0,2 Millionen aufgrund von Anrechnungszeiten Versicherte (0,4 v.H.), rd. 2,7 Millionen Übergangsfälle (5,4 v.H.) und rd. 15,6 Millionen latent Versicherte (31,6 v.H.) erfasst. Dieser Sachverhalt ist in Schaubild 1 noch einmal graphisch aufbereitet.

Es ist ein erheblicher Unterschied bei der Struktur der Versicherten in Ost- und Westdeutschland festzustellen. Liegt der Anteil der Pflichtversicherten in den alten Bundesländern bei 57,5 v.H., so ist er in den neuen Bundesländern mit 77,3 v.H. sehr viel höher. Dies ist insbesondere die Folge der unterschiedlichen Beschäftigungspolitik und des abweichenden Versicherungsrechts in der früheren Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR.

Gegenüber dem Vorjahresstichtag (31. 12. 1996) ist die Zahl der Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung um rd. 119000 gestiegen. Einem Rückgang der aktiv Versicherten um rd. 272000 steht ein Anstieg der passiv Versicherten um rd. 391000 gegenüber.

Auch was die Gesamtzahl der Versicherten betrifft, ist eine unterschiedliche Entwicklung in Ost und West festzustellen: Stieg die Zahl der Versicherten am Stichtag gegenüber dem 31. 12. 1996 in den alten Bundesländern um rd. 153000, so ist in den neuen Bundesländern ein Rückgang um rd. 35000 festzustellen. Dies ist auf den starken Rückgang Pflichtversicherter in den neuen Bundesländern zurückzuführen: Die Zahl der Pflichtversicherten sank hier um rd. 152000. Dieser Rückgang ist somit auch absolut stärker als der in den alten Ländern beobachtete (-113000).

2. Die Entwicklung der Renten nach Rentenarten

2.1 Anzahl der Renten im Zugang und Wegfall

In der Übersicht A 2 werden die Rentenneuzugänge und -wegfälle von 1996 bis 1998 ausgewiesen. Die Ent-

wicklung des durchschnittlichen Zugangsalters für Versichertenrenten in den alten und den neuen Bundesländern ist der Übersicht I 4 zu entnehmen.

Von der Gesamtzahl der Rentenneuzugänge in der gesetzlichen Rentenversicherung entfallen im Jahr 1998 72,9 v.H. auf Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters, 21,7 v.H. auf Witwen- und Witwerrenten (ohne die wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhenden Renten) und 5,2 v.H. auf Waisenrenten. Der Anteil der Renten wegen Alters an den Zugängen an Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ist 1998 gegenüber 1997 leicht auf 77,4 v.H. gestiegen. Der Anteil der Rentenzugänge an flexiblen Altersrenten an den Renten wegen Alters insgesamt hat sich in 1997 gegenüber dem Vorjahr von 15,4 v.H. auf 16,7 v.H. erhöht. In 1998 stieg dieser Anteil weiter auf 18,3 v.H.

In der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten hatte der Anteil der Regelaltersrenten an den Renten wegen Alters 1998 mit knapp 30 v.H. im Vergleich zum Vorjahr eine leicht fallende Tendenz, was nahezu ausschließlich auf die Entwicklung in den alten Bundesländern zurückgeht: Hier sank dieser Anteil 1998 auf 35,5 v.H. (1997: 37,0 v.H.). Mit 5,7 v.H. ist der Anteil der Regelaltersrenten an den Altersrenten im Osten immer noch erheblich geringer als im Westen (Übersicht I 3).

Der Anteil der Renten wegen Arbeitslosigkeit an den Altersrenten hat sich in der ArV/AnV von 25,5 v.H. (1997) auf rd. 21,8 v.H. (1998) spürbar verringert. Hierin kommen die Ausweichreaktionen auf die versicherungsmathematischen Abschläge auf Renten wegen Arbeitslosigkeit und nach Teilzeitarbeit zum Ausdruck, für die nach dem WFG seit 1997 die Altersgrenzen schrittweise angehoben werden. Der Rückgang des Anteils der Renten wegen Arbeitslosigkeit an den Altersrenten vollzog sich allerdings in Ostdeutschland sehr viel stärker als in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern sank der Anteil von 42,9 v.H. auf 34,6 v.H.; in den alten Bundesländern fiel er moderat von 20,6 v.H. auf 18,8 v.H. (Übersicht I 3).

Der Anteil der neu zugegangenen Renten an Frauen nach Vollendung des 60. Lebensjahres wegen Aufgabe der Beschäftigung an den Altersrenten an Frauen insgesamt erhöhte sich in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten 1998 gegenüber 1997 von 53 v.H. auf 55,7 v.H. Gleichzeitig sank der Anteil der Regelaltersrentner bei den Frauen von 37 v.H. (1997) auf 35,5 v.H. Erstmals seit 1985 gingen 1998 in den alten Bundesländern weniger Altersrenten wegen Vollendung des 65. Lebensjahres als wegen Vollendung des 60. Lebensjahres unter Aufgabe der Beschäftigung zu. Der Anteil der Renten wegen Arbeitslosigkeit an den Altersrenten bei Frauen sank 1998 in Deutschland von 4,7 v.H. auf 3,3 v.H.

Bei den Frauen weicht die Struktur der Zugänge an Altersrenten in den neuen Bundesländern deutlich von der in den alten Bundesländern ab. Ursache dafür dürften sowohl die Arbeitsmarktverhältnisse als auch die längere Berufstätigkeit der Frauen in den neuen Bundeslän-

dern sein, wegen der die Frauen dort in der Regel die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen zum Bezug der Altersrente ab 60 Jahren erfüllen. Von 1997 auf 1998 ist zwar der Anteil der Regelaltersrenten der ArV/AnV an den Altersrenten bei den Frauen in den neuen Bundesländern von 4,2 v.H. auf 4,7 v.H. gestiegen, während in den alten Bundesländern dieser Anteil gleichzeitig von 45,7 v.H. auf 43,1 v.H. fiel. Allerdings hat in 1998 mit 91,4 v.H. der Anteil der Altersrenten an Frauen wegen Aufgabe der Beschäftigung in den neuen Bundesländern gegenüber dem Vorjahr (89,2 v.H.) weiterhin zugenommen. Das hohe Niveau zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Frauen in den neuen Bundesländern die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllte. In den alten Bundesländern lag 1998 der Anteil der Altersrenten an Frauen wegen Aufgabe der Beschäftigung mit 47 v.H. erheblich unter dem Niveau der neuen Bundesländer (Übersicht I 3).

Der Anteil der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters an der Gesamtzahl der Rentenwegfälle in der gesetzlichen Rentenversicherung lag auch 1998 bei 63 v.H. Im gleichen Zeitraum lagen der Anteil der Witwen- und Witwerrenten bei rd. 27 v.H. und der Anteil der Waisenrenten bei 10 v.H. Diese Werte blieben im Vergleich zum Vorjahr im wesentlichen unverändert (Übersicht I 5).

Die Anzahl der Rentenneuzugänge lag 1997 in allen drei Versicherungszweigen um rd. 365000 über der Zahl der Rentenwegfälle. Dieser Überschuss ist in 1998 auf rd. 305000 zurückgegangen. Wie in den vergangenen Jahren resultierte dieser Überschuss an Renten neuzugängen vor allem aus dem Überschuss bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters. In den einzelnen Versicherungszweigen stellt sich diese Entwicklung – u.a. bedingt durch die verschiedenen Strukturen im Versicherten- und Rentenbestand – unterschiedlich dar. In der Rentenversicherung der Arbeiter überwogen die Rentenzugänge in 1998 die Rentenwegfälle um rd. 120000 in der Rentenversicherung der Angestellten um rd. 195000. In der knappschaftlichen Rentenversicherung überstiegen die Wegfälle die Zugänge um rd. 10000 (Übersicht A 2).

2.2 Anzahl und Höhe der Leistungen im Rentenbestand

Am 1. Juli 1998 wurden in der gesetzlichen Rentenversicherung rd. 22 Millionen Renten (Übersichten A 3) – das sind knapp 400000 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, wobei rd. 310000 zusätzliche Renten auf die alten Bundesländer entfallen – an rd. 18,2 Millionen Rentner (vgl. Übersicht A 4) gezahlt. 73,5 v.H. der Renten wurden wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters, 24,6 v.H. als Witwen- und Witwerrenten und 1,9 v.H. als Waisenrenten geleistet, 88 v.H. des Bestandes an Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters entfallen auf Renten wegen Alters. Diese Werte entsprechen denen des Vorjahres. In den alten Bundesländern liegt der Anteil der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters mit rd. 73 v.H. nur unwesentlich unter dem Wert für die neuen Bundesländer von 75,3 v.H.

Es entfielen rd. 12,7 Millionen Renten auf die Rentenversicherung der Arbeiter, rd. 8,3 Millionen auf die Rentenversicherung der Angestellten, und rd. 1 Million Renten auf die knappschaftliche Rentenversicherung. Die Erhöhung des Rentenbestandes resultiert ausschließlich aus einem Anwachsen des Versichertenrentenbestandes um rd. 390 000 auf 16,2 Millionen Renten.

Für **Männer** betrug in der gesetzlichen Rentenversicherung am 1. Juli 1998 die Höhe des durchschnittlichen Rentenzahlbetrags für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters 1842 DM. Dieser Wert ist in den neuen Bundesländern mit 1877 DM etwas höher als in den alten Bundesländern (1833 DM). Die durchschnittliche Höhe des Rentenzahlbetrages bei flexiblen Altersrenten liegt mit 2161 DM in den alten und 2005 DM in den neuen Bundesländern erheblich über diesem Durchschnitt, denn die Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Rentenart sind mindestens 35 anrechnungsfähige Versicherungsjahre. Dementsprechend liegt die durchschnittliche Zahl der erzielten Entgeltpunkte für flexible Altersrenten (49,5) deutlich über den Entgeltpunkten für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt (42,2).

Der durchschnittliche Zahlbetrag für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters am 1. Juli 1998 lag bei den **Frauen** bei 924 DM. Der durchschnittliche Zahlbetrag für Versichertenrenten betrug in den alten Bundesländern 852 DM, während der Wert für die neuen Bundesländer mit 1147 DM erheblich darüber liegt. Hier machen sich die Unterschiede in den Erwerbsverläufen bei Frauen in den neuen Ländern, verglichen mit denen in den alten Ländern, bemerkbar: Während in den neuen Bundesländern Frauen im Durchschnitt fast 35 Jahre an rentenrechtlichen Zeiten vorzuweisen haben, sind es in den alten Bundesländern durchschnittlich lediglich rd. 26 Jahre. Die in den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters enthaltenen flexiblen Altersrenten liegen auch bei den Frauen deutlich über dem Durchschnitt der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters: Der durchschnittliche Zahlbetrag beträgt für flexible Altersrenten 1187 DM (alte Bundesländer) bzw. 1402 DM (neue Bundesländer). Den Renten an Frauen wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt lag eine Summe von durchschnittlich 21,2 und den flexiblen Altersrenten eine Summe von durchschnittlich 26,5 Entgeltpunkten zugrunde.

2.3 Die Verteilung der Rentenhöhe bei Kumulation von Renten

Seit 1993 ist die Darstellung des Mehrfachrentenbezugs (Rentenkumulation) von Rentnern in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, seit 1996 auch unter Einbeziehung der knappschaftlichen Rentenversicherung möglich (Darstellung nach dem Personenkonzept, vgl. Übersicht A 4). Bei kumulierten Gesamtleistungen handelt es sich ausschließlich um Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung.

In der gesetzlichen Rentenversicherung bezogen am 1. Juli 1998 rd. 18,2 Millionen Rentner rd. 22 Millionen Renten (vgl. Übersicht A 3). Rd. 3,4 Millionen oder

18,6 v.H. der Rentner bezogen mehr als eine Rente. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Mehrfachrentner um rd. 75 000 erhöht. 93,9 v.H. der Mehrfachrentenbezieher waren Frauen. Der geringe Anteil der Männer mit Mehrfachrentenbezug ist einerseits auf die Regelungen im Hinterbliebenenrecht zurückzuführen, wonach bis 1986 die Männer keinen unbedingten Anspruch auf eine Witwerrente hatten und seit 1986 der unbedingte Anspruch auf Witwerrente einer Einkommensanrechnung unterliegt, die bei Männern häufig zum vollständigen Ruhen der Rente führt. Andererseits dürfte es auch deshalb kaum Männer mit Mehrfachrentenbezug geben, weil im Regelfall die eigene Rente mit einer Rente wegen Todes kumuliert und im allgemeinen die Ehefrauen ihre Männer überleben. 29 v.H. der Rentnerinnen der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen mehr als eine Rente. Dieser Anteil liegt in den alten Bundesländern mit 27,7 v.H. unter dem entsprechenden Wert für die neuen Bundesländer (33,4 v.H.).

In Übersicht A 4 sind die Einzel- und Mehrfachrentner in der gesetzlichen Rentenversicherung mit ihren monatlichen Gesamtzahlbeträgen am 1. Juli 1998 dargestellt. Während Personen mit nur einer Rente im Durchschnitt über einen monatlichen Gesamtzahlbetrag von 1377 DM verfügen, erhielten Mehrfachrentner durchschnittlich rd. 1898 DM.

3. Die Strukturen des Rentenbestandes

Hierzu im Anhang: Übersicht I 9, I 10, I 11

3.1 Schichtungen nach rentenrechtlichen Zeiten, Entgeltpunkten und Rentenzahlbeträgen

Die entscheidenden Faktoren für die Höhe einer Rentenleistung sind in der gesetzlichen Rentenversicherung von 1957 bis 1991 die zurückgelegten Versicherungsjahre und die Höhe der persönlichen Bemessungsgrundlage. Seit Einführung des SGB VI zum 1. Januar 1992 bildet die Summe der in den rentenrechtlichen Zeiten erworbenen persönlichen Entgeltpunkte die Grundlage für die Berechnung der Rente. Zur Ermittlung der Entgeltpunkte wird der Quotient aus dem erzielten persönlichen Entgelt zum Durchschnittsentgelt der Anlage I SGB VI des jeweiligen Versicherungsjahres gebildet. In der Übersicht I 9 im Anhang wird dargestellt, wie sich die durchschnittliche Bemessungsgrundlage und die durchschnittliche Anzahl der Versicherungsjahre von 1985 bis 1991 sowie die durchschnittlich zurückgelegten rentenrechtlichen Zeiten und die durchschnittlichen Entgeltpunkte je Jahr an rentenrechtlichen Zeiten von 1993 bis 1998 bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters an Männer und an Frauen der gesetzlichen Rentenversicherung entwickelt haben.

In der Übersicht A 5 ist die Verteilung der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters nach den angerechneten rentenrechtlichen Zeiten und den durchschnittlichen Entgeltpunkten je Jahr an rentenrechtlichen Zeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung dargestellt. Dabei handelt es sich um die Ergebnisse der Rentenbestandsaufnahme des Verbandes

Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) zum 31. Dezember 1998. Diese Auswertung enthält weder Renten mit Rentenbeginn vor 1957 noch Vertragsrenten oder Renten, bei denen die notwendigen Merkmale nicht erfasst waren. Daher weichen die Rentenzahlen und die durchschnittlichen Rentenzahlungsbeträge von denen in anderen Übersichten ab. Die Renten nach Mindesteinkommen sind in der Auswertung enthalten.

Die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters an **Männern** beruhten zum 31. 12. 1998 im Durchschnitt auf 41,12 Jahre an rentenrechtlichen Zeiten und 1,09 Entgeltpunkten je Jahr. Weniger als ein Sechstel der Renten beruhten auf weniger als 35 rentenrechtlich relevanten Jahren. Unterdurchschnittliche Entgelte während der Erwerbsphase lagen rd. einem Drittel der Renten zugrunde. Der Anteil der Männer mit weniger als 15 Versicherungsjahren betrug nur rd. 3 v.H. aller Renten. Hierbei dürfte es sich vor allem um Selbstständige und Beamte handeln.

Die durchschnittlichen rentenrechtlich relevanten Zeiten betrugen am 31. 12. 1998 in den alten Bundesländern 39,8 Jahre und in den neuen Bundesländern 45,7 Jahre. Die durchschnittliche Erwerbsbiographie ist somit in den neuen Bundesländern um rd. 6 Jahre länger als in den alten Bundesländern.

Übersicht A 6 zeigt die Verteilung der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters nach der Höhe des monatlichen Rentenzahlungsbetrages und den angerechneten rentenrechtlichen Zeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung am 31. Dezember 1998. Auch hier handelt es sich um eine Rentenbestandsaufnahme des VDR mit ähnlichen Abgrenzungskriterien wie bei Übersicht A 5. Knapp ein Fünftel der männlichen Rentner wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters haben zwischen 30 und 40 rentenrechtlich relevante Jahre zurückgelegt und verfügten über einen durchschnittlichen monatlichen Zahlungsbetrag von 1598 DM. Im Durchschnitt der rentenrechtlichen Zeiten wurden 1,00 Entgeltpunkte je Jahr erzielt. Den Renten an über zwei Drittel der Männer lagen 40 und mehr Jahre zugrunde, in denen durchschnittlich 1,13 Entgeltpunkte je Jahr realisiert wurden. Daraus resultiert ein durchschnittlicher monatlicher Rentenzahlungsbetrag von 2205 DM. Rund 76 v.H. der Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung bezogen eine Rente aus eigener Versicherung mit einem monatlichen Zahlungsbetrag von mehr als 1500 DM.

Den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters an **Frauen** lagen im Durchschnitt 27,86 Jahre an rentenrechtlich relevanten Zeiten und 0,75 Entgeltpunkte je Jahr zugrunde (Übersicht A 5). Rd. ein Drittel der Frauen hatte mehr als 35 rentenrechtlich relevante Jahre vorzuweisen, während knapp ein Fünftel der Renten an Frauen auf weniger als 15 Versicherungsjahren beruhte. Der Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern der durchschnittlich rentenrechtlich relevanten Zeiten ist hier mit 9 Jahren (25,6 Jahre in den alten Bundesländern, 34,6 Jahre in den neuen Bundesländern) noch größer als bei den Männern. Fast 90 v.H. der Renten an Frauen basierten auf unterdurchschnittlichen Entgelten während der Er-

werbsphase. Diese Werte liegen wie schon in der Vergangenheit beträchtlich unter denen der Männer. Diese Ungleichheit hat verschiedene Ursachen: Frauen unterbrechen häufig ihr Erwerbsleben für längere Zeit aus familiären Gründen oder geben die Erwerbstätigkeit wegen Kindeserziehung oder Pflege von bedürftigen Familienangehörigen auf (in der Vergangenheit in den alten Bundesländern häufiger als in den neuen Bundesländern). Überwiegend arbeiten sie in Branchen mit geringeren Entgelten und sind seltener in Spitzenpositionen vertreten. Aufgrund der häuslichen Funktionsteilung arbeiten viele Frauen in Teilzeitbeschäftigungen. Auswertungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger zeigen, dass der eigene Rentenanspruch der Frauen im Rentenbestand um so geringer ist, je mehr Kinder erzogen wurden.

Gut ein Viertel der Versichertenrentnerinnen haben zwischen 30 und 40 rentenrechtlich relevante Jahre zurückgelegt (rd. 24 v.H. in den alten Bundesländern und rd. 36 v.H. in den neuen Bundesländern) und verfügten über einen durchschnittlichen monatlichen Rentenzahlungsbetrag von 1207 DM (Übersicht A 6). Im Durchschnitt der rentenrechtlichen Zeiten wurden 0,80 Entgeltpunkte erzielt. Einem Fünftel der Renten an Frauen lagen mehr als 40 Jahre zugrunde (in den alten Bundesländern 15 v.H. und in den neuen Bundesländern 38 v.H.), in denen durchschnittlich jährlich 0,89 Entgeltpunkte erzielt wurden. Der daraus resultierende monatliche Rentenzahlungsbetrag lag bei 1583 DM. Nur gut ein Achtel der Rentnerinnen bezog eine Rente aus eigener Versicherung mit einem monatlichen Rentenzahlungsbetrag von mehr als 1500 DM.

3.2 Ruhensbeträge und Kindererziehung

In der gesetzlichen Rentenversicherung wurden am 1. Juli 1998 rd. 5130000 Witwenrenten und rd. 294000 Witwerrenten geleistet (Übersicht A 3). Davon war bei rd. 1853000 Witwenrenten und rd. 259000 Witwerrenten nach den Vorschriften des § 97 SGB VI zu prüfen, ob das Erwerbs- oder das Erwerbseinkommen den Freibetrag von rd. 1258 DM in den alten Bundesländern und von rd. 1079 DM in den neuen Bundesländern überstieg (Übersicht A 8). Dies war bei 680000 Witwen und 233000 Witvern der Fall. Die entsprechenden Renten wurden durchschnittlich um 174 DM/Monat auf 894 DM/Monat (Witwen) und um 310 DM/Monat auf 337 DM/Monat (Witwer) gekürzt.

Durch die deutlich längere Erwerbsbiographie in den neuen Bundesländern haben dort, im Gegensatz zu den alten Bundesländern, die Frauen eigene Rentenansprüche erworben, die den o.g. Freibetrag übersteigen. Von insgesamt 984000 Witwenrenten wurden 884000 (rd. 90 v.H.) überprüft und 467000, also rd. 47 v.H., um durchschnittlich 136 DM/Monat gekürzt. In den alten Bundesländern wurden von den insgesamt 4146000 Witwenrenten 1066000 überprüft (rd. 26 v.H.) und lediglich 214000, also rd. 5 v.H., um durchschnittlich 201 DM/Monat gekürzt. Der deutlich höhere Überprüfungsanteil in den neuen Ländern begründet sich damit, dass in den alten Bundesländern keine Einkommensanrechnung erfolgt, wenn der Versicherte vor dem

1. 1. 1986 verstorben ist oder bis zu diesem Zeitpunkt eine Erklärung über die Anwendung des bis zum 31. 12. 1985 geltenden Hinterbliebenenrechts abgegeben wurde.

Seit dem 1. Oktober 1987 wird den Müttern der Geburtsjahrgänge vor 1921 eine Kindererziehungsleistung in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt (KLG). Die Einführung erfolgte in 4 Stufen nach Geburtsjahrgängen: ab 1. Oktober 1987 für die Jahrgänge vor 1907, ab 1. Oktober 1988 für die Jahrgänge 1907 bis 1911, ab 1. Oktober 1989 für die Jahrgänge 1912 bis 1916 und ab 1. Oktober 1990 für die 1917 bis 1920. Die Leistung für Kindererziehung nach dem KLG wird auch an Mütter gezahlt, die keine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten (Übersicht A 9). Dies war am 31. 12. 1998 für rd. 305 000 Mütter der Fall. Der durchschnittliche Monatsbetrag der Kindererziehungsleistungen betrug dabei 108 DM (Übersicht A 9). Die Anhebung der Bewertung der Kindererziehungszeiten auf 100 v. H. des Durchschnittsentgelts durch das RRG 1999 wird zu einer weiteren Verbesserung der Renten an Frauen führen.

In der gesetzlichen Rentenversicherung wurden am 31. Dezember 1998 rd. 7,14 Millionen Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters gezahlt, bei denen entweder nach den Vorschriften des Gesetzes zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten sowie zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung (HEZG) oder nach den Vorschriften des KLG Kindererziehungszeiten mit einem durchschnittlichen monatlichen Erhöhungsbetrag von rd. 94,20 DM angerechnet wurden. Daneben gab es rd. 720 000 Renten wegen Todes, die durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten um durchschnittlich 77 DM angehoben wurden (Übersicht A 9).

3.3 Das Nettoeinkommen von Rentnerhaushalten

Aus der Übersicht I 10 im Anhang geht hervor, wie sich eine 1957 festgesetzte Rente wegen Alters eines Durchschnittsverdieners mit 45 Versicherungsjahren in den alten Bundesländern entwickelt hat: Sie hat sich von 241 DM/Monat in 1957 auf 2 173 DM am 1. Juli 1999 erhöht. Die verfügbare Rente wegen Alters eines Durchschnittsverdieners mit 45 Versicherungsjahren beträgt 1999 70,2 v. H. des Nettoentgelts eines vergleichbaren Arbeitnehmers.

In den neuen Bundesländern hat sich die Rente von 718 DM am 1. Juli 1990 auf 1 890 DM am 1. Juli 1999 erhöht. Die verfügbare Rente wegen Alters eines Durchschnittsverdieners mit 45 Versicherungsjahren beträgt 1999 71,4 v. H. des Nettoentgelts eines vergleichbaren Arbeitnehmers (Übersicht I 11).

Bei den durchschnittlichen Zahlungsbeträgen aus der Rentenversicherung ist jedoch zu bedenken, dass sie relativ wenig über die tatsächliche Höhe des Alterseinkommens einer Person und noch weniger über das Haushaltseinkommen aussagen. Eine Rente kann sowohl Hauptbestandteil des Alterseinkommens als auch untergeordnetes Nebeneinkommen sein; eine Person, ein Ehepaar oder ein Haushalt kann zusätzlich zu den Renten der

gesetzlichen Rentenversicherung über weiteres Einkommen verfügen. Um die Einkommenssituation der Rentner möglichst vollständig zu erfassen, hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung die Fa. Infratest Burke Sozialforschung mit der Durchführung einer repräsentativen Erhebung in 1992 zur sozialen Lage älterer Menschen beauftragt, die 1995 erneut durchgeführt wurde.

Danach verfügten im Jahr 1995 in den alten Ländern Ehepaare über ein Nettoeinkommen von 3 769 DM, alleinstehende Männer von 2 710 DM und alleinstehende Frauen von 2 078 DM je Monat. In den neuen Bundesländern verfügten im Jahr 1995 Ehepaare über ein Nettoeinkommen von durchschnittlich 3 118 DM, alleinstehende Männer über ein Nettoeinkommen von 2 044 DM und alleinstehende Frauen über ein Nettoeinkommen von 1 812 DM je Monat.

Die Studie verdeutlicht, dass die Höhen der Renten in den Geschäftsstatistiken der gesetzlichen Rentenversicherung nur wenig über das Gesamteinkommen im Alter aussagen. So verfügten in Deutschland insgesamt Männer mit einer eigenen Rente unter 500 DM zusammen mit einer ggf. vorhandenen Ehefrau und deren Einkommen über ein Nettoeinkommen von durchschnittlich 3 223 DM. Frauen mit einer eigenen Rente unter 500 DM (ohne Berücksichtigung reiner KLG-Leistungen) hatten gemeinsam mit einem ggf. vorhandenen Ehemann und dessen Einkommen im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von 2 467 DM im Monat. Witwen mit einer Witwenrente von weniger als 300 DM verfügten im Durchschnitt über ein Nettoeinkommen von 1 656 DM (Übersicht A 10).

Bei weiterer Betrachtung auf der Personenebene (Übersicht A 10) zeigt sich, dass der Anteil des Rentenzahlungsbetrages bei Männern mit einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder wegen Alters unter 1 500 DM, bei Frauen mit einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder wegen Alters unter 1 000 DM und bei Witwen mit einer Witwenrente unter 900 DM im Durchschnitt deutlich weniger als die Hälfte des Nettogesamteinkommens dieser Personen betrug.

In den neuen Bundesländern wird das Nettoeinkommen jedoch vor allem durch die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und ihre Kumulierung geprägt, da andere Alterssicherungssysteme gemäß dem Rentenüberleitungsgesetz 1992 in die gesetzliche Rentenversicherung überführt wurden (beispielsweise die Sonderversorgungssysteme, deren Empfänger in den alten Bundesländern Beamtenpensionen beziehen würden oder Zusatzversorgungen für Mitarbeiter des Staatsapparates der ehemaligen DDR u. a., deren Empfänger in den alten Bundesländern entweder ebenfalls Beamtenpensionen oder Zusatzversorgungen des öffentlichen Dienstes beziehen würde).

4. Die Entwicklung der Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern an die in den alten Bundesländern

Ein Vergleich der verfügbaren Eck-(Standard-)Renten in den alten Bundesländern kann als Indikator für die

schrittweise Angleichung der Einkommensverhältnisse gewertet werden, da diese Größe in beiden Teilen Deutschlands auf denselben beitrags- und leistungsbezogenen Grundsätzen – nämlich auf 45 Entgeltpunkten – beruht (Übersicht A 11). Der Verhältniswert der Eckrente in den neuen zu derjenigen in den alten Bundesländern erhöhte sich durch die häufigeren und höheren Anpassungen in den neuen Bundesländern von 40,3 v.H. am 1. Juli 1990 auf 86,7 v.H. am 1. Juli 1999.

In der Übersicht A 12 ist die Entwicklung der Angleichung der verfügbaren Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters dargestellt. Ausgehend von einer durchschnittlichen Rente in Höhe von 38 v.H. des Niveaus der Renten an Männer in den alten Bundesländern im Juni 1990, erreichten am 1. 7. 1998 die Männer in den neuen Bundesländern 102,4 v.H. und die Frauen 134,6 v.H. (Juni 1990: 68 v.H.) des Niveaus der Renten an Frauen in den alten Bundesländern.

Der Verhältniswert der Gesamtrentenzahlbeträge an Rentner in den neuen zu denen in den alten Bundesländern (Übersicht A 4) stieg bei den Männern von Juli 1997 bis 1998 von 97,3 auf 102,0 v.H. Bei den Rentnerinnen erhöhte sich der Verhältniswert im gleichen Zeitraum von 121,7 auf 123,8 v.H. Für den niedrigeren Verhältniswert bei den Frauen gegenüber dem Wert beim Rentenfallkonzept dürfte der höhere Anteil der Witwenrenten mit Einkommensanrechnung in den neuen Bundesländern ursächlich sein.

Die deutlich günstigere Ost-West-Relation bei den verfügbaren laufenden Renten gegenüber der bei den verfügbaren Eckrenten beruht einerseits auf den Besitzschutzbeträgen, andererseits jedoch auf den deutlich höheren Entgeltpunktschritten, die den Renten in den neuen Bundesländern zugrunde liegen. Letzteres wird durch die längeren Versicherungszeiten – insbesondere infolge der stärkeren Erwerbsbeteiligung der Frauen und der durch das Rentenrecht in der ehemaligen DDR höheren Altersgrenze für Männer – verursacht.

5. Die Einnahmen, die Ausgaben und das Vermögen

Hierzu im Anhang: Übersichten I 12 bis I 14, II 8 und II 9

5.1 Einnahmen

In 1998 hatte die gesetzliche Rentenversicherung nach Abzug der Erstattungen und Ausgleichszahlungen untereinander Einnahmen in Höhe von 399,6 Mrd. DM (Übersicht A 13). Damit wurde das Vorjahresergebnis von 385,8 Mrd. DM um 13,8 Mrd. DM übertroffen. Von den Einnahmen entfielen 300,7 Mrd. DM auf Beiträge und 96,3 Mrd. DM auf die Zuschüsse des Bundes gemäß §§ 213 und 215 SGB VI. Die sonstigen Erstattungen aus öffentlichen Mitteln betrugen rd. 1,5 Mrd. DM. Die Struktur der Einnahmen zeigt Schaubild 4.1.

Die Beitragseinnahmen stiegen 1998 nur geringfügig um 0,1 v.H. Beitragssatzbereinigt verringerten sie sich sogar um 0,4 v.H.

Die Pflichtbeiträge in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten sind 1998 um 0,8 v.H., beitragsatzbereinigt um 0,3 v.H. gestiegen. Von großer Bedeutung für die Entwicklung der Pflichtbeiträge war die Vorverlegung der Fälligkeit der Beiträge bei Gehaltszahlung am 15. eines Monats vom Folgemonat auf das Monatsende des Zahlmonats. Dadurch erhöhten sich die Beiträge 1997 einmalig um 2,5 bis 3,2 Mrd. DM; der genaue Betrag lässt sich nicht ermitteln. Ohne diesen Basiseffekt wären die Pflichtbeiträge beitragsatzbereinigt zwischen 1,3 v.H. und 1,5 v.H. höher gewesen. Die Brutto- und -gehaltssumme ist in 1998 mit 1,6 v.H. ähnlich gestiegen.

Die freiwilligen Beiträge in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten sind von 2,2 Mrd. DM auf 2,1 Mrd. DM zurückgegangen.

Der Rückgang der Beiträge für Empfänger von Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten um 6,9 v.H. auf 22,6 Mrd. DM steht u.a. im Zusammenhang mit dem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen im Jahr 1998 um 106 Tsd. auf 4279 Tsd. Dabei ist die Zahl der Arbeitslosen in den alten Ländern um 117 Tsd. gesunken, in den neuen Ländern dagegen um 11 Tsd. gestiegen.

Die Beiträge bei Bezug von Krankengeld sind 1998 in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten mit 3,1 Mrd. DM fast unverändert geblieben, nachdem sie 1997 um 0,5 Mrd. DM gesunken waren. Das ist im Zusammenhang damit zu sehen, dass der Krankenstand in Deutschland von 4,8 v.H. im Jahre 1996 auf 4,2 v.H. im Jahre 1997 und 4,1 v.H. im Jahr 1998 zurückgegangen ist.

Die Beiträge der Pflegeversicherung für Pflegepersonen sind von 2,2 Mrd. DM um 7,3 v.H. auf 2,4 Mrd. DM gestiegen. Die Pflegeversicherung zahlt seit April 1995 Beiträge zur Rentenversicherung.

Der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten stieg gegenüber dem Vorjahr von 68,9 Mrd. DM auf 82,3 Mrd. DM. Für diese Entwicklung ist vor allem maßgeblich, dass zur Senkung der Lohnnebenkosten ab 1. 4. 1998 neben dem allgemeinen Bundeszuschuss nach § 213 Abs. 2 SGB VI jährlich ein zusätzlicher Bundeszuschuss nach § 213 Abs. 3 SGB VI in Höhe des Aufkommens aus einem Prozentpunkt Mehrwertsteuer gezahlt wird. Das war für 1998 ein Betrag von 9,6 Mrd. DM. Durch diesen zusätzlichen Bundeszuschuss konnte der Beitragssatz 1998 gegenüber 1997 stabil bei 20,3 v.H. verbleiben. Ohne diese zusätzlichen Bundesmittel wäre der Beitragssatz auf 21 v.H. gestiegen. Auf der Basis dieses Beitragssatzes wird der allgemeine Bundeszuschuss ermittelt. Der Anstieg des allgemeinen Bundeszuschusses von 68,9 Mrd. DM um 5,5 v.H. auf 72,7 Mrd. DM ist mit 3,4 Prozentpunkten auf diesen Beitragssatzanstieg zurückzuführen.

In der knappschaftlichen Rentenversicherung stieg der Bundeszuschuss wegen seiner besonderen Funktion des Defizitausgleichs um 0,2 Mrd. DM auf 13,9 Mrd. DM.

5.2 Ausgaben

Die Ausgaben der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung beliefen sich in 1998 ohne die Zahlungen untereinander auf 396,2 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Ausgaben um 12,3 Mrd. DM oder 3,2 v.H. Die Steigerungsrate lag damit höher als im Vorjahr (+ 2,4 v.H.). Die Struktur der Ausgaben zeigt Schaubild 4.2.

Die Rentenausgaben stiegen 1998 mit 3,3 v.H. genau wie im Vorjahr (3,3 v.H.). In diesem Anstieg ist die im Jahresdurchschnitt 1998 mit 1,0 v.H./3,2 v.H. in den alten/neuen Ländern ähnliche Rentenanpassung wie 1997 (1,3 v.H./3,4 v.H.) enthalten. Die Ausgaben für die Beitragszuschüsse zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR) stiegen von 22,5 Mrd. DM wegen des leicht gestiegenen KVdR-Beitragssatzes etwas stärker als die Rentenausgaben um 4,9 v.H. auf rd. 23,7 Mrd. DM. Die Ausgaben für die Pflegeversicherung der Rentner stiegen um 3,4 v.H. von 2,8 Mrd. DM auf 2,9 Mrd. DM an.

Die in den Renten enthaltenen Ausgaben für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten gemäß Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz (HEZG) werden seit 1998 wieder im Rahmen der Rentenbestandsaufnahmen statistisch erfasst; sie haben aufs Jahr hochgerechnet 1998 rd. 6 Mrd. DM betragen. Die Ausgaben nach dem Kindererziehungsleistungs-Gesetz haben 1998 unverändert rd. 2,2 Mrd. DM betragen. Beide Beträge wurden vom Bund im Rahmen des Bundeszuschusses pauschal erstattet.

Durch das Rentenreformgesetz 1999 wurde die Bewertung der Kindererziehungszeiten verbessert. Das erforderte die große Bedeutung, die Kindererziehung für den Fortbestand des Generationenvertrages und für die Aufrechterhaltung der Generationensolidarität hat.

Dies geschieht zum einen dadurch, dass die Bewertung der Kindererziehungszeiten stufenweise von 75 % des Durchschnittsentgelts auf 100 % des Durchschnittsentgelts angehoben wird; dies gilt für Rentenzugang und Rentenbestand.

Die Bewertung erfolgt

- vom 1. Juli 1998 an mit 85 % des Durchschnittseinkommens,
- vom 1. Juli 1999 an mit 90 % des Durchschnittseinkommens und
- vom 1. Juli 2000 an mit 100 % des Durchschnittseinkommens.

Zum anderen werden Kindererziehungszeiten ab 1998 – ebenfalls bei Rentenzugang und Rentenbestand – zusätzlich („additiv“) zu bereits vorhandenen zeitgleichen Beitragszeiten angerechnet, und zwar bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze.

Mit diesen Maßnahmen wurde den gleichlautenden Entschlüssen des Bundestages und Bundesrates aus dem Jahre 1991 sowie den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli 1992 und vom 12. März 1996 Rechnung getragen. Durch die Verbesserungen bei der Bewertung der Kindererziehung haben sich 1998 Mehrausgaben von 1,1 Mrd. DM ergeben.

Die Ausgaben für Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit verminderten sich 1998 nochmals um 0,2 Mrd. DM auf 7,7 Mrd. DM, nachdem sie bereits 1997 um 2,5 Mrd. DM zurückgegangen waren. Dieser Rückgang ist Folge der im Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz geregelten Einschränkungen bei der Rehabilitation. Ab 1997 wurde die Kurdauer in der Regel von 4 auf 3 Wochen verkürzt, der Abstand bei Wiederholungskuren von 3 auf 4 Jahre verlängert und die Zuzahlung bei Kuren von 12 auf 25 DM erhöht.

Die Verwaltungs- und Verfahrenskosten sind 1998 entsprechend der Lohndynamik um 0,1 Mrd. DM gestiegen.

5.3 Vermögen

Im Ergebnis übertrafen in 1998 in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten die Gesamteinnahmen die Summe der Ausgaben um 3,4 Mrd. DM, so dass sich das Gesamtvermögen um diesen Betrag auf 48,8 Mrd. DM erhöhte. Die Schwankungsreserve erhöhte sich von 14,3 Mrd. DM auf 17,9 Mrd. DM oder 0,71 Monatsausgaben, das Verwaltungsvermögen stieg auf 9,6 Mrd. DM. Das Schwankungsreservesoll von einer Monatsausgabe wurde um 7,5 Mrd. DM unterschritten. Zum Aufbau der notwendigen Schwankungsreserve der ArV in den neuen Ländern und zum Ausgleich des Ausgabenüberschusses der neuen Länder war 1998 ein Finanztransfer von 19,1 Mrd. DM der alten in die neuen Länder erforderlich.

In der knappschaftlichen Rentenversicherung waren aufgrund der Ausgestaltung des Bundeszuschusses gemäß § 215 SGB VI (Defizithaftung des Bundes) Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Das Vermögen erhöhte sich um 15 Mio. DM gegenüber dem Vorjahr auf 610 Mio. DM.

Teil B

Vorausberechnung der Einnahmen, der Ausgaben und des Vermögens

1. Die finanzielle Entwicklung im mittelfristigen Zeitraum 1999 bis 2003 auf der Grundlage der aktuellen Einschätzung der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung

1.1 Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Entsprechend den der aktuellen mittelfristigen Projektion zugrunde liegenden ökonomischen Eckwerten wird für die durchschnittlichen Arbeitsentgelte der Arbeitnehmer und die Zahl der Arbeiter und Angestellten (im Inland) folgende Entwicklung angenommen:

Alte Bundesländer

Jahr	Veränderung der	
	Durchschnittsentgelte der Arbeitnehmer	Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten
	in v. H.	
1999	+ 2,8	+ 0,28
2000	+ 2,4 ¹⁾	+ 0,45
2001	+ 2,7	+ 0,22
2002	+ 2,7	+ 0,21
2003	+ 2,7	+ 0,18

Neue Bundesländer

Jahr	Veränderung der	
	Durchschnittsentgelte der Arbeitnehmer	Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten
	in v. H.	
1999	+ 2,8	- 0,23
2000	+ 2,5 ¹⁾	- 0,20
2001	+ 2,9	+ 0,07
2002	+ 2,9	+ 0,09
2003	+ 2,9	+ 0,09

¹⁾ Für die Versicherten der Rentenversicherung wird eine um 0,2 Punkte erhöhte Veränderungsrate unterstellt, da die Bezüge der Beamten annahmegemäß um lediglich 0,7 v. H. steigen werden.

Diese Annahmen zur mittelfristigen Entgelt- und Beschäftigungsentwicklung liegen den Berechnungen zugrunde.

a) Finanzentwicklung bei geltendem Recht

Die Vorausberechnungen gehen vom geltenden Recht aus. Finanzwirksame Maßnahmen, die sich bereits im Gesetzgebungsverfahren befinden, werden wie stets in den vergangenen Rentenversicherungsberichten auch in dem diesjährigen Bericht in die Berechnungen eingestellt. Dieser Rechtsstand wird im folgenden kurz als „geltendes Recht“ bezeichnet.

Im Vergleich zum letztjährigen Bericht, der vom Rechtsstand des Rentenreformgesetzes 1999 ausging, sind deshalb die finanzwirksamen Maßnahmen der folgenden Gesetze zu berücksichtigen (für eine ausführliche Darstellung des Rechtsstandes vgl. Abschnitt 3.1.1):

- a) Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte vom 28. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3834)
- b) Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24. 3. 1999 (BGBl. I S. 388)
- c) Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 vom 24. März 1999 (BGBl. I S. 402)
- d) Rentenanpassungsverordnung 1999 vom 27. Mai 1999 (BGBl. I S. 1078)
- e) Entwurf des Haushaltssanierungsgesetzes
- f) Entwurf eines Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform.

Die den Vorausberechnungen zugrunde liegenden Methoden werden im Abschnitt 3.1.2 erläutert.

In den Übersichten B 2 und B 3 wird die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben für die alten bzw. neuen Bundesländer ausgewiesen. Finanztransfers zwischen den Trägern oder von den alten in die neuen Bundesländer sind bei den ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben nicht berücksichtigt. In der Übersicht B 1 wird die finanzielle Entwicklung der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten im gesamten Bundesgebiet ausgewiesen. Ende 1998 hatte die ArV/AnV insgesamt eine Schwankungsreserve von 17,9 Mrd. DM entsprechend 0,71 Monatsausgaben. Davon waren 0,70 Monatsausgaben liquide. Im Vergleich zum Rentenversicherungsbericht 1998 ist die Schwankungsreserve 1998 um 2,9 Mrd. DM niedriger als geschätzt ausgefallen. Dieses ist zu 2,5 Mrd. DM auf den nicht

realisierten GAGFAH-Verkauf und zu 0,4 Mrd. DM auf weitere Positionen, insbesondere geringere Beitragseinnahmen, zurückzuführen.

Bei dem im Dezember 1998 für 1999 ab 1. April festgesetzten Beitragssatz von 19,5 v.H. wird die Schwankungsreserve von 17,9 Mrd. DM Ende 1998 auf 26,6 Mrd. DM Ende 1999 aufgebaut werden. Dies sind 0,1 Mrd. DM mehr als eine Monatsausgabe. Erstmals nach 1994 ist damit für 1999 ein Beitragssatz festgesetzt worden, der voraussichtlich zu der am Jahresende vorgesehenen Schwankungsreserve von 1 Monatsausgabe führt. An den Jahresenden 1995 bis 1998 hat die Schwankungsreserve nur zwischen 0,6 und 0,9 Monatsausgaben gelegen.

Die Entwicklung in den Folgejahren wird maßgeblich von der Entwicklung in den neuen Bundesländern bestimmt (Übersicht B 3). In den Jahren 1999 bis 2003 übersteigen dort die Ausgaben die Einnahmen um 17,0 bis 21,4 Mrd. DM. Dies wird entscheidend durch das im Vergleich zum Zeitpunkt des Beitritts der neuen Länder zur Bundesrepublik Deutschland heute in den neuen Ländern erheblich niedrigere Beschäftigungsniveau verursacht. Während die Zahl der abhängig Beschäftigten im Jahre 1990 8,6 Mio. Personen betrug, werden in diesem Jahr nur 5,8 Mio. Personen in den neuen Ländern abhängig beschäftigt sein.

Dieses ist die wesentliche Ursache dafür, dass das Verhältnis von Beitragseinnahmen zu Rentenausgaben in den alten Bundesländern 1999 bei 99 v.H., in den neuen Bundesländern aber nur bei 69 v.H. liegt.

Das Verhältnis der Rentenzahlen (Renten insgesamt ohne Waisenrenten) zu den Beitragszahlern (Summe aus beschäftigten Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen) beläuft sich 1999 in den alten Ländern auf 62,8 v.H., in den neuen Ländern liegt es mit 66,6 v.H. auf einem etwas höheren Niveau. In erster Linie ist jedoch die größere Zahl der rentenrechtlichen Zeiten in den Renten der neuen Bundesländer für die ungünstigere Finanzierungsstruktur verantwortlich. Nach der Auswertung des Rentenbestandes durch den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger lagen den Versichertenrenten an Männer/Frauen am 31. Dezember 1998 in den alten Bundesländern 39,8/25,6 Jahre, in den neuen dagegen 45,7/34,6 Jahre an rentenrechtlichen Zeiten zugrunde.

In den alten Bundesländern gibt es im gesamten Zeitraum jährlich Überschüsse (Übersicht B 2), die zwischen 22,9 Mrd. DM und 26,8 Mrd. DM liegen; durch sie werden die Defizite in den neuen Ländern finanziert und die Schwankungsreserve aufgefüllt.

Nach § 287 SGB VI in der Fassung des Entwurfs des Haushaltssanierungsgesetzes ist der Beitragssatz für 2000 bis 2003 in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten so festzusetzen, dass die voraussichtlichen Einnahmen unter Berücksichtigung von Entnahmen aus der Schwankungsreserve ausreichen, um die voraussichtlichen Ausgaben des jeweiligen Jahres zu decken und sicherzustellen, dass am Jahresende eine Schwankungsreserve von 1 Monatsausgabe vor-

handen ist. Ab dem Jahr 2004 ist der Beitragssatz zum 1. Januar eines Jahres nur dann zu verändern, wenn bei Beibehaltung des bisherigen Beitragssatzes die Mittel der Schwankungsreserve am Ende des auf die Festsetzung folgenden Kalenderjahres die durchschnittlichen Ausgaben zu eigenen Lasten der Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten für einen Kalendermonat voraussichtlich unterschreiten oder für ein- einhalb Kalendermonate voraussichtlich übersteigen. Wenn ein neuer Beitragssatz zu bestimmen ist, so ist dieser als der niedrigste Beitragssatz zu ermitteln, bei dem in den folgenden drei Jahren eine Schwankungsreserve an den Jahresenden zwischen einer und eineinhalb Monatsausgaben vorhanden ist.

Für das Jahr 2000 ergibt sich auf Basis des geltenden Rechts, das jedoch noch den politisch nicht beabsichtigten Demographiefaktor (ab 2002) und die BU/EU-Reform des RRG 1999 (ab 2001) einschließt, eine Senkung des Beitragssatzes von jetzt 19,5 v.H. auf 19,3 v.H. In den Jahren danach würde der Beitragssatz weiter auf 19,0 v.H. im Jahr 2001, 18,8 v.H. im Jahr 2002 und 18,7 v.H. im Jahr 2003 sinken. Das Rentenniveau würde dabei in den alten Ländern von jetzt 70,2 v.H. bis 2003 auf 67,3 v.H., in den neuen Ländern von 71,4 v.H. auf 68,2 v.H. zurückgeführt.

b) Beitragssatzentwicklung auf Basis der Eckwerte der Rentenstrukturreform

Bei der vorbeschriebenen Finanzentwicklung sind in den Berechnungen wichtige Elemente der von der Bundesregierung im Rahmen eines Eckwertebeschlusses vom 23. 6. 1999 skizzierten Rentenstrukturreform nicht enthalten (vgl. Ausführungen zum Rechtsstand in Abschnitt 3.1.1). Da die konkrete Ausgestaltung aller Eckwerte noch nicht abgeschlossen ist, sind für die Quantifizierung dieser Maßnahmen Annahmen zu treffen, die ebenfalls im Berichtsteil B 3.1.1 näher beschrieben sind.

Die sich auf dieser Basis ergebende Finanzentwicklung ist in Übersicht B 1.1 dargestellt. Für das Jahr 2000 ergibt sich wie beim geltenden Recht eine Senkung des Beitragssatzes von 19,5 v.H. auf 19,3 v.H. In den Jahren danach sinkt der Beitragssatz auf 19,0 v.H. (2001), 18,9 v.H. (2002) und 19,1 v.H. (2003). Das Rentenniveau geht dabei in den alten Ländern von jetzt 70,2 v.H. auf 68,2 v.H. und in den neuen Bundesländern von jetzt 71,4 v.H. auf 69,0 v.H. zurück.

Auf der Basis des Rechtsstands RRG 1999 und unter der Annahme, dass die von der alten Bundesregierung beschlossene Steuerreform im Jahr 2000 in Kraft treten würde, ergäbe sich ein deutlich ungünstigerer Beitragssatzverlauf, der bereits im Jahr 2002 zu einem Beitragssatz von 21,5 v.H. führte.

Im Vergleich zu den Berechnungsergebnissen der Rentenstrukturreform ergibt sich folgende Beitragssatzentwicklung in v.H.:

Jahr	Rentenstrukturreform	Rechtsstand RRG 1999 ¹⁾
2000	19,3	20,4
2001	19,0	21,1
2002	18,9	21,5
2003	19,1	21,3

¹⁾ Unter der Annahme, dass die von der alten Bundesregierung beschlossene Steuerreform im Jahr 2000 in Kraft treten würde.

Der in der Mittelfristrechnung ab 2001 um über 2 Prozentpunkte günstigere Beitragssatzverlauf der Rentenstrukturreform ist auf die von der Bundesregierung seit Herbst 1998 getroffenen und eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Entlastung der Lohnnebenkosten zurückzuführen. Im einzelnen handelt es sich dabei um die folgenden Maßnahmen:

Im Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte hat die Bundesregierung nach ihrem Amtsantritt sowohl den von ihr abgelehnten Demographiefaktor als auch die sozial nicht hinnehmbaren Einschnitte in die Erwerbsminderungsrenten – beides Regelungen des RRG 1999 – bis Ende 2000 ausgesetzt, um in der Zwischenzeit dauerhafte und sozialpolitisch vertretbare Regelungen zu finden.

Gleichzeitig wurde das Aufkommen aus der 1. Stufe der Ökosteuer zur Entlastung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung eingesetzt. Dies geschah gezielt durch strukturelle Reformen. Die vorher im Bundeszuschuss enthaltene pauschale Erstattung für Kindererziehungszeiten wurde ab Juni 1999 durch eine direkte Beitragszahlung des Bundes ersetzt. Diese beträgt im Jahr 2000 22,4 Mrd. DM, netto nach Gegenrechnung der im Regelbundeszuschuss für Kindererziehungszeiten enthaltenen Pauschale 15,2 Mrd. DM. Ferner wird ab 1999 die Erstattung der Aufwendungen für einigungsbedingte Rentenleistungen nicht mehr auf den Bundeszuschuss angerechnet und damit zusätzlich erbracht.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Recht für die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse reformiert, um der Erosion der Beitragsgrundlagen entgegenzuwirken.

Weitere Ersparnisse und Einnahmeverbesserungen der Rentenversicherung sind mit den Entwürfen des Haushaltssanierungsgesetzes und des Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform auf den Weg gebracht worden. Der Rentenversicherung fließen die Mittel aus den weiteren Stufen der ökologischen Steuerreform zu. Gleichzeitig werden auch die Rentner an der langfristigen Stabilisierung und Sicherung der Altersvorsorge beteiligt. Ihr Beitrag besteht darin, dass die Renten in den Jahren 2000 und 2001 jeweils in Höhe der Preisniveauperänderungsrate des Vorjahres angepasst werden. Die Rentenanpassung im Jahr 2000 beträgt dann voraussichtlich 0,7 v.H. und im Jahr 2001 voraussichtlich 1,6 v.H.

1.2 Knappschaftliche Rentenversicherung

Bei den Vorausberechnungen wird vom gleichen Rechtsstand wie in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten ausgegangen. Die Berechnungen werden allerdings nur für das geltende Recht unter Berücksichtigung von finanzwirksamen Maßnahmen, die sich bereits im Gesetzgebungsverfahren befinden, durchgeführt. (Näheres siehe Abschnitt 3.1.1).

Die den Vorausberechnungen zugrunde liegenden Methoden werden in Abschnitt 3.2.2 erläutert. Abweichend von den dort getroffenen Annahmen wird mittelfristig mit folgenden Veränderungen der Durchschnittsentgelte der Versicherten gerechnet:

in den alten Bundesländern: 1999: 0,0 v.H.;
2000: 0,9 v.H.; 2001 bis 2003: 2,7 v.H.;

in den neuen Bundesländern: 1999: 2,8 v.H.;
2000: 2,5 v.H.; 2001 bis 2003: 2,9 v.H.

Die Abweichungen in den Entgeltannahmen in den alten Bundesländern für die Jahre 1999 und 2000 zu den entsprechenden Annahmen bei der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten beruhen auf den besonderen Tarifabschlüssen für den Steinkohlebergbau.

Die Entwicklung der Versicherten im Zeitraum bis 2003 ist identisch mit derjenigen für den langfristigen Zeitraum bis 2013 und wird unter 3.2.1 erläutert.

In den Übersichten B 5 und B 6 wird die mittelfristige Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben für die alten bzw. die neuen Bundesländer und in Übersicht B 4 für das gesamte Bundesgebiet ausgewiesen. Danach steigt der Bundeszuschuss von 14,3 Mrd. DM im Jahre 1999 auf 14,4 Mrd. DM im Jahr 2000 und fällt danach bis zum Ende des Mittelfristzeitraums auf 14,1 Mrd. DM ab.

Der Verlust an Versicherten in der knappschaftlichen Rentenversicherung wird durch den Wanderungsausgleich wirksam kompensiert. Während der Wanderungsausgleich in den neuen Bundesländern im Jahr 1994 sich noch in der Höhe der Beitragseinnahmen bewegte (siehe Übersicht II 9), wird er bei dem unterstellten Rückgang der Beitragszahler im Jahr 2003 fast viermal so hoch wie die Beitragseinnahmen sein. In den alten Bundesländern steigt der Anteil des Wanderungsausgleichs an den Beitragseinnahmen mittelfristig auf gut 90 Prozent. Aus dem unterschiedlichen Gewicht des Wanderungsausgleichs erklärt sich hauptsächlich, dass der Anteil des Bundeszuschusses an den Ausgaben in den neuen Bundesländern nur halb so groß ist wie in den alten Bundesländern.

Fast 85 v.H. des Bundeszuschusses entfallen auf die alten Bundesländer.

2. Die finanzielle Entwicklung im Zeitraum 1998 bis 2013 unter verschiedenen Annahmenkombinationen

2.1 Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Die Darstellung der finanziellen Entwicklung im langfristigen Zeitraum bis zum Jahr 2013 erfolgt durch mehrere Modellrechnungen, die aufzeigen, wie das Rentenversicherungssystem auf unterschiedliche Entgelt- und Beschäftigungsannahmen im langfristigen Trend reagiert. Diese im folgenden beschriebenen Annahmen liegen bereits ab dem ersten Simulationsjahr, dem Jahr 2000, den Berechnungen zugrunde. Die Ergebnisse weichen von denen der Mittelfristrechnung ab, weil letzterer die wirtschaftlichen Eckwerte der Bundesregierung zugrunde liegen.

Für die Entwicklung der Bruttodurchschnittsentgelte der Versicherten in den alten Bundesländern werden in Anlehnung an die mittelfristige Projektion der Bundesregierung ab 2000 drei verschiedene, jährlich gleichbleibende Zuwachsraten von jeweils 2 v.H., 3 v.H. und 4 v.H. angenommen. In der mittelfristigen Projektion liegen in diesem Bericht die Zuwachsraten mit 2,7 v.H. ab 2001 wie im letztjährigen Bericht leicht unterhalb der mittleren Variante.

Für die neuen Bundesländer wird ebenfalls ein unterer, mittlerer und oberer Entgeltpfad gebildet. Dies geschieht abweichend von dem Vorjahresbericht unter der Annahme, dass bis zum Jahr 2030 100 v.H. des entsprechenden Lohnniveaus der jeweils korrespondierenden Variante für die alten Bundesländer erreicht werden. Diese Modifikation ist notwendig, da sich auf der Basis der mittelfristigen Projektion der Bundesregierung die Relation von 1999 (77,2 v.H.) bis 2003 (77,7 v.H.) nur wenig ändert, und somit der bisher angenommene Angleichungssatz von 90 v.H. bis zum Jahr 2010 nicht mehr erreicht werden kann.

Hinsichtlich der Entwicklung der Zahl der Beschäftigten in den alten Bundesländern liegen den Vorausberechnungen ebenfalls drei Varianten zugrunde: höhere, mittlere und niedrigere Beschäftigungsentwicklung. Die im Vergleich zum letztjährigen Bericht deutlich höheren Beschäftigungszahlen sind auf die letzte Revision des Statistischen Bundesamtes zurückzuführen. Dabei wurde u.a. die bisherige Untererfassung der Zahl der geringfügig Beschäftigten korrigiert. Mit der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wird sich die Datengrundlage für die statistische Erfassung dieser Beschäftigungsart weiter verbessern.

Ausgehend von 24,1 Millionen Arbeitern und Angestellten im Basisjahr 1999 wird in den Modellrechnungen unterstellt, dass

- bei niedrigerer Beschäftigungsentwicklung und einem Zuwachs von 0,1 Millionen im Endjahr 2013 des Vorausberechnungszeitraums mit 24,2 Millionen Arbeitern und Angestellten,
- bei mittlerer Beschäftigungsentwicklung und einem Zuwachs von 0,6 Millionen im Endjahr 2013 des

Vorausberechnungszeitraums mit 24,7 Millionen Arbeitern und Angestellten und

- bei höherer Beschäftigungsentwicklung und einem Zuwachs von 1,0 Millionen im Endjahr 2013 des Vorausberechnungszeitraums mit 25,1 Millionen Arbeitern und Angestellten gerechnet werden kann.

Auch für die neuen Bundesländer werden drei Beschäftigungspfade festgelegt. Der nach 1999 im Modell einsetzende Anstieg der Arbeiter- und Angestelltenzahlen führt im Endjahr 2013 in der mittleren Variante zu einer um rd. 0,1 Millionen und in der oberen Variante zu einer um rd. 0,4 Millionen höheren Beschäftigungszahl. In der unteren Variante verringert sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten im Vorausberechnungszeitraum bis 2013 um rd. 0,1 Millionen (zu den Annahmen siehe auch Kapitel 3.1.1).

Die Vorausberechnungen sind reine Modellrechnungen. Bei der Darstellung der Ergebnisse hat sich die Bundesregierung auf die wichtigsten Angaben beschränkt, um den Umfang des Berichts in angemessenen Grenzen zu halten. Um die Zahl der Varianten auf 9 zu begrenzen, wird jede Annahmenkombination in den alten Bundesländern nur mit der entsprechenden Annahmenkombination für die neuen Bundesländer verknüpft, also zum Beispiel die mittleren Entgelt- und Beschäftigungsannahmen der alten Bundesländer mit den mittleren Entgelt- und Beschäftigungsannahmen der neuen Bundesländer. Wie in dem Vorjahresbericht wird die Verstetigungsregelung nicht angewandt.

a) Finanzentwicklung auf der Basis des geltenden Rechts

Die Entwicklung des erforderlichen Beitragssatzes im 15jährigen Vorausberechnungszeitraum auf der Basis des geltenden Rechts einschließlich finanzwirksamer Maßnahmen, soweit sie sich bereits im Gesetzgebungsverfahren befinden (im folgenden kurz als „geltendes Recht“ bezeichnet), wird unter den Bedingungen der 9 Annahmenkombinationen in der Übersicht B 7 dargestellt. Die sich bei diesen Beitragssätzen ergebenden Einnahmen und Ausgaben sowie die Schwankungsreserven in absoluter Höhe sind in der Übersicht B 8 dargestellt.

Der Beitragssatz im Basisjahr 1999 beträgt 19,5 v.H. Bis zum Jahr 2002 ergäbe sich nach diesem Rechtsstand in allen Kombinationen ein Rückgang auf Werte zwischen 18,9 v.H. und 18,2 v.H. Ab dem Jahr 2003 würde der Beitragssatz in allen Varianten bis 2008 auf Werte zwischen 19,4 v.H. und 18,5 v.H. steigen. Dieser Anstieg resultiert u.a. aus der Wirkung der dritten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes auf die Rentenanpassung in 2003. Bis zum Jahre 2013 würden die Beitragssätze wieder auf Werte zwischen 19,1 v.H. und 18,4 v.H. je nach Variante sinken.

Dieses Ergebnis ist allerdings auch Folge des politisch nicht beabsichtigten Demographiefaktors, und der ebenfalls politisch nicht beabsichtigten BU/EU-Reform des RRG 1999. Wie Übersicht B 7.1 zeigt, würde dabei das Rentenniveau durch den Demographiefaktor in den alten Bundesländern bis 2013 auf 64,7 v.H. sinken.

In der Übersicht B 9 ist die Entwicklung des Saldos aus Einnahmen und Ausgaben und der Bundeszuschüsse in den alten und neuen Bundesländern sowie für die Bundesrepublik insgesamt bei mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung dargestellt.

Die jährlich steigenden Defizite in den neuen Bundesländern sind durch Verbeamtung und Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit beeinflusst. Hierdurch werden von 1999 bis 2013 knapp 180000 Beitragszahler der Rentenversicherung verloren gehen. Hauptgrund für die ungünstige Finanzierungsstruktur ist jedoch die höhere Zahl der Versicherungsjahre bei den Renten in den neuen Bundesländern.

Der allgemeine und der zusätzliche Bundeszuschuss steigen insgesamt von 83,2 Mrd. DM im Jahre 1999 auf 164,6 Mrd. DM im Jahre 2013. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben liegt im Vorausberechnungszeitraum zwischen 20,5 und 24,1 v.H. Die ab dem Jahr 2000 erhaltenen Mittel der weiteren Stufen der Ökosteuereform führen bis 2003 etwa zu einer Verdoppelung des zusätzlichen Bundeszuschusses. Unter Berücksichtigung der Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten belaufen sich die Anteile dieser Bundesmittel an den Gesamtausgaben auf Werte zwischen 24,9 v.H. und 29,8 v.H.

b) Beitragssatzentwicklung auf Basis der Eckwerte der Rentenstrukturreform

Auf der Basis der von der Bundesregierung beschlossenen Eckwerte der Rentenstrukturreform (vgl. Abschnitt 3.1.1) ergibt sich die in Übersicht B 7.2 aufgeführte Beitragssatzentwicklung bei mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung. Der Beitragssatz sinkt von 19,5 v.H. in 1999 auf 18,6 v.H. in 2002. Die langfristige Beitragssatzentwicklung ab 2003 wird – abhängig von der Wirkung des Kapitalvorsorgebeitrages auf den Nettolohn in der VGR – in zwei Varianten betrachtet. Die Wirkung des Kapitalvorsorgebeitrages auf den Nettolohn ist abhängig von der von den Versicherten gewählten Anlageform und vom Umfang der Anrechnung bereits bestehender privater und betrieblicher Altersvorsorge. Für die erste Variante wird angenommen, dass die Nettoquote um 2 Prozentpunkte sinkt (volle Wirkung auf den Nettolohn), für die zweite Variante wird keine Wirkung auf den Nettolohn unterstellt. In der ersten Variante steigt der Beitragssatz auf 19,0 v.H. und bleibt in dieser Höhe bis 2013 stabil. Der Anstieg nach 2002 auf 19 v.H. ergibt sich insbesondere aus der Wirkung der dritten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes auf die Rentenanpassung im Jahre 2003. In der zweiten Variante verläuft die Beitragssatzentwicklung in der Rentenversicherung ab 2004 höher. Nach 2007 beträgt die Beitragssatzdifferenz rd. 0,6 Prozentpunkte. Das Rentenniveau sinkt in beiden Varianten auf rd. 67 v.H. und bleibt in dieser Höhe langfristig stabil.

Auf der Basis des Rechtsstands RRG 1999 und unter der Annahme, dass die von der alten Bundesregierung beschlossene Steuerreform im Jahr 2000 in Kraft treten würde, ergäbe sich ein deutlich ungünstigerer Beitragsverlauf. Ab 2001 ergäben sich Beitragssätze zwischen 20,9 v.H. und 21,5 v.H. Sie lägen damit im Vergleich

zur Rentenstrukturreform bei der ersten Variante um mehr als 2 Punkte höher (Schaubild 5). Bei der zweiten Variante mindert sich die Differenz auf immerhin noch mehr als 1,5 Prozentpunkte.

Der günstigere Beitragsverlauf bei der Rentenstrukturreform ist auf die von der Bundesregierung seit Herbst 1998 getroffenen und eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Entlastung der Lohnnebenkosten zurückzuführen.

Im einzelnen erklärt sich die Beitragssatzdifferenz im Jahr 2013 in Höhe von 2,0 Punkten zwischen den Rechnungen bei Rentenstrukturreform in der ersten Variante und der Rechnung mit dem Rechtsstand RRG 1999 im wesentlichen wie folgt:

Mit dem RRG 1999 wurden der Demographiefaktor eingeführt und die Regelungen der Renten wegen Erwerbsunfähigkeit verschlechtert. Beides haben die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen vor Übernahme der Regierungsverantwortung abgelehnt und deshalb mit dem Rentenkorrekturgesetz sowohl den Demographiefaktor als auch die Einschnitte in die Erwerbsminderungsrenten bis Ende 2000 ausgesetzt. Unter Berücksichtigung weiterer Maßnahmen dieses Gesetzes ergibt sich im Jahre 2013 eine Beitragssatzsenkung von 0,5 Prozentpunkten.

Durch die Maßnahmen des Haushaltssanierungsgesetzes und des Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform sowie durch die weiteren Maßnahmen der Rentenstrukturreform wird der Beitragssatz im Jahre 2013 um 1,2 Beitragssatzpunkte gesenkt.

2.2 Knappschaftliche Rentenversicherung

Als Ergebnis der Vorausberechnungen in der knappschaftlichen Rentenversicherung kann – bei den zugrunde gelegten Annahmen – die Höhe des notwendigen Bundeszuschusses nach § 215 SGB VI angesehen werden, der sich als Unterschiedsbetrag zwischen den Ausgaben und den übrigen Einnahmen ergibt. Die Berechnungen werden auf der Basis des geltenden Rechts unter Berücksichtigung von finanzwirksamen Maßnahmen die sich bereits im Gesetzgebungsverfahren befinden, durchgeführt. Auch wenn man sich auf eine Annahme über die Entwicklung der Anzahl der Versicherten in der knappschaftlichen Rentenversicherung beschränkt, ergeben sich zu den 9 Vorausberechnungen der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten 9 entsprechende Vorausberechnungen der knappschaftlichen Rentenversicherung, da sich je Vorausberechnung der ArV/AnV verschiedene Beitragssätze und Anpassungssätze gemäß § 158 Abs. 2 SGB VI und § 68 SGB VI entsprechend auf die KnRV auswirken. Da in der KnRV zusätzliche Varianten nur einen geringen Informationsgewinn liefern, werden lediglich 3 Varianten berücksichtigt. Hierbei werden je Entgeltannahme die durch die mittlere Beschäftigungsvariante bestimmte Entwicklung der Beitragssätze und der Anpassungssätze in der ArV/AnV für die Berechnungen der KnRV unterlegt.

Bei den drei Varianten für die Entwicklung der Bruttodurchschnittsentgelte in den alten Bundesländern wird

wie bei den Vorausberechnungen für die ArV/AnV (siehe 3.2.1) ab 2000 von 2 v.H. (Variante I), 3 v.H. (Variante II) bzw. 4 v.H. (Variante III) ausgegangen. Die dazugehörigen Entgeltreihen für die neuen Bundesländer sind identisch mit denen für die ArV/AnV. Sie werden unter 3.1.1b) beschrieben. Entsprechend diesen drei Varianten für den Entgeltzuwachs ergeben die Modellrechnungen für den Vorausberechnungszeitraum 1999 bis 2013 drei verschiedene Wertereihen für die Höhe des Bundeszuschusses. Im Jahr 2013 erreicht er bundesweit bei Variante I 9,6 Mrd. DM, bei Variante II 10,7 Mrd. DM und bei Variante III 11,9 Mrd. DM (Übersicht B 10).

Die Entwicklung des Beitragssatzes in der knappschaftlichen Rentenversicherung im 15-jährigen Vorausberechnungszeitraum wird beispielhaft für die Variante II in Übersicht B 13 dargestellt.

3. Erläuterungen zu den Vorausberechnungen

3.1 Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

3.1.1 Allgemeine Annahmen

a) Rechtsstand

Die Vorausberechnungen gehen entsprechend der bisherigen Verfahrensweise vom geltenden Recht aus, obwohl die Bundesregierung bereits angekündigt hat, das geltende Recht mit einer Rentenstrukturreform (s.u.) zu ändern. Finanzwirksame Maßnahmen, die sich bereits im Gesetzgebungsverfahren befinden, werden wie in den vergangenen Rentenversicherungsberichten auch in dem diesjährigen Bericht in die Berechnungen eingestellt.

Im Vergleich zum letztjährigen Bericht, der vom Rechtsstand des Rentenreformgesetzes 1999 ausging, sind deshalb die folgenden finanzwirksamen Maßnahmen zu berücksichtigen:

- Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte vom 28. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3834) mit folgenden Eckpunkten:
 - Der mit dem Rentenreformgesetz 1999 eingeführte Demographiefaktor in der Rentenformel wird für die Jahre 1999 und 2000 ausgesetzt.
 - Die Verschlechterungen bei den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten und die Anhebung der Altersgrenze für Schwerbehinderte, Berufs- und Erwerbsunfähige durch das Rentenreformgesetz 1999 werden für das Jahr 2000 ausgesetzt.
 - Der Bund zahlt ab 1. 6. 1999 Beiträge für die Kindererziehung.
 - Der Rentenversicherung werden die Aufwendungen für einigungsbedingte Leistungen, insbesondere für Auffüllbeträge, ohne Anrechnung auf den zusätzlichen Bundeszuschuss erstattet.
 - Die Erfassung scheinselbstständiger Arbeitnehmer wird erleichtert; arbeitnehmerähnliche

Selbständige werden in der Rentenversicherung pflichtversichert.

- Der Beitragssatz in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten wird ab 1. April 1999 von 20,3 auf 19,5 v.H. gesenkt.
- Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24. 3. 1999 (BGBl. I S. 388), wodurch für geringfügig Beschäftigte ein Beitrag von 12 v.H. zur Rentenversicherung fällig ist und für geringfügig Nebentätige ein voller Beitrag zu zahlen ist.
- Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 vom 24. März 1999.
- Rentenanpassungsverordnung 1999.
- Entwurf eines Haushaltssanierungsgesetzes mit folgenden Einzel-Maßnahmen:
 - Anpassung der Renten in den Jahren 2000 und 2001 in Höhe der Inflationsrate statt entsprechend der Nettolohnentwicklung (voraussichtlich: 2000: 0,7 v.H., 2001: 1,6 v.H.).
 - Befristete Absenkung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung um jährlich bis zu 1,3 Mrd. DM begrenzt bis 2003.
 - Aussetzung der verstetigten Beitragssatzfestsetzung bis 2003.
 - RV-Beiträge für Empfänger von Arbeitslosenhilfe auf der Basis des Zahlungsbetrags, Wegfall der Beiträge aus originärer Arbeitslosenhilfe.
 - Bemessungsgrundlage der Beiträge für Wehr- und Zivildienstleistende 60 statt 80 v.H. der Bezugsgröße.
- Entwurf eines Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform, wodurch Mittel aus den weiteren Stufen der Ökosteuerreform der Rentenversicherung zufließen und zwar in den Jahren 2000 bis 2003 in Höhe von 2,6 Mrd. DM, 8,6 Mrd. DM, 13,9 Mrd. DM bzw. 19,3 Mrd. DM. Hierbei ist berücksichtigt, dass der Bund durch das Rentenkorrekturgesetz bis zum Jahr 2000 um 2,1 Mrd. DM und in den Jahren danach um jährlich 1,7 Mrd. DM stärker belastet wird, als es seinen Einnahmen durch die 1. Stufe der Ökosteuerreform entspricht. Die Bundesregierung wird im Jahre 2003 sicherstellen, dass die mit der ökologischen Steuerreform verbundene Beitragssatzstabilisierung auch für die Folgejahre erreicht wird.

Bei diesem Rechtsstand fehlen wichtige Elemente der von der Bundesregierung im Rahmen eines Eckwertebeschlusses vom 23. 6. 1999 skizzierten Rentenstrukturreform. Ziel dieser Reform ist es, nachhaltige Grundlagen für die Zukunftsfestigkeit der Rentenversicherung und des gesamten Alterssicherungssystems durch folgende Maßnahmen zu schaffen:

- Langfristige Beitragssatzstabilisierung durch Anpassung der Renten in den Jahren 2000 und 2001

entsprechend dem Anstieg der Lebenshaltungskosten des Vorjahres. Dabei handelt es sich um eine Übergangsregelung, ab 2002 ist die Rückkehr zu den Grundsätzen der Nettoanpassung vorgesehen.

- Senkung und Stabilisierung der Rentenversicherungsbeiträge durch Verwendung des Aufkommens aus den nächsten Stufen der Ökosteuerreform.
- Aufbau einer ergänzenden kapitalgedeckten Altersvorsorge.
- Neugestaltung des Rechts der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten.
- Einführung einer bedarfsorientierten und steuerfinanzierten sozialen Grundsicherung zur Vermeidung von Armut im Alter und bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit aus medizinischen Gründen.
- Verbesserung der eigenständigen Alterssicherung der Frau durch Reform des Rechts der Hinterbliebenenrenten.

Die konkrete Ausgestaltung aller Eckpunkte ist noch nicht abgeschlossen. Für die folgenden Berechnungen zur Strukturreform wird angenommen, dass

- die soziale Grundsicherung mit einem Jahresvolumen von 1,8 Mrd. DM ab dem 1. 1. 2003 wirkt und dass die hierfür erforderlichen Mittel aus dem Ökosteueraufkommen entnommen werden,
- der Aufbau einer ergänzenden kapitalgedeckten Zusatzvorsorge durch individuelle Aufwendungen erfolgt, die von 0,5 v.H. im Jahr 2003 bis auf 2,5 v.H. des Bruttolohns ab 2007 ansteigen und dann konstant bleiben. Für die Wirkung des Kapitalvorsorgebeitrages auf den Nettolohn nach VGR werden zwei Varianten betrachtet: In der ersten Variante sinkt die Nettoquote um 2 Prozentpunkte; in der zweiten Variante wird keine Wirkung auf den Nettolohn unterstellt.
- im Bereich der Erwerbsminderungsrenten
 - die arbeitsmarktbedingten Erwerbsminderungsrenten wegen der derzeit ungünstigen Arbeitsmarktsituation beibehalten werden; für die Mehrausgaben der Rentenversicherung wird ein Teil des Aufkommens aus der Ökosteuerreform verwendet.
 - Zur Minderung der Wirkung der versicherungsmathematischen Abschläge wird die Zurechnungszeit um 20 Monate bis zum 60 Lebensjahr verlängert.
 - Versicherte, die bei Inkrafttreten der Reform bereits das 40. Lebensjahr vollendet haben, weiterhin eine Rente wegen Berufsunfähigkeit in Anspruch nehmen können.
- die Verbesserung der eigenständigen Sicherung der Frau im Vorausberechnungszeitraum kostenneutral erfolgt.

b) Die Entwicklung des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts der Versicherten

Sowohl für die Entwicklung der Einnahmen als auch der Ausgaben in der gesetzlichen Rentenversicherung sind die durchschnittlichen Veränderungen des Bruttoarbeitsentgelts der Versicherten von großer Bedeutung.

Nach der Projektion der Bundesregierung für die **alten Bundesländer** werden sich die Löhne 1999 um 2,8 v.H., 2000 um 2,4 v.H. und von 2001 bis 2003 um 2,7 v.H. p.a. erhöhen. In den **neuen Bundesländern** wird der Lohnanstieg im Jahre 1999 ebenfalls auf 2,8 v.H., in 2000 auf 2,5 v.H. und in den Jahren 2001 bis 2003 auf 2,9 v.H. p. a. geschätzt. Im Jahre 2003 haben die Löhne in den neuen Bundesländern dann rd. 77,7 v.H. (1999: 77,2 v.H.) des Niveaus in den alten Bundesländern erreicht. Diese Annahmen liegen der Mittelfristrechnung zugrunde.

Die Fünfzehnjahresrechnungen basieren wegen der zahlreichen Unsicherheiten bei der Lohnentwicklung nicht nur auf einer, sondern auf drei Annahmereihen. Den Berechnungen in den alten Bundesländern liegen ab 2000 gleichbleibende jährliche Zuwachsraten von 2 v.H., 3 v.H. und 4 v.H. zugrunde. Die Annahmen der mittelfristigen Projektion liegen damit zwischen der unteren und der mittleren Entgelt-Variante, bleiben aber im Rahmen des Modellspektrums.

Die Durchschnittsentgelte und die daraus abgeleiteten Beitragsbemessungsgrenzen auf der Basis einer Zuwachsrate von 3 v.H. sind für die alten Bundesländer der Übersicht B 11 zu entnehmen.

Für die neuen Bundesländer wird modellmäßig für die untere, mittlere und obere Entgeltentwicklung angenommen, dass bis 2030 100 v.H. des Lohnniveaus der jeweiligen Variante für die alten Bundesländer erreicht werden. Diese Prämissen führen bei den Fünfzehnjahresrechnungen für die neuen Bundesländer zu Lohnzuwachsrate von 2,89 v.H. (untere Variante), 3,90 v.H. (mittlere Variante) und 4,91 v.H. (obere Variante) für den Zeitraum von 2000 bis 2030.

c) Annahmen über die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten

Von maßgeblicher Bedeutung insbesondere für die Entwicklung der Einnahmen ist die Entwicklung der Beschäftigung, deren Einschätzung ebenso wie die der Entgeltentwicklung erheblichen Unsicherheiten unterliegt.

Als Basis dienen die Beschäftigungsdaten der amtlichen Statistik im Jahre 1998. Für 1999 – 2003 wurden neue Eckwerte festgelegt, welche die aktuelle Entwicklung des Arbeitsmarktes berücksichtigen. Danach steigt in den alten Bundesländern die Zahl der abhängig Beschäftigten im Inland 1999 um rd. 0,1 v.H. Für das Jahr 2000 wird ein Anstieg von rd. 0,3 v.H. und für die Jahre 2001 bis 2003 um 0,1 v.H. erwartet. Die Zahl der Arbeitslosen wird in den alten Bundesländern für 1999 auf rd. 2,8 Millionen geschätzt. Danach geht sie bis zum Jahr 2003 auf rd. 2,2 Millionen zurück.

In den neuen Bundesländern wird auf der Basis der Annahmen der Ressorts für das Jahr 1999 die Zahl der abhängig Beschäftigten im Inland gegenüber dem Vorjahr um 0,1 v.H. ansteigen. Im Jahr 2000 wird ebenfalls ein Anstieg um rd. 0,1 v.H. erwartet, für den Zeitraum 2001 bis 2003 wird eine Steigerungsrate von 0,3 v.H. angenommen. Die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern wird für 1999 auf 1,35 Millionen geschätzt. Danach wird unterstellt, dass die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2003 auf 1,3 Millionen abnimmt.

Die im Abschnitt 1.1 dargestellten mittelfristigen Annahmen zur Beschäftigung ergeben sich aus den oben genannten Annahmen durch Berücksichtigung der Entwicklung der Zahl der Beamten. Dazu sind in den alten und neuen Bundesländern gegenläufige Entwicklungsreihen unterstellt worden. In den alten Bundesländern ergibt sich, bedingt u.a. durch den Abbau der Beamten bei der ehemaligen Bundesbahn und -post, ein Rückgang der Beamten um 115000 (1998 bis 2003). In den neuen Bundesländern wird von 1998 bis 2003 eine Zunahme um 80000 angenommen.

Für die Fünfzehnjahresrechnungen werden bei der Beschäftigung wie bei den Entgelten drei Entwicklungspfade ermittelt, um die Wirkung unterschiedlicher Beschäftigungsannahmen auf die Rentenfinanzen darzustellen (Übersicht B 12). Wegen der ungleichen Ausgangslage werden dabei ein mittlerer, ein niedrigerer und ein höherer Beschäftigungspfad für die alten Bundesländer und die neuen Bundesländer getrennt abgeleitet. Die Berechnungen basieren dabei ab dem Jahr 2000 auf langfristigen Trendannahmen für das Erwerbsverhalten.

Die Herleitung der Entwicklungspfade geschieht im Rahmen eines Arbeitsmarktmodells. Für die mittlere Variante werden gesamtdeutsche Wachstumsraten für die abhängig Beschäftigten vorgegeben. Die Zuwachsrate für die Jahre 2000 bis 2003 beträgt 0,25 v.H. und verringert sich im Simulationszeitraum bis zum Erreichen von 0,0 v.H. im Jahr 2013 um jährlich rd. 0,02 Prozentpunkte. Der Zuwachs wird von den Arbeitslosen und aus der Stillen Reserve gespeist, bei Erreichen der Vollbeschäftigung (definiert als Arbeitslosenquote von 2,5 v.H.) wird nur noch die Stille Reserve abgebaut, so lange, bis die jeweilige Potentialgrenze erreicht ist. Für den Zeitraum von 1999 bis 2013 wird ein konstantes Verhältnis der Wachstumsrate der Zahl der abhängig Beschäftigten in den alten Bundesländern zu der Wachstumsrate in den neuen Bundesländern vorgegeben.

Für die alten Bundesländer ergibt sich aus dieser Vorgehensweise in den Jahren 2000 bis 2003 ein durchschnittlicher Anstieg der Zahl der abhängig Beschäftigten von jährlich 0,19 v.H., der danach bis zum Jahr 2013 auf Null verringert wird. Zu den abhängig Beschäftigten gehören neben den Arbeitern und Angestellten die Beamten. Letztere verringern sich insbesondere durch den Abbau bei Bahn und Post im Zeitraum 1998 bis 2013 um rd. 180000. Unter Berücksichtigung dieser Entwicklung bei den Beamten ergibt sich für die Zahl der Arbeiter und Angestellten ein Anstieg von 1998 bis 2003 um 343000 bzw. von 2003 bis 2013 um

weitere 296000 Personen. Das Erwerbspersonenpotential steigt während des gesamten Vorausberechnungszeitraumes. Dies ist insbesondere durch die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen bedingt, nach 2003 auch durch die Annahme einer steigenden Erwerbsbeteiligung der Älteren.

In den neuen Bundesländern ergibt sich für die Jahre 2000 bis 2003 bei der **mittleren Beschäftigungsentwicklung** ein durchschnittlicher Anstieg der Zahl der abhängig Beschäftigten von jährlich 0,51 v.H., der ebenfalls bis zum Jahr 2013 auf Null verringert wird. Die Zahl der Beamten in den neuen Bundesländern wächst kontinuierlich bis zum Jahr 2015. Im Jahr 2015 erreicht der Anteil der Beamten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den neuen Bundesländern ungefähr den Anteil der Beamten ohne Bahn und Post an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den alten Bundesländern im Jahr 1996. Für den Vorausberechnungszeitraum ergibt sich ein Anstieg der Beamten von 1998 bis 2013 von rd. 150000. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten steigt von 1998 bis 2003 um 44000 und im Zeitraum von 2003 bis 2013 um weitere 70000 Personen.

Die Modellvarianten 'niedrigere und höhere Beschäftigungsentwicklung' werden dadurch abgeleitet, dass in den alten und neuen Bundesländern ab 2000 die jährlichen gesamtdeutschen Veränderungsrate der Zahl der abhängig Beschäftigten gegenüber der mittleren Variante um 0,25 Prozentpunkte erhöht bzw. vermindert werden. Die Variation um 0,25 Prozentpunkte entspricht der Zielsetzung, entsprechend wie bei den Entgelten die Auswirkungen unterschiedlicher Beschäftigungsentwicklungen auf die Finanzlage der Rentenversicherung in den nächsten 15 Jahren durch Bandbreiten in den Modellvarianten sichtbar zu machen. Damit wird für die untere Variante eine Veränderungsrate von 0 v.H. und für die obere eine von 0,5 v.H. angenommen. Da die Entwicklung der Zahl der Beamten unabhängig von der Wahl der Variante ist, ergibt sich bei der 0 v.H.-Variante keine Stagnation der Zahl der Arbeiter und Angestellten, sondern eine geringe Zunahme (alte Bundesländer) bzw. eine geringe Abnahme (neue Bundesländer).

Die Annahmen der mittelfristigen Projektion zur Beschäftigungsentwicklung in den alten Bundesländern liegen in 2000 über und ab 2000 etwas unter den Annahmen beim mittleren Beschäftigungspfad. Sowohl die Potentialgrenze als auch das Vollbeschäftigungsziel wird im Vorausberechnungszeitraum in keiner der Varianten erreicht.

In den neuen Bundesländern liegen die Annahmen der mittelfristigen Projektion ab 2000 unter den Annahmen beim mittleren Beschäftigungspfad. Die Potentialgrenzen werden wie in den alten Bundesländern im Vorausberechnungszeitraum in keiner Variante erreicht. Das gilt ebenfalls für das Vollbeschäftigungsziel.

3.1.2 Verfahren zur Vorausberechnung der Einnahmen und der Ausgaben

Basis der Berechnungen sind die geschätzten Jahresergebnisse 1999 der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten, getrennt für die alten und neuen Bundesländer. Diese Ergebnisse beruhen auf der Ist-Entwicklung bis September 1999.

Für den Vorausberechnungszeitraum werden die wichtigsten Positionen wie folgt ermittelt:

a) Beitragseinnahmen

Die Pflichtbeiträge werden ermittelt, indem das geschätzte Ergebnis 1999 im Grundsatz proportional zur Entwicklung der Durchschnittsentgelte, der Anzahl der Versicherten und des Beitragssatzes fortgeschrieben wird. Letzterer ist entsprechend dem geltenden Recht gemäß § 158 SGB VI zu bestimmen. Durch das Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung wurde die Erfassung scheinselbstständiger Arbeitnehmer erleichtert und arbeitnehmerähnliche Selbstständige in der Rentenversicherung pflichtversichert. Durch das Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse muss für geringfügig Hauptbeschäftigte ein Beitrag von 12 v.H. und geringfügig Nebenbeschäftigte ein voller Beitrag zur Rentenversicherung gezahlt werden. Für das Jahr 1999 werden insgesamt 2,6 Mrd. DM zusätzliche Beiträge erwartet. Geringere Pflichtbeiträge ab 2000 ergeben sich aufgrund der durch den Entwurf des Haushaltssanierungsgesetzes geänderten Bemessungsgrundlage der Beiträge für Wehr- und Zivildienstleistende von bisher 80 v.H. auf nunmehr 60 v.H. der Bezugsgröße. Dadurch ergeben sich ab 2000 Mindereinnahmen von rd. 0,5 Mrd. DM.

Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt für ihre Leistungsempfänger seit 1995 Beiträge an die Rentenversicherung auf der Basis von 80 v.H. des der Leistung zugrunde liegenden Bruttoentgelts. Durch den Entwurf des Haushaltssanierungsgesetzes werden aber ab dem Jahr 2000 Beiträge für Bezieher von Arbeitslosenhilfe nur noch auf Basis des Zahlbetrags gezahlt. Dadurch und durch den Wegfall von originärer Arbeitslosenhilfe ergeben sich Mindereinnahmen von rd. 4,5 Mrd. DM.

Seit 1995 zahlen die Pflegekassen nach § 44 SGB XI Beiträge zur Rentenversicherung für Pflegepersonen, die auf der Einnahmenseite zu berücksichtigen sind.

Die Fortschreibung der freiwilligen Beiträge erfolgt gemäß der Entwicklung des Beitragssatzes und der Veränderung der Zahl der Arbeiter und Angestellten, die Beiträge für die Empfänger von Krankengeldern und die Pflegebeiträge werden gemäß der Entwicklung der Durchschnittsentgelte und des Beitragssatzes fortgeschrieben. Die Bemessungsgrundlage für die Beiträge vom Krankengeld ist seit 1995 analog zu der Regelung für die BA-Beiträge auf 80 v.H. des der Leistung zugrunde liegenden Bruttoentgelts angehoben. Bei der Fortschreibung der Beiträge für die Empfänger von Krankengeld werden auch die Veränderungen der Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten berücksichtigt.

Durch das Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte werden seit dem 1. Juni 1999 vom Bund Beiträge für Kindererziehung geleistet. Diese betragen im Jahr 1999 13,6 Mrd. DM und im Jahr 2000 22,4 Mrd. DM. Die Fortschreibung erfolgt entsprechend der Entwicklung der Löhne, des Beitragssatzes in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und der Zahl der Kinder unter drei Jahren.

b) Allgemeiner und zusätzlicher Bundeszuschuss sowie Mittel aus der Ökosteuer

Der allgemeine Bundeszuschuss in den alten Ländern wird ins folgende Jahr gemäß den Veränderungen des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts vom vorvergangenen zum vergangenen Jahr fortgeschrieben; er ändert sich zusätzlich in dem Verhältnis, in dem sich der Beitragssatz verändert, der sich ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bundeszuschusses ergibt (§ 213 Abs. 2 SGB VI).

In den neuen Bundesländern wird der Bundeszuschuss so berechnet, dass sein Anteil an den Rentenausgaben so hoch wie der entsprechende Anteil in den alten Bundesländern ist.

Seit dem 1. Juni 1999 wurde der allgemeine Bundeszuschuss im Zusammenhang mit der Einführung der Beiträge für Kindererziehungszeiten durch das Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung gemindert um die bisher im Bundeszuschuss enthaltene pauschale Erstattung der Aufwendungen der Rentenversicherung aus der Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Dies führt zu einer Minderung des allgemeinen Bundeszuschusses um insgesamt 7,2 Mrd. DM verteilt auf die Jahre 1999 und 2000.

Im Zusammenhang mit dem Rentenreformgesetz 1999 ist durch das Gesetz zur Finanzierung eines zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung der allgemeine Bundeszuschuss um einen zusätzlichen Bundeszuschuss ergänzt worden (§ 213 Abs. 3 SGB VI). Letzterer betrug für die Monate April bis Dezember 1998 9,6 Mrd. DM und beträgt für das Jahr 1999 15,6 Mrd. DM. Für die Kalenderjahre ab 2000 verändert er sich entsprechend der Veränderungsrate der Umsatzsteuer ohne Berücksichtigung von Änderungen des Steuersatzes. Durch den Entwurf des Haushaltssanierungsgesetzes wird der zusätzliche Bundeszuschuss in den Jahren 2000 bis 2003 um jährlich bis zu 1,3 Mrd. DM gemindert.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform werden weitere Mittel zur Senkung des Beitragssatzes bereitgestellt. Durch die Anhebung der Mineralöl- und Stromsteuer werden der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten ab 2000 Mittel in Höhe von 2,6 Mrd. DM zur Verfügung gestellt, die bis 2003 auf 19,3 Mrd. DM ansteigen.

c) Erstattungen aus öffentlichen Mitteln

Die Erstattungen aus öffentlichen Mitteln beinhalten nur noch die Erstattungen von den Versorgungsdienststellen

(jährlich 1,0 Mrd. DM in den alten Bundesländern und 0,4 Mrd. DM in den neuen Bundesländern). Die Erstattungen für die Kinderzuschüsse sind mittlerweile bis auf minimale Restbeträge ausgelaufen.

Erstattungen für Aufwendungen aus der Überführung der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme sowie für Renten an Behinderte im Beitrittsgebiet werden unter dieser Position nicht erfasst. Dafür sind die entsprechenden Aufwendungen aber auch bei den Renten und der Krankenversicherung der Rentner nicht enthalten.

d) Rentenausgaben

Bis zum Jahr 1991 erfolgte in den alten Bundesländern die Anpassung der Renten allein gemäß der Entwicklung des Vorjahresbruttoentgelts; seit 1992 wird aufgrund der Vorschriften des SGB VI neben der Entwicklung des Bruttoentgelts auch die Entwicklung der Abgabenbelastung bei Beitragszahlern und Rentnern bei der Anpassung der Renten berücksichtigt (Nettoanpassung). Dieses Verfahren gilt seit 1996 auch für die neuen Bundesländer.

Die mit dem Rentenreformgesetz 1999 eingeführte Minderung der Anpassung durch den Demographiefaktor, der die Veränderung der Lebenserwartung 65-jähriger zur Hälfte berücksichtigt, ist mit dem Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und Sicherung der Arbeitnehmerrechte für die Jahre 1999 und 2000 ausgesetzt worden. Durch den Entwurf des Haushaltssanierungsgesetzes erfolgt die Anpassung in den Jahren 2000 und 2001 entsprechend der Veränderung des Preisniveaus für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte des jeweiligen Vorjahres. Auf dieser Basis ergibt sich ein für die alten und neuen Bundesländer gemeinsamer Anpassungssatz von 0,7 v.H. (2000) bzw. 1,6 v.H. (2001). Nach geltendem Recht wird danach das Wiedereinsetzen des Demographiefaktors unterstellt. Die sich daraus ableitende Entwicklung des aktuellen Rentenwertes in den alten Bundesländern ist für die Lohnvariante 3 v.H. der Übersicht B 11 zu entnehmen.

Die Vorausschätzung der Rentenausgaben basiert auf einer Modellrechnung zur Entwicklung des Rentenbestandes nach Einzelalter im Zeitverlauf. Dabei werden aber nicht die einzelnen Leistungsarten gesondert betrachtet. Die an sich schon sehr komplexe Modellstruktur erlaubt lediglich eine Differenzierung zwischen Versicherten- und Hinterbliebenenrenten. Weiter wird im Modell zwischen Renten im In- und Ausland unterschieden.

Basis der Berechnungen ist die Bevölkerung zum 1. Januar 1998. Für den Zeitraum von 1998 bis zum Jahr 2013 werden Zuzüge von Aussiedlern in Höhe von 1,4 Millionen berücksichtigt. Bei den Ausländern wird im gesamten Vorausberechnungszeitraum ein jährlicher Wanderungsüberschuss von 100 000 ab dem Jahr 1998 unterstellt.

Die Rentenzugangsverhältnisse in den alten Bundesländern basieren auf den Zugängen des Jahres 1997. Der in den Zugängen seit 1994 zu beobachtende starke Anstieg der Renten wegen Arbeitslosigkeit wird ab dem Jahr 2001 bis zum Jahr 2021 auf das Niveau zurückgeführt,

wie es sich im Durchschnitt der Jahre 1988 bis 1990 ergeben hat.

Die Rentenwegfälle wegen Todes werden unter Berücksichtigung des vorhandenen Datenmaterials der Versicherungsträger aus dem Jahr 1997 und der Sterbetafel 1995/97 der Wohnbevölkerung berechnet. Bei Versichertenrenten werden die Sterbefälle ab Alter 60 Jahre und bei Witwen-/Witwerrenten über alle Alter im Grundsatz mit Hilfe der Sterbetafel 1995/97 geschätzt. Jedoch wird der in der Vergangenheit zu beobachtenden Entwicklung des kontinuierlichen Anstiegs der Lebenserwartung in der Bevölkerung dadurch Rechnung getragen, dass sich die Lebenserwartung von 1996 (mittleres Jahr der Sterbetafel) bis 2006 in dem Ausmaß erhöhen wird, wie es im 1996 endenden Zehnjahreszeitraum zu beobachten war. Dieses bedeutet eine Erhöhung der Lebenserwartung im Vergleich der Sterbetafel 1995/97 mit der von 1985/1987 bei 65-jährigen Männern um rd. 1,3 auf 16,4 und bei gleichaltrigen Frauen um 1,2 auf 20,1 Jahre. Das im Jahre 2006 erreichte Niveau wird in den Folgejahren so modifiziert, dass sich im Jahr 2030 die im Durchschnitt der Jahre 1996/97 beobachtete Lebenserwartung von Japan einstellt (Männer: 17,0 Jahre, Frauen: 21,6 Jahre). Japan hat im internationalen Vergleich die höchste Lebenserwartung.

Anders als in den Vorjahren werden erstmals die Wegfall- und Zugangsverhältnisse in den neuen Bundesländern nicht mehr aus denen in den alten Bundesländern abgeleitet, sondern sie basieren auf tatsächlichen Beobachtungen. Die Qualität dieser Daten lässt mittlerweile eine Fortschreibung zu. Dabei wird angenommen, dass sich die Zugangsverhältnisse in den neuen Bundesländern über 10 Jahre bis zum Jahr 2011 an die in den alten Bundesländern angeglichen haben werden.

Die Rentenwegfälle wegen Todes bei den Versichertenrenten ab Alter 60 und den Witwen-/Witwerrenten werden wie in den alten Bundesländern mit der Sterbetafel der Wohnbevölkerung berechnet. Zur Ermittlung der Sterbefälle der Bevölkerung in den neuen Bundesländern wird ebenfalls von der Sterbetafel 1995/97 dieses Gebietes ausgegangen. Nach dieser Sterbetafel beträgt die Lebenserwartung 65-jähriger Männer/Frauen 14,1/17,9 Jahre statt 15,1/18,9 Jahre nach der Sterbetafel 1995/97 in den alten Bundesländern. Für die neuen Bundesländer wird die Lebenserwartung so erhöht, dass die in den alten Bundesländern ab 2006 angenommene Lebenserwartung in den neuen Ländern im Jahr 2016 erreicht wird bzw. in den Folgejahren ebenfalls das Westniveau im Jahr 2030 erreicht wird.

e) Aufwendungen für Gesundheitsmaßnahmen, Verwaltung und Verfahren

Im Grundsatz werden die Aufwendungen für Gesundheitsmaßnahmen ermittelt, indem die durch das WFG festgelegten und durch das Dritte SGB VI-Änderungsgesetz modifizierten Höchstbeträge mit der Entgeltsteigerung fortgeschrieben werden.

Von diesem Grundsatz wird dann abgewichen, wenn im Basisjahr eine Überschreitung des Deckelbetrags erwartet wird. Die Überschreibungsbeträge führen sodann

zwei Jahre später zu einer entsprechenden Minderung der Höchstbeträge. Für das Jahr 2000 wird angenommen, dass die Höchstbeträge um 5 v.H. unterschritten werden.

f) Krankenversicherung der Rentner (KVdR)

Seit dem 1. Juli 1997 gilt auch für versicherungspflichtige Rentner für die Bemessung der Beiträge aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung der allgemeine Beitragssatz ihrer Krankenkasse. In den Berechnungen wird von folgenden durchschnittlichen KVdR-Beitragssätzen ab 1. Juli ausgegangen:

Jahr	alte Bundesländer	neue Bundesländer	Gesamt-deutschland
	in v.H.		
1999-2013	13,5	14,1	13,6

Der Beitrag wird je zur Hälfte von den Rentnern und der Rentenversicherung getragen.

g) Beiträge zur Pflegeversicherung

Seit 1995 zahlen die Rentner Beiträge zur Pflegeversicherung. Der Beitragssatz beträgt ab dem 1. Juli 1996 1,7 v.H. In den Modellrechnungen steigt er im Jahr 2011 auf 1,8 v.H. und bleibt bis 2013 auf dieser Höhe.

Die Rentenversicherung beteiligt sich zur Hälfte an dieser Beitragszahlung. Es wird dasselbe beitragspflichtige Rentenvolumen zugrunde gelegt wie bei den Beitragszuschüssen zur KVdR.

h) Wanderversicherung und Wanderungsausgleich

Mit der Geltung des SGB VI in den neuen Bundesländern gibt es ab 1992 auch in den neuen Bundesländern eine Wanderversicherung zwischen ArV/AnV und KnRV. Die Rentenaufwendungen von rd. 2,3 Mrd. DM im Jahr 1999, die die ArV/AnV für ihr zuzurechnende Rententeile in von der KnRV ausgezahlten Renten zu tragen hat, steigen in den folgenden Jahren wie in den alten Bundesländern mit den jahresdurchschnittlichen Rentenerhöhungen.

Im SGB VI ist ein Wanderversicherungsausgleich auch für Rehabilitationskosten eingeführt worden. Die für 1999 geschätzten Kosten werden mit der Lohnentwicklung fortgeschrieben.

Im Renten-Überleitungsgesetz ist ab 1992 ein Wanderungsausgleich zwischen ArV/AnV und KnRV zum Ausgleich der Beitragsausfälle als Folge der Abwanderung von Beitragszahlern der KnRV zur ArV/AnV nach dem 1. Januar 1991 eingeführt worden (§ 223 Abs. 6 SGB VI).

In den Berechnungen wird davon ausgegangen, dass bis 1999 knapp 0,3 und bis 2013 fast 0,35 Mio. Beitragszahler im Vergleich zum Jahr 1991 zur ArV/AnV abwandern.

i) Beitragserstattungen

Es wird mit Beitragserstattungen von jährlich rd. 0,3 Mrd. DM in den Jahren ab 1999 in den alten Bundesländern gerechnet. Für die neuen Bundesländer haben die Beitragserstattungen keinen nennenswerten Umfang.

j) Leistungen für Kindererziehung

Das Gesetz über Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 regelt, dass ab 1. Oktober 1987 in Stufen auch den Müttern, die beim Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten sowie zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung bereits das 65. Lebensjahr vollendet hatten, für jedes lebend geborene Kind eine dynamische Leistung für Kindererziehung gezahlt wird, die im 1. Halbjahr 1998 rd. 36 DM/Monat betrug.

Im Renten-Überleitungsgesetz wurde für die neuen Bundesländer eine entsprechende Leistung eingeführt. Mütter, die am 1. Januar 1992 bereits 65 Jahre und älter waren, erhalten ab 1. Januar 1992 eine dynamische Leistung, die im 1. Halbjahr 1998 rd. 30 DM/Monat und Kind betrug.

Durch das RRG 1999 wurden die Leistungen für Kindererziehung bereits ab dem 1. Juli 1998 verbessert. Zum einen erfolgt die Bewertung nunmehr additiv, zum zweiten wird eine stufenweise Anhebung der Bewertung von 75 v.H. auf 100 v.H. des Durchschnittseinkommens durchgeführt. Allein durch die Anhebung der Bewertung zum 1. 7. 1999 auf 90 v.H. stieg die dynamische Leistung für Kindererziehung im 2. Halbjahr 1999 in den alten Bundesländern auf rd. 43 DM/Monat und in den neuen Bundesländern auf rd. 38 DM/Monat.

3.1.3 Vermögen

Die Berechnungen zur Vermögensentwicklung gehen von dem geschätzten Bar- und Anlagevermögen Ende 1999 (36,6 Mrd. DM) in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten aus. Das Bar- und Anlagevermögen an den Jahresenden 2000 bis 2013 wird durch Fortschreibung mittels des Saldos aus Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben der einzelnen Jahre berechnet. Die Schwankungsreserve ergibt sich dann jeweils durch Abzug des fortgeschriebenen Verwaltungsvermögens.

3.2 Knappschaftliche Rentenversicherung

3.2.1 Allgemeine Annahmen

a) Rechtsstand

Bei den Vorausberechnungen wird von dem gleichen Rechtsstand wie in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten ausgegangen, wobei hier die Berechnungen nur für das geltende Recht unter Berücksichtigung von finanzwirksamen Maßnahmen, die sich bereits im Gesetzgebungsverfahren befinden, durchge-

führt werden. Auf die Ausführungen unter 3.1.1 a) und 3.1.1 b) wird Bezug genommen.

b) Entwicklung des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts, des aktuellen Rentenwertes und des Beitragssatzes

Hinsichtlich des durchschnittlichen Versichertenentgeltes sowie des aktuellen Rentenwertes nach § 68 SGB VI, die für die Rentenberechnung und Rentenanpassung maßgebend sind, wird ab 1992 nicht mehr nach knappschaftlicher Rentenversicherung bzw. der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten unterschieden. Für die gesamte gesetzliche Rentenversicherung gelten einheitliche Werte. Einzig die Beitragsbemessungsgrenzen sind in der knappschaftlichen Rentenversicherung noch anders geregelt.

Der aktuelle Rentenwert für das erste Halbjahr 1992 ist der Betrag, der einer Rente wegen Alters der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten für den Monat Dezember 1991 entspricht, wenn für ein Kalenderjahr Beiträge aufgrund des Durchschnittsentgelts gezahlt worden wären. Dieser aktuelle Rentenwert beträgt damit ein Acht Hundertstel der allgemeinen Bemessungsgrundlage 1991 in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Er verändert sich zum 1. Juli eines jeden Jahres entsprechend der Veränderung der Brutto Lohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer sowie der Veränderung der durchschnittlichen Belastung bei Arbeitsentgelten und Renten der ArV/AnV. In den Jahren 2000 und 2001 werden die Renten nach dem Entwurf des Haushaltssanierungsgesetzes in Höhe der Inflationsrate statt entsprechend der Nettolohnentwicklung angepasst. Ab 2002 wirkt der mit dem Rentenreformgesetz 1999 eingeführte Demographiefaktor.

Für die Jahre von 2000 bis 2013 sind mehrere Annahmen über die jährliche Zunahme der Brutto Lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer unterstellt worden, 2 v.H.; 3 v.H.; 4 v.H. in den alten Bundesländern mit den entsprechenden Wertereihen für die neuen Bundesländer wie bei der ArV/AnV (siehe 3.1.1 b). Wegen der obigen Ausführungen kann hier auf eine gesonderte Darstellung verzichtet und auf die entsprechenden Ausführungen unter 2.1 und 2.2 verwiesen werden. In Übersicht B 13 wird die Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenzen in den alten Bundesländern und der Beitragssätze beispielhaft für die mittlere Variante dargestellt.

Der Beitragssatz betrug im Jahr 1992 23,45 v.H. Danach verändert er sich jeweils in dem Verhältnis, in dem er sich in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten ändert. Hierbei ist der Beitragssatz nur für das jeweilige Kalenderjahr auf eine Dezimalstelle aufzurunden (§ 158 Abs. 2 SGB VI).

c) Die Zahl der Versicherten einschließlich der beschäftigten Rentner

Die Entwicklung der Anzahl der Versicherten in der KnRV musste entsprechend der aktuellen Wirtschaftsentwicklung und den Tarifabschlüssen im Steinkohle-

bergbau nach den bisher bekannten Unternehmensplanungen korrigiert werden. Danach wird für die Anzahl der Versicherten in den alten Bundesländern im Jahr 2003 mit einer Anzahl von rd. 45000 Beschäftigten im Steinkohlebergbau gerechnet. Entsprechend der bisher eingetretenen Entwicklung und den Annahmen für das Jahr 2003 wird modellmäßig unterstellt, dass die Gesamtzahl der Versicherten im Jahre 2000 um 5,3 v.H., im Jahre 2001 um 8,9 v.H., im Jahre 2002 um 7,6 v.H., im Jahre 2003 um 7,8 v.H., im Jahre 2004 um 5 v.H. und im Jahre 2005 um 3 v.H. gegenüber dem jeweiligen Vorjahr abnimmt. Für die Jahre 2006 bis 2013 ist eine Veränderungsrate von jährlich -1,0 v.H. unterstellt worden (Übersicht B 14).

Für die neuen Bundesländer sind Annahmen schwieriger zu treffen. Nach ersten Einschätzungen, die sich an der langfristigen Entwicklung im Braunkohle-, Steinsalz-, Kali- und Uranbergbau orientieren, wird für 2003 mit insgesamt rd. 25000 beschäftigten Versicherten gerechnet. Rein modellmäßig wird mit einer Abnahme der Gesamtzahl der Versicherten um 7,6 v.H. im Jahr 2000, 3,4 v.H. im Jahr 2001 und 3,5 v.H. im Jahr 2002 gerechnet. Bis zum Jahr 2005 soll die Abnahme sich auf 2 v.H. verringern und bei diesem Wert verbleiben.

Aus der Übersicht B 14 ist die unterstellte Zahl der Versicherten einschließlich der beschäftigten Rentner in der knappschaftlichen Rentenversicherung für die Jahre 1999 bis 2013 sowie deren prozentuale Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr sowohl für die alten Bundesländer als auch für die neuen Bundesländer zu entnehmen. Die Versichertenanzahlen beziehen sich auf die Versicherten nach § 137 SGB VI i. V. mit § 138 SGB VI und § 273 Abs. 1 SGB VI. Es handelt sich – entsprechend dem Grundsatz der Vorausberechnungen – um eine reine Modellannahme, wie sich auch aus dem oben Gesagten ergibt.

3.2.2 Verfahren zur Vorausberechnung der Einnahmen und der Ausgaben

Grundlage für die Vorausberechnungen bilden die Meldungen der Bundesknappschaft über die Einnahmen und die Ausgaben, die zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Vorausberechnungen für die Monate bis einschließlich September 1999 bekannt waren. Aus diesen Einnahmen und Ausgaben wurden die Jahresergebnisse 1999 geschätzt. Ausgehend von dieser Basis wurden die Einnahmen und Ausgaben für die Jahre bis 2013 fortgeschrieben. Die Vorausberechnungen basieren auf dem Sollverfahren. Wegen der nur für 9 Monate vorliegenden Monatsmeldungen der Bundesknappschaft kann die Basis der Vorausberechnung, die Ergebnisse des Jahres 1999, nur als vorläufige Schätzung angesehen werden. Für reine Modellrechnungen ist sie gleichwohl geeignet.

a) Beitragseinnahmen

Die Beitragseinnahmen für die nach § 137 SGB VI und § 273 Abs. 1 SGB VI Versicherten für die Jahre bis 2013 werden proportional der Veränderung der Zahl dieser Versicherten, des durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelts je abhängig Beschäftigten und des Beitragssatzes fortgeschrieben.

Die Beitragseinnahmen nach § 166 SGB VI für Leistungsempfänger der Bundesanstalt für Arbeit wurden mit der Veränderung des durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelts und des Beitragssatzes fortgeschrieben.

b) Wanderungsausgleich

Mit dem Renten-Überleitungsgesetz sind ab 1992 Zahlungen von der ArV/AnV zur KnRV im Rahmen eines Wanderungsausgleichs vorgesehen. Sie dienen dem Ausgleich von Beitragsausfällen, die sich in der KnRV wegen der Verringerung der Versichertenanzahl ergeben. Wenn diese Versicherten zur ArV/AnV wechseln, führen sie dort zu Beitragsmehreinnahmen, denen entsprechende Rentenmehrausgaben erst mit deutlicher Verzögerung gegenüberstehen. Die Beträge errechnen sich aus der Differenz der durchschnittlichen Anzahl von Versicherten des Jahres, für das dieser Ausgleich gezahlt wird, und der Anzahl der Versicherten am 1. Januar 1991, multipliziert mit den Beitragseinnahmen für einen Versicherten, der das jeweilige Durchschnittsentgelt in der ArV/AnV verdient.

c) Erstattungen aus öffentlichen Mitteln

Die Erstattungen aus öffentlichen Mitteln umfassen neben den Erstattungen von den Versorgungsdienststellen (1998: 51 Millionen DM in den alten Bundesländern und 17 Millionen DM in den neuen Bundesländern) die Erstattungen für die Kinderzuschüsse. Die Kinderzuschüsse werden in wenigen Jahren auslaufen, da im Haushaltsbegleitgesetz 1984 der Kinderzuschuss der Rentenversicherung für Versicherungsfälle ab dem 1. Januar 1984 durch das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz ersetzt wurde.

d) Vermögenserträge

Die Vermögenserträge erwachsen aus der Rücklage und den liquiden Mitteln bei einem unterstellten Zinssatz von 4 v. H.

e) Sonstige Einnahmen

In den alten Bundesländern bestehen die sonstigen Einnahmen hauptsächlich aus Rückflüssen aus den Vermögensanlagen.

Nach § 293 SGB VI sind Rückflüsse aus den Vermögensanlagen des Rücklagevermögens Einnahmen der knappschaftlichen Rentenversicherung. Im Jahr 1998 betrugen die Vermögensrückflüsse rd. 4 Millionen DM. Ab 1999 sind entsprechend den langfristigen Anlagen nur noch rd. 2 Millionen DM jährlich angesetzt worden, die sich im Zeitverlauf weiter reduzieren (vgl. 3.2.3).

f) Bundeszuschuss

Nach § 215 SGB VI zahlt der Bund der knappschaftlichen Rentenversicherung zur dauernden Aufrechterhaltung der Leistungen die erforderlichen Mittel in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den Gesamteinnahmen und den Gesamtausgaben eines jeden Kalenderjahres. Er stellt damit zugleich die dauerhafte

Leistungsfähigkeit der KnRV sicher. Da die KnRV sowohl in den alten Bundesländern als auch in den neuen Bundesländern auf die Defizithaftung des Bundes angewiesen ist, ergibt sich der Gesamtbundeszuschuss – wie er in Übersicht B 10 ausgewiesen ist – durch Addition der Defizite der KnRV in den neuen und in den alten Bundesländern. Die Entwicklung der Höhe des Bundeszuschusses ist im wesentlichen von der Abnahme der Versicherten und Rentner, dem Zuwachs der Entgelte sowie von der aus den Vorausberechnungen der ArV/AnV vorgegebenen Veränderungen des Beitragssatzes und des aktuellen Rentenwertes abhängig.

g) Rentenausgaben (zu Lasten der knappschaftlichen Rentenversicherung)

Bei der Berechnung der Rentenausgaben wurde so verfahren, dass die Bestandsrenten ab 1999 zum 1. Juli jeden Jahres an den aktuellen Rentenwert des laufenden Jahres, wie er von den Berechnungen der ArV/AnV vorgegeben ist, angepasst werden. Dabei gilt ab 1992 die sog. Nettoanpassung, d. h., dass neben der Entwicklung des Bruttoentgelts auch die Entwicklung der Abgabenbelastung bei Beitragszahlern und Rentnern berücksichtigt wird. In den Jahren 2000 und 2001 werden die Renten nach dem Entwurf des Haushaltssanierungsgesetzes in Höhe der Inflationsrate statt entsprechend der Nettolohnentwicklung angepasst. Ab 2002 wirkt der mit dem Rentenreformgesetz 1999 eingeführte Demografiefaktor.

In den alten Bundesländern betrug die Anzahl der Versicherten im Jahr 1957 noch rd. 700000. Seitdem hat die Anzahl der Versicherten kontinuierlich abgenommen bis auf 133000 Versicherte im Jahresdurchschnitt 1998. Als Folge davon wird das Rentenvolumen langfristig sinken. Deshalb ist für das Jahr 1999 eine Abnahmerate beim Rentenvolumen von 0,4 v. H. gegenüber dem Vorjahr unterstellt worden. Danach wird angenommen, dass sich diese – die Rentenzahl und die Rentenstruktur widerspiegelnde – Abnahmerate im Jahr 2000 um 0,6 v. H. und weiter jährlich um 0,4 v. H. vergrößert. Als Basiswert für 1999 wurde für die Rentenausgaben (zu Lasten der knappschaftlichen Rentenversicherung) ein Betrag von 13145 Millionen DM angesetzt.

In den neuen Bundesländern steigt das Rentenvolumen, bedingt durch den Rentenzugang mit langen knappschaftlichen Versicherungszeiten, derzeit noch an. Als Folge des drastischen Versichertenrückgangs (Anfang 1991 rd. 250000 Versicherte, im Jahresdurchschnitt 1998 rd. 61000 Versicherte mit weiterhin abnehmender Tendenz) muss aber auch hier langfristig das Rentenvolumen absinken. Dies wurde dadurch berücksichtigt, dass das Rentenvolumen bis 2005 ansteigt und danach progressiv steigend bis auf 0,5 v. H. pro Jahr am Ende des Vorausberechnungszeitraums abgesenkt wurde. Für das Jahr 1999 sind Rentenausgaben in Höhe von 3918 Millionen DM (zu Lasten der knappschaftlichen Rentenversicherung) als Basis geschätzt worden. Dazu kommen Auffüllbeträge und Rentenzuschläge in Höhe von 33 Millionen DM.

Die Rentenausgaben werden ebenfalls vom WFG und vom RRG 1999 beeinflusst. Die hierdurch hervorgerufenen Rentenminderausgaben steigen im Zeitablauf an.

Die zu den Renten gezahlten Zuschüsse zu den Aufwendungen der Rentner für ihre Krankenversicherung bzw. Pflegeversicherung sind bei den Ausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung für die knappschaftliche KVdR bzw. bei den Ausgaben für die Pflegeversicherung angesetzt worden (vgl. j bzw. k).

h) Gesundheitsmaßnahmen und zusätzliche Leistungen

Für 1999 wird mit einer Ausgabe von 110 Millionen DM gerechnet. Gemäß § 220 SGB VI wird in den alten Bundesländern ab 1993 wegen der Annahmen über die langfristige Entwicklung der Anzahl der Versicherten der KnRV mit einer gegenüber der jeweiligen Entwicklung der Entgelte um einen Prozentpunkt geringeren Steigerung gerechnet. In den neuen Bundesländern beträgt diese Reduktion 2 Prozentpunkte und wird langfristig auf 1 Prozentpunkt gesenkt.

i) Knappschaftsausgleichsleistung

Die Entwicklung der Anzahl der Knappschaftsausgleichsleistungen in den alten Bundesländern ist im Zusammenhang zu sehen mit dem notwendigen Personalabbau zur Reduzierung der Förderkapazitäten im Steinkohlebergbau. Da die Anzahl der Versicherten abnimmt, wird eine Abnahme der Empfänger von Knappschaftsausgleichsleistungen um jährlich 5 v.H. unterstellt, die sich langfristig auf 1 v.H. jährlich reduziert. Die durchschnittliche Höhe der Knappschaftsausgleichsleistungen werden entsprechend der Entwicklung des aktuellen Rentenwertes fortgeschrieben. Für das Jahr 1999 wird mit einem Betrag von 373 Millionen DM gerechnet.

Für die knappschaftliche Rentenversicherung in den neuen Bundesländern sind die Möglichkeiten des Bezuges von Knappschaftsausgleichsleistungen auch außerhalb des Steinkohlebergbaus geschaffen worden. Das war angezeigt, um den zu erwartenden starken Rückgang der Anzahl der Beschäftigten im Bergbau in den neuen Bundesländern sozial abfedern zu helfen. Gegenwärtig beziehen die freigesetzten Bergleute Arbeitslosengeld, Bergmannsvollrente (Art. 2, § 6 RÜG), Rente für Bergleute oder Altersübergangsgeld. Erst allmählich erwachsen aus diesen Leistungen Ansprüche auf Knappschaftsausgleichsleistung. Für 1999 werden Ausgaben in Höhe von bis zu 21 Millionen DM erwartet.

Die Zuschüsse zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung bzw. der Pflegeversicherung der Empfänger von Knappschaftsausgleichsleistungen sind bei den Ausgaben für die knappschaftliche KVdR bzw. bei den Ausgaben für die Pflegeversicherung berücksichtigt (vgl. j bzw. k).

j) Krankenversicherung der Rentner (KVdR)

Seit dem 1. Juli 1997 ist für jeden Rentner der individuelle allgemeine Beitragssatz seiner Krankenkasse

zugrunde zu legen. Der Beitrag wird je zur Hälfte von den Rentnern und der Rentenversicherung getragen. Der am 1. Januar geltende allgemeine Beitragssatz gilt für die Rentner jeweils vom 1. Juli des laufenden Kalenderjahres bis zum 30. Juni des folgenden Kalenderjahres. Für den gesamten Vorausberechnungszeitraum wird ein Beitragssatz von 13,8 v.H. angenommen.

k) Beiträge zur Pflegeversicherung

Bei Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 müssen die Rentner Beiträge zur Pflegeversicherung zahlen. Der Beitragssatz beträgt ab dem 1. Juli 1996 1,7 v.H. In den Modellrechnungen steigt er im Jahre 2011 auf 1,8 v.H. und bleibt bis zum Ende des Berechnungszeitraums auf dieser Höhe.

Die Rentenversicherung beteiligt sich zur Hälfte an dieser Beitragszahlung. Es wird dasselbe beitragspflichtige Rentenvolumen zugrunde gelegt wie bei den Beitragszuschüssen zur KVdR.

l) Beitragserstattungen

Im Jahre 1999 werden in den alten Bundesländern weniger als zwei Millionen DM zu Lasten der knappschaftlichen Rentenversicherung an Beiträgen erstattet. Dieser Wert wird bis 2002 auf Null zurückgefahren. Für die neuen Bundesländer sind keine Beitragserstattungen angesetzt worden.

m) Ausgaben insgesamt

Zu den Ausgaben insgesamt gehören außer den hier erläuterten Ausgabenpositionen noch die Verwaltungs- und Verfahrenskosten sowie die sonstigen Ausgaben. Bei den Verwaltungs- und Verfahrenskosten werden die geschätzten Aufwendungen im Jahr 1999 entsprechend der Lohnentwicklung, maximal aber mit 2 v.H., fortgeschrieben.

Für 1999 wird mit Gesamtausgaben von 19652 Millionen DM gerechnet (wegen des Defizitausgleichs durch den Bund haben die Gesamteinnahmen die gleiche Höhe). Ihre Höhe wird in der Hauptsache bestimmt durch die Ausgaben für die Renten zu Lasten der knappschaftlichen Rentenversicherung und für die Krankenversicherung der Rentner. Die Entwicklung der Ausgaben insgesamt ist in der Übersicht B 10 wiedergegeben.

3.2.3 Vermögen

Nach dem SGB VI ist eine Schwankungsreserve oder eine Rücklage der knappschaftlichen Rentenversicherung nicht mehr vorgesehen, da der Bund über den Defizitausgleich nach § 215 SGB VI zugleich die dauernde Leistungsfähigkeit der KnRV sicherstellt. Das am 1. Januar 1992 vorhandene Rücklagevermögen ist jedoch nicht vor Ablauf von Festlegungsfristen aufzulösen (§ 293 SGB VI). Der Vermögensabbau in den alten Bundesländern wird sich wegen der Abschmelzung der Rücklage weiter fortsetzen, für das Jahr 2013 ergibt sich rein rechnerisch ein Gesamtvermögen der KnRV in Höhe von 494 Millionen DM, das praktisch nur noch aus

Verwaltungsvermögen und Vermögensabgrenzungen besteht.

In den neuen Bundesländern wird die Rücklage von 3,4 Millionen DM (Ende 1998) um 0,5 Millionen DM jährlich abgeschmolzen. Wegen des Baus einer neuen Kur-

linik und der Renovierung und Erweiterung von zwei Verwaltungsstellen steigt das Reinvermögen zunächst bis 2000 auf rd. 107 Millionen DM an und fällt bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraums wegen der Abschmelzung der Rücklage auf rd. 105 Millionen DM ab.

Teil C

Auswirkungen der Heraufsetzung der Altersgrenzen

Die voraussichtlichen Auswirkungen der Anhebung der Altersgrenze auf Arbeitsmarkt, Finanzlage der Rentenversicherung und andere öffentliche Haushalte (§ 154 Abs. 2 SGB VI)

Zur Korrektur der früheren Frühverrentungspraxis sind die Altersgrenzen für Arbeitslose bzw. nach Alterszeit, für Frauen und für langjährig Versicherte durch das Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand (BGBl I 1996, S. 1018) und durch das Wachstums- und Beschäftigungsförderungs-

gesetz (BGBl I 1996, S. 1461) früher und schneller als im Rentenreformgesetz 1992 vorgesehen angehoben worden. Die Begründungen der genannten Gesetze enthalten Ausführungen zu den Auswirkungen dieser Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, die Finanzlage der Rentenversicherung und der öffentlichen Haushalte. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen dieser Gesetze wurden die möglichen Auswirkungen eingehend diskutiert. Seit diesen Beratungen haben sich keine neuen Gesichtspunkte ergeben, die zu einer Änderung der seinerzeit getroffenen Feststellungen und vorgenommenen Bewertungen führen müssten.

**Die Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung am 31. Dezember 1996/1997
Deutschland**

Versicherungsverhältnis/ Versicherungszweig	ArV		AnV		KnV		GRV	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
a) Aktiv Versicherte								
Pflichtversicherte 31.12.1996	10858 165	3960001	6273496	9163835	174 169	44 572	17 305 830	13 168 408
Pflichtversicherte 31.12.1997	10675 347	3882 545	6265684	9 178 239	165 872	42 162	17 106 903	13 102 946
davon:								
– Beschäftigte	8 670 162	2 812 686	5 651 541	8 090 011	142 741	30 016	14 464 444	10 932 713
– Wehr-/Zivildienstleistende	45 908		33 959		131		79 998	
– AFG-Leistungsempfänger	1 690 962	840 032	449 853	804 091	19 894	11 096	2 160 709	1 655 219
– Vorruhestandsgeldbezieher	6 483	3 584	15 891	10 071	8	5	22 382	13 660
– sonstige Leistungsempfänger	173 720	73 800	37 895	68 738	3 079	754	214 694	143 292
– Pflegepersonen	5 711	126 183	4 510	144 503	18	225	10 239	270 911
– Selbständige	81 975	16 956	71 454	45 744			153 429	62 700
– auf Antrag	7 563	1 457	12 403	3 467			19 966	4 924
– kraft Gesetz	3 754	1 394	7 829	8 225			11 583	9 619
– Künstler/Publizisten			51 222	34 052			51 222	34 052
– Handwerker	70 658	14 105					70 658	14 105
– wegen Kindererziehung*)	426	9 304	581	15 081	1	66	1 008	24 451
freiwillig Versicherte 31.12.1996 (ohne Rentenbezug)	287 184	76 993	346 054	159 700			633 238	236 693
freiwillig Versicherte 31.12.1997 (ohne Rentenbezug)	279 927	70 081	339 844	151 697			619 771	221 778
nur aufgrund von Anrechnungszeiten versichert 31.12.1996 (ohne Rentenbezug)	35 954	72 658	10 062	30 706	2 916	413	48 932	103 777
nur aufgrund von Anrechnungszeiten versichert 31.12.1997 (ohne Rentenbezug)	40 726	73 815	15 060	39 862	3 386	445	59 172	114 122
aktiv Versicherte insges. 31.12.1996	11 181 303	4 109 652	6 629 612	9 354 241	177 085	44 985	17 988 000	13 508 878
aktiv Versicherte insges. 31.12.1997	10 996 000	4 026 441	6 620 588	9 369 798	169 258	42 607	17 785 846	13 438 846
b) Passiv Versicherte								
Übergangsfälle 31.12.1996	839 319	518 456	340 362	753 295	6 584	2 174	1 186 265	1 273 925
Übergangsfälle 31.12.1997	923 090	549 243	399 578	811 160	5 481	1 962	1 328 149	1 362 365
* latent Versicherte 31.12.1996	4 461 648	4 026 674	2 332 147	4 522 947	125 298	24 602	6 919 093	8 574 223
latent Versicherte 31.12.1997	4 544 563	4 028 634	2 351 027	4 594 604	112 183	22 822	7 007 773	8 646 060
passiv Versicherte insges. 31.12.1996	5 300 967	4 545 130	2 672 509	5 276 242	131 882	26 776	8 105 358	9 848 148
passiv Versicherte insges. 31.12.1997	5 467 653	4 577 877	2 750 605	5 405 764	117 664	24 784	8 335 922	10 008 425
c) Versicherte insgesamt	16 463 653	8 604 318	9 371 193	14 775 562	286 922	67 391	26 121 768	23 447 271

*) In der Regel sind diese Zeiten noch nicht im Versicherungskonto erfasst.

noch Übersicht A 1

**Die Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung am 31. Dezember 1996/1997
alte Bundesländer**

Versicherungsverhältnis/ Versicherungsweig	ArV		AnV		KnV		GRV	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
a) Aktiv Versicherte								
Pflichtversicherte 31.12.1996.....	8 317 413	2 859 489	5 261 989	6 997 275	128 161	21 632	13 707 563	9 878 396
Pflichtversicherte 31.12.1997.....	8 186 910	2 821 397	5 282 482	7 039 645	121 620	21 268	13 591 012	9 882 310
freiwillig Versicherte 31.12.1996 (ohne Rentenbezug).....	233 595	62 823	298 889	129 663			532 484	192 486
freiwillig Versicherte 31.12.1997 (ohne Rentenbezug).....	226 687	56 609	292 393	122 329			519 080	178 938
nur aufgrund von Anrechnungszeiten versichert 31.12.1996 (ohne Rentenbezug).....	32 021	57 425	9 299	24 522	2 906	290	44 226	82 237
nur aufgrund von Anrechnungszeiten versichert 31.12.1997 (ohne Rentenbezug).....	35 771	57 067	13 696	29 544	3 361	263	52 828	86 874
aktiv Versicherte insges. 31.12.1996....	8 583 029	2 979 737	5 570 177	7 151 460	131 067	21 922	14 284 273	10 153 119
aktiv Versicherte insges. 31.12.1997....	8 449 368	2 935 073	5 588 571	7 191 518	124 981	21 531	14 162 920	10 148 122
b) Passiv Versicherte								
Übergangsfälle 31.12.1996.....	690 688	436 879	284 723	632 398	5 236	1 117	980 647	1 070 394
Übergangsfälle 31.12.1997.....	754 739	462 275	341 487	692 657	4 678	1 185	1 100 904	1 156 117
latent Versicherte 31.12.1996.....	4 008 358	3 771 477	2 085 677	4 227 107	108 091	15 228	6 202 126	8 013 812
latent Versicherte 31.12.1997.....	4 060 271	3 759 920	2 085 830	4 269 906	98 869	15 079	6 244 970	8 044 905
passiv Versicherte insges. 31.12.1996..	4 699 046	4 208 356	2 370 400	4 859 505	113 327	16 345	7 182 773	9 084 206
passiv Versicherte insges. 31.12.1997..	4 815 010	4 222 195	2 427 317	4 962 563	103 547	16 264	7 345 874	9 201 022
c) Versicherte insgesamt	13 264 378	7 157 268	8 015 888	12 154 081	228 528	37 795	21 508 794	19 349 144

*) In der Regel sind diese Zeiten noch nicht im Versicherungskonto erfaßt.

**Die Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung am 31. Dezember 1996/1997
neue Bundesländer**

Versicherungsverhältnis/ Versicherungsweig	ArV		AnV		KnV		GRV	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
a) Aktiv Versicherte								
Pflichtversicherte 31.12.1996	2 540 752	1 100 512	1 011 507	2 166 560	46 008	22 940	3 598 267	3 290 012
Pflichtversicherte 31.12.1997	2 488 437	1 061 148	983 202	2 138 594	44 252	20 894	3 515 891	3 220 636
freiwillig Versicherte 31.12.1996 (ohne Rentenbezug)	53 589	14 170	47 165	30 037			100 754	44 207
freiwillig Versicherte 31.12.1997 (ohne Rentenbezug)	53 240	13 472	47 451	29 368			100 691	42 840
nur aufgrund von Anrechnungszeiten versichert 31.12.1996 (ohne Rentenbezug)	3 933	15 233	763	6 184	10	123	4 706	21 540
nur aufgrund von Anrechnungszeiten versichert 31.12.1997 (ohne Rentenbezug)	4 955	16 748	1 364	10 318	25	182	6 344	27 248
aktiv Versicherte insges. 31.12.1996....	2 598 274	1 129 915	1 059 435	2 202 781	46 018	23 063	3 703 727	3 355 759
aktiv Versicherte insges. 31.12.1997....	2 546 632	1 091 368	1 032 017	2 178 280	44 277	21 076	3 622 926	3 290 724
b) Passiv Versicherte								
Übergangsfälle 31.12.1996	148 631	81 577	55 639	120 897	1 348	1 057	205 618	203 531
Übergangsfälle 31.12.1997	168 351	86 968	58 091	118 503	803	777	227 245	206 248
latent Versicherte 31.12.1996	453 290	255 197	246 470	295 840	17 207	9 374	716 967	560 411
latent Versicherte 31.12.1997	484 292	268 714	265 197	324 698	13 314	7 743	762 803	601 155
passiv Versicherte insges. 31.12.1996..	601 921	336 774	302 109	416 737	18 555	10 431	922 585	763 942
passiv Versicherte insges. 31.12.1997..	652 643	355 682	323 288	443 201	14 117	8 520	990 048	807 403
c) Versicherte insgesamt	3 199 275	1 447 050	1 355 305	2 621 481	58 394	29 596	4 612 974	4 098 127

⁵⁾ In der Regel sind diese Zeiten noch nicht im Versicherungskonto erfaßt.

Übersicht A 2

Die Rentenneuzugänge und die Rentenwegfälle ^{1) 2)} in Deutschland nach Versicherungszweigen und alten und neuen Bundesländern ab 1996

Jahr	Rentenneuzugänge						Rentenwegfälle						
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters			Renten wegen Todes			Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters			Renten wegen Todes			
	insgesamt	davon wegen Alters		insgesamt	davon		insgesamt	davon wegen Alters		insgesamt	davon		
		insgesamt	davon flexible ³⁾		Witwen-/Witwerrenten ⁴⁾	Waisenrenten		insgesamt	davon flexible ³⁾		Witwen-/Witwerrenten ⁴⁾	Waisenrenten	
Deutschland													
Rentenversicherung der Arbeiter													
1996	671 107	483 600	70 643	256 573	206 249	49 403	455 866	384 018	13 800	275 884	199 583	75 869	
1997	633 376	463 167	72 657	239 625	192 165	46 503	452 218	379 981	16 351	274 417	196 818	77 060	
1998	602 349	448 548	76 805	237 452	191 721	44 880	449 809	377 960	18 318	270 489	192 297	77 616	
Rentenversicherung der Angestellten													
1996	419 710	338 081	56 104	150 754	118 904	30 922	237 462	212 400	7 541	125 097	106 383	18 333	
1997	436 282	352 313	63 556	134 734	105 502	28 341	229 850	203 876	8 362	119 035	95 466	23 090	
1998	418 367	344 042	68 675	132 654	103 289	28 498	230 886	204 142	9 627	125 186	93 820	30 712	
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten													
1996	1 090 817	821 681	126 747	407 327	325 153	80 325	693 328	596 418	21 341	400 981	305 966	94 202	
1997	1 069 658	815 480	136 213	374 359	297 667	74 844	682 068	583 857	24 713	393 452	292 284	100 150	
1998	1 020 716	792 590	145 480	370 106	295 010	73 378	680 695	582 102	27 945	395 675	286 117	108 328	
Knappschaftliche Rentenversicherung ⁵⁾													
1996	40 807	30 275	4 666	23 666	21 127	2 494	31 545	27 502	1 989	28 974	23 036	5 927	
1997	31 170	21 145	3 305	23 715	19 450	4 239	30 941	26 971	1 957	27 920	22 191	5 713	
1998	28 261	19 312	3 281	19 312	17 396	1 895	30 297	26 460	2 079	26 917	21 343	5 558	
Gesetzliche Rentenversicherung													
1996	1 131 624	851 956	131 413	430 993	346 280	82 819	724 873	623 920	23 330	429 955	329 002	100 129	
1997	1 100 828	836 625	139 518	398 074	317 117	79 083	713 009	610 828	26 670	421 372	314 475	105 863	
1998	1 048 977	811 902	148 761	389 418	312 406	75 273	710 992	608 562	30 024	422 592	307 460	113 886	
Alte Bundesländer													
Gesetzliche Rentenversicherung													
1996	877 858	659 731	120 460	328 518	264 607	62 821	555 290	481 636	21 517	340 261	257 193	82 598	
1997	851 517	648 192	126 554	307 579	246 591	59 915	547 657	474 314	24 426	326 364	244 239	81 530	
1998	840 447	653 969	135 152	307 059	247 959	58 079	548 167	475 393	27 383	329 690	242 903	86 031	
Neue Bundesländer													
Gesetzliche Rentenversicherung													
1996	253 766	192 225	10 953	102 475	81 673	19 998	169 583	142 284	1 813	89 694	71 809	17 531	
1997	249 311	188 433	12 964	90 495	70 526	19 168	165 352	136 514	2 244	95 008	70 236	24 333	
1998	208 530	157 933	13 609	82 359	64 447	17 194	162 825	133 169	2 641	92 902	64 557	27 855	

¹⁾ ohne Berücksichtigung von Umwandlungen

²⁾ ohne Artikel 2 RÜG-Renten

³⁾ Altersrenten an langjährig Versicherte sowie an Schwerbehinderte, Berufs- oder Erwerbsunfähige

⁴⁾ ohne die wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhenden Renten

⁵⁾ ohne Knappschaftsausgleichleistungen

Die Anzahl und der durchschnittliche Rentenzahlbetrag ¹⁾ der laufenden Renten nach dem Rentenfallkonzept ²⁾ und dem Geschlecht in Deutschland nach Versicherungszweigen und alten und neuen Bundesländern ab 1996 zum 1. Juli des jeweiligen Jahres

– an Männer –

Jahr	Anzahl der Renten						Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag in DM/Monat					
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters			Renten wegen Todes			Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters			Renten wegen Todes		
	insgesamt	davon wegen Alters		insgesamt	davon		insgesamt	davon wegen Alters		insgesamt	davon	
		insgesamt	davon flexible ¹⁾		Witwerrenten ⁴⁾	Waisenrenten		insgesamt	davon flexible ¹⁾		Witwerrenten ¹⁾	Waisenrenten
Deutschland												
Rentenversicherung der Arbeiter												
1996	3 965 733	3 172 175	236 209	146 378	146 154		1 570,27	1 602,22	1 928,21	301,17	299,92	
1997	4 085 349	3 287 346	235 577	158 046	157 802		1 600,57	1 633,16	1 950,49	312,97	311,71	
1998	4 209 297	3 408 863	248 926	170 269	169 981		1 603,61	1 635,53	1 943,83	324,38	322,94	
Rentenversicherung der Angestellten												
1996	2 272 592	2 035 865	140 023	100 251	100 181		2 063,18	2 109,54	2 350,24	404,90	404,47	
1997	2 338 921	2 102 124	139 456	109 730	109 645		2 115,36	2 161,16	2 390,17	419,56	419,07	
1998	2 419 386	2 178 222	156 722	119 820	119 723		2 135,65	2 181,34	2 398,24	426,60	426,08	
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten												
1996	6 238 325	5 208 040	376 232	246 629	246 335		1 749,84	1 800,53	2 085,28	343,33	342,44	
1997	6 424 270	5 389 470	375 033	267 776	267 447		1 787,99	1 839,10	2 113,99	356,65	355,73	
1998	6 628 683	5 587 085	405 648	290 089	289 704		1 797,80	1 848,31	2 119,40	366,59	365,57	
Knappschaftliche Rentenversicherung ⁵⁾												
1996	490 298	408 781	33 278	3 357	3 357		2 369,97	2 525,10	2 531,72	465,49	465,49	
1997	494 630	418 875	33 016	3 663	3 663		2 430,58	2 579,88	2 533,24	492,84	492,84	
1998	496 989	425 657	34 122	3 942	3 942		2 431,83	2 572,56	2 517,13	511,10	511,10	
Gesetzliche Rentenversicherung												
1996	6 728 623	5 616 821	409 510	249 986	249 692		1 795,03	1 853,27	2 121,56	344,98	344,10	
1997	6 918 900	5 808 345	408 049	271 439	271 110		1 833,93	1 892,52	2 147,90	358,49	357,58	
1998	7 125 672	6 012 742	439 770	294 031	293 646		1 842,02	1 899,59	2 150,25	368,53	367,52	
Alte Bundesländer												
Gesetzliche Rentenversicherung												
1996	5 414 080	4 536 633	380 002	159 256	159 126		1 801,74	1 851,45	2 141,34	345,64	345,01	
1997	5 546 986	4 675 917	386 034	173 824	173 668		1 829,71	1 877,75	2 158,00	354,17	353,45	
1998	5 703 765	4 836 487	409 925	189 439	189 237		1 833,35	1 879,32	2 160,85	360,25	359,40	
Neue Bundesländer												
Gesetzliche Rentenversicherung												
1996	1 314 543	1 080 188	29 508	90 730	90 566		1 767,38	1 860,91	1 866,82	343,82	342,49	
1997	1 371 914	1 132 428	22 015	97 615	97 442		1 850,99	1 953,51	1 970,87	366,18	364,93	
1998	1 421 907	1 176 255	29 845	104 592	104 409		1 876,81	1 982,92	2 004,65	383,54	382,24	

¹⁾ Rente nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR

²⁾ Anzahlen und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Einzelrenten (die an Mehrfachrentner geleisteten Renten werden einzeln entsprechend ihren Rentenarten gezählt).

³⁾ Renten an langjährig Versicherte sowie Schwerbehinderte, Berufs- oder Erwerbsunfähige vor Erreichen der Regelaltersgrenze

⁴⁾ ohne die wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhenden Renten

⁵⁾ ohne Knappschaftsausgleichleistungen

noch Übersicht A 3

Die Anzahl und der durchschnittliche Rentenzahlbetrag ¹⁾ der laufenden Renten nach dem Rentenfallkonzept ²⁾ und dem Geschlecht in Deutschland nach Versicherungsweigen und alten und neuen Bundesländern ab 1996 zum 1. Juli des jeweiligen Jahres

- an Frauen -

Jahr	Anzahl der Renten						Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag in DM/Monat					
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters			Renten wegen Todes			Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters			Renten wegen Todes		
	insgesamt	davon wegen Alters		insgesamt	davon		insgesamt	davon wegen Alters		insgesamt	davon	
		insgesamt	davon flexible ¹⁾		Witwen-/renten ⁴⁾	Waisenrenten		insgesamt	davon flexible ³⁾		Witwen-/renten ⁴⁾	Waisenrenten
Deutschland												
Rentenversicherung der Arbeiter												
1996	4 876 126	4 469 832	43 673	3 095 336	3 091 880		731,91	709,10	980,58	873,49	873,28	
1997	4 942 933	4 528 142	46 838	3 072 356	3 068 502		750,27	726,09	996,34	890,86	890,58	
1998	5 009 417	4 595 096	47 971	3 063 010	3 058 865		766,95	742,37	1 015,24	893,67	893,34	
Rentenversicherung der Angestellten												
1996	3 698 308	3 325 973	35 655	1 729 063	1 725 823		1 062,78	1 049,13	1 336,15	1 132,15	1 132,19	
1997	3 805 377	3 417 737	41 889	1 716 844	1 713 324		1 093,83	1 079,23	1 353,97	1 165,32	1 165,41	
1998	3 924 359	3 525 071	47 912	1 709 882	1 706 109		1 115,85	1 100,74	1 364,82	1 174,69	1 174,74	
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten												
1996	8 574 434	7 795 805	79 328	4 824 399	4 817 703		874,62	854,16	1 140,39	966,20	966,03	
1997	8 748 310	7 945 879	88 727	4 789 200	4 781 826		899,72	877,99	1 165,18	989,25	989,06	
1998	8 933 776	8 120 167	95 883	4 772 892	4 764 974		920,22	897,94	1 189,91	994,34	994,09	
Knappschaftliche Rentenversicherung ⁵⁾												
1996	123 390	115 454	616	371 720	371 715		1 126,82	1 113,88	1 557,95	1 340,69	1 340,69	
1997	123 537	115 026	929	368 575	368 569		1 183,17	1 171,40	1 571,15	1 368,69	1 368,69	
1998	123 618	114 883	1 393	364 898	364 892		1 199,31	1 188,98	1 570,84	1 370,08	1 370,07	
Gesetzliche Rentenversicherung												
1996	8 697 824	7 911 259	79 944	5 196 119	5 189 418		878,20	857,96	1 143,62	992,98	992,87	
1997	8 871 847	8 060 905	89 656	5 157 775	5 150 395		903,66	882,17	1 169,39	1 016,36	1 016,22	
1998	9 057 394	8 235 050	97 276	5 137 790	5 129 866		924,02	902,00	1 195,37	1 021,03	1 020,84	
Alte Bundesländer												
Gesetzliche Rentenversicherung												
1996	6 531 118	6 008 245	78 637	4 199 834	4 196 333		808,92	786,63	1 139,60	1 020,23	1 020,14	
1997	6 677 512	6 146 812	87 099	4 166 355	4 162 428		830,95	807,39	1 162,48	1 033,81	1 033,70	
1998	6 835 241	6 297 238	93 546	4 149 810	4 145 560		851,63	827,30	1 187,15	1 033,65	1 033,51	
Neue Bundesländer												
Gesetzliche Rentenversicherung												
1996	2 166 706	1 903 014	1 307	996 285	993 085		1 087,04	1 083,16	1 385,22	878,13	877,62	
1997	2 194 335	1 914 093	2 557	991 420	987 967		1 124,93	1 122,32	1 404,81	943,04	942,57	
1998	2 222 153	1 937 812	3 730	987 980	984 306		1 146,70	1 144,76	1 401,58	968,01	967,46	

¹⁾ Rente nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR

²⁾ Anzahlen und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Einzelrenten (die an Mehrfachrentner geleisteten Renten werden einzeln entsprechend ihren Rentenarten gezählt).

³⁾ Renten an langjährig Versicherte sowie Schwerbehinderte, Berufs- oder Erwerbsunfähige vor Erreichen der Regelaltersgrenze

⁴⁾ ohne die wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhenden Renten

⁵⁾ ohne Knappschaftsausgleichleistungen

Renten nach Rentenbestandsaufnahme des BMA aus Datensatz des Postrentendienstes

Die Anzahl und der durchschnittliche Rentenzahlbetrag ¹⁾ der laufenden Renten nach dem Rentenfallkonzept ²⁾ und dem Geschlecht in Deutschland nach Versicherungszweigen und alten und neuen Bundesländern ab 1996 zum 1. Juli des jeweiligen Jahres

– an Männer und Frauen –

Jahr	Anzahl der Renten						Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag in DM/Monat					
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters			Renten wegen Todes			Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters			Renten wegen Todes		
	insgesamt	davon wegen Alters		insgesamt	davon		insgesamt	davon wegen Alters		insgesamt	davon	
		insgesamt	davon flexible ¹⁾		Witwer-/Witwenrenten ²⁾	Waisenrenten		insgesamt	davon flexible ¹⁾		Witwer-/Witwenrenten ²⁾	Waisenrenten
Deutschland												
Rentenversicherung der Arbeiter												
1996	8 841 859	7 642 007	279 882	3 496 611	3 238 034	254 897	1 107,94	1 079,82	1 780,35	807,87	847,40	301,93
1997	9 028 282	7 815 488	282 415	3 474 685	3 226 304	244 283	1 135,04	1 107,61	1 792,24	823,31	862,28	303,82
1998	9 218 714	8 003 959	296 897	3 476 027	3 228 846	242 748	1 148,98	1 122,76	1 793,79	824,52	863,31	302,94
Rentenversicherung der Angestellten												
1996	5 970 900	5 361 838	175 678	1 989 292	1 826 004	159 978	1 443,55	1 451,76	2 144,42	1 030,36	1 092,26	322,08
1997	6 144 298	5 519 861	181 345	1 982 108	1 822 969	155 534	1 482,69	1 491,26	2 150,81	1 058,22	1 120,51	326,69
1998	6 343 745	5 703 293	204 634	1 984 163	1 825 832	154 461	1 504,79	1 513,45	2 156,28	1 063,60	1 125,65	327,96
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten												
1996	14 812 759	13 003 845	455 560	5 485 903	5 064 038	414 875	1 243,22	1 233,18	1 920,74	888,55	935,69	309,70
1997	15 172 580	13 335 349	463 760	5 456 793	5 049 273	399 817	1 275,82	1 266,42	1 932,46	908,63	955,51	312,72
1998	15 562 459	13 707 252	501 531	5 460 190	5 054 678	397 209	1 294,02	1 285,32	1 941,70	911,40	958,07	312,67
Knappschaftliche Rentenversicherung ³⁾												
1996	613 688	524 235	33 894	387 962	375 072	12 885	2 120,02	2 214,30	2 514,02	1 300,69	1 332,86	364,42
1997	618 167	533 901	33 945	384 823	372 232	12 585	2 181,29	2 276,43	2 506,91	1 327,65	1 360,07	368,67
1998	620 607	540 540	35 515	381 176	368 834	12 336	2 186,33	2 278,50	2 480,01	1 328,76	1 360,90	367,63
Gesetzliche Rentenversicherung												
1996	15 426 447	13 528 080	489 454	5 873 865	5 439 110	427 760	1 278,10	1 271,20	1 961,83	915,77	963,08	311,35
1997	15 790 747	13 869 250	497 705	5 841 616	5 421 505	412 402	1 311,27	1 305,30	1 971,64	936,24	983,29	314,42
1998	16 183 066	14 247 792	537 046	5 841 366	5 423 512	409 545	1 328,24	1 323,00	1 977,30	938,64	985,46	314,32
Alte Bundesländer												
Gesetzliche Rentenversicherung												
1996	11 945 198	10 544 878	458 639	4 683 095	4 355 459	324 005	1 258,91	1 244,73	1 969,59	947,31	995,47	297,86
1997	12 224 498	10 822 729	473 133	4 649 328	4 336 096	309 149	1 284,15	1 269,84	1 974,74	959,81	1 006,46	303,08
1998	12 539 006	11 133 725	503 471	4 646 056	4 334 797	306 807	1 298,20	1 284,30	1 979,94	958,07	1 004,08	304,85
Neue Bundesländer												
Gesetzliche Rentenversicherung												
1996	3 481 249	2 983 202	30 815	1 190 770	1 083 651	103 755	1 343,94	1 364,78	1 846,39	791,71	832,89	353,49
1997	3 566 249	3 046 521	24 572	1 192 288	1 085 409	103 253	1 404,24	1 431,28	1 911,96	844,31	890,72	348,39
1998	3 644 060	3 114 067	33 575	1 195 310	1 088 715	102 738	1 431,59	1 461,35	1 937,65	863,12	911,33	342,61

¹⁾ Rente nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR

²⁾ Anzahlen und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Einzelrenten (die an Mehrfachrentner geleisteten Renten werden einzeln entsprechend ihren Rentenarten gezählt).

³⁾ Renten an langjährig Versicherte sowie Schwerbehinderte, Berufs- oder Erwerbsunfähige vor Erreichen der Regelaltersgrenze

⁴⁾ ohne die wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhenden Renten

⁵⁾ ohne Knappschaftsausgleichleistungen

Übersicht A 4

Die Anzahl der Rentner und der durchschnittliche Gesamtrentenzahlbetrag der laufenden Renten nach dem Personenkonzept ¹⁾ und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung ab 1996 zum 1. Juli des Jahres in Deutschland und den alten und neuen Bundesländern

- Männer -

Jahr	Anzahl der Rentner				Durchschnittlicher Gesamtrentenzahlbetrag			
	Renten insgesamt	davon			Renten insgesamt	davon		
		Renten wegen verminderter Erwerbs- fähigkeit	Renten wegen Alters	Renten wegen Todes ²⁾		Renten wegen verminderter Erwerbs- fähigkeit	Renten wegen Alters	Renten wegen Todes ²⁾
Deutschland								
Einzelrentner								
1996	6 651 456	1 099 115	5 466 445	85 896	1 779,07	1 500,30	1 857,07	381,88
1997	6 812 074	1 096 449	5 633 581	82 044	1 818,50	1 526,82	1 895,84	406,44
1998	7 004 432	1 097 899	5 820 253	86 280	1 826,11	1 530,15	1 902,71	424,74
Mehrfachrentner								
1996	163 095				2 025,29			
1997	188 891				2 106,99			
1998	207 536				2 134,27			
Rentner insgesamt								
1996	6 814 551				1 784,96			
1997	7 000 965				1 826,28			
1998	7 211 968				1 834,98			
Alte Bundesländer								
Einzelrentner								
1996	5 359 804	868 623	4 438 766	52 415	1 790,07	1 544,42	1 854,93	369,28
1997	5 477 420	861 457	4 563 942	52 021	1 818,21	1 571,34	1 881,11	387,73
1998	5 624 939	857 021	4 712 717	55 201	1 821,39	1 576,36	1 882,59	400,32
Mehrfachrentner								
1996	106 698				2 017,61			
1997	121 591				2 070,60			
1998	134 035				2 088,77			
Rentner insgesamt								
1996	5 466 502				1 794,52			
1997	5 599 011				1 823,69			
1998	5 758 974				1 827,61			
Neue Bundesländer								
Einzelrentner								
1996	1 291 652	230 492	1 027 679	33 481	1 733,39	1 334,07	1 866,34	401,63
1997	1 334 654	234 992	1 069 639	30 023	1 819,69	1 363,61	1 958,65	438,84
1998	1 379 493	240 878	1 107 536	31 079	1 845,38	1 365,77	1 988,34	468,14
Mehrfachrentner								
1996	56 397				2 039,81			
1997	67 300				2 172,73			
1998	73 501				2 217,24			
Rentner insgesamt								
1996	1 348 049				1 746,21			
1997	1 401 954				1 836,64			
1998	1 452 994				1 864,19			

¹⁾ Anzahl der Rentner; die je Rentner geleisteten Renten wurden zu einem Gesamtrentenzahlbetrag zusammengefaßt.
Gesamtrentenzahlbetrag nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR

²⁾ ohne Waisenrenten

Die Anzahl der Rentner und der durchschnittliche Gesamtrentenzahlungsbetrag der laufenden Renten nach dem Personenkonzept ¹⁾ und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung ab 1996 zum 1. Juli des Jahres in Deutschland und den alten und neuen Bundesländern

– Frauen –

Jahr	Anzahl der Rentner				Durchschnittlicher Gesamtrentenzahlungsbetrag			
	Renten insgesamt	davon			Renten insgesamt	davon		
		Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renten wegen Alters	Renten wegen Todes ²⁾		Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renten wegen Alters	Renten wegen Todes ²⁾
in DM je Monat								
Deutschland								
Einzelrentner								
1996	7 915 487	711 118	5 008 053	2 196 316	938,62	1 088,95	907,17	961,64
1997	7 758 276	730 126	5 017 132	2 011 018	959,24	1 124,64	940,19	946,70
1998	7 810 401	741 627	5 134 176	1 934 598	975,11	1 151,53	962,51	940,94
Mehrfachrentner								
1996	2 983 356				1 799,69			
1997	3 129 275				1 859,09			
1998	3 185 949				1 883,02			
Rentner insgesamt								
1996	10 898 843				1 174,32			
1997	10 887 551				1 217,87			
1998	10 996 350				1 238,16			
Alte Bundesländer								
Einzelrentner								
1996	6 342 140	469 068	3 878 979	1 994 093	900,88	1 076,88	841,15	975,66
1997	6 184 502	475 330	3 883 832	1 825 340	915,02	1 116,28	870,63	957,08
1998	6 207 295	483 165	3 974 132	1 749 998	928,16	1 148,48	892,13	949,13
Mehrfachrentner								
1996	2 187 576				1 760,45			
1997	2 322 844				1 805,74			
1998	2 382 110				1 824,74			
Rentner insgesamt								
1996	8 529 716				1 121,33			
1997	8 507 346				1 158,22			
1998	8 589 405				1 176,81			
Neue Bundesländer								
Einzelrentner								
1996	1 573 347	242 050	1 129 074	202 223	1 090,73	1 112,32	1 133,99	823,41
1997	1 573 774	254 796	1 133 300	185 678	1 132,99	1 140,23	1 178,58	844,74
1998	1 603 106	258 462	1 160 044	184 600	1 156,94	1 157,22	1 203,60	863,28
Mehrfachrentner								
1996	795 780				1 907,55			
1997	806 431				2 012,78			
1998	803 839				2 055,74			
Rentner insgesamt								
1996	2 369 127				1 365,10			
1997	2 380 205				1 431,07			
1998	2 406 945				1 457,10			

¹⁾ Anzahl der Rentner; die je Rentner geleisteten Renten wurden zu einem Gesamtrentenzahlungsbetrag zusammengefaßt.

Gesamtrentenzahlungsbetrag nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR

²⁾ ohne Waisenrenten

noch Übersicht A 4

Die Anzahl der Rentner und der durchschnittliche Gesamtrentenzahlbetrag der laufenden Renten nach dem Personenkonzept ¹⁾ und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung ab 1996 zum 1. Juli des Jahres in Deutschland und den alten und neuen Bundesländern

- Männer und Frauen -

Jahr	Anzahl der Rentner				Durchschnittlicher Gesamtrentenzahlbetrag			
	Renten insgesamt	davon			Renten insgesamt	davon		
		Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renten wegen Alters	Renten wegen Todes ²⁾		Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renten wegen Alters	Renten wegen Todes ²⁾
in DM je Monat								
Deutschland								
Einzelrentner								
1996	14 566 943	1 810 233	10 474 498	2 282 212	1 322,38	1 338,71	1 402,91	939,82
1997	14 570 350	1 826 575	10 650 713	2 093 062	1 360,97	1 366,06	1 445,67	925,53
1998	14 814 833	1 839 526	10 954 429	2 020 878	1 377,46	1 377,51	1 462,05	918,90
Mehrfachrentner								
1996	3 146 451				1 811,38			
1997	3 318 166				1 873,21			
1998	3 393 485				1 898,39			
Rentner insgesamt								
1996	17 713 394				1 409,24			
1997	17 888 516				1 455,99			
1998	18 208 318				1 474,55			
Alte Bundesländer								
Einzelrentner								
1996	11 701 944	1 337 691	8 317 745	2 046 508	1 308,15	1 380,47	1 382,15	960,13
1997	11 661 922	1 336 787	8 447 774	1 877 361	1 339,24	1 409,53	1 416,55	941,29
1998	11 832 234	1 340 186	8 686 849	1 805 199	1 352,79	1 422,10	1 429,47	932,35
Mehrfachrentner								
1996	2 294 274				1 772,41			
1997	2 444 435				1 818,91			
1998	2 516 145				1 838,81			
Rentner insgesamt								
1996	13 996 218				1 384,26			
1997	14 106 357				1 422,36			
1998	14 348 379				1 438,02			
Neue Bundesländer								
Einzelrentner								
1996	2 864 999	472 542	2 156 753	235 704	1 380,47	1 220,48	1 482,95	763,50
1997	2 908 428	489 788	2 202 939	215 701	1 448,11	1 247,41	1 557,35	788,25
1998	2 982 599	499 340	2 267 580	215 679	1 475,35	1 257,82	1 586,89	806,33
Mehrfachrentner								
1996	852 177				1 916,30			
1997	873 731				2 025,10			
1998	877 340				2 069,27			
Rentner insgesamt								
1996	3 717 176				1 503,31			
1997	3 782 159				1 581,40			
1998	3 859 939				1 610,35			

¹⁾ Anzahl der Rentner: die je Rentner geleisteten Renten wurden zu einem Gesamtrentenzahlbetrag zusammengefaßt.

Gesamtrentenzahlbetrag nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR

²⁾ ohne Waisenrenten

Rentenbestandsaufnahme des BMA aus dem Datensatz des Postrentendienstes

Die Verteilung der Renten ¹⁾ wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters nach den angerechneten rentenrechtlichen Zeiten ²⁾,
den durchschnittlichen Entgeltpunkten je Jahr ³⁾ an rentenrechtlichen Zeiten und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung
am 31. Dezember 1998 in Deutschland ⁴⁾

Übersicht A 5

Höhe der angerechneten rentenrechtlichen Zeiten von ... bis unter ... Jahre	Anzahl der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters												EP/Jahr an renten- rechtlichen Zeiten	Jahre	Renten- zahl- betrag	
	davon mit von ... bis unter ... durchschnittlichen Entgeltpunkten/Jahr an rentenrechtlichen Zeiten															
	unter 0,2															
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	1,8 u. m.					
1													12	13	14	
Männer																
unter 5	9 453	30	126	310	499	4 983	1 795	801	354	202	353	167,51	3,52	1,01		
5 - 10	72 146	974	3 929	9 855	16 505	20 628	9 279	4 744	2 531	1 856	1 845	294,52	7,54	0,88		
10 - 15	103 993	720	3 128	8 988	22 139	32 162	17 335	8 643	5 850	3 150	1 878	522,56	12,50	0,94		
15 - 20	166 059	1 304	6 910	16 458	33 395	47 769	30 057	14 990	8 995	3 709	2 472	719,20	17,35	0,93		
20 - 25	153 853	1 269	5 997	13 715	29 256	42 462	31 351	16 265	8 440	3 097	2 001	947,39	22,48	0,94		
25 - 30	182 974	930	5 555	15 342	36 846	51 403	38 504	18 743	10 675	3 161	1 815	1 160,34	27,50	0,95		
30 - 35	230 200	577	4 966	16 405	50 568	66 702	48 853	23 973	13 165	3 165	1 826	1 371,26	32,59	0,95		
35 - 40	671 830	555	4 273	16 204	115 994	218 948	175 209	82 272	47 063	8 132	3 180	1 675,91	37,92	1,01		
40 - 45	1 875 709	325	2 244	12 152	129 177	481 894	674 681	365 909	184 045	18 459	6 823	2 051,14	42,81	1,10		
45 - 50	2 280 238	257	2 205	13 046	100 451	404 717	826 662	585 480	309 734	32 215	5 471	2 337,09	46,87	1,16		
50 und mehr	306 408	64	675	1 222	25 156	67 946	108 299	66 810	32 369	3 485	382	2 165,08	50,47	1,11		
Renten insgesamt	6 052 863	7 005	40 008	123 697	559 986	1 439 614	1 962 025	1 188 630	623 221	80 631	28 046	1 955,46	41,12	1,09		
Ø EP/Jahr	1,0897	0,1471	0,3188	0,5215	0,7275	0,9127	1,0968	1,2889	1,4821	1,6666	1,9336	-	-	-		
Ø Jahre	41,12	22,82	25,65	28,52	35,94	39,69	42,77	43,55	43,49	39,40	32,91	-	-	-		
Ø Rentenzahlbetrag	1 955,46	205,43	407,08	677,65	1 134,55	1 539,29	2 003,85	2 430,10	2 795,38	2 925,73	3 034,40	-	-	-		
Frauen																
unter 5	86 824	571	2 514	7 594	6 822	62 479	2 772	1 436	909	633	1 094	179,97	3,73	0,84		
5 - 10	759 682	15 340	54 788	173 845	249 662	209 556	25 773	13 689	9 869	4 282	2 878	240,93	7,24	0,71		
10 - 15	615 005	5 300	53 476	181 696	246 897	81 104	18 300	10 496	9 201	5 269	3 266	388,78	12,26	0,68		
15 - 20	1 023 191	31 051	179 694	357 174	283 612	106 403	34 540	14 198	9 947	3 656	2 916	477,26	17,39	0,60		
20 - 25	850 980	9 190	90 483	256 571	282 387	140 944	44 848	15 629	6 895	2 307	1 726	670,91	22,34	0,67		
25 - 30	921 600	4 795	52 195	162 460	411 331	201 804	59 740	19 482	6 703	1 866	1 224	891,86	27,42	0,74		
30 - 35	1 027 492	2 130	29 996	94 144	516 834	274 764	77 371	23 070	6 960	1 472	751	1 097,96	32,38	0,78		
35 - 40	1 218 678	1 290	19 159	58 159	638 683	336 972	116 187	35 509	10 793	1 480	446	1 298,52	37,43	0,82		
40 - 45	1 358 685	412	7 944	31 433	589 140	408 040	197 448	89 042	31 813	2 916	497	1 561,75	42,44	0,88		
45 - 50	372 884	162	3 436	14 734	160 805	108 874	54 393	23 022	6 680	661	117	1 663,14	46,00	0,87		
50 und mehr	13 396	41	518	1 152	8 887	1 900	544	258	85	7	4	1 520,36	50,27	0,71		
Renten insgesamt	8 248 417	70 282	494 203	1 338 962	3 395 060	1 932 840	631 916	245 831	99 855	24 549	14 919	944,67	27,86	0,7538		
Ø EP/Jahr	0,7538	0,1593	0,3220	0,5115	0,7209	0,8767	1,0844	1,2850	1,4822	1,6761	2,0500	-	-	-		
Ø Jahre	27,86	16,45	19,79	20,26	29,75	29,55	34,01	33,93	30,16	21,29	17,08	-	-	-		
Ø Rentenzahlbetrag	944,67	130,15	316,54	482,92	930,89	1 100,74	1 563,51	1 847,64	1 887,13	1 556,46	1 540,50	-	-	-		

¹⁾ vollständig ruhende Renten. Renten vor 1957. Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten

²⁾ Renten zwischen 1957 und 1991: Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre; Renten ab 1992 Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten

³⁾ Summe der Entgeltpunkte dividiert durch die entsprechende Monatszahl multipliziert mit 12

⁴⁾ Abgrenzung erfolgt nach Wohnort der Rentner und nicht wie bei den Auswertungen des BMA danach, wo die Entgeltpunkte erworben wurden.

Sonderauswertung des VDR-Rentenbestandes am 31. Dezember 1998

noch Übersicht A 5

Die Verteilung der Renten ¹⁾ wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters nach den angerechneten rentenrechtlichen Zeiten ²⁾, den durchschnittlichen Entgeltpunkten je Jahr ³⁾ an rentenrechtlichen Zeiten und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung am 31. Dezember 1998 in den alten Bundesländern ⁴⁾

Höhe der angerechneten rentenrechtlichen Zeiten von ... bis unter ... Jahre	Anzahl der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters															
	Renten insgesamt		davon mit von ... bis unter ... durchschnittlichen Entgeltpunkten/Jahr an rentenrechtlichen Zeiten													
	1	2	unter 0,2	0,2-0,4	0,4-0,6	0,6-0,8	0,8-1,0	1,0-1,2	1,2-1,4	1,4-1,6	1,6-1,8	1,8 u. m.	12	13	14	EP/Jahr an rentenrechtlichen Zeiten
Männer																
unter 5	9 356	26	107	265	489	4 971	1 792	799	353	202	352	164,24	3,53	1,02		
5 - 10	70 727	967	3 871	9 750	16 315	20 093	8 962	4 604	2 470	1 851	1 844	295,91	7,55	0,88		
10 - 15	102 447	710	3 048	8 822	21 933	31 602	16 977	8 506	5 836	3 143	1 870	524,78	12,50	0,94		
15 - 20	163 917	1 288	6 810	16 120	32 912	47 143	29 661	14 866	8 976	3 696	2 445	721,06	17,35	0,93		
20 - 25	150 795	1 225	5 822	13 219	28 181	41 778	30 967	16 138	8 394	3 080	1 991	952,20	22,48	0,95		
25 - 30	178 015	886	5 309	14 489	35 269	50 192	37 882	18 479	10 583	3 134	1 792	1167,29	27,50	0,95		
30 - 35	217 974	542	4 598	15 070	46 778	62 816	46 970	23 338	12 956	3 100	1 806	1384,69	32,58	0,96		
35 - 40	598 318	503	3 659	14 792	99 365	190 937	157 138	76 397	44 705	7 736	3 086	1706,21	37,88	1,02		
40 - 45	1 520 023	231	1 767	10 698	99 892	361 452	551 115	310 876	160 900	16 494	6 598	2125,39	42,81	1,11		
45 - 50	1 672 999	83	581	6 464	63 985	265 254	604 009	462 843	243 453	21 638	4 689	2452,49	46,80	1,17		
50 und mehr	37 693	10	83	287	3 324	5 624	9 698	9 572	8 173	807	115	2610,29	50,55	1,18		
Renten insgesamt	4 722 264	6 471	35 655	109 976	448 443	1 081 862	1 495 171	946 418	506 799	64 881	26 588	1969,51	39,81	1,09		
Ø EP/Jahr	1,0913	0,1471	0,3191	0,5193	0,7250	0,9122	1,0978	1,2892	1,4815	1,6699	1,9368	-	-	-		
Ø Jahre	39,81	21,50	23,83	26,95	33,96	37,94	41,73	42,76	42,66	37,44	32,23	-	-	-		
Ø Rentenzahlbetrag	1 969,51	159,09	348,80	633,56	1 097,29	1 528,49	2 031,50	2 466,11	2 825,19	2 903,01	3 013,53	-	-	-		
Frauen																
unter 5	77 473	548	2 018	6 440	5 180	60 824	1 345	361	223	156	378	149,16	3,80	0,82		
5 - 10	718 481	15 058	50 873	162 304	237 686	202 855	22 271	11 814	9 135	3 926	2 559	229,02	7,23	0,71		
10 - 15	552 755	4 956	45 002	159 742	230 015	72 978	14 076	9 011	8 716	5 107	3 152	371,68	12,27	0,68		
15 - 20	927 468	30 677	166 735	328 704	261 736	84 174	26 919	12 538	9 586	3 547	2 852	460,84	17,42	0,59		
20 - 25	719 120	8 845	79 963	229 292	249 140	92 092	35 511	13 892	6 503	2 197	1 685	652,57	22,36	0,66		
25 - 30	722 697	4 526	45 003	136 768	343 656	120 768	46 195	16 753	6 080	1 757	1 191	883,72	27,47	0,73		
30 - 35	731 626	1 952	23 807	67 173	405 137	150 716	56 401	18 557	5 895	1 274	714	1109,97	32,43	0,77		
35 - 40	765 121	1 163	15 761	39 172	407 717	190 284	76 866	25 038	7 544	1 170	406	1339,36	37,44	0,81		
40 - 45	739 418	293	5 163	17 938	322 644	198 919	120 857	54 739	16 600	1 850	415	1664,51	42,53	0,89		
45 - 50	194 486	46	1 335	5 600	86 589	50 063	31 302	14 573	4 344	529	105	1798,35	46,11	0,89		
50 und mehr	3 515	5	53	244	1 927	640	325	231	80	7	3	1853,02	50,84	0,82		
Renten insgesamt	6 152 160	68 069	435 713	1 153 377	2 551 427	1 224 313	432 068	177 507	74 706	21 520	13 460	868,12	25,57	0,73		
Ø EP/Jahr	0,7334	0,1593	0,3206	0,5113	0,7156	0,8773	1,0861	1,2851	1,4837	1,6772	2,0536	-	-	-		
Ø Jahre	25,57	16,25	19,36	19,40	27,61	26,33	32,95	32,52	27,43	20,44	17,83	-	-	-		
Ø Rentenzahlbetrag	868,12	117,81	279,01	443,13	880,61	1 025,07	1 578,57	1 845,87	1 797,08	1 521,39	1 603,44	-	-	-		

¹⁾ vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten
²⁾ Renten zwischen 1957 und 1991: Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre; Renten ab 1992: Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten
³⁾ Summe der Entgeltpunkte dividiert durch die entsprechende Monatszahl multipliziert mit 12
⁴⁾ Abgrenzung erfolgt nach Wohnort der Rentner und nicht wie bei den Auswertungen des BMA danach, wo die Entgeltpunkte erworben wurden.
 Sonderauswertung des VDR-Rentenbestandes am 31. Dezember 1998

Die Verteilung der Renten ¹⁾ wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters nach den angerechneten rentenrechtlichen Zeiten ²⁾, den durchschnittlichen Entgeltpunkten je Jahr ³⁾ an rentenrechtlichen Zeiten und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung am 31. Dezember 1998 in den neuen Bundesländern ⁴⁾ noch Übersicht A 5

Höhe der angerechneten rentenrechtlichen Zeiten von ... bis unter ... Jahre	Anzahl der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters													Renten- insgesamt	Renten- zahl- betrag	Jahre	EP/Jahr an renten- rechtlichen Zeiten	Renten- zahl- betrag
	davon mit von ... bis unter ... durchschnittlichen Entgeltpunkten/Jahr an rentenrechtlichen Zeiten																	
	unter 0,2	0,2-0,4	0,4-0,6	0,6-0,8	0,8-1,0	1,0-1,2	1,2-1,4	1,4-1,6	1,6-1,8	1,8 u. m.	11	12	13					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14					
Männer																		
unter 5	97	4	19	45	10	12	3	2	1	1	1	483,10	2,86	0,57				
5 - 10	1 419	7	58	105	190	535	317	140	61	5	1	225,36	7,25	0,92				
10 - 15	1 546	10	80	166	206	560	358	137	14	7	8	375,60	12,25	0,89				
15 - 20	2 142	16	100	338	483	626	396	124	19	13	27	577,01	17,31	0,84				
20 - 25	3 058	44	175	496	1 075	684	384	127	46	17	10	710,38	22,33	0,78				
25 - 30	4 959	44	246	853	1 577	1 211	622	264	92	27	23	910,81	27,54	0,79				
30 - 35	12 226	35	368	1 335	3 790	3 886	1 883	635	209	65	20	1 131,76	32,77	0,84				
35 - 40	73 512	52	614	1 412	16 629	28 011	18 071	5 875	2 358	396	94	1 429,25	38,22	0,95				
40 - 45	355 686	94	477	1 454	29 285	120 442	123 566	55 033	23 145	1 965	225	1 733,81	42,79	1,06				
45 - 50	607 239	174	1 624	6 582	36 466	139 463	222 653	122 637	66 281	10 577	782	2 019,15	47,09	1,12				
50 und mehr	268 715	54	592	935	21 832	62 322	98 601	57 238	24 196	2 678	267	2 102,63	50,46	1,10				
Renten insgesamt	1 330 599	534	4 353	13 721	111 543	357 752	466 854	242 212	116 422	15 750	1 458	1 905,59	45,74	1,08				
EP/Jahr	1,0838	0,1477	0,3165	0,5396	0,7374	0,9140	1,0934	1,2876	1,4848	1,6531	1,8762	-	-	-				
EP/Jahre	45,74	38,81	40,59	41,06	43,92	44,96	46,07	46,68	47,11	47,46	45,40	-	-	-				
EP/Rentenanzahlbetrag	1 905,59	766,92	884,46	1 031,07	1 284,37	1 571,94	1 915,30	2 289,39	2 665,58	3 019,33	3 415,08	-	-	-				
Frauen																		
unter 5	9 351	23	496	1 154	1 642	1 655	1 427	1 075	686	477	716	435,30	3,13	1,03				
5 - 10	41 201	282	3 915	11 541	11 976	6 701	3 502	1 875	734	356	319	448,54	7,33	0,73				
10 - 15	62 250	344	8 474	21 954	16 882	8 126	4 224	1 485	485	162	114	540,61	12,18	0,65				
15 - 20	95 723	374	12 959	28 470	21 876	22 229	7 621	1 660	361	109	64	636,36	17,08	0,68				
20 - 25	131 860	345	10 520	27 279	33 247	48 852	9 337	1 737	392	110	41	770,92	22,20	0,73				
25 - 30	198 903	269	7 192	25 692	67 675	81 036	13 545	2 729	623	109	33	921,44	27,24	0,77				
30 - 35	295 866	178	6 189	26 971	111 697	124 048	20 970	4 513	1 065	198	37	1 068,28	32,26	0,79				
35 - 40	453 557	127	3 398	18 987	230 966	146 688	39 321	10 471	3 249	310	40	1 229,61	37,41	0,82				
40 - 45	619 267	119	2 781	13 495	266 496	209 121	76 591	34 303	15 213	1 066	82	1 439,05	42,32	0,88				
45 - 50	178 398	116	2 101	9 134	74 216	58 811	23 091	8 449	2 336	132	12	1 515,73	45,89	0,85				
50 und mehr	9 881	36	465	908	6 960	1 260	219	27	5		1	1 402,02	50,07	0,67				
Renten insgesamt	2 096 257	2 213	58 490	185 585	843 633	708 527	199 848	68 324	25 149	3 029	1 459	1 169,34	34,57	0,81				
EP/Jahr	0,8139	0,1597	0,3324	0,5125	0,7372	0,8755	1,0808	1,2847	1,4777	1,6682	2,0165	-	-	-				
EP/Jahre	34,57	22,69	22,99	25,63	36,22	35,13	36,28	37,57	38,27	37,33	10,21	-	-	-				
Rentenanzahlbetrag	1 169,34	509,71	596,14	730,20	1 082,95	1 231,49	1 530,95	1 852,24	2 154,61	1 805,59	959,87	-	-	-				

¹⁾ vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten
²⁾ Renten zwischen 1957 und 1991: Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre; Renten ab 1992: Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten
³⁾ Summe der Entgeltpunkte dividiert durch die entsprechende Monatszahl multipliziert mit 12
⁴⁾ Abgrenzung erfolgt nach Wohnort der Rentner und nicht wie bei den Auswertungen des BMA danach, wo die Entgeltpunkte erworben wurden.
Sonderauswertung des VDR-Rentenbestandes am 31. Dezember 1998

Übersicht A 6

Die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters sowie die Witwer- und Witwenrenten in der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Rentenfallkonzept ¹⁾, dem monatlichen Rentenzahlbetrag ²⁾, den angerechneten rentenrechtlichen Zeiten ³⁾ und dem Geschlecht am 31. Dezember 1998 in Deutschland ⁴⁾

Rentenzahlbetragsgruppe von ... bis unter ... DM/Monat	Anzahl der Renten ⁴⁾					
	Renten an Versicherte ⁵⁾ u. Witwen/ Witwer insgesamt	darunter mit ... Jahren angerechneten rentenrechtlichen Zeiten				
		unter 20	20-30	30-40	40 und mehr	nicht erfaßt
Renten an versicherte Männer						
unter 300	78 340	70 573	5 098	1 225	1 444	8 220
300 - 600	180 882	139 258	28 979	10 058	2 587	32 924
600 - 900	226 852	100 450	83 262	34 745	8 395	19 845
900 - 1 200	327 027	32 927	110 691	126 031	57 378	21 741
1 200 - 1 500	612 519	7 983	65 952	240 289	298 295	28 848
1 500 - 1 800	909 634	1 712	28 301	219 757	659 864	40 508
1 800 - 2 100	1 109 516	232	10 979	138 395	959 910	48 518
2 100 - 2 400	1 050 208	154	2 777	73 924	973 353	44 176
2 400 - 2 700	750 909	62	777	40 052	710 018	29 811
2 700 - 3 000	486 535	22	70	11 203	475 240	18 336
3 000 und mehr	322 749	4	37	6 510	316 198	13 664
Insgesamt	6 055 171	353 377	336 923	902 189	4 462 682	306 591
Ø Rentenzahlbetrag	1 955,46	559,09	1 063,07	1 598,16	2 205,08	-
Ø Jahre	41,12	13,53	25,21	36,55	45,41	-
Ø Entgeltpunkte/Jahr ⁶⁾	1,0897	0,9232	0,9448	0,9959	1,1327	-
Renten an versicherte Frauen						
unter 300	1 079 413	1 028 853	46 865	3 443	252	29 452
300 - 600	1 637 371	1 178 599	413 026	42 315	3 431	79 207
600 - 900	1 161 798	226 313	752 666	170 065	12 754	51 531
900 - 1 200	1 673 035	45 820	438 555	1 036 686	151 974	60 494
1 200 - 1 500	1 560 529	11 452	90 533	692 250	766 294	53 281
1 500 - 1 800	627 269	3 066	22 795	198 950	402 458	19 248
1 800 - 2 100	279 508	1 258	5 930	69 993	202 327	6 900
2 100 - 2 400	146 346	749	1 529	23 403	120 665	3 239
2 400 - 2 700	65 402	450	674	6 869	57 409	1 538
2 700 - 3 000	22 480	268	359	1 554	20 299	527
3 000 und mehr	8 321	270	264	674	7 113	297
Insgesamt	8 261 472	2 497 098	1 773 196	2 246 202	1 744 976	305 714
Ø Rentenzahlbetrag	944,67	372,72	785,79	1 206,77	1 583,10	-
Ø Jahre	27,86	12,54	24,98	35,12	43,30	-
Ø Entgeltpunkte/Jahr ⁶⁾	0,7538	0,6606	0,7035	0,7996	0,8873	-
Renten an Witwen und Witwer						
unter 300	327 630	164 078	63 187	57 503	42 862	47 670
300 - 600	522 070	174 362	145 442	121 926	80 340	109 664
600 - 900	785 748	41 397	155 073	328 768	260 510	149 930
900 - 1 200	1 094 693	7 348	57 867	365 943	663 535	164 661
1 200 - 1 500	945 237	976	17 789	186 178	740 294	102 048
1 500 - 1 800	458 375	152	3 866	63 961	390 396	33 178
1 800 - 2 100	162 688	59	476	22 509	139 644	11 766
2 100 - 2 400	51 381	13	149	3 822	47 397	6 664
2 400 - 2 700	18 278	8	39	1 235	16 996	1 346
2 700 - 3 000	5 266		6	543	4 717	474
3 000 und mehr	3 381	2	3	225	3 151	361
Insgesamt	4 374 747	388 395	443 897	1 152 613	2 389 842	627 762
Ø Rentenzahlbetrag	1 083,01	388,09	695,77	1 008,34	1 196,09	-
Ø Jahre	38,21	13,75	25,30	36,43	41,72	-
Ø Entgeltpunkte/Jahr ⁶⁾	1,1031	1,0097	1,0317	1,0849	1,1265	-

¹⁾ Anzahlen und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Einzelrenten (An Mehrfachrentner geleistete Renten wurden einzeln entsprechend ihren Rentenarten gezählt).

²⁾ Rente nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR

³⁾ Renten zwischen 1957 und 1991: Versicherungsjahre bzw. Arbeitsjahre; Renten ab 1992: Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten

⁴⁾ Abgrenzung erfolgt nach Wohnort der Rentner und nicht wie bei den Auswertungen des BMA danach, wo die Entgeltpunkte erworben wurden.

⁵⁾ Generell sind vollständig ruhende Renten, Renten mit Rentenbeginn vor 1957 und Vertragsrenten nicht in der Auswertung enthalten.

⁶⁾ Renten wegen vermind. Erwerbsfähigkeit und wegen Alters; In der Summe generell ohne Renten, in deren Datensätzen die Zeiten nicht erfaßt sind.

⁷⁾ Summe der Entgeltpunkte dividiert durch die entsprechende Monatszahl multipliziert mit 12

Die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters sowie die Witwer- und Witwenrenten in der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Rentenfallkonzept ¹⁾, dem monatlichen Rentenzahlbetrag ²⁾, den angerechneten rentenrechtlichen Zeiten ³⁾ und dem Geschlecht am 31. Dezember 1998 in den alten Bundesländern ⁴⁾

Rentenzahlbetragsgruppe von ... bis unter ... DM/Monat	Anzahl der Renten ⁵⁾					
	Renten an Versicherte ⁶⁾ u. Witwen/ Witwer insgesamt	darunter mit ... Jahren angerechneten rentenrechtlichen Zeiten				
		unter 20	20–30	30–40	40 und mehr	nicht erfasst
Renten an versicherte Männer						
unter 300	75 362	68 133	5 012	1 159	1 058	8 090
300 – 600	176 703	137 567	27 090	9 709	2 337	19 315
600 – 900	216 512	99 866	80 045	30 687	5 914	18 542
900 – 1 200	276 765	32 602	108 857	103 355	31 951	18 287
1 200 – 1 500	426 369	7 838	65 290	209 328	143 913	18 645
1 500 – 1 800	577 885	1 675	28 076	202 109	346 025	24 118
1 800 – 2 100	787 594	210	10 900	131 909	644 575	34 068
2 100 – 2 400	832 859	149	2 753	71 168	758 789	36 497
2 400 – 2 700	626 355	58	773	39 473	586 051	26 546
2 700 – 3 000	424 101	21	69	11 091	412 920	16 982
3 000 und mehr	303 879	3	36	6 447	297 393	12 476
Insgesamt	4 724 384	348 122	328 901	816 435	3 230 926	233 566
Ø Rentenzahlbetrag	1 969,51	561,19	1 068,65	1 620,36	2 300,44	–
Ø Jahre	39,81	13,54	25,2	36,46	44,97	–
Ø Entgeltpunkte/Jahr ⁷⁾	1,0913	0,9240	0,9486	1,0022	1,1463	–
Renten an versicherte Frauen						
unter 300	1 059 575	1 010 336	45 746	3 334	159	26 933
300 – 600	1 485 898	1 054 397	387 887	40 404	3 210	54 654
600 – 900	873 693	171 257	578 897	114 697	8 842	39 576
900 – 1 200	1 012 805	35 419	324 934	616 975	35 477	35 873
1 200 – 1 500	904 977	10 651	74 628	475 948	343 750	31 360
1 500 – 1 800	425 709	3 019	21 692	155 981	245 017	14 530
1 800 – 2 100	204 739	1 248	5 835	59 657	137 999	5 695
2 100 – 2 400	112 902	749	1 515	20 974	89 664	2 774
2 400 – 2 700	54 681	448	670	6 627	46 936	1 363
2 700 – 3 000	21 575	268	357	1 519	19 431	499
3 000 und mehr	8 128	268	263	658	6 939	266
Insgesamt	6 164 682	2 288 060	1 442 424	1 496 774	937 424	213 523
Ø Rentenzahlbetrag	868,12	355,41	768,43	1 227,23	1 692,99	–
Ø Jahre	25,57	12,49	24,92	34,99	43,30	–
Ø Entgeltpunkte/Jahr ⁷⁾	0,7334	0,6573	0,6911	0,7934	0,8873	–
Renten an Witwen und Witwer						
unter 300	261 299	154 339	49 545	36 630	20 785	26 819
300 – 600	417 783	169 986	129 629	79 488	38 680	85 873
600 – 900	542 633	40 734	147 852	255 923	98 124	105 793
900 – 1 200	824 576	7 030	56 542	340 433	420 571	97 488
1 200 – 1 500	800 268	795	17 573	178 453	603 447	57 259
1 500 – 1 800	418 022	127	3 800	62 519	351 576	22 660
1 800 – 2 100	154 783	52	461	22 202	132 068	9 455
2 100 – 2 400	49 307	12	148	3 730	45 417	5 604
2 400 – 2 700	17 449	8	37	1 203	16 201	909
2 700 – 3 000	4 961	0	6	532	4 423	329
3 000 und mehr	3 276	1	3	221	3 051	286
Insgesamt	3 494 357	373 084	405 596	981 334	1 734 343	412 475
Ø Rentenzahlbetrag	1 074,32	366,13	657,48	1 009,65	1 338,48	–
Ø Jahre	36,64	13,75	25,28	36,35	43,68	–
Ø Entgeltpunkte/Jahr ⁷⁾	1,0965	0,9765	0,9971	1,0766	1,1539	–

¹⁾ Anzahlen und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Einzelrenten (An Mehrfachrentner geleistete Renten wurden einzeln entsprechend ihren Rentenarten gezählt).

²⁾ Rente nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR

³⁾ Renten zwischen 1957 und 1991: Versicherungsjahre bzw. Arbeitsjahre; Renten ab 1992: Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten

⁴⁾ Abgrenzung erfolgt nach Wohnort der Rentner und nicht wie bei den Auswertungen des BMA danach, wo die Entgeltpunkte erworben wurden

⁵⁾ Generell sind vollständig ruhende Renten, Renten mit Rentenbeginn vor 1957 und Vertragsrenten nicht in der Auswertung enthalten.

⁶⁾ Renten wegen vermind. Erwerbsfähigkeit und wegen Alters; In der Summe generell ohne Renten, in deren Datensätzen die Zeiten nicht erfasst sind.

⁷⁾ Summe der Entgeltpunkte dividiert durch die entsprechende Monatszahl multipliziert mit 12

noch Übersicht A 6

Die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters sowie die Witwer- und Witwenrenten in der gesetzlichen Rentenversicherung nach dem Rentenfallkonzept ¹⁾, dem monatlichen Rentenzahlbetrag ²⁾, den angerechneten rentenrechtlichen Zeiten ³⁾ und dem Geschlecht am 31. Dezember 1998 in den neuen Bundesländern ⁴⁾

Rentenzahlbetragsgruppe von ... bis unter ... DM/Monat	Anzahl der Renten ⁵⁾					
	Renten an Versicherte ⁶⁾ u. Witwen/ Witwer insgesamt	darunter mit ... Jahren angerechneten rentenrechtlichen Zeiten				
		unter 20	20-30	30-40	40 und mehr	nicht erfaßt
Renten an versicherte Männer						
unter 300	2 978	2 440	86	66	386	130
300 - 600	4 179	1 691	1 889	349	250	13 609
600 - 900	10 340	584	3 217	4 058	2 481	1 303
900 - 1 200	50 262	325	1 834	22 676	25 427	3 454
1 200 - 1 500	186 150	145	662	30 961	154 382	10 203
1 500 - 1 800	331 749	37	225	17 648	313 839	16 390
1 800 - 2 100	321 922	22	79	6 486	315 335	14 450
2 100 - 2 400	217 349	5	24	2 756	214 564	7 679
2 400 - 2 700	124 554	4	4	579	123 967	3 265
2 700 - 3 000	62 434	1	1	112	62 320	1 354
3 000 und mehr	18 870	1	1	63	18 805	1 188
Insgesamt	1 330 787	5 255	8 022	85 754	1 231 756	73 025
Ø Rentenzahlbetrag	1 905,59	419,54	834,36	1 386,83	1 954,96	-
Ø Jahre	45,74	12,79	25,55	37,45	46,58	-
Ø Entgeltpunkte/Jahr ⁷⁾	1,0838	0,8727	0,7874	0,9354	1,0969	-
Renten an versicherte Frauen						
unter 300	19 838	18 517	1 119	109	93	2 519
300 - 600	151 473	124 202	25 139	1 911	221	24 553
600 - 900	288 105	55 056	173 769	55 368	3 912	11 955
900 - 1 200	660 230	10 401	113 621	419 711	116 497	24 621
1 200 - 1 500	655 552	801	15 905	216 302	422 544	21 921
1 500 - 1 800	201 560	47	1 103	42 969	157 441	4 718
1 800 - 2 100	74 769	10	95	10 336	64 328	1 205
2 100 - 2 400	33 444	0	14	2 429	31 001	465
2 400 - 2 700	10 721	2	4	242	10 473	175
2 700 - 3 000	905	0	2	35	868	28
3 000 und mehr	193	2	1	16	174	31
Insgesamt	2 096 790	209 038	330 772	749 428	807 552	92 191
Ø Rentenzahlbetrag	1 169,34	561,65	861,44	1 165,92	1 455,54	-
Ø Jahre	34,57	13,07	25,23	35,38	43,20	-
Ø Entgeltpunkte/Jahr ⁷⁾	0,8139	0,6903	0,7573	0,8120	0,8691	-
Renten an Witwen und Witwer						
unter 300	66 331	9 739	13 642	20 873	22 077	20 851
300 - 600	104 287	4 376	15 813	42 438	41 660	23 791
600 - 900	243 115	663	7 221	72 845	162 386	44 137
900 - 1 200	270 117	318	1 325	25 510	242 964	67 173
1 200 - 1 500	144 969	181	216	7 725	136 847	44 789
1 500 - 1 800	40 353	25	66	1 442	38 820	10 518
1 800 - 2 100	7 905	7	15	307	7 576	2 311
2 100 - 2 400	2 074	1	1	92	1 980	1 060
2 400 - 2 700	829	0	2	32	795	437
2 700 - 3 000	305	0	0	11	294	145
3 000 und mehr	105	1	0	4	100	75
Insgesamt	880 390	15 311	38 301	171 279	655 499	215 287
Ø Rentenzahlbetrag	916,60	287,96	425,09	684,99	806,96	-
Ø Jahre	42,29	13,76	25,60	36,34	36,34	-
Ø Entgeltpunkte/Jahr ⁷⁾	1,0290	0,8270	0,8676	0,9637	1,0517	-

¹⁾ Anzahlen und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Einzelrenten (An Mehrfachrentner geleistete Renten wurden einzeln entsprechend ihren Rentenarten gezählt).

²⁾ Rente nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR

³⁾ Renten zwischen 1957 und 1991: Versicherungsjahre bzw. Arbeitsjahre; Renten ab 1992: Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten

⁴⁾ Abgrenzung erfolgt nach Wohnort der Rentner und nicht wie bei den Auswertungen des BMA danach, wo die Entgeltpunkte erworben wurden.

⁵⁾ Generell sind vollständig ruhende Renten, Renten mit Rentenbeginn vor 1957 und Vertragsrenten nicht in der Auswertung enthalten.

⁶⁾ Renten wegen vermind. Erwerbsfähigkeit und wegen Alters; In der Summe generell ohne Renten, in deren Datensätzen die Zeiten nicht erfaßt sind.

⁷⁾ Summe der Entgeltpunkte dividiert durch die entsprechende Monatszahl multipliziert mit 12

Die Schichtung der Rentner ¹⁾ nach dem monatlichen Gesamtrentenzahlbetrag ²⁾ und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung am 1. Juli 1998 in Deutschland

Zahlbetrags- gruppe in DM/Monat von ... bis unter ...	Einzelrentner			Mehrfachrentner	Rentner insgesamt
	Renten wegen vermin- deter Erwerbsfähig- keit	Renten wegen Alters	Renten wegen Todes ³⁾		
Männer					
unter 300	30 662	264 341	34 125	699	329 827
300 – 600	50 418	266 400	28 598	2 812	348 228
600 – 900	55 257	267 369	18 883	5 170	346 679
900 – 1 200	131 417	289 623	3 674	7 264	431 978
1 200 – 1 500	238 526	447 373	799	11 413	698 111
1 500 – 1 800	242 542	723 856	148	23 521	990 067
1 800 – 2 100	190 480	974 207	39	39 164	1 203 890
2 100 – 2 400	102 098	1 001 397	11	48 918	1 152 424
2 400 – 2 700	41 345	749 496	3	38 100	828 944
2 700 – 3 000	11 619	495 810		18 943	526 372
3 000 – 3 300	2 005	226 915		7 434	236 354
3 300 – 3 600	753	63 969		2 659	67 381
3 600 – 3 900	371	23 583		923	24 877
3 900 – 4 200	222	11 057		328	11 607
4 200 und mehr	184	14 857		188	15 229
insgesamt	1 097 899	5 820 253	86 280	207 536	7 211 968
Frauen					
unter 300	19 868	705 637	262 776	8 403	996 684
300 – 600	63 128	1 014 249	290 827	60 262	1 428 466
600 – 900	91 414	696 911	357 384	148 453	1 294 162
900 – 1 200	210 720	953 634	421 191	239 476	1 825 021
1 200 – 1 500	237 758	930 866	326 955	391 716	1 887 295
1 500 – 1 800	79 832	422 824	166 808	548 559	1 218 023
1 800 – 2 100	27 850	206 671	69 998	615 706	920 225
2 100 – 2 400	8 515	118 208	26 621	554 074	707 418
2 400 – 2 700	2 064	56 873	8 611	344 019	411 567
2 700 – 3 000	396	20 340	2 165	156 233	179 134
3 000 – 3 300	64	5 585	871	65 279	71 799
3 300 – 3 600	12	1 665	265	29 428	31 370
3 600 – 3 900	4	495	84	13 521	14 104
3 900 – 4 200	2	169	31	6 152	6 354
4 200 und mehr		49	11	4 668	4 728
insgesamt	741 627	5 134 176	1 934 598	3 185 949	10 996 350
Männer und Frauen					
unter 300	50 530	969 978	296 901	9 102	1 326 511
300 – 600	113 546	1 280 649	319 425	63 074	1 776 694
600 – 900	146 671	964 280	376 267	153 623	1 640 841
900 – 1 200	342 137	1 243 257	424 865	246 740	2 256 999
1 200 – 1 500	476 284	1 378 239	327 754	403 129	2 585 406
1 500 – 1 800	322 374	1 146 680	166 956	572 080	2 208 090
1 800 – 2 100	218 330	1 180 878	70 037	654 870	2 124 115
2 100 – 2 400	110 613	1 119 605	26 632	602 992	1 859 842
2 400 – 2 700	43 409	806 369	8 614	382 119	1 240 511
2 700 – 3 000	12 015	516 150	2 165	175 176	705 506
3 000 – 3 300	2 069	232 500	871	72 713	308 153
3 300 – 3 600	765	65 634	265	32 087	98 751
3 600 – 3 900	375	24 078	84	14 444	38 981
3 900 – 4 200	224	11 226	31	6 480	17 961
4 200 und mehr	184	14 906	11	4 856	19 957
insgesamt	1 839 526	10 954 429	2 020 878	3 393 485	18 208 318

¹⁾ Anzahl der Rentner; die je Rentner geleisteten Renten wurden zu einem Gesamtrentenzahlbetrag zusammengefaßt.

²⁾ Rente nach Abzug des Eigenbeitrags zur KVdR und PVdR

³⁾ ohne Waisenrenten

Rentenbestandsaufnahme des BMA aus dem Datensatz des Postrentendienstes

nach Übersicht A 7

Die Schichtung der Rentner ¹⁾ nach dem monatlichen Gesamtrentenzahlbetrag ²⁾ und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung am 1. Juli 1998 in den alten Bundesländern

Zahlbetrags- gruppe in DM/Monat von ... bis unter ...	Einzelrentner			Mehrfachrentner	Rentner insgesamt
	Renten wegen vermin- deter Erwerbsfähig- keit	Renten wegen Alters	Renten wegen Todes ³⁾		
Männer					
unter 300	27 868	258 732	25 502	663	312 765
300 – 600	29 285	263 816	16 189	2 785	312 075
600 – 900	46 433	263 521	10 018	5 025	324 997
900 – 1 200	94 390	274 609	2 663	6 762	378 424
1 200 – 1 500	165 037	337 132	650	9 303	512 122
1 500 – 1 800	178 753	461 819	131	16 004	656 707
1 800 – 2 100	165 668	680 243	35	20 923	866 869
2 100 – 2 400	94 701	793 297	11	25 974	913 983
2 400 – 2 700	40 034	626 265	2	24 625	690 926
2 700 – 3 000	11 375	432 822		13 461	457 658
3 000 – 3 300	1 962	212 466		5 337	219 765
3 300 – 3 600	743	60 544		1 966	63 253
3 600 – 3 900	368	22 455		740	23 563
3 900 – 4 200	221	10 526		294	11 041
4 200 und mehr	183	14 470		173	14 826
insgesamt	857 021	4 712 717	55 201	134 035	5 758 974
Frauen					
unter 300	19 049	698 448	244 736	8 095	970 328
300 – 600	40 132	929 510	268 220	59 459	1 297 321
600 – 900	72 395	555 033	299 052	142 222	1 068 702
900 – 1 200	117 505	610 310	367 584	218 224	1 313 623
1 200 – 1 500	142 888	562 039	304 441	331 470	1 340 838
1 500 – 1 800	59 833	295 266	159 971	424 374	939 444
1 800 – 2 100	21 930	155 098	68 138	406 791	651 957
2 100 – 2 400	7 039	92 834	26 102	336 959	462 934
2 400 – 2 700	1 947	48 132	8 413	232 333	290 825
2 700 – 3 000	373	19 659	2 111	119 358	141 501
3 000 – 3 300	60	5 469	846	53 999	60 374
3 300 – 3 600	9	1 634	259	25 766	27 668
3 600 – 3 900	3	485	83	12 508	13 079
3 900 – 4 200	2	166	31	5 974	6 173
4 200 und mehr		49	11	4 578	4 638
insgesamt	483 165	3 974 132	1 749 998	2 382 110	8 589 405
Männer und Frauen					
unter 300	46 917	957 180	270 238	8 758	1 283 093
300 – 600	69 417	1 193 326	284 409	62 244	1 609 396
600 – 900	118 828	818 554	309 070	147 247	1 393 699
900 – 1 200	211 895	884 919	370 247	224 986	1 692 047
1 200 – 1 500	307 925	899 171	305 091	340 773	1 852 960
1 500 – 1 800	238 586	757 085	160 102	440 378	1 596 151
1 800 – 2 100	187 598	835 341	68 173	427 714	1 518 826
2 100 – 2 400	101 740	886 131	26 113	362 933	1 376 917
2 400 – 2 700	41 981	674 397	8 415	256 958	981 751
2 700 – 3 000	11 748	452 481	2 111	132 819	599 159
3 000 – 3 300	2 022	217 935	846	59 336	280 139
3 300 – 3 600	752	62 178	259	27 732	90 921
3 600 – 3 900	371	22 940	83	13 248	36 642
3 900 – 4 200	223	10 692	31	6 268	17 214
4 200 und mehr	183	14 519	11	4 751	19 464
insgesamt	1 340 186	8 686 849	1 805 199	2 516 145	14 348 379

¹⁾ Anzahl der Rentner; die je Rentner geleisteten Renten wurden zu einem Gesamtrentenzahlbetrag zusammengefaßt.

²⁾ Rente nach Abzug des Eigenbeitrags zur KVdR und PVdR

³⁾ ohne Waisenrenten

Die Schichtung der Rentner ¹⁾ nach dem monatlichen Gesamtrentenzahlbetrag ²⁾ und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung am 1. Juli 1998 in den neuen Bundesländern

Zahlbetrags- gruppe in DM/Monat von ... bis unter ...	Einzelrentner			Mehrfachrentner	Rentner insgesamt
	Renten wegen vermin- deter Erwerbsfähig- keit	Renten wegen Alters	Renten wegen Todes ³⁾		
Männer					
unter 300	2 794	5 609	8 623	36	17 062
300 – 600	21 133	2 584	12 409	27	36 153
600 – 900	8 824	3 848	8 865	145	21 682
900 – 1 200	37 027	15 014	1 011	502	53 554
1 200 – 1 500	73 489	110 241	149	2 110	185 989
1 500 – 1 800	63 789	262 037	17	7 517	333 360
1 800 – 2 100	24 812	293 964	4	18 241	337 021
2 100 – 2 400	7 397	208 100		22 944	238 441
2 400 – 2 700	1 311	123 231	1	13 475	138 018
2 700 – 3 000	244	62 988		5 482	68 714
3 000 – 3 300	43	14 449		2 097	16 589
3 300 – 3 600	10	3 425		693	4 128
3 600 – 3 900	3	1 128		183	1 314
3 900 – 4 200	1	531		34	566
4 200 und mehr	1	387		15	403
insgesamt	240 878	1 107 536	31 079	73 501	1 452 994
Frauen					
unter 300	819	7 189	18 040	308	26 356
300 – 600	22 996	84 739	22 607	803	131 145
600 – 900	19 019	141 878	58 332	6 231	225 460
900 – 1 200	93 215	343 324	53 607	21 252	511 398
1 200 – 1 500	94 870	368 827	22 514	60 246	546 457
1 500 – 1 800	19 999	127 558	6 837	124 185	278 579
1 800 – 2 100	5 920	51 573	1 860	208 915	268 268
2 100 – 2 400	1 476	25 374	519	217 115	244 484
2 400 – 2 700	117	8 741	198	111 686	120 742
2 700 – 3 000	23	681	54	36 875	37 633
3 000 – 3 300	4	116	25	11 280	11 425
3 300 – 3 600	3	31	6	3 662	3 702
3 600 – 3 900	1	10	1	1 013	1 025
3 900 – 4 200		3		178	181
4 200 und mehr				90	90
insgesamt	258 462	1 160 044	184 600	803 839	2 406 945
Männer und Frauen					
unter 300	3 613	12 798	26 663	344	43 418
300 – 600	44 129	87 323	35 016	830	167 298
600 – 900	27 843	145 726	67 197	6 376	247 142
900 – 1 200	130 242	358 338	54 618	21 754	564 952
1 200 – 1 500	168 359	479 068	22 663	62 356	732 446
1 500 – 1 800	83 788	389 595	6 854	131 702	611 939
1 800 – 2 100	30 732	345 537	1 864	227 156	605 289
2 100 – 2 400	8 873	233 474	519	240 059	482 925
2 400 – 2 700	1 428	131 972	199	125 161	258 760
2 700 – 3 000	267	63 669	54	42 357	106 347
3 000 – 3 300	47	14 565	25	13 377	28 014
3 300 – 3 600	13	3 456	6	4 355	7 830
3 600 – 3 900	4	1 138	1	1 196	2 339
3 900 – 4 200	1	534		212	747
4 200 und mehr	1	387		105	493
insgesamt	499 340	2 267 580	215 679	877 340	3 859 939

¹⁾ Anzahl der Rentner; die je Rentner geleisteten Renten wurden zu einem Gesamtrentenzahlbetrag zusammengefaßt.

²⁾ Rente nach Abzug des Eigenbeitrags zur KVdR und PVdR

³⁾ ohne Waisenrenten

Übersicht A 8

Die Zahl, die durchschnittlichen Ruhensbeträge und der durchschnittliche Rentenzahlbetrag der laufenden Witwer- und Witwenrenten ¹⁾ am 1. Juli 1998, bei denen Erwerbseinkommen oder Erwerbsersatz Einkommen zu berücksichtigen ist, in Deutschland nach Versicherungs Zweigen und in den alten und neuen Bundesländern

Versiche- rungs/zweig Geschlecht	Anzahl der Renten			Ø Ruhensbetrag der Renten			Ø Rentenzahlbetrag ²⁾		
	ohne ¹⁾	mit	zusammen	ohne ¹⁾	mit	zusammen	ohne ¹⁾	mit	zusammen
	Ruhensbeträge			Ruhensbeträge			Ruhensbeträge		
			in DM/Monat						
Deutschland									
Rentenversicherung der Arbeiter									
Witwerrenten	18 259	134 215	152 474	–	270,10	241,31	401,42	309,10	313,18
Witwenrenten	685 563	358 196	1 043 759	–	147,52	48,90	1 006,44	830,62	946,77
zusammen	703 822	492 411	1 196 233	–	181,17	73,22	991,92	671,04	866,08
Rentenversicherung der Angestellten									
Witwerrenten	7 233	95 426	102 659	–	368,61	342,36	529,30	372,48	381,14
Witwenrenten	415 006	280 340	695 346	–	218,04	72,19	1 229,74	960,23	1 142,95
zusammen	422 239	375 766	798 005	–	260,26	107,95	1 217,35	774,57	1 040,48
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten									
Witwerrenten	25 492	229 641	255 133	–	310,52	281,72	436,68	334,88	339,80
Witwenrenten	1 100 569	638 536	1 739 105	–	175,24	58,17	1 089,70	882,65	1 020,49
zusammen	1 126 061	868 177	1 994 238	–	212,69	86,72	1 075,76	713,70	932,62
Knappschaftliche Rentenversicherung									
Witwerrenten	117	3 425	3 542	–	295,49	281,66	653,44	499,81	502,00
Witwenrenten	72 760	41 456	114 216	–	152,06	46,24	1 473,64	1 101,41	1 371,76
zusammen	72 877	44 881	117 758	–	164,88	53,06	1 472,33	1 042,60	1 348,29
Gesetzliche Rentenversicherung									
Witwerrenten	25 609	233 066	258 675	–	310,42	281,75	438,78	337,05	341,87
Witwenrenten	1 173 329	679 992	1 853 321	–	174,14	57,47	1 113,42	893,69	1 041,68
zusammen	1 198 938	913 058	2 111 996	–	210,91	84,90	1 099,80	726,21	955,13
alte Bundesländer									
Gesetzliche Rentenversicherung									
Witwerrenten	23 590	138 617	162 207	–	306,64	262,09	354,72	317,54	322,94
Witwenrenten	852 244	213 374	1 065 618	–	201,16	40,57	1 136,61	880,34	1 085,29
zusammen	875 834	351 991	1 227 825	–	242,70	69,84	1 115,55	658,70	984,58
neue Bundesländer									
Gesetzliche Rentenversicherung									
Witwerrenten	2 019	94 449	96 468	–	315,67	309,06	555,50	364,14	368,15
Witwenrenten	321 085	466 618	787 703	–	136,62	80,93	1 081,21	912,23	981,11
zusammen	323 104	561 067	884 171	–	166,76	105,82	1 077,93	819,96	914,23

¹⁾ In vollem Umfang ruhende Renten sind in der Rentenbestandsaufnahme nicht erfaßt und konnten daher nicht berücksichtigt werden

²⁾ Rente nach Abzug des Eigenbeitrags zur KVdR und PVdR

³⁾ Das zu berücksichtigende Einkommen liegt innerhalb des Freibetrages.

Renten nach der Rentenbestandsaufnahme des BMA aus dem Datensatz des Postrentendienstes

Die Anzahl der Renten mit Kindererziehungszeiten/-leistungen, die durchschnittliche Höhe der Leistungen sowie der durchschnittliche Auszahlungsbetrag ¹⁾ in Deutschland und in den alten und neuen Bundesländern am 31. Dezember 1998

Versicherungszweig Rentenart /Leistungen	Anzahl der Kindererziehungs- zeiten/-leistungen	Ø Höhe der Leistungen in DM/Monat	Durchschnittlicher Auszahlungsbetrag in DM/Monat
Deutschland			
Rentenversicherung der Arbeiter			
zu Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters	4 250 899	102,69	789,69
zu Renten wegen Todes			
Erziehungsrenten	4 319	99,88	1 154,72
Witwen/Witwerrenten	370 341	90,62	766,88
Waisenrenten	36 730	11,63	281,90
ohne gleichzeitigen Rentenbezug	214 701	112,21	112,21
Leistungen insgesamt	4 876 990	101,51	754,63
Rentenversicherung der Angestellten			
zu Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters	2 777 419	81,48	1 060,84
zu Renten wegen Todes			
Erziehungsrenten	4 016	76,82	1 170,78
Witwen/Witwerrenten	210 055	75,40	1 076,32
Waisenrenten	47 652	9,42	295,48
ohne gleichzeitigen Rentenbezug	73 580	98,19	98,19
Leistungen insgesamt	3 112 722	80,35	1 027,56
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten			
zu Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters	7 028 318	94,31	896,84
zu Renten wegen Todes			
Erziehungsrenten	8 335	88,77	1 162,46
Witwen/Witwerrenten	580 396	85,11	878,87
Waisenrenten	84 382	10,38	289,57
ohne gleichzeitigen Rentenbezug	288 281	108,63	108,63
Leistungen insgesamt	7 989 712	93,27	860,96
Knappschaftliche Rentenversicherung			
zu Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters	113 030	88,54	1 220,17
zu Renten wegen Todes			
Erziehungsrenten	98	78,72	1 408,16
Witwen/Witwerrenten	46 061	102,72	1 613,54
Waisenrenten	508	8,79	344,70
ohne gleichzeitigen Rentenbezug	16 187	102,65	102,65
Leistungen insgesamt	175 884	93,32	1 217,92
Gesetzliche Rentenversicherung			
zu Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters	7 141 348	94,22	901,96
zu Renten wegen Todes			
Erziehungsrenten	8 433	88,65	1 165,31
Witwen/Witwerrenten	626 457	86,41	932,89
Waisenrenten	84 890	10,37	289,90
ohne gleichzeitigen Rentenbezug	304 468	108,31	108,31
Leistungen insgesamt	8 165 596	93,27	868,65

nach Übersicht A 9

Die Anzahl der Renten mit Kindererziehungszeiten/-leistungen, die durchschnittliche Höhe der Leistungen sowie der durchschnittliche Auszahlungsbetrag ¹⁾ in **Deutschland** und in den **alten und neuen Bundesländern** am 31. Dezember 1998

Versicherungszweig Rentenart /Leistungen	Anzahl der Kindererziehungs- zeiten/-leistungen	Ø Höhe der Leistungen in DM/Monat	Durchschnittlicher Auszahlungsbetrag in DM/Monat
alte Bundesländer			
Gesetzliche Rentenversicherung	5 413 696	97,58	817,06
zu Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters			
zu Renten wegen Todes			
Erziehungsrenten	4 732	93,63	1 180,34
Witwen/Witwerrenten	549 760	91,17	993,82
Waisenrenten	66 683	10,59	284,13
ohne gleichzeitigen Rentenbezug	304 167	108,32	108,32
Leistungen insgesamt	6 339 038	96,62	793,05
neue Bundesländer			
Gesetzliche Rentenversicherung	1 727 652	83,70	1 167,99
zu Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters			
zu Renten wegen Todes			
Erziehungsrenten	3 701	82,30	1 146,10
Witwen/Witwerrenten	76 697	52,25	496,14
Waisenrenten	18 207	9,59	311,01
ohne gleichzeitigen Rentenbezug	301	103,08	103,08
Leistungen insgesamt	1 826 558	81,64	1 131,02

¹⁾ Rentenzahlungsbetrag nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR zuzüglich der Kindererziehungsleistung
Sonderauswertungen des VDR-Rentenbestandes am 31.12.1998

**Anteil des Rentenzahlungsbetrages am Nettogesamteinkommen von Beziehern
kleiner Renten in Deutschland 1995 im Alter ab 65 Jahren ohne Heimbewohner**

Rentenzahlungsbetrag in DM/Monat	Anteil an den jeweiligen Rentenbeziehern insgesamt in v. H.	Durchschnittlicher jeweiliger Rentenzahlungsbetrag ¹⁾ in DM je Monat	Durchschnittliches Nettogesamt- einkommen der Person ²⁾ in DM je Monat	Anteil des Rentenzahlungsbetrages am Nettogesamt- einkommen in v. H.
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder wegen Alters				
an Männer				
unter 500	3	329	3 223	10
500 bis unter 1 000	8	765	3 097	25
1 000 bis unter 1 500	13	1 293	2 683	48
an Frauen				
unter 500	36	312	2 467	13
500 bis unter 750	16	612	2 543	24
750 bis unter 1 000	15	880	2 573	34
Witwenrenten				
unter 300	4	205	1 656	12
300 bis unter 600	14	466	1 722	27
600 bis unter 900	21	756	1 828	41

¹⁾ Renten nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung

²⁾ Zusammen mit einem ggf. vorhandenen Ehepartner und dessen Einkommen: gemeinsam bezogenes Einkommen wurde in der ASiD'95 auf beide Ehepartner zu gleichen Teilen aufgeteilt

Quelle: Alterssicherung in Deutschland 1995 (ASiD'95)

Übersicht A II

Vergleich der verfügbaren Eckrenten ¹⁾ in den alten und neuen Bundesländern seit 1990

Stichtag	Verfügbare Eckrente		Verhältniswert der verfügbaren Eckrente in den neuen zu der in den alten Bundesländern in v. H.
	Alte Bundesländer in DM/Monat	Neue Bundesländer in M/DM/Monat	
30. 6. 1990	1 615,99	470,00–602,00 ²⁾	29,1–37,3
1. 7. 1990	1 667,01	672,00	40,3
1. 1. 1991	1 667,01	773,00	46,4
1. 7. 1991	1 750,96	889,00	50,8
1. 1. 1992	1 750,96	992,77	56,7
1. 7. 1992	1 798,45	1 119,73	62,3
1. 1. 1993	1 798,45	1 188,00	66,1
1. 7. 1993	1 867,92	1 357,17	72,7
1. 1. 1994	1 867,92	1 406,53	75,3
1. 7. 1994	1 931,31	1 451,17	75,1
1. 1. 1995	1 920,96	1 483,59	77,2
1. 7. 1995	1 932,65	1 522,05	78,8
1. 1. 1996	1 932,65	1 588,66	82,2
1. 7. 1996	1 941,59	1 597,57	82,3
1. 7. 1997	1 973,63	1 680,77	85,2
1. 7. 1998	1 980,22	1 693,86	85,5
1. 7. 1999	2 007,90	1 741,11	86,7

¹⁾ Rente wegen Alters eines Versicherten mit durchschnittlichem Bruttojahresarbeitsentgelt und nach 45 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren;
nach Abzug des durchschnittlichen Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR (ab 1/95)

²⁾ je nach Zugangsjahr (1970: 470 Mark, 1990: 602 Mark)

Die Entwicklung der Angleichung der verfügbaren laufenden Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ¹⁾ der neuen Bundesländer an die in den alten Bundesländern seit 1990

Stichtag ²⁾	verfügbare Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters		Verhältnisswert der verfügbaren Renten in den neuen zu den in den alten Bundesländern
	Alte ³⁾	Neue ⁴⁾	
	Bundesländer		in v. H.
Zahlbetrag in DM/Monat			
Männer			
30. 6. 1990	1 511,22	572,32	37,9
1. 7. 1990	1 557,91	739,04	47,4
1. 1. 1991	1 557,91	870,30	55,9
1. 7. 1991	1 635,43	991,59	60,6
1. 1. 1992	1 635,43	1 145,12	70,0
1. 7. 1992	1 691,11	1 241,92	73,4
1. 1. 1993	1 691,11	1 295,16	76,6
1. 7. 1993	1 753,79	1 469,90	83,8
1. 1. 1994	1 753,79	1 538,65	87,7
1. 7. 1994	1 812,91	1 604,92	88,5
1. 1. 1995	1 804,66	1 631,68	90,4
1. 7. 1995	1 795,94	1 683,48	93,7
1. 1. 1996	1 795,94	1 763,38	98,2
1. 7. 1996	1 801,74	1 767,38	98,1
1. 7. 1997	1 829,71	1 850,99	101,2
1. 7. 1998	1 833,35	1 876,81	102,4
Frauen			
30. 6. 1990	636,90	431,59	67,8
1. 7. 1990	658,12	524,00	79,6
1. 1. 1991	658,12	619,86	94,2
1. 7. 1991	692,58	716,07	103,4
1. 1. 1992	692,58	764,18	110,3
1. 7. 1992	728,12	826,42	113,5
1. 1. 1993	728,12	860,89	118,2
1. 7. 1993	760,73	952,29	125,2
1. 1. 1994	760,73	984,98	129,5
1. 7. 1994	792,92	1 016,35	128,2
1. 1. 1995	793,04	1 032,63	130,2
1. 7. 1995	796,41	1 059,33	133,0
1. 1. 1996	796,41	1 085,22	136,3
1. 7. 1996	808,92	1 087,04	134,4
1. 7. 1997	830,95	1 124,93	135,4
1. 7. 1998	851,63	1 146,70	134,6
Männer und Frauen			
30. 6. 1990	1 033,01	474,82	46,0
1. 7. 1990	1 063,89	590,06	55,5
1. 1. 1991	1 063,89	697,30	65,5
1. 7. 1991	1 116,74	801,53	71,8
1. 1. 1992	1 116,74	880,58	78,9
1. 7. 1992	1 160,79	956,23	82,4
1. 1. 1993	1 160,79	997,29	85,9
1. 7. 1993	1 207,12	1 116,15	92,5
1. 1. 1994	1 207,12	1 162,57	96,3
1. 7. 1994	1 253,21	1 213,64	96,8
1. 1. 1995	1 250,24	1 239,24	99,1
1. 7. 1995	1 248,54	1 286,93	103,1
1. 1. 1996	1 248,54	1 338,31	107,2
1. 7. 1996	1 258,91	1 343,94	106,8
1. 7. 1997	1 284,15	1 404,24	109,4
1. 7. 1998	1 298,20	1 431,59	110,3

¹⁾ Durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Einzelrenten (An Mehrfachrentner geleistete Renten wurden einzeln entsprechend ihren Rentenarten gezählt).

²⁾ Zu den Stichtagen 1/1991 und 1/1992: Rentenbestandsaufnahme des VDR; sonst Rentenbestandsaufnahme des BMA

³⁾ Für Pflichtversicherte nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR u. PVdR (ab 1/95). Für freiwillig/privat Versicherte: 1990/91 – verfügbare Renten geschätzt aus Angaben zur Höhe der Bruttorenten und des hälftigen Beitragssatzes zur KVdR; ab 7/92 – Bruttorenten zuzüglich Zuschuß des Rentenversicherungsträgers zur KVdR und PVdR ab (1/95); ab (7/95) nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR

⁴⁾ 1990 geschätzt aus Angaben z. Höhe d. Vollrenten aus d. Sozialpflichtversicherung u. d. FZR-Renten; ab 1/92 Rentenhöhen wie alte Bundesländer ggf. einschl. Auffüllbetrag.

Übersicht A 13

**Die Einnahmen und die Ausgaben in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten
und der knappschaftlichen Rentenversicherung ab 1996 in Deutschland**

Position	Rentenversicherung						Knappschaftliche			Gesetzliche ¹⁾		
	der Arbeiter			der Angestellten			Rentenversicherung					
	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998
	Mio. DM											
Einnahmen												
Beiträge	122 578	126 400	125 812	160 038	171 002	172 015	3 249	3 127	2 908	285 865	300 529	300 735
Zuschüsse und Erstattungen												
Bundeszuschuß ²⁾	51 615	56 233	67 185	11 618	12 657	15 123	13 933	13 704	13 947	77 166	82 594	96 255
Sonstige Erstattungen aus öffentlichen Mitteln ³⁾	560	583	531	996	1 021	947	84	93	76	1 640	1 697	1 554
Erstattungen in der Wanderversicherung												
von der KuRV	504	515	522	223	219	225	-	-	-	-	-	-
von der ArV							6 266	6 289	6 371	-	-	-
von der AnV							1 684	1 776	1 872	-	-	-
Wanderungsausgleich an KuRV nach § 223 (6) SGB VI												
von der ArV	-	-	-	-	-	-	899	1 091	1 137	-	-	-
von der AnV	-	-	-	-	-	-	1 117	1 392	1 461	-	-	-
Vermögenserträge	287	305	281	557	351	387	6	3	5	850	659	673
Finanzausgleich nach § 218 SGB VI	23 220	19 728	13 843	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Einnahmen	163	152	220	2 024	128	99	29	19	24	2 216	299	343
Einnahmen insgesamt	198 927	203 916	208 394	175 456	185 378	188 796	27 267	27 494	27 801	367 737	385 778	399 560

¹⁾ Ohne Zahlungen der Versicherungszweige untereinander.

²⁾ Allgemeiner Bundeszuschuß nach § 213 und 215 SGB VI, ab 1998 einschließlich zusätzlicher Bundeszuschuß

³⁾ Erstattungen der Versorgungsdienststellen sowie des Bundes für Kinderzuschüsse

Die Einnahmen und die Ausgaben in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten
und der knappschaftlichen Rentenversicherung ab 1996 in Deutschland

Position	Rentenversicherung						Knappschaftliche			Gesetzliche ¹⁾		
	der Arbeiter			der Angestellten			Rentenversicherung					
	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998
	Mio. DM											
Ausgaben												
Renten ²⁾	167 328	172 737	178 038	139 747	144 884	150 543	23 402	23 655	23 957	330 477	341 276	352 538
Erstattungen in der Wanderversicherung	•											
an die KnRV	6 266	6 289	6 371	1 683	1 775	1 872	–	–	–	–	–	–
an die ArV	–	–	–	–	–	–	504	515	522	–	–	–
an die AnV	–	–	–	–	–	–	224	220	225	–	–	–
Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit und zusätzliche Leistungen	6 179	4 822	4 517	4 011	2 949	3 080	236	179	152	10 426	7 950	7 749
Knappschaftsaus- gleichleistungen	–	–	–	–	–	–	467	435	406	467	435	406
Krankenversicherung der Rentner	10 751	11 280	11 729	8 999	9 442	9 990	1 791	1 826	1 933	21 541	22 548	23 652
Pflegeversicherung der Rentner	1 073	1 413	1 455	897	1 186	1 237	156	202	204	2 126	2 801	2 896
KLK-Leistungen	1 634	1 503	1 461	700	646	645	92	82	79	2 426	2 231	2 185
Beitragserrstattungen	291	77	136	121	95	105	2	1	1	414	173	242
Wanderungsausgleich an KnRV § 223 (6) SGB VI	899	1 091	1 137	1 117	1 392	1 461	–	–	–	–	–	–
Verwaltungs- und Verfahrenskosten	3 603	3 412	3 482	2 706	2 503	2 577	350	330	300	6 659	6 245	6 359
Finanzausgleich nach § 218 SGB VI	–	–	–	23 220	19 728	13 843	–	–	–	–	–	–
Sonstige Ausgaben	93	62	60	136	110	58	42	49	22	271	221	140
Ausgaben insgesamt	198 117	202 686	208 386	183 337	184 710	185 411	27 267	27 494	27 801	374 807	383 880	396 167
Einnahmen weniger Ausgaben	810	1 230	8	– 7 881	668	3 385	0	0	0	– 7 070	1 898	3 393
nachrichtlich: Vermögen am Jahresende	22 177	23 407	23 415	21 310	21 978	25 363	560	595	610	44 047	45 980	49 388
darunter:												
Schwankungs- reserve ³⁾	5 093	5 234	5 589	9 112	9 033	12 347	22	17	14	14 227	14 284	17 950
Verwaltungs- vermögen	6 075	6 412	6 618	2 788	2 849	2 955	180	220	236	9 043	9 481	9 809

¹⁾ ohne Zahlungen der Versicherungsweige untereinander

²⁾ einschl. der zu Lasten anderer Rentenversicherungsträger ausgezahlten Leistungsanteile

³⁾ Für ArV/AnV Schwankungsreserve nach §§ 216, 217 SGB VI; für KnRV Rücklage nach § 215 SGB VI.

Übersicht B 1

Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben, des Vermögens und des erforderlichen Beitragssatzes in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei geltendem Recht von 1999 bis 2003

– in Mio. DM –

	1999	2000	2001	2002	2003
Erforderlicher Beitragssatz in v. H.	19,5	19,3	19,0	18,8	18,7
Einnahmen					
Beitragseinnahmen insgesamt	312 173	318 942	322 161	326 710	332 654
Allgemeiner und zusätzliche Bundeszuschüsse	83 191	83 044	91 440	99 036	109 366
Erstattung aus öffentlichen Mitteln	1 318	1 358	1 350	1 350	1 350
Erstattung in Wanderversicherung von KnRV	763	770	780	795	819
Vermögenserträge	640	1 100	1 452	1 517	1 558
sonstige Einnahmen	260	0	0	0	0
Einnahmen insgesamt	398 345	405 215	417 183	429 407	445 748
Ausgaben					
Rentenausgaben	336 125	348 072	358 843	369 847	384 563
Zuschüsse zur Krankenversicherung der Rentner	22 387	23 081	23 795	24 524	25 499
Beiträge zur Pflegeversicherung	2 750	2 848	2 936	3 026	3 147
Rehabilitationsmaßnahmen	7 550	8 536	9 232	9 485	9 744
Erstattung in Wanderversicherung an KnRV	8 360	8 436	8 536	8 709	8 976
Wanderungsausgleich	2 673	2 749	2 986	3 111	3 306
KLG-Leistungen	2 097	2 083	1 992	1 812	1 649
Beiträgererstattungen	283	323	283	283	283
Verwaltungs- u. Verfahrenskosten	6 260	6 369	6 544	6 723	6 908
Sonstige Ausgaben	105	0	0	0	0
Ausgaben insgesamt	388 590	402 496	415 147	427 520	444 074
Einnahmen – Ausgaben	9 755	2 719	2 036	1 887	1 673
Vermögen					
Schwankungsreserve Jahresende	26 628	28 382	29 691	30 990	31 341
Änderung gegenüber Vorjahr	8 692	1 754	1 309	1 299	351
Liquide Schwankungsreserve	25 760	27 611	28 987	30 356	30 777
Schwankungsreservesoll	26 577	27 923	28 823	29 693	30 803
Schwankungsreserve in Monatsausgaben	1,00	1,02	1,03	1,04	1,02
Liquide Schwankungsreserve in Monatsausgaben	0,97	0,99	1,01	1,02	1,00

**Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben, des Vermögens und des erforderlichen Beitragssatzes
in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei Verwirklichung der Eckwerte
der geplanten Rentenstrukturreform von 1999 bis 2003**

– in Mio. DM –

	1999	2000	2001	2002	2003
Erforderlicher Beitragssatz in v. H. ..	19,5	19,3	19,0	18,9	19,1
Einnahmen					
Beitragseinnahmen insgesamt	312 173	318 942	322 161	328 289	339 272
Allgemeiner und zusätzliche Bundeszuschüsse	83 191	83 044	91 143	98 779	107 262
Erstattung aus öffentlichen Mitteln	1 318	1 358	1 350	1 350	1 350
Erstattung in Wanderversicherung von KnRV	763	770	780	798	823
Vermögenserträge	640	1 099	1 436	1 477	1 549
sonstige Einnahmen	260	0	0	0	0
Einnahmen insgesamt	398 345	405 214	416 868	430 691	450 255
Ausgaben					
Rentenausgaben	336 125	348 072	359 071	371 094	387 143
Zuschüsse zur Krankenversicherung der Rentner	22 387	23 081	23 810	24 607	25 670
Beiträge zur Pflegeversicherung	2 750	2 848	2 938	3 037	3 168
Rehabilitationsmaßnahmen	7 550	8 536	9 232	9 485	9 744
Erstattung in Wanderversicherung an KnRV	8 360	8 436	8 536	8 720	9 013
Wanderungsausgleich	2 673	2 749	2 986	3 128	3 377
KLG-Leistungen	2 097	2 083	1 992	1 814	1 655
Beitragserstattungen	283	323	283	283	283
Verwaltungs- u. Verfahrenskosten	6 260	6 369	6 544	6 723	6 908
Sonstige Ausgaben	105	0	0	0	0
Ausgaben insgesamt	388 590	402 496	415 392	428 890	446 963
Einnahmen – Ausgaben	9 755	2 718	1 477	1 801	3 292
Vermögen					
Schwankungsreserve Jahresende	26 628	28 356	29 062	30 034	31 917
Änderung gegenüber Vorjahr	8 692	1 728	706	972	1 883
Liquide Schwankungsreserve	25 760	27 585	28 358	29 400	31 353
Schwankungsreservesoll	26 577	27 924	28 844	29 780	30 986
Schwankungsreserve in Monatsausgaben	1,00	1,02	1,01	1,01	1,03
Liquide Schwankungsreserve in Monatsausgaben	0,97	0,99	0,98	0,99	1,01

Übersicht B 2

Die Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten Bundesländern bei geltendem Recht von 1999 bis 2003

– in Mio. DM –

	1999	2000	2001	2002	2003
Entwicklung der Entgelte in v. H.	2,8	2,4	2,7	2,7	2,7
Entwicklung der Versichertenzahl in v. H.	0,28	0,45	0,22	0,21	0,18
Anzahl der Arbeitslosen in 1000	2 764	2 604	2 439	2 299	2 159
Beitragsatz in v. H.	19,5	19,3	19,0	18,8	18,7
Anpassungssatz zum 1.7. in v. H.	1,34	0,70	1,60	2,37	3,52
Rentenniveau in v. H.	70,20	68,90	67,91	66,64	67,26
KVdR-Zuschuß in v. H.	6,75	6,75	6,75	6,75	6,75
Einnahmen					
Beitrageinnahmen insgesamt	262 546	269 233	271 918	275 699	280 665
Allgemeiner und zusätzliche Bundeszuschüsse	65 412	65 183	71 757	77 750	85 878
Erstattungen aus öffentlichen Mitteln	1 016	1 008	1 000	1 000	1 000
Erstattungen in Wanderversicherung von KnRV	623	628	636	648	668
Vermögenserträge	607	1 058	1 398	1 460	1 499
sonstige Einnahmen	185	0	0	0	0
Einnahmen insgesamt	330 389	337 109	346 707	356 558	369 711
Ausgaben					
Rentenausgaben	263 890	272 808	281 220	290 020	301 674
Zuschüsse zur Krankenversicherung der Rentner	17 263	17 775	18 323	18 896	19 655
Beiträge zur Pflegeversicherung	2 142	2 214	2 282	2 354	2 449
Rehabilitationsmaßnahmen	6 050	6 828	7 381	7 580	7 786
Erstattungen in Wanderversicherung an KnRV	6 064	6 100	6 173	6 296	6 481
Wanderungsausgleich	938	1 012	1 164	1 258	1 379
KLG-Leistungen	2 050	2 031	1 939	1 758	1 596
Beitragserstattungen	280	320	280	280	280
Verwaltungs- und Verfahrenskosten	4 860	4 922	5 055	5 191	5 332
sonstige Ausgaben	70	0	0	0	0
Ausgaben insgesamt	303 607	314 011	323 816	333 633	346 629
Einnahmen – Ausgaben	26 782	23 098	22 892	22 924	23 082

**Die Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben in der Rentenversicherung der Arbeiter
und der Angestellten in den neuen Bundesländern bei geltendem Recht von 1999 bis 2003**

– in Mio. DM –

	1999	2000	2001	2002	2003
Entwicklung der Entgelte in v. H.	2,8	2,5	2,9	2,9	2,9
Entwicklung der Versichertenzahl in v. H.	-0,23	-0,20	0,07	0,09	0,09
Anzahl der Arbeitslosen in 1000	1 345	1 365	1 350	1 325	1 300
Beitragssatz in v. H.	19,5	19,3	19,0	18,8	18,7
Anpassungssatz zum 1.7. in v. H.	2,79	0,69	1,61	2,63	4,15
Rentenniveau in v. H.	71,43	70,33	69,13	67,52	68,15
KVdR-Zuschuß in v. H.	7,05	7,05	7,05	7,05	7,05
Einnahmen					
Beitragseinnahmen insgesamt	49 627	49 709	50 243	51 011	51 989
Allgemeiner und zusätzliche Bundeszuschüsse	17 779	17 862	19 683	21 286	23 487
Erstattungen aus öffentlichen Mitteln ...	302	350	350	350	350
Erstattungen in Wanderversicherung von KnRV	140	142	144	147	150
Vermögenserträge	33	42	54	57	59
sonstige Einnahmen	75	0	0	0	0
Einnahmen insgesamt	67 956	68 106	70 477	72 849	76 037
Ausgaben					
Rentenausgaben	72 235	75 265	77 623	79 827	82 888
Zuschüsse zur Krankenversicherung der Rentner	5 124	5 306	5 473	5 627	5 843
Beiträge zur Pflegeversicherung	608	634	653	672	697
Rehabilitationsmaßnahmen	1 500	1 709	1 851	1 905	1 960
Erstattungen in Wanderversicherung an KnRV	2 296	2 335	2 363	2 414	2 496
Wanderungsausgleich	1 735	1 736	1 824	1 853	1 927
KLG-Leistungen	47	51	54	54	54
Beitragserstattungen	3	3	3	3	3
Verwaltungs- und Verfahrenskosten	1 400	1 447	1 488	1 532	1 576
sonstige Ausgaben	35	0	0	0	0
Ausgaben insgesamt	84 983	88 485	91 332	93 885	97 445
Einnahmen – Ausgaben	-17 027	-20 379	-20 856	-21 036	-21 407

Übersicht B 4

Mittelfristrechnung

Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und des Vermögens in der knappschaftlichen Rentenversicherung von 1999 bis 2003

– in Mio. DM –
geltendes Recht

	1999	2000	2001	2002	2003
Beitragssatz v. H.	26,15	25,6	25,2	25,0	24,8
Einnahmen					
Beitrageinnahmen insgesamt	2 612	2 449	2 304	2 214	2 122
Wanderungsausgleich	2 673	2 751	2 987	3 112	3 307
Erstattungen der Versorgungsdienststellen	64	60	56	52	48
Erstattung Bund § 291 SGB VI	2	1	1	0	0
Vermögenserträge	4	4	4	4	5
Sonstige Einnahmen	2	2	2	2	2
Zwischensumme	5 357	5 267	5 354	5 384	5 483
Bundeszuschuß	14 294	14 394	14 270	14 359	14 131
Einnahmen insgesamt	19 652	19 660	19 624	19 743	19 614
Ausgaben					
Renten (zu Lasten der KnRV)	17 063	17 111	17 082	17 199	17 047
Auffüllbetrag	33	17	9	2	0
Zuschüsse zur KVdR	1 509	1 495	1 504	1 518	1 540
Beitragszuschuß zur Pflegeversicherung	149	149	149	150	152
Rehabilitationsmaßnahmen	110	111	113	115	117
Knappschaftsausgleichsleistung	394	383	372	363	358
KLG-Leistungen	71	64	58	52	46
Beitragererstattungen	1	1	1	1	1
Verwaltungs- und Verfahrenskosten	308	315	323	331	339
Sonstige Ausgaben	13	13	13	13	13
Ausgaben insgesamt	19 652	19 660	19 624	19 743	19 614
Vermögen					
Rücklage (Ende des Jahres)	12	11	9	8	6
Verwaltungsvermögen, sonstiges Reinvermögen	594	599	599	599	599
Reinvermögen (Ende des Jahres)	606	610	608	607	605

Mittelfristrechnung

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der knappschaftlichen Rentenversicherung
in den alten Bundesländern von 1999 bis 2003

– in Mio. DM –
geltendes Recht

	1999	2000	2001	2002	2003
Beitragssatz v.H.	26,15	25,6	25,2	25,0	24,8
Einnahmen					
Beitragseinnahmen insgesamt	1 973	1 858	1 724	1 640	1 555
Wanderungsausgleich	938	1 012	1 163	1 258	1 379
Erstattungen der Versorgungsdienststellen	48	45	42	39	36
Erstattung Bund § 291 SGB VI	2	1	1	0	0
Vermögenserträge	3	3	3	3	3
Sonstige Einnahmen	2	1	1	1	1
Zwischensumme	2 965	2 919	2 933	2 940	2 973
Bundeszuschuß	12 233	12 139	11 965	11 903	11 621
Einnahmen insgesamt	15 198	15 059	14 898	14 843	14 594
Ausgaben					
Renten (zu Lasten der KnRV)	13 145	13 043	12 894	12 842	12 587
Auffüllbetrag	0	0	0	0	0
Zuschüsse zur KVdR	1 182	1 160	1 162	1 167	1 177
Beitragszuschuß zur Pflegeversicherung	115	115	114	114	114
Rehabilitationsmaßnahmen	78	79	80	82	83
Knappschaftsausgleichsleistung	373	358	345	334	327
KLK-Leistungen	70	63	57	51	46
Beitragserstattungen	1	1	1	1	1
Verwaltungs- und Verfahrenskosten	226	232	238	244	251
Sonstige Ausgaben	8	8	8	8	8
Ausgaben insgesamt	15 198	15 059	14 898	14 843	14 594
Vermögen					
Rücklage (Ende des Jahres)	9	8	7	6	5
Verwaltungsvermögen, sonstiges Reinvermögen	494	494	494	494	494
Reinvermögen (Ende des Jahres)	503	502	501	500	499

Übersicht B 6

Mittelfristrechnung

**Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der knappschaftlichen Rentenversicherung
in den neuen Bundesländern von 1999 bis 2003**

- in Mio. DM -
geltendes Recht

	1999	2000	2001	2002	2003
Beitragssatz v. H.	26,15	25,6	25,2	25,0	24,8
Einnahmen					
Beitragseinnahmen insgesamt	639	591	580	574	567
Wanderungsausgleich	1 735	1 739	1 824	1 855	1 928
Erstattungen der Versorgungsdienststellen	16	15	14	13	12
Erstattung Bund § 291 SGB VI	2	2	2	2	2
Vermögenserträge	1	1	1	1	1
Sonstige Einnahmen					
Zwischensumme	2 392	2 347	2 421	2 444	2 510
Bundeszuschuß	2 061	2 254	2 305	2 456	2 510
Einnahmen insgesamt	4 454	4 602	4 726	4 900	5 019
Ausgaben					
Renten (zu Lasten der KnRV)	3 918	4 068	4 188	4 356	4 460
Auffüllbetrag	33	17	9	2	0
Zuschüsse zur KVdR	328	335	342	351	363
Beitragszuschuß zur Pflegeversicherung	34	35	36	36	38
Rehabilitationsmaßnahmen	32	33	33	34	34
Knappschaftsausgleichsleistung	21	25	27	29	31
KLG-Leistungen	1	1	1	1	1
Beitragererstattungen					
Verwaltungs- und Verfahrenskosten	81	83	85	86	88
Sonstige Ausgaben	5	5	5	5	5
Ausgaben insgesamt	4 454	4 602	4 726	4 900	5 019
Vermögen					
Rücklage (Ende des Jahres)	3	3	2	2	1
Verwaltungsvermögen, sonstiges Reinvermögen	100	105	105	105	105
Reinvermögen (Ende des Jahres)	103	108	107	107	106

Übersicht B 7

Erforderliche Beitragssätze in Prozentpunkten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei geltendem Recht von 1999 bis 2013

Jahr	Erforderliche Beitragssätze zur Aufrechterhaltung einer Schwankungsreserve von 1 Monatsausgabe ¹⁾									
	Annahmekombinationen ²⁾									
	a	2 v. H.			3 v. H.			4 v. H.		
	b	1	2	3	1	2	3	1	2	3
1999		19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5	19,5
2000		19,4	19,4	19,3	19,2	19,2	19,2	19,1	19,1	19,0
2001		19,1	19,1	19,1	18,9	18,8	18,8	18,6	18,5	18,5
2002		18,9	18,9	18,8	18,6	18,6	18,5	18,3	18,3	18,2
2003		19,0	18,9	18,8	18,6	18,6	18,5	18,4	18,3	18,3
2004		19,1	19,0	18,9	18,9	18,8	18,6	18,6	18,5	18,3
2005		19,1	19,0	18,9	18,8	18,7	18,6	18,5	18,5	18,3
2006		19,2	19,1	18,9	18,9	18,8	18,7	18,7	18,5	18,4
2007		19,4	19,2	19,0	19,1	18,9	18,7	18,8	18,7	18,5
2008		19,4	19,2	19,0	19,1	19,0	18,8	18,8	18,7	18,5
2009		19,3	19,2	19,0	19,1	18,9	18,7	18,8	18,6	18,4
2010		19,3	19,1	18,9	18,9	18,8	18,6	18,8	18,7	18,5
2011		19,2	19,1	18,8	19,0	18,8	18,5	18,8	18,6	18,4
2012		19,2	18,9	18,7	18,9	18,7	18,5	18,8	18,6	18,3
2013		19,1	19,0	18,7	18,8	18,6	18,5	18,8	18,6	18,4

Quelle: BMA, eigene Berechnungen

Anmerkungen:

- 1) Zu Lasten der Versicherungsträger der ArV/AnV zusammen im laufenden Kalenderjahr; zu Lasten der Versicherungsträger verbleiben: Gesamtausgaben einschließlich gezahltem Ausgleich abzüglich allgemeinem Bundeszuschuß, aller Erstattungen und erhaltenem Ausgleich. Der erforderliche Beitragssatz berücksichtigt nicht die Verstetigungsregelung nach §158 SGB VI.
- 2) a: Jährliche Zuwachsraten der Durchschnittsentgelte der Versicherten von 2000 bis 2013 in v.H. in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern werden im Jahr 2030 100 v.H. der jeweiligen Lohnniveaus der alten Bundesländer erreicht.
b: Veränderung der Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten ab 2000:
1 = niedrigere Beschäftigungsentwicklung
2 = mittlere Beschäftigungsentwicklung
3 = höhere Beschäftigungsentwicklung

Übersicht B 7.1

**Erforderlicher Beitragssatz und Rentenniveau in Prozentpunkten bei geltendem Recht
und mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung von 1999 bis 2013**

Jahr	Erforderlicher Beitragssatz	Rentenniveau	
		alte Bundesländer	neue Bundesländer
		v. H.	
1999	19,5	70,20	71,43
2000	19,2	68,46	69,35
2001	18,8	67,23	67,46
2002	18,6	65,90	65,61
2003	18,6	66,56	66,28
2004	18,8	66,34	66,57
2005	18,7	65,73	66,20
2006	18,8	65,61	66,08
2007	18,9	65,85	66,30
2008	19,0	65,80	66,23
2009	18,9	65,51	65,95
2010	18,8	65,27	65,72
2011	18,8	65,12	65,56
2012	18,7	64,88	65,34
2013	18,6	64,66	65,08

Erforderlicher Beitragssatz und Rentenniveau in Prozentpunkten bei Verwirklichung der Eckdaten der Rentenstrukturreform alternativ mit voller bzw. ohne Wirkung einer kapitalgedeckten Zusatzvorsorge auf den VGR-Nettolohn bei mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung von 1999 bis 2013

Jahr	Rentenstrukturreform					
	kapitalgedeckte Zusatzvorsorge mit voller Wirkung auf VGR-Nettolohn			kapitalgedeckte Zusatzvorsorge ohne Wirkung auf VGR-Nettolohn		
	Erforderlicher Beitragssatz	Rentenniveau		Erforderlicher Beitragssatz	Rentenniveau	
		alte Länder	neue Länder		alte Länder	neue Länder
	v.H.			v.H.		
1999	19,5	70,20	71,43	19,5	70,20	71,43
2000	19,2	68,46	69,35	19,2	68,46	69,35
2001	18,9	67,27	67,50	18,9	67,27	67,50
2002	18,6	65,97	65,68	18,6	65,97	65,68
2003	19,0	67,46	67,10	19,0	67,03	66,72
2004	19,0	67,54	67,69	19,1	66,94	67,16
2005	19,0	67,16	67,55	19,2	66,58	67,04
2006	19,0	67,15	67,55	19,3	66,56	67,04
2007	19,0	67,52	67,90	19,4	66,91	67,37
2008	19,0	67,28	67,67	19,6	67,14	67,58
2009	19,0	67,05	67,48	19,6	67,06	67,53
2010	19,0	67,05	67,47	19,5	66,98	67,44
2011	18,9	67,00	67,44	19,6	67,04	67,51
2012	19,0	67,05	67,51	19,6	67,02	67,51
2013	19,0	67,04	67,46	19,5	66,96	67,41

Übersicht B 8

Einnahmen, Ausgaben und Schwankungsreserve in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten zusammen bei geltendem Recht von 1999 bis 2013

Annahmen

In den alten Bundesländern jährliche Zuwachsraten der Durchschnittsentgelte der Versicherten von 1999 bis 2013, ab 2000 alternativ: 2,0 v. H., 3,0 v. H. und 4,0 v. H.

In den neuen Bundesländern werden im Jahr 2030 100 v.H. der jeweiligen Lohnniveaus der alten Bundesländer erreicht.

Die Verstetigungsregelung nach §158 SGB VI ist nicht berücksichtigt.

Veränderung der Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten

alternativ: 1: niedrigere Beschäftigungsentwicklung

2: mittlere Beschäftigungsentwicklung

3: höhere Beschäftigungsentwicklung

E = Summe der Einnahmen in Mrd. DM

A = Summe der Ausgaben in Mrd. DM

S = Schwankungsreserve in Mrd. DM

Jahr	Annahmekombinationen								
	2/1			2/2			2/3		
	E	A	S	E	A	S	E	A	S
1999	398,3	388,6	26,6	398,3	388,6	26,6	398,3	388,6	26,6
2000	405,7	402,5	28,9	406,0	402,5	29,3	405,1	402,5	28,3
2001	416,4	415,0	29,5	416,6	415,0	30,1	417,5	415,0	30,0
2002	426,8	426,2	29,6	427,4	426,2	30,8	427,0	426,1	30,4
2003	444,0	440,4	32,0	442,9	440,4	32,0	442,8	440,2	31,8
2004	454,9	453,5	32,2	454,6	453,6	31,8	455,2	453,6	32,2
2005	464,1	462,6	32,8	464,3	462,8	32,3	465,2	462,8	33,6
2006	475,8	474,3	33,1	476,5	474,6	33,1	475,9	474,6	33,8
2007	489,2	486,3	34,8	488,7	486,6	34,0	488,4	486,7	34,3
2008	499,4	496,9	36,1	499,1	497,3	34,6	499,5	497,6	35,0
2009	507,2	506,4	35,8	509,1	507,1	35,5	509,9	507,4	36,4
2010	517,6	515,5	36,8	517,7	516,0	36,2	518,8	516,3	37,8
2011	526,5	525,0	37,1	528,5	525,5	38,1	527,4	525,8	38,3
2012	536,8	534,4	38,4	535,3	534,7	37,5	536,0	535,2	37,8
2013	545,6	544,5	38,3	548,1	545,1	39,3	547,4	545,6	38,4

Quelle: BMA, eigene Berechnungen

Einnahmen, Ausgaben und Schwankungsreserve in der Rentenversicherung der Arbeiter
und der Angestellten zusammen bei geltendem Recht von 1999 bis 2013

Annahmen

In den alten Bundesländern jährliche Zuwachsraten der Durchschnittsentgelte der Versicherten von 1999 bis 2013, ab 2000 alternativ: 2,0 v. H., 3,0 v. H. und 4,0 v. H.

In den neuen Bundesländern werden im Jahr 2030 100 v.H. der jeweiligen Lohnniveaus der alten Bundesländer erreicht.

Die Verstetigungsregelung nach §158 SGB VI ist nicht berücksichtigt.

Veränderung der Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten

alternativ: 1: niedrigere Beschäftigungsentwicklung

2: mittlere Beschäftigungsentwicklung

3: höhere Beschäftigungsentwicklung

E = Summe der Einnahmen in Mrd. DM

A = Summe der Ausgaben in Mrd. DM

S = Schwankungsreserve in Mrd. DM

Jahr	Annahmekombinationen								
	3/1			3/2			3/3		
	E	A	S	E	A	S	E	A	S
1999	398,3	388,6	26,6	398,3	388,6	26,6	398,3	388,6	26,6
2000	405,4	402,6	28,5	405,4	402,6	28,5	405,9	402,6	28,9
2001	418,0	415,3	30,4	417,0	415,3	29,4	417,6	415,3	30,5
2002	430,0	428,7	31,0	430,7	428,9	30,6	430,2	428,8	31,1
2003	449,4	447,4	31,5	450,5	447,5	32,1	450,4	447,6	32,5
2004	468,9	465,5	33,5	468,7	465,4	33,9	467,1	465,7	32,4
2005	481,3	479,3	34,3	481,5	479,4	34,7	482,4	479,8	33,8
2006	498,0	496,2	34,7	498,4	496,5	35,2	500,1	496,8	35,6
2007	517,1	513,8	36,5	516,6	514,1	36,2	516,5	514,3	36,3
2008	533,0	530,2	37,8	534,6	530,7	38,6	534,9	531,1	38,6
2009	549,0	545,7	39,7	548,9	546,2	39,9	549,5	546,8	39,9
2010	561,4	560,7	39,0	563,4	561,3	40,6	564,3	561,8	41,0
2011	580,4	576,9	41,1	580,7	577,4	42,4	579,6	577,9	41,2
2012	595,8	592,8	42,6	596,0	593,4	43,5	597,0	594,1	42,5
2013	611,8	609,8	43,0	612,0	610,6	43,3	615,5	611,4	45,1

Quelle: BMA, eigene Berechnungen

noch Übersicht B 8

Einnahmen, Ausgaben und Schwankungsreserve in der Rentenversicherung der Arbeiter
und der Angestellten zusammen bei geltendem Recht von 1999 bis 2013

Annahmen

In den alten Bundesländern jährliche Zuwachsraten der Durchschnittsentgelte der Versicherten von 1999 bis 2013.
ab 2000 alternativ: 2,0 v. H., 3,0 v. H. und 4,0 v. H.

In den neuen Bundesländern werden im Jahr 2030 100 v.H. der jeweiligen Lohnniveaus der alten Bundesländer erreicht.

Die Verstetigungsregelung nach §158 SGB VI ist nicht berücksichtigt.

Veränderung der Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten

alternativ: 1: niedrigere Beschäftigungsentwicklung

2: mittlere Beschäftigungsentwicklung

3: höhere Beschäftigungsentwicklung

E = Summe der Einnahmen in Mrd. DM

A = Summe der Ausgaben in Mrd. DM

S = Schwankungsreserve in Mrd. DM

Jahr	Annahmekombinationen								
	4/1			4/2			4/3		
	E	A	S	E	A	S	E	A	S
1999	398,3	388,6	26,6	398,3	388,6	26,6	398,3	388,6	26,6
2000	406,2	402,7	29,1	406,5	402,7	29,4	405,5	402,7	28,4
2001	417,6	415,6	30,4	416,6	415,6	29,7	417,5	415,6	29,6
2002	433,4	431,6	31,4	434,1	431,7	31,4	433,7	431,6	30,9
2003	458,6	455,1	33,2	457,7	455,2	32,2	459,4	455,2	33,3
2004	481,2	477,9	34,8	481,1	477,9	33,7	479,8	477,9	33,5
2005	498,8	496,9	35,3	500,8	497,0	35,9	500,0	497,2	34,8
2006	523,1	519,5	37,2	521,7	519,6	36,4	523,4	520,0	36,5
2007	546,7	543,1	39,0	547,9	543,4	39,0	547,9	543,6	39,0
2008	568,7	565,8	40,1	570,2	566,3	41,0	570,5	566,5	41,2
2009	591,4	588,7	41,1	591,2	589,2	41,2	591,9	589,6	41,7
2010	615,4	612,0	42,7	617,6	612,4	44,6	618,7	613,2	45,3
2011	640,5	636,8	44,5	640,3	636,9	46,1	641,7	637,9	47,2
2012	666,6	662,3	46,7	666,3	662,5	47,9	665,3	663,5	47,0
2013	693,8	690,0	48,4	693,6	690,4	48,9	695,4	691,6	48,6

Quelle: BMA, eigene Berechnungen

Die Entwicklung des Saldo aus Einnahmen und Ausgaben und des allgemeinen und zusätzlichen Bundeszuschusses in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten und neuen Bundesländern bei geltendem Recht von 1999 bis 2013 bei mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung

Jahr	Einnahmen weniger Ausgaben			allgemeiner und zusätzlicher Bundeszuschuß			
	alte Bundesländer in Mrd. DM	neue Bundesländer in Mrd. DM	Bundesländer insgesamt in Mrd. DM	alte Bundesländer in Mrd. DM	neue Bundesländer in Mrd. DM	Bundesländer insgesamt	
						in Mrd. DM	in v. H. der Gesamtausgaben
1999	26,8	- 17,0	9,8	65,4	17,8	83,2	21,41
2000	22,8	- 20,0	2,8	64,7	17,7	82,4	20,46
2001	22,1	- 20,2	1,9	70,5	19,3	89,8	21,61
2002	22,5	- 20,4	2,0	77,0	21,2	98,1	22,73
2003	25,0	- 20,8	4,2	85,5	23,7	109,1	23,97
2004	24,1	- 22,2	1,9	89,8	25,0	114,8	24,02
2005	25,2	- 22,4	2,8	93,6	26,0	119,6	24,06
2006	25,8	- 22,4	3,4	97,9	27,1	124,9	24,02
2007	26,6	- 22,3	4,3	102,3	28,1	130,4	23,99
2008	26,4	- 22,4	4,0	106,3	29,0	135,3	23,89
2009	24,8	- 22,4	2,3	110,8	30,0	140,8	23,88
2010	26,9	- 21,4	5,5	115,4	31,0	146,4	23,87
2011	25,0	- 21,2	3,8	119,8	31,9	151,7	23,79
2012	23,0	- 21,2	1,8	124,8	33,0	157,8	23,78
2013	24,4	- 20,7	3,8	130,3	34,2	164,6	23,80

Anmerkung: Die Verstetigungsregelung nach § 158 SGB VI ist nicht berücksichtigt.

Quelle: BMA, eigene Berechnungen

Übersicht B 10

**Die Einnahmen, die Ausgaben und das Vermögen in der knappschaftlichen Rentenversicherung
(West und Ost) von 1999 bis 2013 nach drei verschiedenen Annahmen^{1) 2)} jährlicher
Zuwachsraten der Durchschnittsentgelte der Versicherten 2000 bis 2013 bei geltendem Recht
in Deutschland**

Variante I 2,0 v.H.; Variante II 3,0 v.H.; Variante III 4,0 v.H.
- Beträge in Millionen DM -

Jahr ¹⁾	Variante I			Variante II			Variante III			für alle Varianten
	Einnah- men ohne Bundes- zuschuß	Aus- gaben	Bundes- zuschuß (Ausga- ben – Ein- nahmen)	Einnah- men ohne Bundes- zuschuß	Aus- gaben	Bundes- zuschuß (Ausga- ben – Ein- nahmen)	Einnah- men ohne Bundes- zuschuß	Aus- gaben	Bundes- zuschuß (Ausga- ben – Ein- nahmen)	Vermögen am Ende des Berichts- jahres
1999	5 357	19 652	14 294	5 357	19 652	14 294	5 357	19 652	14 294	611
2000	5 302	19 658	14 356	5 251	19 665	14 414	5 233	19 671	14 438	609
2001	5 378	19 618	14 240	5 323	19 631	14 308	5 267	19 643	14 376	608
2002	5 396	19 687	14 291	5 450	19 800	14 350	5 501	19 921	14 421	606
2003	5 488	19 461	13 973	5 597	19 765	14 168	5 705	20 090	14 385	605
2004	5 606	19 156	13 550	5 812	19 645	13 833	5 983	20 161	14 177	604
2005	5 716	18 873	13 157	5 947	19 537	13 590	6 221	20 242	14 021	603
2006	5 874	18 621	12 747	6 172	19 463	13 291	6 478	20 356	13 878	602
2007	6 031	18 363	12 332	6 399	19 386	12 987	6 816	20 474	13 658	601
2008	6 157	18 005	11 848	6 629	19 193	12 564	7 095	20 465	13 371	600
2009	6 283	17 569	11 286	6 798	18 906	12 107	7 347	20 367	13 021	600
2010	6 385	17 113	10 728	6 976	18 594	11 618	7 686	20 257	12 570	599
2011	6 322	16 923	10 602	7 026	18 573	11 547	7 819	20 445	12 626	599
2012	6 428	16 452	10 024	7 232	18 231	10 999	8 155	20 304	12 149	599
2013	6 590	16 206	9 616	7 451	18 129	10 677	8 505	20 441	11 936	599

¹⁾ Rechtsstand: geltendes Recht

²⁾ In den Einnahmen sind u.a. der Wanderungsausgleich und die Erstattungen der Versorgungsdienststellen enthalten.

³⁾ 1999 aufgrund der für die Monate Januar bis September vorliegenden Rechnungsergebnisse geschätzt.

**Die Einnahmen, die Ausgaben und das Vermögen in der knappschaftlichen Rentenversicherung
(West und Ost) von 1999 bis 2013 nach drei verschiedenen Annahmen¹⁾ ²⁾ jährlicher
Zuwachsraten der Durchschnittsentgelte der Versicherten 2000 bis 2013 bei geltendem Recht
in den alten Bundesländern**

Variante I 2,0 v.H.; Variante II 3,0 v.H.; Variante III 4,0 v.H.

– Beträge in Millionen DM –

Jahr ³⁾	Variante I			Variante II			Variante III			für alle Varianten
	Einnah- men ohne Bundes- zuschuß	Aus- gaben	Bundes- zuschuß (Ausga- ben – Ein- nahmen)	Einnah- men ohne Bundes- zuschuß	Aus- gaben	Bundes- zuschuß (Ausga- ben – Ein- nahmen)	Einnah- men ohne Bundes- zuschuß	Aus- gaben	Bundes- zuschuß (Ausga- ben – Ein- nahmen)	Vermögen am Ende des Berichts- jahres
1999	2 965	15 198	12 233	2 965	15 198	12 233	2 965	15 198	12 233	503
2000	2 939	15 057	12 118	2 907	15 062	12 155	2 895	15 067	12 173	502
2001	2 941	14 892	11 951	2 913	14 903	11 990	2 883	14 914	12 031	501
2002	2 917	14 786	11 870	2 939	14 873	11 934	2 959	14 965	12 005	500
2003	2 942	14 440	11 498	2 994	14 669	11 675	3 045	14 912	11 867	499
2004	2 995	14 041	11 046	3 098	14 403	11 304	3 183	14 784	11 601	498
2005	3 043	13 657	10 614	3 159	14 143	10 984	3 298	14 656	11 358	498
2006	3 122	13 300	10 178	3 273	13 907	10 634	3 428	14 550	11 122	497
2007	3 190	12 929	9 740	3 377	13 657	10 281	3 588	14 430	10 842	496
2008	3 239	12 475	9 236	3 479	13 307	9 828	3 715	14 197	10 482	495
2009	3 288	11 954	8 666	3 549	12 873	9 324	3 827	13 883	10 056	495
2010	3 325	11 413	8 088	3 624	12 412	8 788	3 983	13 548	9 564	494
2011	3 385	10 836	7 450	3 727	11 905	8 178	4 117	13 139	9 022	494
2012	3 409	10 272	6 863	3 808	11 398	7 590	4 275	12 732	8 456	494
2013	3 488	9 937	6 449	3 898	11 132	7 235	4 440	12 592	8 152	494

¹⁾ Rechtsstand: geltendes Recht

²⁾ In den Einnahmen sind u.a. der Wanderungsausgleich und die Erstattungen der Versorgungsdienststellen enthalten.

³⁾ 1999 aufgrund der für die Monate Januar bis September vorliegenden Rechnungsergebnisse geschätzt.

noch Übersicht B 10

**Die Einnahmen, die Ausgaben und das Vermögen in der knappschaftlichen Rentenversicherung
(West und Ost) von 1999 bis 2013 nach drei verschiedenen Annahmen^{1) 2)} jährlicher
Zuwachsraten der Durchschnittsentgelte der Versicherten 2000 bis 2013 bei geltendem Recht
in den neuen Bundesländern**

Variante I 2,0 v.H.; Variante II 3,0 v.H.; Variante III 4,0 v.H.

– Beträge in Millionen DM –

Jahr ¹⁾	Variante I			Variante II			Variante III			für alle Varianten
	Einnah- men ohne Bundes- zuschuß	Aus- gaben	Bundes- zuschuß (Ausga- ben – Ein- nahmen)	Einnah- men ohne Bundes- zuschuß	Aus- gaben	Bundes- zuschuß (Ausga- ben – Ein- nahmen)	Einnah- men ohne Bundes- zuschuß	Aus- gaben	Bundes- zuschuß (Ausga- ben – Ein- nahmen)	Vermögen am Ende des Berichts- jahres
1999	2 392	4 454	2 061	2 392	4 454	2 061	2 392	4 454	2 061	108
2000	2 363	4 602	2 239	2 344	4 603	2 259	2 339	4 603	2 265	107
2001	2 437	4 726	2 289	2 410	4 728	2 317	2 383	4 729	2 346	107
2002	2 479	4 901	2 422	2 511	4 927	2 416	2 541	4 956	2 415	106
2003	2 546	5 020	2 475	2 604	5 096	2 492	2 661	5 179	2 518	106
2004	2 612	5 115	2 504	2 714	5 242	2 528	2 801	5 377	2 577	105
2005	2 673	5 216	2 543	2 788	5 395	2 607	2 922	5 585	2 663	105
2006	2 752	5 322	2 569	2 899	5 556	2 657	3 050	5 806	2 756	105
2007	2 842	5 434	2 592	3 023	5 729	2 706	3 228	6 044	2 816	105
2008	2 918	5 530	2 612	3 150	5 886	2 736	3 379	6 268	2 889	105
2009	2 995	5 615	2 620	3 249	6 032	2 783	3 519	6 484	2 965	105
2010	3 060	5 700	2 639	3 351	6 182	2 830	3 703	6 709	3 006	105
2011	2 937	6 088	3 151	3 299	6 668	3 369	3 702	7 306	3 604	105
2012	3 018	6 180	3 161	3 424	6 833	3 409	3 879	7 572	3 692	105
2013	3 102	6 269	3 167	3 554	6 997	3 443	4 065	7 850	3 785	105

¹⁾ Rechtsstand: geltendes Recht

²⁾ In den Einnahmen sind u.a. der Wanderungsausgleich und die Erstattungen der Versorgungsdienststellen enthalten.

³⁾ 1999 aufgrund der für die Monate Januar bis September vorliegenden Rechnungsergebnisse geschätzt.

**Die Durchschnittsentgelte der Versicherten, die aktuellen Rentenwerte und die
Beitragsbemessungsgrenzen in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den
alten Bundesländern bei geltendem Recht von 1999 bis 2013**

Zunahme des durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelts

1999 + 3,1 v. H.

ab 2000 + 3,0 v. H. p. a. (mittlere Entgeltvariante)

Die Verstetigungsregelung nach §158 SGB VI ist nicht berücksichtigt.

Jahr	Durchschnittliche Bruttojahresarbeits- entgelte ¹⁾ DM/Jahr	Aktuelle Rentenwerte ²⁾ DM/Jahr	Beitragsbemessungsgrenzen ³⁾	
			DM/Jahr	DM/Monat
1999	54 407	48,29	102 000	8 500
2000	56 039	48,63	103 200	8 600
2001	57 720	49,41	105 600	8 800
2002	59 452	50,75	109 200	9 100
2003	61 236	52,69	112 800	9 400
2004	63 073	53,68	116 400	9 700
2005	64 965	55,19	118 800	9 900
2006	66 914	56,99	122 400	10 200
2007	68 921	58,59	126 000	10 500
2008	70 989	59,97	130 800	10 900
2009	73 119	61,37	134 400	11 200
2010	75 313	62,90	138 000	11 500
2011	77 572	64,46	142 800	11 900
2012	79 899	66,02	146 400	12 200
2013	82 296	67,68	151 200	12 600

Quelle: BMA, eigene Berechnungen

Anmerkungen:

¹⁾ Nach § 69 SGB VI.

²⁾ Nach § 68 SGB VI.

³⁾ Nach § 159 SGB VI.

Übersicht B 12

Annahmen zur Entwicklung der beschäftigten Arbeiter und Angestellten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten¹⁾ bei geltendem Recht von 1999 bis 2013

a) Alte Bundesländer

Jahr	Beschäftigte Arbeiter und Angestellte in Tsd. bei		
	niedrigerer	mittlerer	höherer
	Beschäftigungsentwicklung		
1999	24 094	24 094	24 094
2000	24 117	24 168	24 218
2001	24 136	24 237	24 339
2002	24 155	24 307	24 458
2003	24 165	24 368	24 571
2004	24 178	24 425	24 675
2005	24 190	24 478	24 769
2006	24 201	24 525	24 853
2007	24 209	24 564	24 921
2008	24 214	24 594	24 978
2009	24 218	24 619	25 024
2010	24 220	24 637	25 056
2011	24 221	24 648	25 079
2012	24 225	24 657	25 093
2013	24 233	24 665	25 101

Quelle: BMA, eigene Berechnungen

Anmerkung:

1) Inlandskonzept

Annahmen zur Entwicklung der beschäftigten Arbeiter und Angestellten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten¹⁾ bei geltendem Recht von 1999 bis 2013

b) Neue Bundesländer

Jahr	Beschäftigte Arbeiter und Angestellte in Tsd. bei		
	niedrigerer	mittlerer	höherer
	Beschäftigungsentwicklung		
1999	5 525	5 525	5 525
2000	5 508	5 538	5 567
2001	5 493	5 552	5 612
2002	5 477	5 567	5 657
2003	5 463	5 582	5 702
2004	5 449	5 596	5 745
2005	5 439	5 610	5 784
2006	5 430	5 622	5 818
2007	5 423	5 633	5 849
2008	5 418	5 643	5 874
2009	5 413	5 651	5 895
2010	5 408	5 656	5 910
2011	5 404	5 656	5 918
2012	5 399	5 655	5 920
2013	5 396	5 653	5 917

Quelle: BMA, eigene Berechnungen

Anmerkung:

¹⁾ Inlandskonzept

Übersicht B 13

Die Beitragssätze und die Beitragsbemessungsgrenzen in der knappschaftlichen Rentenversicherung von 1999 bis 2013 nach der mittleren Variante

– Zunahme des Durchschnittsentgelts in der Rentenversicherung ab 2000: 3,0 v. H. p. a. –

Jahr	Beitragssatz ¹⁾ in v.H.	Beitragsbemessungsgrenzen ²⁾	
		DM/Jahr	DM/Monat
1999	26,2	124 800	10 400
2000	25,5	127 200	10 600
2001	25,0	130 800	10 900
2002	24,7	134 400	11 200
2003	24,7	138 000	11 500
2004	25,0	142 800	11 900
2005	24,8	146 400	12 200
2006	25,0	151 200	12 600
2007	25,1	156 000	13 000
2008	25,2	159 600	13 300
2009	25,1	164 400	13 700
2010	25,0	170 400	14 200
2011	25,0	175 200	14 600
2012	24,8	180 000	15 000
2013	24,7	186 000	15 500

¹⁾ Nach § 158 Abs. 2 SGB VI.

²⁾ Nach § 159 SGB VI.

Die für die Vorausberechnung der Einnahmen und der Ausgaben angenommene Entwicklung der Zahl der Versicherten in der knappschaftlichen Rentenversicherung der alten Bundesländer sowie der neuen Bundesländer

Jahr	jahresdurchschnittliche Anzahl ¹⁾ der Versicherten		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	
	in den alten Bundesländern	im Beitrittsgebiet	in den alten Bundesländern	im Beitrittsgebiet
1999	123 032	52 340		
2000	116 560	48 388	–5,3	–7,6
2001	106 202	46 738	–8,9	–3,4
2002	98 181	45 087	–7,6	–3,5
2003	90 477	43 436	–7,8	–3,7
2004	85 953	42 133	–5,0	–3,0
2005	83 375	41 291	–3,0	–2,0
2006	82 541	40 465	–1,0	–2,0
2007	81 715	39 656	–1,0	–2,0
2008	80 898	38 862	–1,0	–2,0
2009	80 089	38 085	–1,0	–2,0
2010	79 288	37 324	–1,0	–2,0
2011	78 495	36 577	–1,0	–2,0
2012	77 711	35 846	–1,0	–2,0
2013	76 933	35 129	–1,0	–2,0

¹⁾ Einschließlich beschäftigte Rentner

Schaubild 1

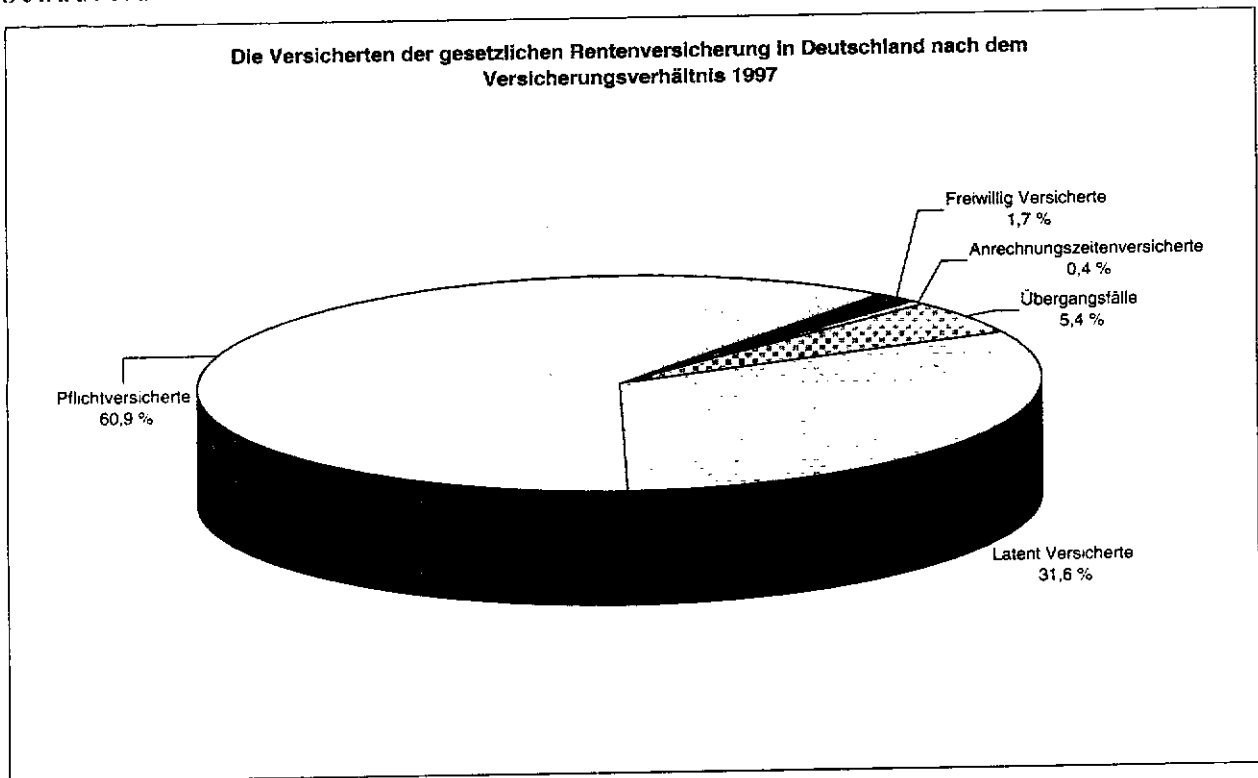


Schaubild 2

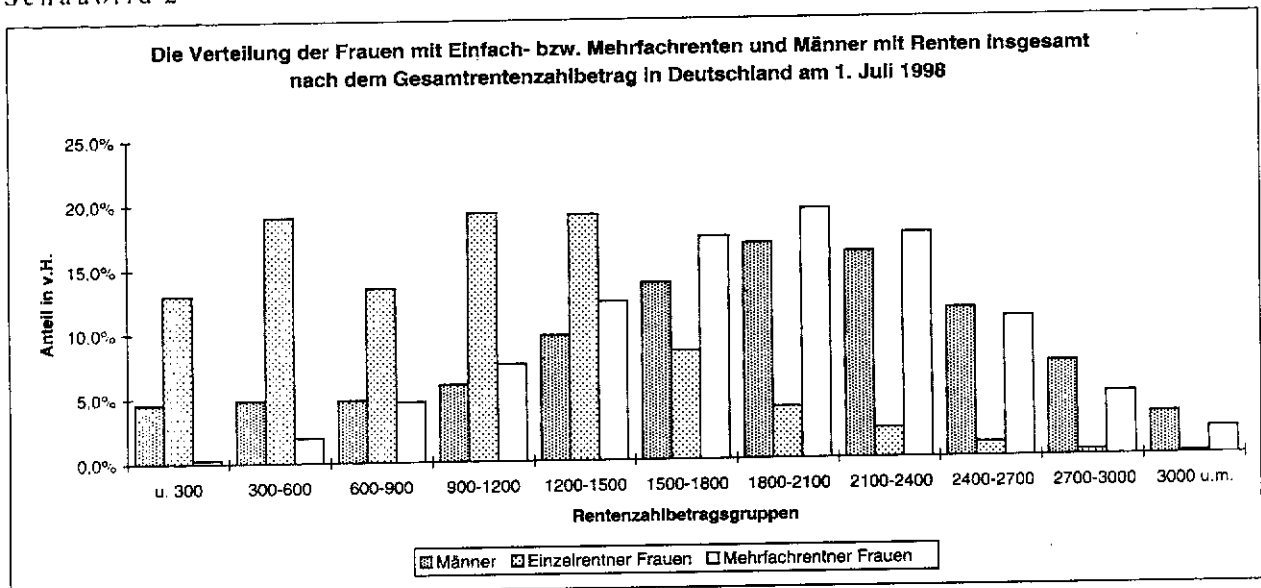


Schaubild 3

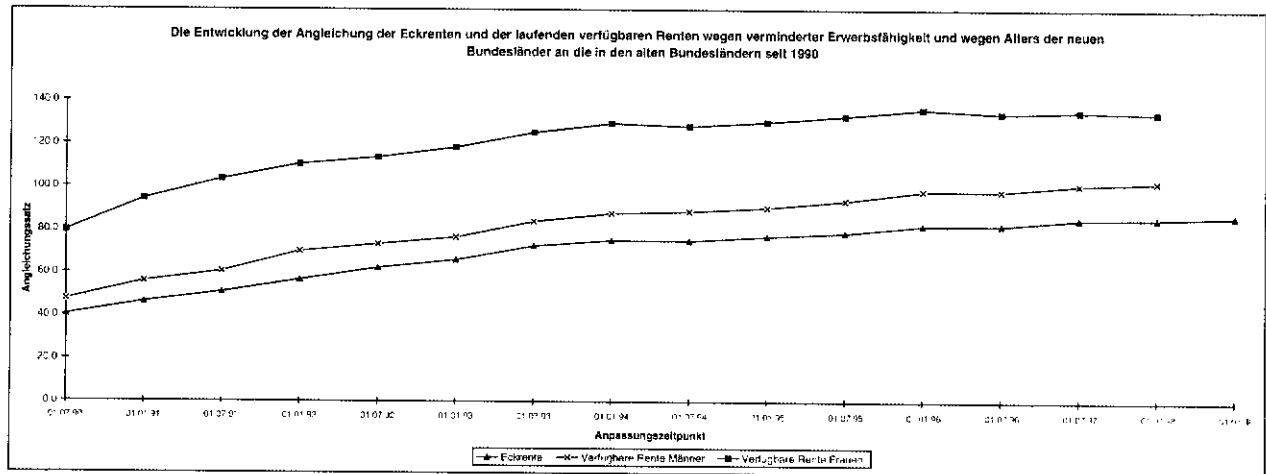


Schaubild 4.1

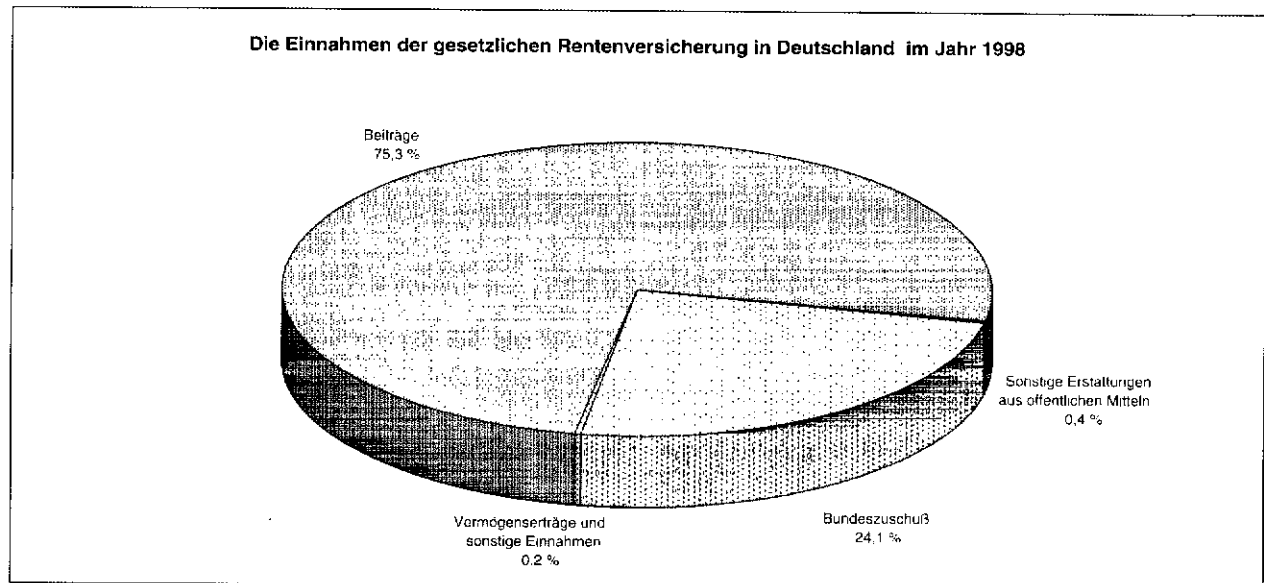


Schaubild 4.2

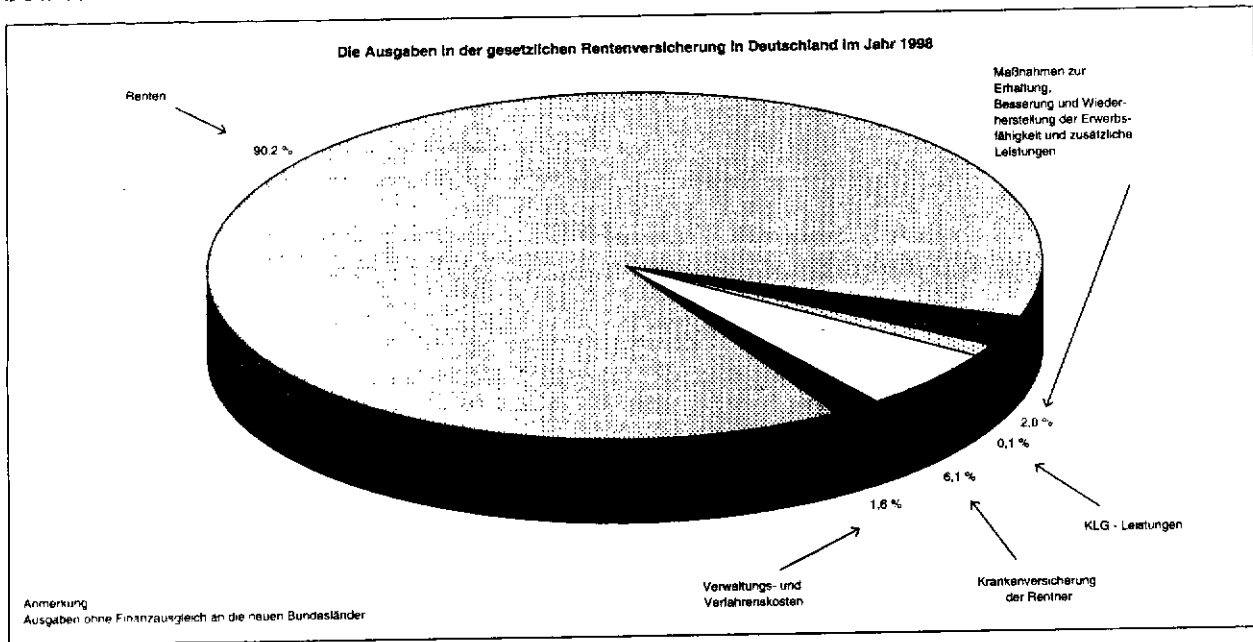
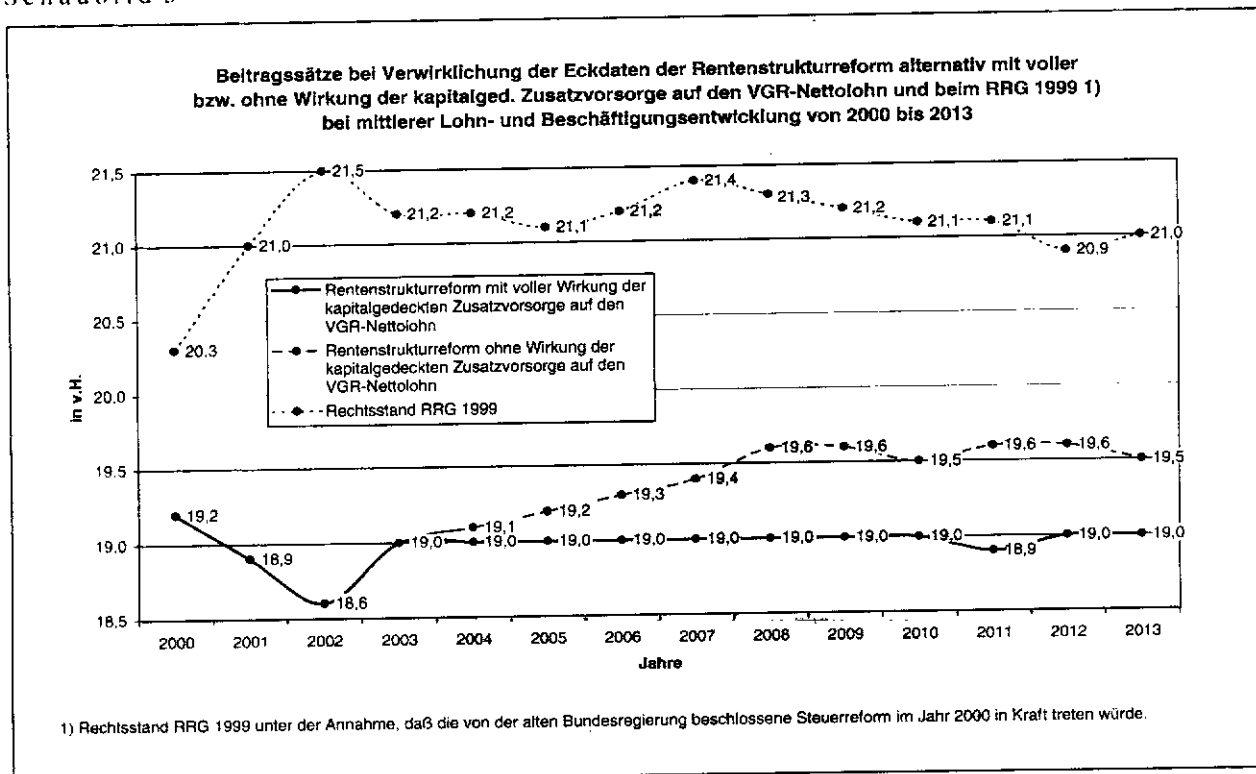


Schaubild 5



**Die Versicherten in der Rentenversicherung der Arbeiter (ArV)
und der Angestellten (AnV) nach dem Versicherungsverhältnis 1966 bis 1998 ^{1) 2) 3) 4)}
in den alten und neuen Bundesländern**

Jahr	Versicherungsverhältnis/Pflichtversicherte								
	am Stichtag			in den letzten 12 Monaten			insgesamt		
	ArV	AnV	ArV+AnV	ArV	AnV	ArV+AnV	ArV	AnV	ArV+AnV
	in 1 000								
alte Bundesländer									
1966	12 124	6 389	18 513	581	297	877	12 704	6 686	19 390
1967	11 581	6 469	18 050	789	314	1 103	12 370	6 783	19 153
1968	11 536	6 704	18 241	647	293	940	12 183	6 998	19 181
1969	11 677	6 899	18 576	545	298	843	12 222	7 196	19 419
1970	12 096	7 118	19 214	343	298	640	12 439	7 416	19 854
1971	11 847	7 456	19 303	355	311	666	12 203	7 767	19 970
1972	11 766	7 765	19 531	436	326	763	12 202	8 091	20 293
1973	11 737	7 959	19 696	445	368	813	12 182	8 327	20 509
1974	11 625	8 225	19 850	518	364	881	12 143	8 589	20 731
1975	10 844	8 343	19 187	765	443	1 208	11 609	8 786	20 395
1976	10 920	8 382	19 303	580	418	998	11 501	8 800	20 301
1977	11 029	8 582	19 611	524	391	915	11 553	8 973	20 526
1978	11 191	8 696	19 887	510	380	890	11 701	9 076	20 777
1979	11 747	8 977	20 724	191	273	463	11 938	9 249	21 187
1980	12 012	9 265	21 277	185	278	463	12 196	9 543	21 739
1981	12 111	9 415	21 526	179	276	455	12 289	9 692	21 981
1982	12 327	9 550	21 877	221	215	435	12 548	9 764	22 312
1983	⁵⁾ —	—	—	—	—	—	—	—	—
1984	⁵⁾ —	—	—	—	—	—	—	—	—
1985	11 359	9 518	20 877	596	519	1 116	11 955	10 037	21 992
1986	11 329	9 743	21 072	617	545	1 161	11 945	10 288	22 233
1987	11 266	10 024	21 290	740	575	1 315	12 006	10 598	22 604
1988	10 982	10 592	21 574	797	659	1 456	11 779	11 251	23 030
1989	11 444	10 506	21 950	694	618	1 313	12 138	11 124	23 262
1990	11 376	11 438	22 814	643	659	1 302	12 020	12 096	24 116
1991	11 819	11 427	23 246	642	627	1 270	12 461	12 054	24 515
1992	12 456	12 185	24 640	682	522	1 204	13 137	12 707	25 844
1993	12 339	12 587	24 926	583	514	1 097	12 923	13 101	26 024
1994	12 138	12 802	24 941	537	497	1 034	12 675	13 300	25 975
1995	11 971	12 529	24 499	542	550	1 093	12 513	13 079	25 592
1996	11 840	12 860	24 699	282	337	619	12 122	13 196	25 318
1997	11 776	12 809	24 585	312	377	689	12 088	13 186	25 274
1998	11 531	12 860	24 391	287	364	630	11 798	13 224	25 021
neue Bundesländer									
1991	4 735	2 629	7 364	593	534	1 127	5 328	3 163	8 491
1992	4 320	3 220	7 540	311	263	575	4 632	3 483	8 115
1993	3 920	3 242	7 162	168	182	349	4 088	3 423	7 511
1994	4 378	3 625	8 004	58	49	107	4 437	3 674	8 111
1995	4 313	3 310	7 623	87	90	178	4 400	3 400	7 800
1996	4 097	3 405	7 502	64	82	146	4 161	3 487	7 647
1997	4 036	3 284	7 320	72	92	164	4 108	3 376	7 484
1998	3 939	3 268	7 207	72	91	163	4 011	3 359	7 370

¹⁾ Einschließlich der versicherungspflichtigen Handwerker.

²⁾ Vom 1. Juli 1978 bis 31. Dezember 1982 und ab 1992 sind Empfänger der Bundesanstalt für Arbeit von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Unterhaltsgeld in der Rentenversicherung pflichtversichert.

³⁾ Ab 1986 Angaben nur noch in vollen Tausend möglich.

⁴⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundungen.

⁵⁾ In den Jahren 1983 und 1984 wurde der Mikrozensus nicht durchgeführt.

noch Übersicht II

Die Versicherten in der Rentenversicherung der Arbeiter (ArV)
und der Angestellten (AnV) nach dem Versicherungsverhältnis 1966 bis 1998^{1) 2) 3) 4)}
in den alten und neuen Bundesländern

Jahr	Versicherungsverhältnis								
	Freiwillige Beitragszahler in den letzten zwölf Monaten			Latent Versicherte			Versicherte Insgesamt		
	ArV	AnV	ArV+AnV	ArV	AnV	ArV+AnV	ArV	AnV	ArV+AnV
	in 1 000								
alte Bundesländer									
1966	415	518	933	3 307	1 852	5 159	16 426	9 056	25 482
1967	391	501	892	3 363	1 939	5 302	16 125	9 223	25 347
1968	373	392	765	3 421	1 948	5 368	15 976	9 338	25 314
1969	343	368	711	3 261	1 993	5 254	15 826	9 557	25 383
1970	304	352	656	3 118	2 048	5 166	15 860	9 815	25 676
1971	275	350	625	3 000	2 063	5 062	15 477	10 180	25 657
1972	269	368	637	2 601	1 878	4 479	15 071	10 337	25 408
1973	265	354	619	2 484	1 866	4 350	14 931	10 547	25 478
1974	248	359	607	2 313	1 820	4 133	14 703	10 767	25 471
1975	290	491	781	2 448	1 881	4 328	14 347	11 157	25 505
1976	254	505	759	2 653	2 102	4 755	14 407	11 407	25 814
1977	249	463	712	2 496	2 047	4 542	14 298	11 483	25 781
1978	231	413	644	2 644	2 122	4 766	14 576	11 610	26 186
1979	196	394	590	2 712	2 197	4 909	14 846	11 841	26 687
1980	188	397	585	2 279	2 067	4 346	14 664	12 007	26 670
1981	190	459	649	2 322	2 126	4 448	14 801	12 277	27 078
1982	218	388	606	3 811	3 221	7 032	16 577	13 373	29 950
1983	5)	-	-	-	-	-	-	-	-
1984	5)	-	-	-	-	-	-	-	-
1985	293	386	679	4 819	3 870	8 689	17 066	14 294	31 360
1986	278	422	700	4 458	3 665	8 123	16 681	14 375	31 057
1987	293	389	682	4 639	3 769	8 409	16 938	14 757	31 695
1988	297	442	740	4 498	3 998	8 496	16 574	15 691	32 265
1989	241	378	619	4 599	3 991	8 590	16 978	15 493	32 472
1990	294	440	734	4 226	4 252	8 477	16 540	16 788	33 327
1991	306	414	720	4 225	4 142	8 367	16 992	16 611	33 602
1992	284	456	740	4 199	4 152	8 351	17 620	17 315	34 935
1993	276	433	710	4 126	4 297	8 423	17 325	17 832	35 156
1994	270	402	672	3 901	4 273	8 173	16 846	17 974	34 820
1995	263	415	678	3 867	4 237	8 104	16 643	17 730	34 373
1996	442	847	1 289	3 946	4 081	8 027	16 509	18 125	34 634
1997	442	790	1 231	3 895	4 120	8 016	16 425	18 096	34 521
1998	401	733	1 134	3 943	4 290	8 233	16 142	18 246	34 388
neue Bundesländer									
1991	20	13	33	307	161	468	5 656	3 337	8 992
1992	46	60	105	629	435	1 064	5 307	3 978	9 285
1993	55	91	146	750	592	1 341	4 892	4 106	8 998
1994	52	87	138	338	273	611	4 827	4 034	8 860
1995	51	97	148	448	356	804	4 899	3 853	8 752
1996	80	169	249	394	317	711	4 634	3 973	8 608
1997	91	185	276	449	382	830	4 648	3 943	8 591
1998	100	171	271	427	397	824	4 538	3 927	8 465

¹⁾ Einschließlich der versicherungspflichtigen Handwerker.

²⁾ Vom 1. Juli 1978 bis 31. Dezember 1982 und ab 1992 sind Empfänger der Bundesanstalt für Arbeit von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Unterhaltsgeld in der Rentenversicherung pflichtversichert.

³⁾ Ab 1986 Angaben nur noch in vollen Tausend möglich.

⁴⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundungen.

⁵⁾ In den Jahren 1983 und 1984 wurde der Mikrozensus nicht durchgeführt.

**Die Anzahl der Rentenanträge und ihre Erledigung 1982 bis 1998^{1) 2)}
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten**

Jahr	Rentenarten	Bereinigter Anfangs- bestand Anfang des Jahres	Eingang		Erledigung		Durchschnittliche	
			Neuzugänge	Änderung der Leistungsart	Neuzugänge	Änderung der Leistungsart	Laufzeit beim Versiche- rungsträger in Tagen ¹⁾	Gesamtlauf- zeit pro Fall in Tagen ¹⁾
1982	Versichertenrenten	226 723	820 909	124 714	805 837	123 302		
	Witwenrenten	42 393	236 786	10 759	233 533	10 719		
	Waisenrenten	12 615	63 921	996	61 976	1 002		
	zusammen	281 731	1 121 616	136 469	1 101 346	135 023		
1983	Versichertenrenten	243 207	836 083	140 715	830 998	138 602		
	Witwenrenten	45 686	235 324	12 674	238 816	12 617		
	Waisenrenten	14 554	65 239	1 017	64 196	1 082		
	zusammen	303 447	1 136 646	154 406	1 134 010	152 301		
1984	Versichertenrenten	250 405	878 281	255 106	910 792	241 627		
	Witwenrenten	42 251	225 512	13 789	229 365	13 599		
	Waisenrenten	15 532	63 398	1 011	65 841	1 005		
	zusammen	308 188	1 167 191	269 906	1 205 998	256 231		
1985	Versichertenrenten	231 373	755 988	252 703	783 764	251 332		
	Witwenrenten	38 588	230 144	14 338	235 949	14 907		
	Waisenrenten	13 095	64 621	1 103	66 622	1 121		
	zusammen	283 056	1 050 753	268 144	1 086 335	267 360		
1986	Versichertenrenten	204 968	831 269	332 995	824 349	325 364		
	Witwenrenten	32 214	253 366	13 742	241 218	13 642		
	Waisenrenten	11 076	61 157	968	60 538	985		
	zusammen	248 258	1 145 792	347 705	1 126 105	339 991		
1987	Versichertenrenten	219 519	845 810	296 819	848 139	310 537		
	Witwenrenten	44 462	265 654	11 431	269 179	11 772		
	Waisenrenten	11 678	60 015	867	60 066	901		
	zusammen	275 659	1 171 479	309 117	1 177 384	323 210		
1988	Versichertenrenten	203 472	914 199	271 930	888 946	277 349		
	Witwenrenten	40 596	266 693	11 463	265 155	11 589		
	Waisenrenten	11 593	58 325	809	58 946	808		
	zusammen	255 661	1 239 217	284 202	1 213 047	289 746		
1989	Versichertenrenten	223 306	922 333	248 219	918 409	250 191		
	Witwenrenten	42 008	277 904	11 217	276 575	11 185		
	Waisenrenten	10 973	56 827	739	56 135	734		
	zusammen	276 287	1 257 064	260 175	1 251 119	262 110		
1990	Versichertenrenten	225 258	956 540	219 447	926 342	216 969		
	Witwenrenten	43 369	281 603	9 332	273 982	9 228		
	Waisenrenten	11 670	57 806	687	56 308	713		
	zusammen	280 297	1 295 949	229 466	1 256 632	226 910		
1991 ¹⁾	Versichertenrenten	257 934	964 108	160 532	895 597	151 789		
	Witwenrenten	51 094	280 372	9 927	261 707	8 883		
	Waisenrenten	13 142	57 441	587	53 591	572		
	zusammen	322 170	1 301 921	171 046	1 210 895	161 244		

noch Übersicht I 2

Die Anzahl der Rentenanträge und ihre Erledigung 1982 bis 1998 ^{1) 2)}
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Jahr	Rentenarten	Bereinigter Anfangs- bestand Anfang des Jahres	Eingang		Erledigung		Durchschnittliche	
			Neuzugänge	Änderung der Leistungsart	Neuzugänge	Änderung der Leistungsart	Laufzeit beim Versiche- rungsträger in Tagen ³⁾	Gesamtlau- zeit pro Fall in Tagen ³⁾
1992	Versichertenrenten	335 832	1 273 595	128 106	936 308	115 719	106	138
	Erziehungsrenten	296	2 744	834	1 184	116	115	140
	Witwenrenten	76 524	519 599	8 273	282 231	7 460	101	118
	Waisenrenten	17 015	83 512	521	61 383	439	108	132
	zusammen	429 667	1 879 450	137 734	1 281 106	123 734	105	134
1993	Versichertenrenten	670 428	1 335 744	156 082	1 382 949	156 812	160	195
	Erziehungsrenten	2 538	2 090	74	2 135	472	284	317
	Witwenrenten	312 637	417 291	10 307	479 486	10 216	205	228
	Waisenrenten	38 841	85 921	661	83 013	630	174	198
	zusammen	1 024 444	1 841 046	167 124	1 947 583	168 130	172	203
1994	Versichertenrenten	606 162	1 482 968	212 729	1 530 875	220 070	133	172
	Erziehungsrenten	2 115	2 511	40	3 300	342	348	389
	Witwenrenten	249 003	406 496	12 727	552 465	13 569	264	296
	Waisenrenten	41 981	89 083	894	100 506	865	213	247
	zusammen	899 261	1 981 058	226 390	2 187 146	234 846	169	206
1995	Versichertenrenten	549 651	1 403 400	208 964	1 521 984	211 394	107	149
	Erziehungsrenten	1 024	2 208	50	2 446	52	180	229
	Witwenrenten	100 804	382 914	12 348	402 494	12 593	110	136
	Waisenrenten	30 227	86 259	1 010	91 462	1 073	154	189
	zusammen	681 706	1 874 781	222 372	2 018 386	225 112	110	148
1996	Versichertenrenten	430 537	1 393 880	203 712	1 413 277	206 101	94	135
	Erziehungsrenten	782	2 251	80	2 363	96	139	174
	Witwenrenten	80 841	372 511	12 983	396 136	13 164	82	104
	Waisenrenten	24 676	84 449	1 124	89 893	1 105	129	159
	zusammen	536 836	1 853 091	217 899	1 901 669	220 466	93	130
1997	Versichertenrenten	409 213	1 402 446	192 221	1 488 538	202 085	78	115
	Erziehungsrenten	652	2 182	53	2 353	66	107	142
	Witwenrenten	57 066	363 944	12 933	364 940	13 398	62	82
	Waisenrenten	18 926	83 637	1 084	84 232	1 092	100	128
	zusammen	485 857	1 852 209	206 291	1 940 063	216 641	76	109
1998	Versichertenrenten	312 280	1 356 531	190 149	1 382 216	192 284	64	98
	Erziehungsrenten	475	1 087	47	1 334	49	101	142
	Witwenrenten	55 523	353 887	12 402	362 067	12 538	54	71
	Waisenrenten	18 128	80 981	965	83 569	963	84	109
	zusammen	386 406	1 792 486	203 563	1 829 186	205 834	63	94

¹⁾ Bis 1991 nur alte Bundesländer

²⁾ Ab 1992 einschl. Artikel 2 RÜG

³⁾ Ohne Vertragsrenten und ohne Umwandlungen

⁴⁾ Abweichungen gegenüber dem Vorjahr u.a. wegen Änderung des Datensatzaufbaus zum November 1991

Quelle: Rentenantragsstatistik

Die Rentenneuzugänge nach Rentenarten 1960 bis 1998 in den alten und neuen Bundesländern Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten – Männer –

Übersicht 13

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters										Renten wegen Todes						
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					Renten wegen Alters					Erziehungsrenten			Witwenrenten 1			
	Renten insgesamt	Berufs- unfähig- keitsrenten	Erwerbs- unfähig- keitsrenten	Erwartete Erwerbs- unfähig- keitsrenten	insgesamt	Regel- altersrenten	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit	Altersrenten für		Hinaus- geschobene Altersrenten	Renten insgesamt	kleine	große	Renten insgesamt	kleine	große	
								Schwerbehin- derte, Berufs- oder Erwerbs- unfähige	langjährig Versicherte								
alte Bundesländer																	
1960	225 124	136 864	61 778	75 086	88 260	82 895	5 365										
1961	240 417	142 486	65 377	77 109	97 961	93 353	4 608										
1962	244 408	139 098	64 421	74 677	105 310	101 232	4 078										
1963	252 451	134 381	58 950	75 431	118 070	114 445	3 625										
1964	269 144	134 038	53 743	80 295	135 106	131 413	3 663										
1965	279 798	136 356	49 655	86 701	143 442	140 076	3 366										
1966	295 013	138 698	45 928	92 770	156 315	153 938	2 377										
1967	331 677	158 641	51 943	106 698	173 036	169 159	3 877										
1968	327 012	157 677	50 855	106 822	169 335	160 240	9 095										
1969	326 098	156 390	48 470	107 920	169 708	153 872	15 836										
1970	316 231	152 389	39 877	112 512	163 842	154 887	8 955										
1971	303 216	148 085	24 038	124 047	155 131	148 235	6 896										
1972	304 212	144 592	19 752	124 840	159 620	148 937	10 683										
1973	394 696	125 002	18 641	106 361	269 694	130 599	14 155										
1974	383 600	134 972	20 306	114 666	248 628	115 019	9 953	3 786	121 154	835							
1975	353 866	130 405	19 088	111 317	223 461	91 650	12 978	9 668	108 736	429							
1976	356 179	133 087	18 880	114 207	223 092	82 886	22 584	13 047	103 298	1 277							
1977	314 586	130 380	16 711	113 657	184 206	65 852	18 828	12 715	85 551	1 260							
1978	277 931	127 332	16 082	111 082	150 599	56 429	16 102	10 401	65 457	2 210							
1979	267 127	130 370	15 665	114 595	136 757	48 421	19 057	23 187	44 765	1 327							
1980	283 910	136 896	17 048	119 758	147 014	41 391	21 665	46 110	37 006	842							
1981	280 294	140 579	18 406	121 984	139 715	33 112	23 785	49 306	32 777	535							
1982	291 802	140 565	20 838	119 558	151 237	28 546	30 483	49 884	41 884	440							
1983	305 780	145 427	23 729	121 536	162 353	28 531	28 592	47 192	55 658	380							
1984	317 846	150 243	24 349	125 736	167 603	39 288	34 174	40 757	52 994	390							
1985	304 922	130 753	20 920	109 584	174 169	51 687	34 749	37 907	49 319	507							
1986	291 565	118 537	18 623	99 166	173 028	54 896	31 955	37 920	47 744	513							
1987	297 451	118 923	18 073	99 772	178 528	58 794	32 097	38 331	48 786	520							
1988	326 595	124 397	19 419	102 322	2 656	202 198	59 735	41 131	40 647	60 153							
1989	339 549	125 869	21 156	99 460	5 253	213 680	63 559	46 193	38 418	512							
1990	350 074	123 745	21 215	93 674	8 856	226 329	71 500	45 889	37 666	70 719							
1991-1	322 031	117 196	20 399	85 928	10 869	204 835	63 523	41 267	32 360	67 315							
1992	342 666	126 027	22 188	98 484	5 355	216 639	76 359	42 840	30 864	66 576							
1993	407 104	134 443	23 292	110 768	383	272 661	92 254	70 631	33 718	76 058							
1994	433 257	140 662	24 418	115 979	265	292 595	98 984	92 144	35 689	65 778							
1995	435 698	142 362	24 681	112 269	5 412	293 336	95 528	104 020	35 519	58 269							
1996	429 982	135 829	23 424	107 310	5 095	294 153	87 435	112 187	36 709	57 822							
1997	424 426	126 144	22 918	100 444	2 782	298 282	81 099	115 765	36 561	64 857							
1998	414 877	115 591	21 112	91 833	2 646	299 286	80 300	109 358	37 610	72 018							
neue Bundesländer																	
1992	2 092	257	27	228	1 835	751	372	53	659								
1993	115 805	24 564	1 321	23 257	91 221	56 481	19 335	1 017	14 388								
1994	189 941	33 829	2 412	31 393	156 112	56 307	79 179	1 279	19 347								
1995	245 619	32 314	2 427	29 817	213 305	40 692	148 032	1 568	23 013								
1996	124 188	30 153	2 351	27 473	94 035	9 316	73 964	1 624	8 131								
1997	121 480	30 730	2 668	27 026	1 036	90 730	6 630	2 235	9 787								
1998	92 735	26 188	3 399	22 304	485	66 547	4 649	3 115	9 402								

¹⁾ Ohne der wegen Einkommenszurechnung vollständig ruhenden Witwenrenten, bis 1977 sind die Witwer bei den Witwenrenten mit erfasst. 1978 bis 1986 keine Aufteilung „kleine/große“ Witwenrenten
²⁾ Unterfassung gegenüber dem Vorjahr wegen Änderung des Datensatzaufbaus zum November 1991

noch Übersicht 13 Die Rentenneuzugänge nach Rentenarten 1960 bis 1998 in den alten und neuen Bundesländern
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten – Frauen –

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters										Renten wegen Todes					
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					Renten wegen Alters					Erziehungsrenten					
	Renten insgesamt	Berufs- unfähig- keitsrenten	Erwerbs- unfähig- keitsrenten	Erweiterte Erwerbs- unfähig- keitsrenten	insgesamt	Regel- altersrenten	Altersrenten wegen Arbeits-losigkeit	Altersrenten für		Häus- geschobene Altersrenten	Renten insgesamt	kleine	große	Renten insgesamt	kleine	große
								Frauen	Schwächen- dert, Berufs- oder Erwerbs- unfähig-							
alte Bundesländer																
1960	164 137	54 257	54 144		55 736	30 727	1 155	23 854			153 832	3 058		153 832		150 774
1961	177 066	59 067	51 145		66 854	36 265	1 152	29 437			162 208	3 688		162 208		158 520
1962	174 977	54 316	51 256		69 405	36 727	866	31 812			165 496	4 070		165 496		161 426
1963	171 995	42 895	48 835		80 265	45 855	719	33 691			176 301	4 750		176 301		171 551
1964	195 087	41 438	59 004		94 645	55 697	615	38 333			175 855	4 540		175 855		171 315
1965	201 898	37 266	63 983		100 649	58 721	544	41 384			178 280	4 544		178 280		173 736
1966	219 434	34 860	66 899		117 675	68 130	317	49 228			184 847	4 310		184 847		180 537
1967	245 353	37 304	73 912		134 137	75 813	363	57 961			199 577	4 707		199 577		194 870
1968	241 953	36 325	73 723		131 905	69 280	1 059	61 566			194 799	4 277		194 799		190 522
1969	255 436	34 415	78 257		142 764	75 056	974	66 734			195 768	4 260		195 768		191 508
1970	272 474	33 805	90 004		148 665	76 871	621	71 173			203 170	4 118		203 170		199 052
1971	278 474	28 693	100 878		148 903	75 418	551	72 934			192 358	3 957		192 358		188 401
1972	281 498	25 217	107 022		149 259	74 760	811	73 688			195 350	3 850		195 350		191 500
1973	299 385	22 379	107 604		169 402	81 540	1 022	82 284			192 694	3 571		192 694		189 123
1974	334 897	20 015	123 126		191 756	87 118	1 346	96 984			220 525	4 183		220 525		216 342
1975	321 364	15 475	132 485		173 404	78 034	2 341	87 053	34	4 522	218 215	4 133		218 215		214 082
1976	297 773	12 675	121 473		163 625	78 586	4 041	72 966	89	5 372	217 443	4 224		217 443		213 219
1977	273 979	6 998	125 790	10	141 181	67 174	4 030	62 893	150	5 488	201 297	3 982		201 297		197 315
1978	264 176	4 477	127 921	218	131 560	63 893	3 794	57 943	170	4 772	199 663		7	199 663		195 663
1979	282 902	3 961	134 611	153	138 725	60 890	4 131	74 710	546	3 145	202 990		6	202 990		200 211
1980	329 527	4 559	160 071	95	164 802	49 222	5 239	104 628	2 438	2 639	212 365		26	212 365		209 900
1981	321 830	4 661	163 652	96	153 421	35 802	5 669	105 712	3 495	2 260	200 754		13	200 754		197 215
1982	313 874	6 147	161 408	97	146 222	28 608	5 698	104 877	3 698	2 867	201 172		25	201 172		198 768
1983	319 670	7 111	159 306	110	153 143	29 803	4 148	110 678	3 918	4 273	202 836		25	202 836		198 768
1984	338 826	8 169	163 717	95	186 845	68 081	3 600	106 771	3 569	4 349	204 432		26	204 432		200 623
1985	282 763	5 234	80 042	148	197 339	89 994	2 895	97 001	3 092	3 747	212 365		30	212 365		199 384
1986	340 093	4 258	61 597	398	273 840	146 273	4 138	115 016	3 586	4 215	197 539		31	197 539		173 218
1987	346 106	3 815	59 933	450	281 908	165 385	3 945	104 340	3 394	4 283	196 638		30	196 638		192 765
1988	356 813	3 698	58 009	1 314	293 792	171 761	5 007	108 615	3 280	4 608	239 199		40	239 199		234 281
1989	360 755	3 906	56 962	2 778	297 109	176 777	5 763	106 086	3 182	4 780	223 939		45	223 939		219 700
1990	363 958	3 761	53 751	5 123	301 323	181 102	6 399	105 741	3 030	4 529	203 241		61	203 241		199 384
1991 ¹⁾	307 948	3 613	47 517	6 863	249 955	150 087	6 001	86 767	2 573	4 102	176 721		42	176 721		173 218
1992	333 114	3 697	55 376	3 338	270 703	163 141	6 654	94 912	5 516	9 904	196 638		38	196 638		192 765
1993	370 131	4 254	63 559	291	302 027	180 109	8 493	94 912	6 552	11 961	239 199		40	239 199		234 281
1994	399 102	4 133	67 451	223	327 295	183 873	11 904	111 704	7 753	12 061	223 939		45	223 939		219 700
1995	415 895	4 075	67 978	4 227	339 615	178 634	14 216	125 909	8 451	12 405	218 416		42	218 416		214 312
1996	420 447	3 560	67 708	3 679	345 500	166 749	16 342	140 273	8 805	13 331	217 755		42	217 755		214 363
1997	407 023	3 548	64 556	2 337	336 582	153 789	14 733	145 821	8 719	13 530	202 160		42	202 160		199 213
1998	407 611	3 400	59 757	2 029	342 425	147 734	11 159	160 833	8 411	14 288	204 078		42	204 078		201 294
neue Bundesländer																
1992	1 459	295	18	276	1 164	145	18	1 000	1		1 691		15	1 691		1 646
1993	122 660	31 895	1 072	30 818	90 765	3 789	878	86 006	80	12	66 442		15	66 442		65 140
1994	122 360	34 454	1 464	32 975	87 906	3 645	1 975	82 169	73	44	132 732		15	132 732		129 420
1995	148 440	31 895	1 420	30 435	116 545	2 924	9 072	104 284	97	44	68 409		73	68 409		66 740
1996	116 200	28 207	1 324	26 637	87 993	2 103	7 567	77 998	83	242	58 715		97	58 715		57 726
1997	116 749	26 863	1 322	24 607	89 886	3 795	5 346	80 211	156	378	50 073		729	50 073		49 231
1998	105 493	21 161	1 455	19 279	84 332	3 924	2 712	77 060	228	408	45 663		682	45 663		44 981

¹⁾ Ohne der wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhenden Witwenrenten, bis 1977 sind die Witwer bei den Witwenrenten mit erfaßt. 1978 bis 1986 keine Aufteilung „kleine/große“ Witwenrenten
²⁾ Untererfassung gegenüber dem Vorjahr wegen Änderung des Datenaufbaus zum November 1991

Die Rentenneuzugänge nach Rentenarten 1960 bis 1998 in den alten und neuen Bundesländern Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten – Männer und Frauen – noch Übersicht 13

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters										Renten wegen Invalidität					
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					Renten wegen Alters					Erziehungsrenten			Witwen-/Witwerrenten		
	Renten insgesamt	Berufs-unfähig-keitsrenten	Erwerbs-unfähig-keitsrenten	Erweiterte Erwerbs-unfähig-keitsrenten	insgesamt	Regel-altersrenten	Renten wegen Arbeitslosigkeit		Renten insgesamt	Hausaus-geschobene Altersrenten	Renten insgesamt	kleine	große	Renten insgesamt	kleine	große
							Frauen	Männer								
1960	389 261	116 035	129 240	143 996	113 622	13 622	6 520	23 854	153 832	3 058	150 774	49 776	51 990	2 214	49 776	2 214
1961	417 513	124 444	128 254	164 815	129 618	129 618	5 760	29 437	162 208	3 688	158 520	57 418	57 418	2 413	55 005	2 413
1962	419 385	118 737	125 933	174 715	137 959	137 959	4 944	33 691	165 496	4 070	161 426	58 204	58 204	2 279	55 925	2 279
1963	424 446	101 845	124 266	198 335	160 300	160 300	4 344	38 333	176 301	4 750	171 551	59 232	59 232	2 368	56 864	2 368
1964	464 241	234 480	139 299	229 751	187 140	187 140	4 278	38 333	175 855	4 540	171 315	73 874	73 874	2 624	71 250	2 624
1965	481 696	237 605	150 684	244 091	198 797	198 797	3 910	41 384	178 280	4 544	173 736	72 253	72 253	2 416	70 837	2 416
1966	514 447	240 457	80 788	273 990	222 068	222 068	2 694	49 228	184 847	4 310	180 537	70 767	70 767	2 493	68 274	2 493
1967	577 030	269 857	89 247	301 240	219 520	219 520	2 154	61 566	199 577	4 707	194 870	76 511	76 511	2 799	74 012	2 799
1968	568 965	267 725	87 180	301 240	219 520	219 520	2 154	61 566	194 799	4 277	190 522	72 847	72 847	2 505	70 342	2 505
1969	581 534	269 062	82 885	312 472	228 928	228 928	16 810	66 734	195 768	4 264	191 508	73 665	73 665	2 286	71 379	2 286
1970	588 705	276 198	73 682	312 507	231 758	231 758	9 576	71 173	203 170	4 118	199 052	72 040	72 040	2 263	69 777	2 263
1971	601 690	277 656	52 731	304 034	223 653	223 653	7 447	72 934	192 358	3 957	188 401	69 514	69 514	2 364	67 146	2 364
1972	585 710	276 831	44 969	308 879	223 697	223 697	11 494	73 688	195 350	3 850	191 500	72 358	72 358	2 149	70 209	2 149
1973	604 081	254 985	41 020	308 879	223 697	223 697	15 177	82 284	192 694	3 571	189 123	71 497	71 497	2 225	69 272	2 225
1974	718 497	278 113	40 321	439 096	212 139	212 139	15 177	82 284	230 525	4 183	216 342	85 361	85 361	2 671	82 690	2 671
1975	675 230	278 365	34 565	396 865	169 684	169 684	15 319	87 053	218 215	4 133	214 082	82 082	82 082	2 642	79 440	2 642
1976	653 952	267 235	31 555	386 717	161 472	161 472	22 838	72 696	217 443	4 224	213 219	81 693	81 693	2 750	78 943	2 750
1977	588 565	263 178	23 709	325 387	133 026	133 026	22 838	62 893	201 297	3 982	197 315	75 410	75 410	2 517	72 893	2 517
1978	542 107	269 948	20 559	282 159	120 322	120 322	19 896	57 943	201 145	4 197	196 948	72 914	72 914	2 127	70 827	2 127
1979	550 029	269 095	19 626	280 934	109 311	109 311	23 188	74 710	200 632	4 348	196 284	69 874	69 874	2 436	67 438	2 436
1980	613 437	301 621	21 607	311 816	90 613	90 613	26 904	104 628	204 014	4 306	199 708	73 671	73 671	2 635	71 036	2 635
1981	602 124	308 988	23 687	293 136	68 914	68 914	29 454	104 877	201 715	4 140	197 575	69 847	69 847	2 583	67 264	2 583
1982	605 676	308 217	20 985	297 459	57 214	57 214	36 152	104 877	203 105	4 367	198 738	66 121	66 121	2 370	63 751	2 370
1983	625 450	311 954	20 840	313 498	58 334	58 334	32 740	110 678	214 178	4 585	209 593	65 184	65 184	2 348	63 836	2 348
1984	676 672	322 224	32 518	354 448	107 369	107 369	37 774	106 771	205 403	4 467	200 936	62 664	62 664	2 253	60 411	2 253
1985	587 685	216 177	26 154	371 508	141 681	141 681	37 644	97 001	213 641	4 524	209 117	61 860	61 860	2 225	59 635	2 225
1986	631 658	184 790	22 881	446 868	201 169	201 169	36 093	115 016	213 641	4 524	209 117	61 860	61 860	2 225	59 635	2 225
1987	643 557	183 121	21 888	460 436	224 179	224 179	36 042	104 340	226 575	4 330	222 245	55 217	55 217	1 903	53 297	1 903
1988	683 408	187 418	23 117	495 990	231 496	231 496	46 138	108 615	224 697	4 291	220 406	54 847	54 847	2 049	52 798	2 049
1989	700 304	189 515	25 062	510 789	240 336	240 336	51 956	106 086	225 728	4 001	221 727	52 204	52 204	1 940	50 264	1 940
1990	714 032	186 380	24 976	527 652	252 602	252 602	52 288	105 741	224 066	4 079	219 987	47 456	47 456	1 774	45 682	1 774
1991 ¹⁾	629 979	175 189	24 012	454 790	213 610	213 610	47 268	86 767	196 924	3 707	193 217	44 537	44 537	1 481	43 056	1 481
1992	675 780	188 438	25 885	487 342	239 500	239 500	49 494	85 488	216 537	4 049	212 488	54 042	54 042	1 318	52 724	1 318
1993	777 235	202 547	27 546	574 688	272 363	272 363	79 124	94 912	269 062	5 226	263 836	58 926	58 926	1 220	57 706	1 220
1994	832 359	212 469	28 551	619 890	282 857	282 857	104 048	111 704	247 886	4 573	243 313	63 202	63 202	1 892	61 310	1 892
1995	851 593	218 642	28 736	632 951	274 162	274 162	118 236	125 909	247 886	4 432	243 454	61 394	61 394	1 736	59 658	1 736
1996	850 429	210 776	26 984	634 653	254 888	254 888	128 529	140 273	249 574	3 740	245 834	61 199	61 199	1 423	59 776	1 423
1997	831 419	196 585	26 466	634 864	234 888	234 888	130 498	145 821	252 453	3 297	249 156	56 733	56 733	1 137	55 596	1 137
1998	822 488	180 777	24 512	641 711	228 034	228 034	120 517	160 833	235 186	3 133	232 053	56 833	56 833	974	55 859	974
1992	3 551	552	45	2 999	896	896	390	1 000	2 128	48	2 080	136	136	48	78	48
1993	238 465	56 479	2 303	181 986	60 270	60 270	20 213	86 006	96 796	1 546	95 250	8 254	8 254	26	8 254	26
1994	312 301	68 283	3 876	244 018	59 952	59 952	81 154	82 169	178 199	3 762	174 437	24 311	24 311	232	24 079	232
1995	394 059	64 209	6 252	329 850	43 616	43 616	157 104	104 284	86 861	1 916	84 945	20 588	20 588	371	20 217	371
1996	240 388	58 360	3 675	182 028	11 419	11 419	82 531	77 998	86 861	1 916	84 945	20 588	20 588	511	18 615	511
1997	238 209	47 593	3 990	180 616	10 445	10 445	77 404	80 211	65 214	1 055	64 159	17 736	17 736	375	17 361	375
1998	198 228	47 349	4 854	150 879	8 533	8 533	52 133	77 060	59 824	852	58 972	16 545	16 545	340	16 205	340

¹⁾ Ohne der wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhenden Witwen-/Witwerrenten

²⁾ Untereffassung gegenüber dem Vorjahr wegen Änderung des Datensatzaufbaus zum November 1991

Übersicht 14

Das durchschnittliche Zugangsalter der Rentenempfänger in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten und in der knappschaftlichen Rentenversicherung in den alten und neuen Bundesländern

- Versichertenrenten -

Jahr	Rentenversicherung der Arbeiter		Rentenversicherung der Angestellten		Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten		Knappschaftliche ¹⁾ Rentenversicherung		Gesetzliche Rentenversicherung	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
alte Bundesländer										
1960	58,8	59,0	61,6	58,1	59,5	58,8				
1961	59,1	59,4	61,9	58,5	59,8	59,2				
1962	59,7	59,5	62,0	58,7	60,2	59,3				
1963	60,2	60,3	62,5	59,5	60,8	60,1				
1964	60,7	60,7	62,8	59,9	61,2	60,5				
1965	60,9	61,0	62,8	59,9	61,4	60,7				
1966	61,2	61,4	63,1	60,5	61,7	61,2				
1967	61,1	61,3	63,1	60,5	61,6	61,1				
1968	60,9	61,2	62,9	60,3	61,4	61,0				
1969	61,0	61,4	62,8	60,5	61,5	61,2				
1970	61,1	61,6	62,8	60,6	61,6	61,3				
1971	61,0	61,6	62,9	60,5	61,5	61,3				
1972	61,1	61,6	63,0	60,6	61,6	61,3				
1973	61,7	61,8	63,3	61,0	62,2	61,6				
1974	61,0	61,6	63,0	61,0	61,6	61,4				
1975	60,6	61,6	62,5	60,5	61,2	61,2				
1976	60,1	61,2	62,3	60,6	60,8	61,0				
1977	59,5	60,8	61,8	60,0	60,3	60,5				
1978	58,8	60,6	61,5	59,8	59,7	60,3				
1979	58,2	60,4	61,0	59,8	59,1	60,2				
1980	57,9	60,0	60,5	59,5	58,8	59,8	54,8	60,3	58,5	59,8
1981	57,5	59,6	60,3	59,3	58,4	59,5	55,3	59,7	58,2	59,5
1982	57,8	59,7	60,1	59,2	58,6	59,5	55,3	59,8	58,4	59,5
1983	57,9	59,7	60,4	59,4	58,7	59,6	55,7	60,1	58,6	59,6
1984	58,1	60,4	60,4	59,6	58,9	60,0	55,9	60,2	58,8	60,0
1985	58,0	60,8	60,6	59,9	58,9	60,4	55,9	60,5	58,7	60,4
1986	58,1	61,9	60,7	60,7	59,0	61,4	55,8	61,3	58,8	61,4
1987	58,3	62,3	60,8	60,8	59,1	61,7	56,2	61,2	59,0	61,7
1988	58,6	62,4	60,8	60,9	59,3	61,8	55,6	61,3	59,1	61,8
1989	58,7	62,3	60,9	60,9	59,4	61,7	57,1	61,8	59,3	61,7
1990	58,9	62,1	61,2	60,9	59,7	61,6	57,6	62,1	59,5	61,6
1991	59,0	62,0	61,1	60,5	59,7	61,4	57,9	62,9	59,6	61,4
1992	59,2	62,2	61,0	60,5	59,8	61,5	57,6	62,8	59,7	61,6
1993	59,7	62,3	60,9	60,0	60,0	61,5	58,5	62,0	59,9	61,5
1994	59,5	62,2	60,9	60,1	59,9	61,4	58,8	62,8	59,9	61,4
1995	59,1	61,8	60,8	59,9	59,6	61,1	59,3	64,1	59,6	61,1
1996	59,1	61,7	60,5	59,8	59,6	60,9	59,8	63,4	59,6	60,9
1997	59,2	61,6	60,4	59,6	59,6	60,7	57,9	61,9	59,6	60,7
1998	59,3	61,6	60,5	59,7	59,7	60,7	57,9	61,6	59,7	60,7
neue Bundesländer										
1993	59,8	58,0	62,5	57,1	60,7	57,6	60,1	58,0	60,7	57,6
1994	59,6	57,5	61,8	57,3	60,3	57,4	60,2	58,2	60,3	57,4
1995	59,4	58,8	61,4	58,5	60,2	58,6	60,1	58,4	60,2	58,6
1996	56,8	57,3	60,2	58,0	58,0	57,7	58,4	57,9	58,0	57,7
1997	56,8	57,5	60,0	58,1	57,9	57,8	57,5	57,8	57,9	57,8
1998	56,9	58,1	59,7	58,4	58,0	58,2	57,2	57,9	57,9	58,2

1) Vor 1980 ist eine Geschlechtertrennung nicht möglich

Quelle: Statistik der deutschen Rentenversicherung

Herausgeber: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger

Ohne Berücksichtigung von Umwandlungen

Ohne wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhender Witwerrenten, bis 1977 sind die Witwer bei den Witwerrenten mit erfasst. 1978 bis 1986 keine Aufteilung „kleine/große“ Witwerrenten
Unterlassung gegenüber dem Vorjahr wegen Änderung des Datensatzaufbaus zum November 1991

Untererlassung gegenüber dem Vorjahr wegen Änderung des Datensatz/aufbaus zum November 1991

Die Rentenwettfälle nach Rentenarten 1960 bis 1998¹⁾ in den alten und neuen Bundesländern
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten – Männer und Frauen –
noch Übersicht 15

Jahr	Renten wegen vermindelter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters										Renten wegen Todes				
	Renten wegen vermindelter Erwerbsfähigkeit					Renten wegen Alters					Erziehungsrenten				
	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Berufungsrenten	Erwerbsunfähigkeit, Altersrenten	Erwerbsunfähigkeit, Altersrenten	Regelaltersrenten	Renten wegen Alters		Häusliche Altersrenten	Renten insgesamt	kleine	große	Renten insgesamt	Halbwaisen	Vollwaisen
							Männer	Frauen							
1960	267 636	90 970	15 680	75 290	176 666	175 285	645	736					96 076	172 521	9 161
1961	262 414	91 393	18 666	72 727	171 021	169 053	824	1 144					92 754	169 616	8 953
1962	276 603	91 624	20 565	71 059	184 979	182 267	1 144	1 568					100 458	155 284	8 252
1963	291 041	94 476	21 710	72 766	196 565	193 147	1 312	2 106					105 397	110 484	6 306
1964	280 921	90 828	21 956	68 872	190 093	185 932	1 490	2 671					102 315	88 345	5 529
1965	299 632	93 723	21 762	71 961	205 909	200 539	1 840	3 530					109 424	81 659	4 761
1966	306 835	94 858	22 015	72 843	211 977	205 581	2 092	4 304					115 422	78 104	4 460
1967	320 664	97 386	21 434	75 952	223 278	215 827	2 357	5 084					120 675	79 275	4 505
1968	341 101	100 230	21 029	79 201	240 871	232 259	2 704	5 908					127 653	73 663	4 218
1969	343 429	100 960	21 043	79 917	242 469	232 195	3 345	6 929					127 107	72 595	3 902
1970	361 274	102 867	20 692	82 175	258 407	245 696	3 867	8 844					132 690	62 113	3 292
1971	338 022	93 117	17 348	75 769	244 905	232 039	3 835	9 041					127 599	57 113	3 088
1972	345 602	94 624	16 058	78 566	250 978	236 376	4 118	10 484					132 079	59 710	2 900
1973	371 735	95 912	15 164	78 748	277 823	248 931	4 454	12 894					152 984	58 526	2 649
1974	371 460	96 484	14 944	81 540	274 976	249 304	4 995	14 280					146 480	57 544	2 944
1975	393 088	100 280	14 775	85 505	292 808	262 405	5 743	16 288					153 747	54 713	2 663
1976	425 413	108 572	14 520	94 052	316 841	278 458	6 413	19 551					166 023	60 201	3 875
1977	392 952	103 423	12 891	90 832	289 529	248 935	6 571	19 162					153 675	84 217	3 954
1978	405 436	104 750	11 755	92 993	300 686	255 508	7 312	20 531					158 088	86 685	4 142
1979	414 111	110 236	11 305	98 904	303 875	253 508	7 686	22 885					163 516	87 282	4 165
1980	461 030	125 486	13 488	113 979	335 544	274 852	8 569	27 690					177 386	90 014	4 349
1981	465 431	131 172	11 560	119 586	334 259	268 382	9 409	29 187					180 046	102 068	4 888
1982	474 925	129 671	10 706	118 926	332 559	259 867	9 943	31 378					180 031	104 886	4 818
1983	466 787	134 310	11 141	121 122	332 477	253 428	10 913	33 708					186 759	105 458	4 962
1984	460 528	130 873	9 296	121 529	329 655	244 482	11 212	35 831					184 002	105 799	5 047
1985	476 317	128 898	6 770	122 065	334 419	253 708	12 077	39 179					187 648	116 553	5 170
1986	469 960	121 206	6 173	114 898	348 754	249 663	12 781	41 409					189 841	116 983	5 210
1987	474 925	117 221	5 493	111 549	357 704	250 861	13 756	43 548					190 744	118 347	5 126
1988	471 358	111 688	5 036	106 369	359 670	247 652	14 136	45 999					196 562	110 425	4 896
1989	470 913	106 700	4 645	101 415	364 213	246 458	14 679	47 747					200 728	102 611	4 594
1990	482 518	103 319	4 249	97 903	379 199	251 878	15 782	51 912					210 507	105 312	4 656
1991 ¹⁾	444 687	92 541	3 627	87 352	352 146	259 363	15 329	49 612					194 697	91 364	4 359
1992	512 159	70 669	3 889	65 075	441 490	402 378	6 264	13 468					177 526	89 011	3 905
1993	491 070	69 342	4 550	63 368	421 728	399 049	5 191	5 775					202 628	62 704	2 860
1994	516 694	71 841	4 144	66 402	444 853	415 809	7 170	8 630					223 213	68 510	2 773
1995	524 646	69 398	3 796	64 597	455 248	423 036	8 256	7 423					227 622	75 871	3 377
1996	535 265	70 933	4 089	65 843	464 332	425 702	10 054	8 879					239 762	74 514	3 234
1997	527 675	70 685	4 086	65 739	456 987	411 449	12 729	10 135					227 363	77 966	3 298
1998	528 437	70 280	4 007	65 562	458 177	406 611	14 303	11 716					226 664	77 280	3 065
1992	46 756	3 774	7	3 766	42 982	42 868	9	60					17 284	462	11
1993	108 319	12 473	173	12 299	95 846	94 703	240	549					35 862	3 789	85
1994	151 552	21 682	870	20 811	129 870	125 896	1 633	1 360					65 622	13 883	316
1995	148 535	23 524	920	22 599	125 011	117 969	3 697	1 857					62 674	13 343	359
1996	158 063	25 977	912	25 058	132 086	122 787	5 244	2 411					66 204	16 236	547
1997	154 396	27 520	873	26 608	126 870	115 338	6 459	3 034					64 921	22 870	700
1998	152 258	26 333	1 076	27 182	123 925	109 555	7 934	4 038					59 453	22 170	841

¹⁾ Ohne Berücksichtigung von Umwandlungen

²⁾ Ohne wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhender Witwen-/Witwerrenten
³⁾ Unterlassung gegenüber dem Vorjahr wegen Änderung des Datenaufbaus zum November 1991

Übersicht 16 Die Anzahl¹⁾ der laufenden Renten nach Rentenarten 1966 bis 1998 in den alten und neuen Bundesländern
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten – Männer –

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters										Renten wegen Todes			
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					Renten wegen Alters					Einzahlungsrenten			
	Renten insgesamt	Berufs- unfähig- keitsrenten	Erwerbs- unfähig- keitsrenten ¹⁾	Erweiterte Erwerbs- unfähig- keitsrenten	insgesamt	Regel- altersrenten ²⁾	Altersrenten wegen Arbeits-losigkeit	Altersrenten für		Hinaus- geschobene Altersrenten	Renten insgesamt	große	kleine	Renten ³⁾ große ⁴⁾
								Schwererhin- derte, Berufs- oder Erwerbs- unfähige	langjährig Versicherte					
alte Bundesländer														
1966	2 548 117	605 640	491 005	204 635	1 852 477	1 810 615	41 862				6 875			6 875
1967	2 628 566	697 565	498 254	199 311	1 931 001	1 887 788	43 213				7 919			7 919
1968	2 735 297	803 500	507 977	195 523	2 031 797	1 985 768	46 029				7 539			7 539
1969	2 828 878	910 472	515 894	194 578	2 118 406	2 055 293	63 113				7 517			7 517
1970	2 890 575	913 838	522 987	190 851	2 176 737	2 097 155	79 582				7 433			7 433
1971	2 964 460	915 702	532 403	183 299	2 248 758	2 159 833	88 935				6 728			6 728
1972	3 017 625	911 039	552 386	158 653	2 306 586	2 214 096	92 490				7 329			7 329
1973	3 113 110	971 462	573 161	128 301	2 411 648	2 272 536	105 834				7 131			7 131
1974	3 262 402	1 103 372	551 448	110 372	2 600 582	2 300 185	113 942	3 001	30 277	184	7 334			7 334
1975	3 364 986	1 155 760	557 524	98 226	2 709 226	2 280 667	118 135	22 485	163 786	1 653	7 560			7 560
1976	3 452 932	1 211 311	569 169	89 142	2 794 621	2 234 815	128 548	56 086	372 191	2 981	7 869			7 869
1977	3 553 459	1 282 323	586 147	82 323	2 884 989	2 193 870	146 122	76 691	464 114	4 192	8 014			8 014
1978 ¹⁾														
1979	3 620 356	1 315 618	611 285	74 198	2 934 738	2 106 757	161 818	99 988	559 189	6 986	8 067			8 067
1980	3 617 087	1 315 618	625 184	68 989	2 922 611	2 036 117	173 159	114 343	591 095	7 807	7 813			7 813
1981	3 796 398	1 356 356	689 311	68 628	3 038 042	2 043 299	188 139	174 547	622 799	9 258	8 160	203		8 160
1982	3 832 748	1 385 385	729 174	68 614	3 034 363	1 956 875	202 710	228 022	637 251	9 505	8 317	230		8 317
1983	3 941 320	1 484 094	801 213	82 073	3 057 226	1 825 879	235 597	310 537	675 597	9 616	8 602	241		8 602
1984	3 978 406	1 519 660	838 194	80 512	3 058 746	1 735 427	253 948	354 532	705 272	9 567	8 659	250		8 659
1985	4 039 937	1 522 507	846 383	75 104	3 117 430	1 702 313	280 112	393 165	732 034	9 806	9 032	237		9 032
1986	4 030 808	1 522 507	846 383	70 174	3 147 700	1 661 990	298 390	426 994	750 811	9 515	9 542	249		9 542
1987	4 072 536	1 522 507	846 383	66 170	3 207 304	1 647 282	318 762	463 065	768 615	9 580	9 580	326		9 580
1988	4 120 027	1 522 507	846 383	63 912	3 266 070	1 628 588	340 772	497 901	789 199	9 610	9 610	474		9 610
1989	4 197 658	1 522 507	846 383	63 810	3 343 414	1 609 825	371 545	533 997	818 342	9 705	9 705	551		9 705
1990	4 278 540	1 522 507	846 383	64 696	3 426 617	1 596 633	404 969	565 208	850 029	9 778	9 778	603		9 778
1991	4 375 237	1 522 507	846 383	66 404	3 522 939	1 593 577	436 598	593 416	887 563	9 785	9 785	688		9 785
1992	4 454 931	1 522 507	846 383	70 310	3 658 219	1 503 685	466 219	626 889	918 189	9 785	9 785	706		9 785
1993	4 576 566	1 522 507	846 383	71 525	3 773 751	1 453 685	497 901	656 530	948 829	9 785	9 785	744		9 785
1994	4 734 793	1 522 507	846 383	71 910	3 935 454	1 393 454	530 055	687 447	978 886	9 785	9 785	846		9 785
1995	4 895 802	1 522 507	846 383	74 308	4 086 808	1 326 617	565 208	713 636	1 017 151	9 785	9 785	933		9 785
1996	5 051 145	1 522 507	846 383	72 137	4 229 092	1 252 939	598 390	748 041	1 047 078	9 785	9 785	1 017		9 785
1997	5 182 177	1 522 507	846 383	77 342	4 361 796	1 179 992	620 212	773 918	1 077 479	9 785	9 785	1 077		9 785
1998	5 337 943	1 522 507	846 383	78 123	4 518 016	1 106 016	642 113	787 071	1 125 647	9 785	9 785	1 178		9 785
neue Bundesländer														
1992	816 002	198 489	110	3	617 513	208	93	1 756	16 156	5	16 156			16 156
1993	832 066	193 720	140	3	638 346	5 490	654	10 798	34 955	113	34 955			34 955
1994	916 478	181 972	130	22	734 506	639 313	1 786	25 933	69 796	393	69 796			69 796
1995	1 093 542	200 879	195 429	52	892 663	653 268	187 497	3 330	80 436	510	80 436			80 436
1996	1 187 180	208 232	201 240	172	978 948	646 384	270 589	56 813	88 240	620	88 240			88 240
1997	1 242 093	214 419	205 796	960	1 027 674	618 418	337 918	7 787	94 972	675	94 972			94 972
1998	1 290 740	221 671	210 815	2 043	1 069 069	591 093	394 071	11 258	101 786	792	101 786			101 786

¹⁾ Am Stichtag der Rentenanspassung
²⁾ Bis 1980 keine Aufteilung kleine/große Witwenrente
³⁾ Ab 1993 einschl. Artikel 2 RÜG-Renten
⁴⁾ Im Jahre 1978 fand keine Rentenanspassung statt
Bis 1980 Inland, ab 1981 Inland + Ausland
Quelle: Renten nach der Rentenbestandsaufnahme des BMA

¹⁾ Am Stichtag der Rentenanpassung
²⁾ Ab 1993 einschl. Artikel 2 RÜG-Renten
³⁾ Im Jahre 1978 fand keine Rentenanpassung statt
Bis 1980 Inland, ab 1981 Inland + Ausland

noch Übersicht I 6 Die Anzahl¹⁾ der laufenden Renten nach Rentenarten 1966 bis 1998 in den alten und neuen Bundesländern
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten – Männer und Frauen –

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters										Renten wegen Invalidität				
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					Renten wegen Alters					Erziehungsrenten				
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					Renten wegen Alters					Waisenrenten				
	Renten insgesamt	Berufs- unfähig- keitsrenten	Erwerbs- unfähig- keitsrenten	Erwerbs- unfähig- keitsrenten	Erwerbs- unfähig- keitsrenten	Renten insgesamt	Regel- alters- renten ²⁾	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit	Frauen	Altersrenten für schwache, Berufs- arbeitslos, unter- langlebige	Renten insgesamt	kleine	große ³⁾	Renten insgesamt	Voll- waisen ⁴⁾
1966	4 837 812	1 426 165	466 541	959 624	3 411 647	3 115 030	51 164	245 453			2 837 294	17 202	2 820 092	427 018	14 567
1967	5 020 445	1 431 348	458 700	972 648	3 569 097	3 247 115	52 429	289 553			2 903 833	17 449	2 886 384	424 044	13 800
1968	5 258 985	1 450 364	452 801	997 563	3 808 621	3 407 319	55 375	345 927			2 974 502	17 908	2 956 594	432 311	13 661
1969	5 438 144	1 475 976	450 211	1 025 765	3 962 168	3 489 371	73 248	399 549			3 027 723	18 049	3 009 674	430 352	13 310
1970	5 626 308	1 496 141	446 022	1 050 119	4 130 167	3 583 783	90 146	456 238			3 085 214	18 301	3 066 913	430 508	12 944
1971	5 839 116	1 530 624	436 496	1 094 128	4 308 492	3 686 436	99 560	522 496			3 155 028	18 442	3 136 586	439 821	13 079
1972	6 023 767	1 564 827	405 614	1 159 213	4 458 940	3 767 742	104 236	586 962			3 196 786	17 997	3 178 789	447 759	13 260
1973	6 309 486	1 612 884	356 628	1 256 256	4 696 602	3 856 803	118 004	687 472			3 269 259	17 623	3 251 636	468 178	13 834
1974	6 629 157	1 607 272	326 145	1 281 127	5 021 885	3 933 435	127 032	767 494	350	3 072	3 322 065	17 459	3 304 606	458 509	13 381
1975	6 902 949	1 649 433	297 585	1 351 848	5 253 516	3 946 071	132 357	850 233	384	3 072	3 374 885	17 491	3 357 394	470 616	13 684
1976	7 135 320	1 697 391	272 919	1 424 472	5 437 929	3 924 562	145 229	914 743	389	3 072	3 424 877	17 749	3 407 128	479 932	14 197
1977	7 366 846	1 742 364	251 433	1 490 931	5 624 482	3 911 975	166 695	970 173	488	3 072	3 481 716	18 479	3 463 237	490 152	14 926
1978 ¹⁾	7 591 391	1 815 807	214 224	1 601 303	5 775 584	3 851 070	187 326	1 030 434	103	337	3 551 343	22 398	3 528 945	478 646	14 745
1979	7 685 582	1 860 243	192 474	1 667 123	5 825 339	3 789 496	202 028	1 075 813	118	558	3 586 228	23 841	3 562 387	474 519	14 646
1980	7 802 287	1 915 070	180 602	1 833 568	6 087 217	3 832 310	221 706	1 174 818	181	534	3 718 414	26 000	3 692 414	497 860	15 412
1981	8 287 707	2 134 024	170 316	1 962 326	6 153 683	3 721 621	241 148	1 257 326	239	443	3 767 629	27 452	3 740 177	491 024	15 399
1982	8 597 286	2 331 781	173 755	2 156 520	6 265 505	3 532 680	281 063	1 384 654	329	912	3 838 295	29 808	3 808 487	507 994	16 248
1983	8 761 524	2 412 810	147 754	2 263 340	6 348 714	3 439 726	302 034	1 457 708	378	632	3 854 797	30 112	3 824 685	493 325	15 846
1984	8 972 151	2 354 976	113 528	2 239 634	6 617 175	3 529 155	330 635	1 533 763	422	016	3 876 178	25 444	3 850 734	476 902	15 385
1985	9 041 982	2 207 120	103 834	2 101 067	6 834 862	3 599 811	350 651	1 600 134	460	475	3 887 065	25 444	3 861 498	450 992	14 518
1986	9 228 708	2 046 825	89 004	1 954 565	7 181 883	3 848 522	370 138	1 617 240	501	814	3 919 403	26 294	3 893 109	423 933	13 517
1987	9 425 305	1 934 211	84 135	1 845 214	7 491 094	3 995 438	394 947	1 689 666	542	084	3 946 455	30 562	3 915 893	400 489	12 486
1988	9 653 772	1 853 105	82 092	1 761 580	7 800 667	4 124 067	429 968	1 761 433	583	036	3 970 666	29 915	3 940 751	376 737	11 558
1989	10 127 377	1 736 665	82 811	1 622 092	8 390 712	4 372 459	504 969	1 883 840	650	181	4 003 631	29 526	3 974 105	336 523	9 597
1990	10 317 156	1 310 352	86 527	1 176 798	9 006 804	7 817 208	229 033	530 957	250	131	3 994 280	29 440	3 964 840	320 075	8 759
1991	10 317 156	1 310 352	86 527	1 176 798	9 006 804	7 817 208	229 033	530 957	250	131	3 994 280	29 440	3 964 840	320 075	8 759
1992	10 317 156	1 310 352	86 527	1 176 798	9 006 804	7 817 208	229 033	530 957	250	131	3 994 280	29 440	3 964 840	320 075	8 759
1993	10 891 499	1 312 368	87 477	1 176 158	9 587 154	7 769 932	377 620	726 599	356	745	4 038 491	25 102	4 013 389	323 543	8 337
1994	10 891 499	1 312 368	87 477	1 176 158	9 587 154	7 769 932	377 620	726 599	356	745	4 038 491	25 102	4 013 389	323 543	8 337
1995	11 223 798	1 318 853	90 008	1 192 847	9 904 945	7 743 136	476 547	843 278	414	828	4 060 055	23 760	4 036 295	320 375	7 967
1996	11 544 968	1 342 309	92 699	1 205 490	10 202 659	7 683 656	588 663	964 898	472	602	4 071 304	22 308	4 048 996	315 182	7 813
1997	11 821 244	1 348 561	92 390	1 211 578	10 472 683	7 572 799	706 529	1 100 585	533	243	4 055 150	20 277	4 034 873	300 723	7 234
1998	12 133 649	1 355 457	92 918	1 218 445	10 778 192	7 484 964	819 420	1 246 287	592	120	4 057 427	18 863	4 038 564	298 675	7 011
1992	2 755 143	357 556	247	357 308	2 397 587	2 382 272	284	13 171	100	1 760	854 062	196	853 866	82 903	1 554
1993	2 769 227	370 102	2 745	367 346	2 399 125	2 314 930	6 138	66 494	752	10 811	901 082	1 382	899 700	85 191	1 495
1994	2 871 318	375 700	7 192	368 467	2 495 618	2 262 214	69 308	136 088	2 051	25 957	959 529	3 011	956 518	88 461	1 357
1995	3 123 653	433 228	10 409	422 735	2 696 425	2 213 882	195 181	228 738	3 942	48 682	985 251	4 114	981 137	94 126	1 397
1996	3 267 791	466 605	12 951	453 362	2 801 186	2 158 551	286 734	312 611	6 286	1 57 004	992 737	4 583	988 154	99 693	1 605
1997	3 351 336	488 670	14 184	472 743	2 862 666	2 038 901	360 528	389 544	9 576	64 117	994 127	4 653	989 474	99 094	1 858
1998	3 428 810	499 750	15 729	480 228	2 929 060	1 951 503	420 660	469 276	13 938	73 683	997 255	4 940	992 315	98 534	2 017

¹⁾ Am Stichtag der Rentenanspassung

²⁾ Ab 1993 einsch. Artikel 2 RÜG-Renten

³⁾ Im Jahre 1978 fand keine Rentenanspassung statt
Bis 1980 Inland, ab 1981 Inland + Ausland

*) Einschließlich der jeweiligen Rentenanpassungen; bis 1972 jeweils zum 1. Januar des Jahres, 1973 bis 1977 jeweils zum 1. Juli des Jahres, durch die Verschiebung der Renten ab 1979 bis 1982 wieder jeweils zum 1. Januar angepaßt, ab 1983 jeweils zum 1. Juli des Jahres, 1978 land keine Rentenanpassung statt. Bis 1980 Inland, ab 1981 Inland + Ausland.

) Ab 1993 einschl. Artikel 2 RÜG-Renten

1) Rente wie in den Vorjahren vor Abzug der Eigenbeteiligung des Rentners an der KVdR (Bruttorente)

1) Rentenzahlbetrag; bis 1994 für KV-Pflichtversicherte: Rente nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentnerin

gers zur KVdR und PVdR. Ab 1995 für freiwillig und privat Versicherte nach Abzug des Eigenbeitrags

Quelle: Renten nach der Rentenbestandsaufnahme des BMA

noch Übersicht 17 Durchschnittliche Höhe der laufenden Renten nach Rentenarten 1966 bis 1998¹⁾ in den alten und neuen Bundesländern
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten – Frauen –
– DM/Monat –

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters						Renten wegen Todes					
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Renten wegen Alters			Erziehungsrenten			Waisenrenten		
	Renten insgesamt	Berufs- unfähige- Leistungsrenten	Erwerbs- unfähige- Leistungsrenten	Erwartete Erwerbs- unfähige- Leistungsrenten	ungesamt	Regel- altersrenten ²⁾	Altersrenten wegen Arbeits-losigkeit		Hinaus- geschobene Altersrenten	Renten insgesamt	kleine	große
							Frauen	Schwierig- keits- Berufs- oder Erwerbs- unfähige				
1966	153,46	83,68	120,66	131,61	175,05	163,44	201,31	235,71		188,89	96,57	189,46
1967	176,96	93,25	134,48	147,05	202,21	187,92	234,15	268,26		222,50	108,82	222,50
1968	189,34	98,80	140,25	151,98	215,98	198,67	253,11	286,12		241,14	115,42	241,14
1969	203,55	105,81	147,05	161,05	232,72	212,06	277,57	305,75		262,98	123,55	262,98
1970	214,87	110,38	151,78	161,05	245,54	222,28	282,38	320,46		280,93	129,95	281,83
1971	223,72	112,70	154,69	161,05	256,19	229,73	294,25	332,74		298,31	134,64	299,28
1972	233,99	118,76	158,23	161,05	268,58	238,30	306,89	347,95		317,48	139,94	318,49
1973	249,56	124,67	161,56	161,05	284,07	250,28	326,90	366,90		344,87	146,37	346,13
1974	331,45	160,89	207,26	161,05	331,90	331,90	401,17	493,01	345,32	440,42	176,62	441,81
1975	364,28	178,15	224,80	161,05	422,43	359,40	433,72	542,43	387,81	490,19	191,14	491,76
1976	399,77	196,67	245,37	161,05	463,87	388,68	459,43	597,75	440,60	545,19	209,07	546,95
1977	436,02	215,58	268,85	161,05	504,86	416,93	483,92	653,71	491,17	599,97	226,11	601,97
1978 ³⁾												
1979	452,75	224,07	287,17	161,05	521,73	422,29	492,35	680,97	527,23	627,79	233,98	630,30
1980	469,56	231,84	302,08	161,05	539,79	430,56	507,85	707,43	553,30	653,56	240,57	656,33
1981	489,36	241,73	318,81	161,05	562,43	443,33	529,60	732,00	582,82	673,93	243,82	676,94
1982	518,75	253,64	341,07	161,05	597,62	464,04	565,50	774,38	614,43	710,20	255,40	713,52
1983	548,84	264,46	362,76	161,05	635,56	476,16	604,14	815,59	644,52	740,63	262,88	744,34
1984	569,56	305,63	378,64	161,05	657,65	482,26	628,98	843,82	665,07	765,59	271,03	769,46
1985	588,74	399,37	407,60	161,05	666,08	476,44	655,68	869,75	686,23	787,99	270,78	791,38
1986	610,30	423,38	423,38	161,05	682,83	477,27	685,20	896,06	696,99	811,80	276,31	815,32
1987	636,85	449,98	447,82	161,05	692,85	492,08	727,95	929,44	718,08	842,32	285,90	846,06
1988	657,43	476,67	476,67	161,05	717,02	491,97	765,29	966,68	738,44	866,63	295,52	871,06
1989	679,00	510,97	509,23	161,05	716,56	494,43	805,67	996,95	760,57	891,69	295,90	896,19
1990	701,18	551,14	547,55	161,05	730,94	498,65	847,16	1028,83	783,44	917,58	299,52	922,14
1991	735,47	603,41	595,74	161,05	759,34	513,85	902,69	1077,40	820,08	958,95	309,70	963,76
1992 ⁴⁾	769,05	663,52	663,52	161,05	755,03	503,96	1020,45	1153,93	820,08	986,54	318,36	991,50
1992 ⁵⁾	861,20	628,12	857,45	161,05	713,16	665,44	1052,78	1085,54	848,82	930,64	301,18	935,31
1993	758,63	931,83	929,38	161,05	742,57	683,34	1111,77	1302,38	966,45	964,74	307,19	969,28
1994	790,68	1002,87	1002,87	161,05	771,72	699,37	1172,57	1303,87	1000,66	994,66	315,00	998,90
1995	794,06	1031,32	1031,32	161,05	773,27	688,09	1194,59	1272,32	1061,66	988,69	316,37	992,63
1996	806,42	1063,55	1063,55	161,05	784,03	684,88	1221,61	1265,35	1061,66	991,00	317,03	994,69
1997	828,39	1102,33	1102,33	161,05	804,71	689,08	1247,57	1280,50	1061,66	1004,51	318,19	1007,92
1998	849,08	1135,01	1135,01	161,05	824,61	692,17	1267,63	1301,16	1061,66	1004,52	319,19	1007,67
1999 ⁶⁾												
1999 ⁷⁾	829,08	916,16	916,16	161,05	821,30	822,19	715,18	702,04	356,08	475,08	148,41	475,15
1999 ⁸⁾	954,17	1021,29	795,37	161,05	947,45	951,17	853,92	853,84	609,10	588,62	183,61	589,22
1999 ⁹⁾	1017,93	1041,10	873,97	161,05	1008,45	1006,78	1017,36	1028,12	888,14	694,13	223,13	695,52
1999 ¹⁰⁾	1060,14	1096,27	900,35	161,05	1055,48	1055,48	1112,53	1130,01	957,46	774,62	250,17	776,72
1999 ¹¹⁾	1087,48	1111,47	940,71	161,05	1064,07	1062,96	1183,48	1405,95	1039,10	857,98	274,63	860,55
1999 ¹²⁾	1124,22	138,98	966,03	161,05	122,01	1086,60	1238,61	1452,42	1074,93	922,32	289,23	925,13
1999 ¹³⁾	146,32	156,93	956,26	161,05	144,73	1094,63	1273,19	1440,06	117,20	949,03	293,92	952,08

¹⁾ Einschließlich der jeweiligen Rentenanpassungen; bis 1972 jeweils zum 1. Januar des Jahres, 1973 bis 1977 jeweils zum 1. Juli des Jahres, 1978 fand keine Rentenanpassung statt.
Renten ab 1979 bis 1982 wieder jeweils zum 1. Januar angepaßt, ab 1983 jeweils zum 1. Juli des Jahres.

²⁾ Ab 1993 einschl. Artikel 2 RUG-Renten

³⁾ Rente wie in den Vorjahren vor Abzug der Eigenbeiträge des Rentners an der KVdR (Bruttorente)

⁴⁾ Rentenzahlbetrag; bis 1994 für KV-Pflichtversicherte: Rente nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PvdR; für freiwillig bzw. privat Versicherte: Bruttorente zzgl. Zuschuß des Rentenversicherungssträgers zur KVdR und PvdR. Ab 1995 für freiwillig und privat Versicherte nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PvdR wie für Pflichtversicherte.

Quelle: Renten nach der Rentenbestandsaufnahme des BMA

Durchschnittliche Höhe der laufenden Renten nach Rentenarten 1966 bis 1998¹⁾ in den alten und neuen Bundesländern
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten – Männer und Frauen –
noch Übersicht 17
– DM/Monat –

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters										Renten wegen Todes						
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					Renten wegen Alters					Erwerbsrenten		Waisen-/Witwenrenten				
	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt	Renten insgesamt
1966	253,25	178,45	135,02	199,57	284,52	287,10	361,83	235,71	323,71	188,84	96,57	189,40	81,94	108,45	108,45		
1967	293,91	205,15	154,39	229,09	329,34	333,27	423,50	268,26	368,26	221,75	108,82	222,43	94,68	125,69	125,69		
1968	317,02	220,94	165,44	246,13	353,61	358,65	464,85	286,12	386,12	241,05	115,42	243,81	102,24	135,35	135,35		
1969	344,50	238,63	178,61	264,96	383,94	390,08	517,88	305,75	405,75	262,88	123,55	263,71	111,07	146,43	146,43		
1970	365,62	251,09	188,43	277,70	407,11	414,36	557,38	320,46	420,46	280,79	129,95	281,69	118,25	155,33	155,33		
1971	383,63	260,90	194,58	287,36	427,22	436,21	590,46	332,74	432,74	298,14	134,64	299,10	125,01	163,98	163,98		
1972	404,89	274,24	199,98	300,22	450,74	461,84	628,41	347,95	447,95	317,30	139,94	318,31	132,69	171,08	171,08		
1973	503,19	329,58	233,02	357,00	563,06	574,31	769,47	445,25	545,25	304,65	163,57	305,00	161,34	192,78	192,78		
1974	562,05	351,00	249,64	376,80	630,97	631,67	859,37	501,95	601,95	440,17	176,62	441,36	180,28	236,58	236,58		
1975	621,39	381,64	272,53	405,66	699,35	690,13	950,44	558,70	658,70	489,91	191,14	491,14	200,81	264,16	264,16		
1976	685,77	417,98	298,48	440,88	773,89	750,86	1044,39	624,31	724,31	544,86	209,07	546,61	223,71	293,99	293,99		
1977	749,74	456,11	324,68	478,28	847,17	807,55	1133,89	694,23	794,23	599,60	226,11	601,59	232,00	310,05	310,05		
1978 ¹⁾	777,45	479,63	344,83	497,66	880,85	819,21	1170,03	736,04	836,04	627,40	233,98	629,89	237,11	333,88	333,88		
1979	801,77	500,47	362,24	516,47	909,82	834,71	1210,44	772,33	872,33	653,14	240,57	655,90	240,52	336,90	336,90		
1980	821,83	518,07	380,50	531,63	940,69	845,62	1252,01	807,61	907,61	673,46	243,22	676,49	239,07	338,05	338,05		
1981	861,08	547,75	407,33	559,86	995,13	875,82	1294,46	849,19	949,19	709,71	254,82	713,05	243,90	340,86	340,86		
1982	894,11	570,81	421,09	582,75	1050,41	888,78	1339,90	878,62	978,62	741,94	262,12	743,86	243,22	342,41	342,41		
1983	921,39	597,48	436,67	604,56	1086,44	895,18	1381,25	902,64	1002,64	765,07	270,37	768,97	252,66	347,03	347,03		
1984	945,17	633,61	458,76	631,68	1122,12	912,28	1424,36	931,56	1031,56	787,43	270,05	790,85	255,82	349,88	349,88		
1985	976,25	679,87	482,28	662,28	1162,12	932,12	1468,46	957,78	1057,78	811,20	275,65	814,75	258,97	352,70	352,70		
1986	1009,78	731,62	506,49	693,30	1207,65	952,63	1514,12	988,89	1088,89	839,37	284,27	843,12	263,17	356,54	356,54		
1987	1036,28	782,93	522,93	724,70	1249,49	968,92	1561,15	1005,61	1105,61	860,99	293,90	865,42	266,36	359,53	359,53		
1988	1066,23	840,57	563,40	763,40	1297,66	982,33	1608,74	1030,38	1130,38	883,48	293,91	887,96	269,56	362,47	362,47		
1989	1097,34	899,84	607,31	808,56	1349,42	1013,13	1658,42	1056,88	1156,88	906,82	297,19	911,34	272,82	365,60	365,60		
1990	1148,24	973,27	663,95	867,47	1404,83	1032,11	1705,02	1082,69	1182,69	945,46	307,05	950,20	278,69	371,24	371,24		
1991	1187,59	1014,62	701,50	904,62	1458,46	1047,35	1759,99	1133,93	1233,93	970,95	315,58	975,82	286,85	379,44	379,44		
1992 ²⁾	1223,38	1051,14	738,84	940,84	1514,12	1068,92	1814,12	1168,92	1268,92	995,99	324,44	1000,57	290,57	383,63	383,63		
1993	1267,94	1092,23	772,36	982,36	1570,74	1085,51	1868,74	1205,61	1305,61	1015,99	324,44	1000,57	291,95	383,63	383,63		
1994	1313,01	1137,73	808,11	1023,84	1627,51	1098,77	1923,84	1232,84	1332,84	1031,95	312,19	1000,57	291,95	383,63	383,63		
1995	1368,76	1187,67	840,40	1070,40	1682,10	1111,10	1978,10	1258,10	1358,10	1045,96	313,24	1000,57	293,42	386,48	386,48		
1996	1419,86	1240,88	880,88	1114,00	1738,85	1124,85	2027,85	1273,85	1373,85	1065,86	313,24	1000,57	296,23	389,11	389,11		
1997	1475,47	1298,16	924,16	1160,74	1794,64	1137,64	2082,64	1282,64	1382,64	1076,76	314,72	1000,57	301,43	390,09	390,09		
1998	1530,78	1353,66	972,52	1207,52	1849,98	1153,92	2137,92	1297,92	1397,92	1087,58	315,46	1000,57	303,24	392,30	392,30		
1999 ³⁾	1587,69	1409,03	1020,24	1254,24	1907,64	1169,84	2194,84	1307,84	1407,84	1098,62	315,46	1000,57	306,43	395,21	395,21		
2000 ⁴⁾	1645,17	1467,53	1070,73	1301,73	1964,45	1186,73	2251,73	1316,73	1416,73	1109,54	315,46	1000,57	309,43	397,16	397,16		
2001 ⁵⁾	1703,29	1526,53	1119,24	1349,24	2021,96	1203,62	2308,62	1325,62	1425,62	1120,46	315,46	1000,57	312,43	399,11	399,11		
2002 ⁶⁾	1761,41	1585,53	1167,75	1396,75	2078,17	1220,51	2365,51	1334,51	1434,51	1131,38	315,46	1000,57	315,43	401,06	401,06		
2003 ⁷⁾	1819,53	1644,53	1216,26	1444,26	2134,38	1237,40	2422,40	1343,40	1443,40	1142,30	315,46	1000,57	318,38	403,01	403,01		
2004 ⁸⁾	1877,65	1703,53	1264,77	1492,77	2192,59	1254,29	2479,29	1352,29	1452,29	1153,21	315,46	1000,57	321,33	404,96	404,96		
2005 ⁹⁾	1935,77	1762,53	1313,28	1541,28	2250,70	1271,18	2536,18	1361,18	1461,18	1164,13	315,46	1000,57	324,28	406,91	406,91		
2006 ¹⁰⁾	1993,89	1821,53	1361,79	1589,79	2306,81	1288,07	2593,07	1370,07	1470,07	1175,04	315,46	1000,57	327,23	408,86	408,86		
2007 ¹¹⁾	2051,91	1880,53	1410,30	1638,30	2362,92	1304,96	2649,92	1379,92	1479,92	1186,96	315,46	1000,57	330,18	410,81	410,81		
2008 ¹²⁾	2110,03	1939,53	1458,81	1686,81	2419,03	1321,85	2706,85	1388,85	1488,85	1197,88	315,46	1000,57	333,13	412,76	412,76		
2009 ¹³⁾	2168,15	2000,53	1507,32	1735,32	2475,14	1338,74	2763,74	1397,74	1497,74	1208,79	315,46	1000,57	336,08	414,71	414,71		
2010 ¹⁴⁾	2226,27	2061,53	1555,83	1783,83	2533,25	1355,63	2820,63	1397,92	1497,92	1219,71	315,46	1000,57	339,03	416,66	416,66		
2011 ¹⁵⁾	2284,39	2120,53	1604,34	1832,34	2591,36	1372,52	2877,52	1406,63	1506,63	1230,63	315,46	1000,57	341,98	418,61	418,61		
2012 ¹⁶⁾	2342,51	2179,53	1652,85	1880,85	2649,47	1389,41	2934,41	1415,52	1515,52	1241,55	315,46	1000,57	344,93	420,56	420,56		
2013 ¹⁷⁾	2400,63	2238,53	1701,36	1929,36	2707,58	1406,30	3048,19	1424,41	1524,41	1252,47	315,46	1000,57	347,88	422,51	422,51		
2014 ¹⁸⁾	2458,75	2297,53	1750,87	1977,87	2765,69	1423,19	3105,08	1433,30	1533,30	1263,39	315,46	1000,57	350,83	424,46	424,46		
2015 ¹⁹⁾	2516,87	2356,53	1799,38	2026,38	2823,80	1440,08	3161,97	1442,19	1542,19	1274,31	315,46	1000,57	353,78	426,41	426,41		
2016 ²⁰⁾	2574,99	2415,53	1847,89	2074,89	2881,91	1456,97	3218,86	1451,08	1549,08	1285,23	315,46	1000,57	356,73	428,36	428,36		
2017 ²¹⁾	2633,11	2474,53	1896,40	2123,40	2940,02	1473,86	3275,75	1456,97	1556,97	1296,15	315,46	1000,57	359,68	430,31	430,31		
2018 ²²⁾	2691,23	2533,53	1944,91	2171,91	2998,13	1490,75	3332,64	1469,86	1569,86	1307,07	315,46	1000,57	362,63	432,26	432,26		
2019 ²³⁾	2749,35	2592,53	1993,42	2220,42	3056,24	1507,64	3389,53	1478,75	1578,75	1317,99	315,46	1000,57	365,58	434,21	434,21		
2020 ²⁴⁾	2807,47	2651,53	2041,93	2268,93	3114,35	1524,53	3446,42	1487,64	1587,64	1328,91	315,46	1000,57	368,53	436,16	436,16		

Übersicht 18

**Die Anzahl und der durchschnittliche Rentenzahlbetrag¹⁾ der laufenden Renten²⁾
nach dem Rentenfallkonzept³⁾ und dem Geschlecht in der gesetzlichen Rentenversicherung
in den neuen Bundesländern seit dem 30. Juni 1990**

Stichtag ¹⁾	Anzahl der Renten				Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag in M/DM je Monat ²⁾		
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters	Renten wegen Todes			Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters	Renten wegen Todes	
		insgesamt	davon			davon	
			Witwen-/ Witwerrenten	Waisen- renten			Witwen-/ Witwerrenten
Männer							
30. 6. 1990	885 004	83	83		572,32	375,61	
1. 7. 1990	885 004	83	83		739,04	437,14	
1. 1. 1991	889 489	82	82		870,30	485,26	
1. 7. 1991	891 428	905	905		991,59	369,89	
1. 1. 1992	906 904	15 460	15 460		1 145,12	162,07	
1. 7. 1992	923 521	19 141	19 141		1 241,92	231,14	
1. 1. 1993	924 685	24 948	24 938		1 295,16	232,13	
1. 7. 1993	939 078	37 988	37 963		1 469,90	251,55	
1. 1. 1994	962 036	48 614	48 559		1 538,65	257,63	
1. 7. 1994	1 030 166	71 746	71 655		1 604,92	300,59	
1. 1. 1995	1 094 131	78 248	78 119		1 631,68	301,98	
1. 7. 1995	1 215 286	82 718	82 568		1 683,48	313,75	
1. 1. 1996	1 277 634	84 315	84 159		1 763,38	328,86	
1. 7. 1996	1 314 543	90 730	90 566		1 767,38	342,49	
1. 7. 1997	1 371 914	97 615	97 442		1 850,99	364,93	
1. 7. 1998	1 421 907	104 592	104 409		1 876,81	382,24	
Frauen							
30. 6. 1990	1 995 923	79 239	79 239		431,59	370,71	
1. 7. 1990	1 995 923	79 239	79 239		524,00	476,96	
1. 1. 1991	1 987 146	92 720	92 720		619,86	565,12	
1. 7. 1991	1 982 472	117 158	117 158		716,07	599,27	
1. 1. 1992	2 061 140	922 606	922 606		764,18	447,60	
1. 7. 1992	2 032 525	914 919	914 893		826,42	498,12	
1. 1. 1993	2 020 661	926 631	926 385		860,89	526,22	
1. 7. 1993	2 027 323	944 971	944 352		952,29	613,67	
1. 1. 1994	2 037 311	948 667	947 520		984,98	661,42	
1. 7. 1994	2 043 178	976 595	974 685		1 016,35	716,67	
1. 1. 1995	2 078 240	992 644	990 209		1 032,63	758,39	
1. 7. 1995	2 117 480	994 727	991 991		1 059,33	796,44	
1. 1. 1996	2 145 806	990 134	987 149		1 085,22	854,65	
1. 7. 1996	2 166 706	996 285	993 085		1 087,04	877,62	
1. 7. 1997	2 194 335	991 420	987 967		1 124,93	942,57	
1. 7. 1998	2 222 153	987 980	984 306		1 146,70	967,46	
Männer und Frauen							
30. 6. 1990	2 880 927	162 789	79 322	83 467	474,82	370,72	190,56
1. 7. 1990	2 880 927	162 789	79 322	83 467	590,06	476,92	233,99
1. 1. 1991	2 876 635	170 548	92 802	77 746	697,30	565,05	267,91
1. 7. 1991	2 873 900	199 506	118 063	81 443	801,53	597,51	309,11
1. 1. 1992	2 968 044	1 023 488	938 066	85 422	880,58	442,89	321,33
1. 7. 1992	2 956 046	1 019 746	934 034	85 686	956,23	492,65	341,20
1. 1. 1993	2 945 346	1 035 706	951 323	84 127	997,29	518,51	349,47
1. 7. 1993	2 966 401	1 070 497	982 315	87 538	1 116,15	599,67	364,60
1. 1. 1994	2 999 347	1 080 291	996 079	83 010	1 162,57	641,73	371,84
1. 7. 1994	3 073 344	1 139 730	1 046 340	91 389	1 213,64	688,17	366,01
1. 1. 1995	3 172 371	1 135 314	1 068 328	64 422	1 239,24	725,02	350,69
1. 7. 1995	3 332 766	1 176 587	1 074 559	99 142	1 286,93	759,36	361,90
1. 1. 1996	3 423 440	1 171 414	1 071 308	96 965	1 338,31	813,34	360,35
1. 7. 1996	3 481 249	1 190 770	1 083 651	103 755	1 343,94	832,89	353,49
1. 7. 1997	3 566 249	1 192 288	1 085 409	103 253	1 404,24	890,72	348,39
1. 7. 1998	3 644 060	1 195 310	1 088 715	102 738	1 431,59	911,33	342,61

¹⁾ Für Pflichtversicherte nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR. Bei freiwillig/privat KV/PV-Versicherten bis 1/95 Bruttorente zuzüglich Zuschuß des Rentenversicherungsträgers zur KVdR und PVdR; ab 7/95 nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur KVdR und PVdR.

²⁾ bis 7/91 nur Vollrenten nach altem Recht ggf. einschl. FZR; ab 1/92 alle Renten der GRV (einschl. Rententeile aus ehem. Zusatz- und Sonderversorgungssystemen), ohne vollst. ruhende Witwen-/Witwerrenten und Knappschaftsausgleichsleistungen

³⁾ Anzahlen und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Einzelrenten (An Mehrfachrentner geleistete Renten werden einzeln entsprechend ihren Rentenarten gezählt)

⁴⁾ zu den Stichtagen 1/1991 und 1/1992: Rentenbestandsaufnahme des VDR; sonst Rentenbestandsaufnahme des BMA

⁵⁾ 1990 Nettorentenhöhen geschätzt aus Angaben z. Höhe d. Vollrenten aus d. Sozialpflichtversicherung u. d. FZR-Renten; ab 1/92 Rentenhöhen ggf. einschl. Auffüllbetrag

Übersicht 19

Die Höhe der durchschnittlichen Entgeltpunkte¹⁾ und die angerechneten rentenrechtlichen Zeiten²⁾ in den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters der gesetzlichen Rentenversicherung³⁾ nach dem Geschlecht in den alten und neuen Bundesländern von 1985⁴⁾ bis 1998

a) alte Bundesländer

Höhe der durchschnittlichen Entgeltpunkte von ... bis unter ...	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters in v.H. zum 31. Dezember des Jahres ⁵⁾																	
	1985		1987		1989		1991		1993		1995		1996		1997		1998	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
unter 0,2	0,14	2,70	0,14	2,44	0,13	2,15	0,12	1,93	0,14	1,66	0,14	1,45	0,13	1,33	0,13	1,28	0,14	1,11
0,2-0,4	0,72	14,67	0,69	13,46	0,66	12,18	0,61	11,04	0,66	9,64	0,69	8,64	0,66	8,16	0,73	8,15	0,76	7,08
0,4-0,6	1,81	24,14	1,76	23,40	1,70	22,66	1,60	22,14	1,71	20,33	1,85	19,72	1,89	19,35	2,15	19,77	2,33	18,75
0,6-0,8	8,06	36,33	7,86	37,20	7,66	38,24	7,44	39,10	8,03	42,09	8,70	43,60	9,10	44,17	9,50	43,98	9,50	41,47
0,8-1,0	23,23	11,72	23,71	13,12	24,30	14,65	24,90	15,95	23,21	16,02	23,30	16,15	23,20	16,30	23,41	16,12	22,91	19,90
1,0-1,2	31,12	5,78	31,24	5,93	31,52	5,95	32,15	5,91	32,34	6,18	32,14	6,31	32,11	6,47	32,20	6,42	31,66	7,02
1,2-1,4	19,39	2,73	19,57	2,69	19,67	2,59	19,71	2,50	20,46	2,58	20,26	2,62	20,16	2,67	19,65	2,68	20,04	2,89
1,4-1,6	9,47	1,27	9,72	1,19	9,83	1,10	9,80	1,03	10,25	1,03	10,32	1,04	10,43	1,07	10,06	1,10	10,73	1,21
1,6-1,8	3,31	0,42	3,05	0,38	2,72	0,32	2,33	0,28	1,47	0,18	1,78	0,28	1,62	0,29	1,53	0,31	1,37	0,35
1,8 u.m.	2,75	0,23	2,25	0,19	1,79	0,16	1,33	0,12	1,73	0,29	0,81	0,21	0,70	0,20	0,63	0,21	0,56	0,22
Ø Entgeltpunkte	1,1246	0,6595	1,1203	0,6683	1,1151	0,6774	1,1093	0,6847	1,1086	0,7013	1,1004	0,7097	1,0975	0,7147	1,0898	0,7141	1,0913	0,7334
Renten insgesamt in 1 000	3 706	4 721	3 777	4 985	3 932	5 320	4 294	5 675	4 187	5 479	4 374	5 724	4 510	5 883	4 432	5 770	4 722	6 152

b) neue Bundesländer

Höhe der durchschnittlichen Entgeltpunkte von ... bis unter ...	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters in v. H. zum 31. Dezember des Jahres									
	1993		1995		1996		1997		1998	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
unter 0,2	0,01	0,06	0,06	0,18	0,05	0,13	0,05	0,12	0,04	0,11
0,2-0,4	0,19	2,62	0,44	3,67	0,39	3,37	0,36	3,17	0,33	2,79
0,4-0,6	0,85	10,73	1,56	11,51	1,33	10,63	1,24	9,96	1,03	8,85
0,6-0,8	8,26	36,83	9,82	38,93	8,97	40,44	8,68	41,74	8,38	40,24
0,8-1,0	22,40	32,53	26,52	32,45	26,51	32,03	26,47	31,62	26,89	33,80
1,0-1,2	41,43	13,44	35,71	9,39	36,72	9,27	35,12	9,05	35,09	9,53
1,2-1,4	19,04	2,90	17,93	2,77	18,26	2,95	18,12	3,06	18,20	3,26
1,4-1,6	6,87	0,67	6,77	0,90	6,66	0,98	6,63	1,09	6,75	1,20
1,6-1,8	0,57	0,08	1,05	0,14	0,99	0,13	1,23	0,13	1,18	0,14
1,8 u.m.	0,39	0,15	0,15	0,08	0,13	0,07	0,12	0,06	0,11	0,07
Ø Entgeltpunkte	1,0789	0,8153	1,0651	0,7941	1,0696	0,7989	1,0816	0,8015	1,0838	0,8139
Renten insgesamt in 1 000	374	883	1 140	1 986	1 226	2 026	1 287	2 053	1 287	1 331

¹⁾ Bis 1991 persönliche Bemessungsgrundlage

²⁾ Bis 1991 Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre

³⁾ Bis 1991 Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

⁴⁾ In den neuen Bundesländern ab 1993

⁵⁾ Bis 1991 zum 1. Juli des Jahres

Quelle: Bis 1991 Rentenbestandsaufnahme des BMA, ab 1993 des VDR

noch Übersicht 19

Die Höhe der durchschnittlichen Entgeltpunkte¹⁾ und die angerechneten rentenrechtlichen Zeiten²⁾ in den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters der gesetzlichen Rentenversicherung³⁾ nach dem Geschlecht in den alten und neuen Bundesländern von 1985⁴⁾ bis 1998

a) alte Bundesländer

Höhe der angerechneten rentenrecht- lichen Zeiten von bis unter Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters in v.H. zum 31. Dezember des Jahres ⁵⁾																	
	1985		1987		1989		1991		1993		1995		1996		1997		1998	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
unter 5	0,91	0,46	0,92	0,50	0,99	1,60	1,02	2,11	0,29	1,59	0,25	1,46	0,23	1,39	0,22	1,38	0,20	1,26
5-10	2,34	9,33	2,41	9,51	2,70	10,74	2,72	11,19	1,54	11,32	1,46	11,45	1,45	11,50	1,48	11,73	1,50	11,68
10-15	2,85	7,79	2,96	7,62	3,31	8,50	3,23	8,62	2,41	8,53	2,30	8,71	2,24	8,83	2,21	8,98	2,17	8,98
15-20	7,40	24,56	7,14	23,76	6,19	20,38	5,66	19,10	4,08	17,90	3,81	16,81	3,69	16,21	3,55	15,76	3,47	15,08
20-25	5,87	14,79	5,68	14,41	5,48	13,85	5,21	13,35	3,75	12,90	3,58	12,46	3,46	12,20	3,30	11,97	3,19	11,69
25-30	6,15	12,46	5,88	12,33	5,64	12,06	5,36	11,84	4,27	11,93	4,03	11,88	3,94	11,80	3,85	11,73	3,77	11,75
30-35	6,76	10,03	6,44	10,30	6,25	10,53	6,06	10,79	5,39	11,20	5,02	11,37	4,87	11,57	4,76	11,64	4,62	11,89
35-40	14,25	9,41	14,35	9,91	14,48	10,36	14,61	10,73	14,89	11,36	13,71	11,73	13,28	11,94	13,05	12,10	12,67	12,44
40-45	21,75	8,44	22,58	8,84	23,23	9,14	24,09	9,39	28,35	10,18	30,03	10,98	30,98	11,38	31,85	11,50	32,19	12,02
45-50	30,49	2,69	30,47	2,77	30,57	2,78	30,95	2,80	34,17	3,04	34,93	3,09	34,99	3,12	34,92	3,13	35,43	3,16
50 und mehr	1,23	0,05	1,19	0,06	1,16	0,07	1,10	0,08	0,86	0,05	0,89184	0,05975	0,88	0,06	0,82	0,06	0,80	0,06
Ø Jahre	36,5	24	36,6	24,2	36,7	24,1	37,2	24,3	39,2	24,9	39,5	25,1	39,6	25,3	39,7	25,3	39,8	25,6
Renten insgesamt in 1.000	3 706	4 721	3 777	4 985	3 932	5 320	4 294	5 675	4 187	5 479	4 374	5 724	4 510	5 883	4 432	5 770	4 722	6 152

b) neue Bundesländer

Höhe der angerechneten rentenrechtlichen Zeiten von bis unter Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters in v.H. zum 31. Dezember des Jahres									
	1993		1995		1996		1997		1998	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
unter 5		0,81	0,01	0,64	0,01	0,57	0,01	0,51	0,01	0,45
5-10	0,03	3,10	0,11	2,58	0,10	2,35	0,10	2,16	0,11	1,97
10-15	0,04	4,29	0,11	3,94	0,11	3,56	0,11	3,26	0,12	2,97
15-20	0,09	6,12	0,15	5,95	0,15	5,39	0,15	4,96	0,16	4,57
20-25	0,19	7,94	0,23	7,87	0,21	7,24	0,22	6,76	0,23	6,29
25-30	0,52	11,09	0,44	11,22	0,39	10,56	0,38	10,02	0,37	9,49
30-35	1,44	15,72	1,18	15,41	1,05	14,93	0,99	14,52	0,92	14,11
35-40	8,06	22,90	5,56	20,61	5,39	20,90	5,43	21,26	5,52	21,64
40-45	18,11	23,12	18,92	23,60	22,27	26,01	24,85	27,80	26,73	29,54
45-50	41,54	4,91	44,92	7,57	45,51	7,95	45,58	8,26	45,64	8,51
50 und mehr	29,99		28,36	0,60	24,82	0,54	22,18	0,50	20,20	0,47
Ø Jahre	46,35	32,18	46,37	32,88	46,14	33,54	45,91	34,06	45,74	34,57
Renten insgesamt in 1.000	374	883	1.140	1.986	1.226	2.026	1.287	2.053	1.331	2.096

¹⁾ Bis 1991 persönliche Bemessungsgrundlage

²⁾ Bis 1991 Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre

³⁾ Bis 1991 Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

⁴⁾ Bis 1991 zum 1. Juli des Jahres

⁵⁾ Bis 1991 zum 1. Juli des Jahres

Quelle: Bis 1991 Rentenbestandsaufnahme des BMA, ab 1993 des VDR

Die Entwicklung des durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelts der Versicherten, der allgemeinen Bemessungsgrundlage/des aktuellen Rentenwertes, der Beitragsbemessungsgrenze, einer 1957 festgesetzten Altersrente und des Rentenniveaus in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den alten Bundesländern

Jahr	Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt ¹⁾	Allgemeine Bemessungsgrundlage ²⁾ DM/Jahr aktueller Rentenwert ³⁾	Beitragsbemessungsgrenze	Altersrente am 1. Juli des Jahres ⁴⁾						Brutto-rentenniveau ⁵⁾ bei 45 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren v.H.	Netto-rentenniveau ⁶⁾ bei 45 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren v.H.
				DM/Monat ³⁾		Veränderung gegenüber dem Vorjahr v.H.		1957 = 100			
				brutto	netto	brutto	netto	brutto	netto		
1957	5 043	4 281	750	240,90	240,90			100,0	100,0	57,3	66,7
1958	5 330	4 542	750	240,90	240,90	—	—	100,0	100,0	54,2	63,8
1959	5 602	4 812	800	255,50	255,50	6,1	6,1	106,1	106,1	54,7	64,2
1960	6 101	5 072	850	270,70	270,70	5,94	5,9	112,4	112,4	53,2	63,2
1961	6 723	5 325	900	285,30	285,30	5,4	5,4	118,4	118,4	50,9	60,9
1962	7 328	5 678	950	299,60	299,60	5,0	5,0	124,4	124,4	49,1	59,0
1963	7 775	6 142	1 000	319,40	319,40	6,6	6,6	132,6	132,6	49,3	59,6
1964	8 467	6 717	1 100	345,50	345,50	8,2	8,2	143,4	143,4	49,0	59,5
1965	9 229	7 275	1 200	377,90	377,90	9,4	9,4	156,9	156,9	49,1	59,3
1966	9 893	7 857	1 300	409,30	409,30	8,3	8,3	169,9	169,9	49,6	60,7
1967	10 219	8 490	1 400	442,00	442,00	8,0	8,0	183,5	183,5	51,9	63,7
1968	10 842	9 196	1 600	477,60	468,00	8,1	5,9	198,3	194,3	52,9	64,5
1969	11 839	9 780	1 700	517,30	507,00	8,3	8,3	214,7	210,5	52,4	65,0
1970	13 343	10 318	1 800	550,20	550,20	6,35	8,5	228,4	228,4	49,5	63,9
1971	14 931	10 967	1 900	580,40	580,40	5,5	5,5	240,9	240,9	46,6	61,2
1972	16 335	12 008	2 100	616,90	616,90	6,3	6,3	256,1	256,1	47,5	64,0
1973	18 295	13 371	2 300	675,50	675,50	9,5	9,5	280,4	280,4	46,8	63,2
1974	20 381	14 870	2 500	752,20	752,20	11,35	11,4	312,2	312,2	46,8	63,9
1975	21 808	16 520	2 800	836,50	836,50	11,2	11,2	347,2	347,2	48,6	66,1
1976	23 335	18 337	3 100	929,30	929,30	11,1	11,1	385,8	385,8	50,4	70,2
1977	24 945	20 161	3 400	1 031,50	1 031,50	11,0	11,0	428,2	428,2	52,1	73,2
1978	26 242		3 700	1 134,10	1 134,10	9,9	9,9	470,8	470,8	51,9	72,1
1979	27 685	21 068	4 000	1 185,10	1 185,10	4,5	4,5	491,9	491,9	51,4	71,1
1980	29 485	21 911	4 200	1 232,50	1 232,50	4,0	4,0	511,6	511,6	50,2	70,3
1981	30 900	22 787	4 400	1 281,80	1 281,80	4,0	4,0	532,1	532,1	49,8	69,9
1982	32 198	24 099	4 700	1 355,60	1 355,60	5,76	5,8	562,7	562,7	50,5	71,5
1983	33 293	25 445	5 000	1 431,30	1 417,00	5,59	4,53	594,1	588,2	50,2	71,3
1984	34 292	26 310	5 200	1 480,00	1 435,60	3,4	1,31	614,4	595,9	50,9	72,0
1985	35 286	27 099	5 400	1 524,40	1 455,80	3,0	1,41	632,8	604,3	51,1	71,8
1986	36 627	27 885	5 600	1 568,60	1 487,04	2,9	2,15	651,1	617,3	50,7	70,2
1987	37 726	28 945	5 700	1 628,20	1 532,13	3,8	3,03	675,9	636,0	50,8	70,6
1988	38 896	29 814	6 000	1 677,10	1 578,15	3,0	3,00	696,2	655,1	51,0	70,3
1989	40 063	30 709	6 100	1 727,40	1 615,99	3,0	2,40	717,1	670,8	51,0	70,7
1990	41 946	31 661	6 300	1 781,00	1 667,01	3,1	3,16	739,3	692,0	50,2	67,6
1991	44 421	33 149	6 500	1 864,70	1 750,96	4,7	5,04	774,1	726,8	49,2	67,5
1992	46 820	42,63	6 800	1 918,35	1 798,46	2,88	2,71	796,3	746,6	48,5	67,2
1993	48 178	44,49	7 200	2 002,05	1 867,92	4,36	3,86	831,1	775,4	48,8	67,3
1994	49 142	46,00	7 600	2 070,00	1 931,31	3,39	3,39	859,3	801,7	49,7	69,6
1995	50 665	46,23	7 800	2 080,35	1 932,65	0,50	0,07	863,6	802,3	49,2	70,4
1996	51 678	46,67	8 000	2 100,15	1 941,59	0,95	0,46	871,8	806,0	48,5	70,6
1997	52 143	47,44	8 200	2 134,80	1 973,63	1,65	1,65	886,2	819,3	48,7	71,9
1998	52 925	47,65	8 400	2 144,25	1 980,22	0,44	0,33	890,1	822,0	48,5	71,6
1999	54 407	48,29	8 500	2 173,05	2 007,90	1,34	1,40	902,1	833,5	47,5	70,2

¹⁾ 1998 vorläufig, 1999 geschätzt

²⁾ 1978: 21 608 (1. Halbjahr), 21 068 (2. Halbjahr).

³⁾ ab 1992

⁴⁾ Altersrente eines Versicherten mit durchschnittlichem Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten der ArV und der AnV und nach 45 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren.

⁵⁾ Vor 1983 am 1. Januar des Jahres

⁶⁾ Im Kalenderjahr; Bruttorente bzw. Rentenzahlbetrag gemessen am Brutto- bzw. Nettoarbeitsentgelt

Übersicht III

Die Entwicklung des aktuellen Rentenwertes ¹⁾, der Beitragsbemessungsgrenze und einer 1990 festgestellten Altersrente in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in den neuen Bundesländern

Jahr	Aktueller Rentenwert ¹⁾		Beitragsbemessungsgrenze		Altersrente ²⁾				Brutto-	Netto-
	DM/Monat		DM/ Jahr		DM/Monat				rentenniveau ³⁾ bei 45 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren v.H.	
	1. Januar	1. Juli	1. Januar	1. Juli	1. Januar		1. Juli			
					brutto	netto	brutto	netto		
1990		15,95		2 700			717,95	672,00		
1991	18,35	21,11	3 000	3 400	825,85	773,00	949,79	889,00	49,9	60,5
1992	23,57	26,57	4 800	4 800	1 060,65	992,77	1 195,65	1 119,73	46,1	59,7
1993	28,19	32,17	5 300	5 300	1 268,55	1 188,00	1 447,65	1 357,17	48,0	62,0
1994	33,34	34,49	5 900	5 900	1 500,30	1 406,53	1 552,05	1 451,17	51,0	67,2
1995	35,45	36,33	6 400	6 400	1 595,25	1 483,59	1 634,85	1 522,05	50,7	67,1
1996	37,92	38,38	6 800	6 800	1 706,40	1 588,66	1 727,10	1 597,57	52,4	69,9
1997	38,38	40,51	7 100	7 100	1 727,10	1 597,57	1 822,95	1 680,77	53,3	71,6
1998	40,51	40,87	7 000	7 000	1 822,95	1 680,77	1 839,15	1 693,86	54,3	72,3
1999	40,87	42,01	7 200	7 200	1 839,15	1 693,86	1 890,45	1 741,11	53,7	71,4

¹⁾ Bis Juli 1991 ermittelt als Quotient aus Altersrente (brutto) und 45 Versicherungsjahren.

²⁾ Altersrente eines Versicherten mit durchschnittlichem Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten der ArV und der AnV und nach 45 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren.

³⁾ Im Kalenderjahr; Brutto- bzw. Nettorente gemessen am Brutto- bzw. Nettoarbeitsentgelt; 1998 geschätzt; 1990 keine Angaben wegen Währungs- umstellung

**Die Einnahmen und die Ausgaben 1983 bis 1990 in den alten Bundesländern
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten**

Position	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
	Millionen DM							
Einnahmen								
Beiträge	121 112	129 159	137 661	145 891	148 286	153 807	161 355	174 916
Zuschüsse und Erstattungen								
allgemeiner Bundeszuschuß								
nach § 213 SGB VI ¹⁾	22 386	24 244	25 367	25 917	26 739	27 613	28 503	29 697
sonstige Erstattungen aus								
öffentlichen Mitteln ²⁾	1 276	1 250	1 235	1 330	1 839	3 510	4 047	5 077
Erstattungen in der Wanderversicherung für								
Renten von der KnRV	359	410	410	411	417	428	444	462
Vermögenserträge	1 110	896	794	797	855	1 038	1 444	2 225
Sonstige Einnahmen								
(Gewinne, Säumniszuschläge usw.)	57	49	52	54	45	47	58	67
Einnahmen insgesamt	146 300	156 008	165 519	174 400	178 181	186 443	195 851	212 444
Ausgaben								
Renten ³⁾	127 769	135 318	141 007	146 237	153 056	160 345	167 904	175 874
Pauschale Rentenzahlungen an die								
Volksrepublik Polen								
Erstattungen in der Wanderversicherung für								
Renten an die KnRV	2 831	3 276	3 348	3 431	3 557	3 753	3 962	4 190
Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung								
und Wiederherstellung der Erwerbs-								
fähigkeit und zusätzliche Leistungen	3 929	3 842	4 185	4 423	4 677	5 066	5 328	5 454
Krankenversicherung der Rentner	12 958	12 935	11 089	9 946	9 338	9 229	10 082	10 971
Pflegeversicherung der Rentner								
KLG-Leistungen					161	904	1 670	2 431
Beteiligung an den Kosten für die								
knappschaftliche Rentnerkranken-								
versicherung (§ 104 Abs. 4 RKG) ⁴⁾	506	100	100	100	100	100	100	100
Beitragererstattungen	289	1 895	1 452	347	245	266	254	201
Wanderungsausgleich an KnRV								
§ 223 Abs. 6 SGB VI	9	10	10	11				
Verwaltungs- und Verfahrenskosten	2 792	2 861	2 899	3 067	3 143	3 247	3 392	3 613
Finanzausgleich nach § 218 SGB VI ⁵⁾								
Sonstige Ausgaben	17	25	21	23	17	30	19	18
Ausgaben insgesamt	151 100	160 262	164 111	167 585	174 294	182 940	192 711	202 852
Einnahmen weniger Ausgaben	- 4 800	- 4 254	1 408	6 815	3 887	3 503	3 140	9 592

¹⁾ 1980 und 1981 einschließlich zurückgezahlter Teile aus dem Jahre 1973 in Höhe von je: ArV 525 Mio. DM, AnV 725 Mio. DM. 1985 einschließlich der Bundeszuschüsse nach dem Gesetz zur Stärkung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (ArV 186 Mio. DM, AnV 42 Mio. DM).

²⁾ Erstattungen der Versorgungsdienststellen sowie des Bundes ab 1979 für Kinderzuschüsse und ab 1986/87 bis 1991 für Leistungen nach dem HEZG und dem KLG.

³⁾ Einschließlich der zu Lasten anderer Rentenversicherungsträger ausgezahlten Rententeile.

⁴⁾ Ab 1984 Beteiligung an den Kosten der knappschaftlichen Krankenversicherung nach Art. 2 § 26 e KnVNG.

⁵⁾ Finanzausgleich an die Rentenversicherung der Arbeiter der neuen Bundesländer

nach Übersicht 112

Die Einnahmen und die Ausgaben 1991 bis 1998 in den alten Bundesländern
Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Position	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen DM							
Einnahmen								
Beiträge	183 328	193 310	196 356	215 758	225 324	236 036	248 463	250 063
Zuschüsse und Erstattungen								
allgemeiner Bundeszuschuß nach § 213 SGB VI ¹⁾	32 740	38 706	40 619	46 920	46 771	49 246	53 681	64 121
sonstige Erstattungen aus öffentlichen Mitteln ²⁾	5 930	1 100	1 215	1 182	1 186	1 195	1 165	1 008
Erstattungen in der Wanderversicherung für Renten von der KnRV	487	517	547	578	595	599	609	615
Vermögenserträge	3 401	4 212	3 710	2 095	1 551	805	610	622
Sonstige Einnahmen (Gewinne, Säumniszuschläge usw.)	70	69	78	100	200	2 102	201	230
Einnahmen insgesamt	225 956	237 914	242 525	266 633	275 627	289 983	304 729	316 659
Ausgaben								
Renten ³⁾	186 407	196 917	208 860	222 001	231 507	238 694	247 084	255 573
Pauschale Rentenzahlungen an die Volksrepublik Polen								
Erstattungen in der Wanderversicherung für Renten an die KnRV	4 461	4 639	5 011	5 392	5 658	5 815	5 871	5 978
Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbs- fähigkeit und zusätzliche Leistungen	6 032	6 666	7 478	7 970	8 257	8 545	6 399	6 016
Krankenversicherung der Rentner	11 298	11 798	13 094	14 402	14 869	15 314	15 918	16 584
Pflegeversicherung der Rentner					1 080	1 525	2 006	2 074
KLK-Leistungen	2 890	2 807	2 713	2 636	2 471	2 276	2 106	2 059
Beteiligung an den Kosten für die knappschaftliche Rentnerkranken- versicherung (§ 104 Abs. 4 RKG) ⁴⁾	229	283	342	437	418	409	170	239
Beitragserrstattungen								
Wanderungsausgleich an KnRV § 223 Abs. 6 SGB VI		132	260	408	499	617	794	887
Verwaltungs- und Verfahrenskosten	3 940	4 250	4 507	4 586	4 832	4 872	4 572	4 707
Finanzausgleich nach § 218 SGB VI ⁵⁾		3 615	5 967	7 931	8 891	9 879	9 927	9 312
Sonstige Ausgaben	25	43	41	48	69	66	87	77
Ausgaben insgesamt	215 282	231 150	248 273	265 811	278 551	288 012	294 934	303 506
Einnahmen weniger Ausgaben	10 674	6 764	- 5 748	822	- 2 924	1 971	9 795	13 153

¹⁾ 1980 und 1981 einschließlich zurückgezahlter Teile aus dem Jahre 1973 in Höhe von je: ArV 525 Mio. DM, AnV 725 Mio. DM. 1985 einschließlich der Bundeszuschüsse nach dem Gesetz zur Stärkung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (ArV 186 Mio. DM, AnV 42 Mio. DM).

²⁾ Erstattungen der Versorgungsdienststellen sowie des Bundes ab 1979 für Kinderzuschüsse und ab 1986/87 bis 1991 für Leistungen nach dem HEZG und dem KLK.

³⁾ Einschließlich der zu Lasten anderer Rentenversicherungsträger ausgezahlten Rententeile.

⁴⁾ Ab 1984 Beteiligung an den Kosten der knappschaftlichen Krankenversicherung nach Art. 2 § 26 e KnVNG.

⁵⁾ Finanzausgleich an die Rentenversicherung der Arbeiter der neuen Bundesländer

Die Einnahmen und die Ausgaben 1990 bis 1998 in den neuen Bundesländern

Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Position	2. Halb- jahr 1990 ^{a)}	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Millionen DM								
Einnahmen									
Beiträge	9 155	25 598	32 553	36 051	40 904	44 970	46 580	48 939	47 764
Zuschüsse und Erstattungen									
Bundeszuschuß ¹⁾	3 640	5 641	7 740	8 991	11 496	12 774	13 987	15 209	18 187
sonstige Erstattungen aus öffentlichen Mitteln ²⁾	750	–	194	225	244	510	360	439	470
Erstattungen in der Wander- versicherung für Renten von der KnRV	–	–	1	14	52	101	129	125	132
Vermögenserträge ³⁾	35	79	222	214	96	62	39	46	46
Finanzausgleich nach § 218 SGB VI ⁴⁾	–	–	3 615	5 967	7 931	8 891	9 879	9 927	9 312
Sonstige Einnahmen	–	8	56	78	68	121	85	79	89
Einnahmen insgesamt	13 580	31 326	44 381	51 540	60 791	67 429	71 059	74 764	76 000
Ausgaben									
Renten ⁵⁾	12 293	28 487	39 937	46 827	55 030	63 831	68 381	70 537	73 008
Erstattungen in der Wander- versicherung für Renten an die KnRV	–	–	1 273	1 377	1 795	1 997	2 134	2 193	2 265
Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit und zusätzliche Leistungen	402	220	399	589	958	1 323	1 645	1 372	1 581
Knappschaftsausgleichsleistungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Krankenversicherung der Rentner	787	1 595	2 505	2 833	3 390	4 108	4 436	4 804	5 135
Pflegeversicherung der Rentner	–	–	–	–	–	296	445	593	618
KLK-Leistungen	–	–	1	5	12	72	58	43	47
Beitragerstattungen	–	–	–	–	1	3	3	2	2
Wanderungsausgleich an KnRV § 223 (6) SGB VI	–	–	337	621	976	1 145	1 399	1 689	1 711
Verwaltungs- und Verfahrenskosten ⁶⁾	98	482	908	1 191	1 351	1 502	1 437	1 343	1 352
Finanzausgleich nach § 218 SGB VI	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige Ausgaben	–	26	–	22	89	157	163	85	41
Ausgaben insgesamt	13 580	30 810	45 360	53 465	63 602	74 434	80 101	82 661	85 760
Einnahmen weniger Ausgaben		516	– 979	– 1 925	– 2 811	– 7 005	– 9 042	– 7 897	– 9 760

^{a)} einschließlich KnRV

¹⁾ Allgemeiner Bundeszuschuß nach § 213 SGB VI; im 2. Halbjahr 1990 einschl. 1 340 Mio. DM Defizitdeckung

²⁾ In 1990: Anschubfinanzierung; ab 1992: Erstattungen der Versorgungsdienststellen

³⁾ In 1990 einschl. sonstiger Einnahmen

⁴⁾ von der Rentenversicherung der Angestellten in den alten Bundesländern

⁵⁾ einschl. der zu Lasten anderer Rentenversicherungsträger ausgezahlten Leistungsanteile

⁶⁾ Im 2. Halbjahr 1990 einschl. sonstige Ausgaben

Übersicht I 14

**Schwankungsreserve, verfügbare liquide Mittel und Finanzausgleich
in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten von 1974 bis 1998 ¹⁾**

a = in Mio, DM/b = in Monatsausgaben

Jahr	Schwankungsreserve			verfügbare liquide Mittel			Finanz- ausgleich
	ArV	AnV	ArV/AnV	ArV	AnV	ArV/AnV	ArV/AnV
1974 a	6 474	37 868	44 342	3 225	11 478	14 703	2 146
b	2,0	19,8	8,6	1,0	6,0	2,9	
1975 a	7 001	35 978	42 979	3 156	6 380	9 536	10 045
b	2,0	15,5	7,4	0,9	2,8	1,6	
1976 a	6 744	29 042	35 786	2 339	7 389	9 728	13 222
b	2,0	8,8	5,4	0,7	2,2	1,5	
1977 a	5 495	19 834	25 329	2 325	4 393	6 718	13 107
b	1,5	5,0	3,3	0,6	1,1	0,9	
1978 a	5 930	12 229	18 159	2 679	3 286	5 965	10 863
b	1,5	2,8	2,2	0,7	0,8	0,7	
1979 a	6 083	10 288	16 371	3 795	3 404	7 199	7 131
b	1,5	2,3	1,9	0,9	0,8	0,8	
1980 a	6 689	12 050	18 739	4 466	5 813	10 279	5 093
b	1,5	2,8	2,1	1,0	1,3	1,2	
1981 a	7 185	14 554	21 739	5 406	8 402	13 808	6 516
b	1,5	3,3	2,4	1,1	1,9	1,5	
1982 a	7 692	12 853	20 545	6 138	6 774	12 912	7 729
b	1,5	2,7	2,1	1,2	1,4	1,3	
1983 a	7 212	7 816	15 028	4 042	3 848	7 890	10 044
b	1,4	1,5	1,5	0,8	0,7	0,8	
1984 a	1 439	8 334	9 773	1 567	1 574	3 141	5 571
b	0,3	1,5	0,9	0,3	0,3	0,3	
1985 a	2 958	8 239	11 197	2 372	3 144	5 516	9 051
b	0,5	1,5	1,0	0,4	0,6	0,5	
1986 a	8 148	9 633	17 781	5 665	6 528	12 193	9 434
b	1,5	1,6	1,6	1,0	1,1	1,1	
1987 a	8 152	12 874	21 026	6 635	9 399	16 034	6 560
b	1,5	2,1	1,8	1,2	1,5	1,4	
1988 a	8 789	14 550	23 339	8 419	10 444	18 863	8 240
b	1,5	2,3	1,9	1,4	1,7	1,6	
1989 a	8 964	16 867	25 831	8 850	13 068	21 918	8 059
b	1,5	2,5	2,0	1,5	2,0	1,7	
1990 a	9 449	25 499	34 948	9 492	21 992	31 484	5 308
b	1,5	3,6	2,6	1,5	3,1	2,4	
1991 a	10 531	32 364	42 895	9 165	30 483	39 648	6 043
b	1,3	4,0	2,7	1,1	3,8	2,5	
1992 a	4 571	44 485	49 056	6 137	40 243	46 380	4 603
b	0,5	4,6	2,6	0,7	4,2	2,5	
1993 a	4 275	34 422	38 697	4 739	31 838	36 577	21 528
b	0,5	2,9	1,9	0,6	2,7	1,8	
1994 a	4 610	28 845	33 455	4 653	25 997	30 650	20 422
b	0,5	2,3	1,5	0,5	2,1	1,4	
1995 a	4 869	17 093	21 962	3 244	15 914	19 158	24 325
b	0,5	1,2	0,9	0,3	1,2	0,8	
1996 a	5 093	9 112	14 205	4 418	6 470	10 888	23 220
b	0,5	0,6	0,6	0,4	0,5	0,5	
1997 a	5 234	9 033	14 267	3 336	8 110	11 446	19 728
b	0,5	0,6	0,6	0,3	0,6	0,5	
1998 a	5 589	12 347	17 936	4 553	10 912	15 465	13 843
b	0,5	0,9	0,7	0,4	0,8	0,6	

¹⁾ bis 1990 nur alte Bundesländer

**Die Versicherten in der knappschaftlichen Rentenversicherung
nach dem Versicherungsverhältnis und dem Geschlecht ^{1) 2) 3)}
1966 bis 1998 in den alten Bundesländern und für 1991 bis 1998 in den neuen Bundesländern**

- Anzahl der Versicherten -

a) Männer

Bestand Anfang des Jahres ⁶⁾	Pflicht- versicherte Arbeiter über Tage ⁷⁾	Pflicht- versicherte Arbeiter unter Tage ⁷⁾	Pflicht- versicherte Angestellte über Tage ⁷⁾	Pflicht- versicherte Angestellte unter Tage ⁷⁾	Sonstige Pflicht- versicherte gem. § 29 Abs. 1 Nrn. 2-6 RKG ^{4) 5) 8)}	Freiwillig Versicherte	Versicherte Männer insgesamt	Davon beschäftigte Renten- empfänger
1966	158 629	209 266	41 005	17 745		1 654	428 299	31 760
1967	137 897	177 425	37 248	16 251		1 483	370 304	24 162
1968	128 192	164 679	36 967	16 003		582	346 423	21 182
1969	124 219	158 081	36 854	15 964		536	335 654	22 051
1970	123 431	159 794	38 414	15 602		446	337 687	22 495
1971	117 252	152 821	38 263	15 702		316	324 354	23 150
1972	110 159	137 309	36 917	15 008		269	299 662	22 364
1973	105 633	129 117	35 588	14 445		262	285 045	22 216
1974	107 829	128 693	35 501	14 655		107	286 785	25 634
1975	105 684	127 198	35 740	14 807		102	283 531	26 310
1976	103 611	123 166	35 172	14 698		77	276 724	28 420
1977	101 726	120 994	35 003	14 444			272 167	28 604
1978								
1979	95 733	116 431	34 437	14 197			260 798	30 062
1980	99 483	114 501	34 474	14 176			262 634	30 772
1981	99 326	118 969	34 629	14 564	8 361		275 849	32 912
1982	95 291	121 329	34 450	14 997	10 463		276 530	29 023
1983	94 605	117 229	33 752	15 044	3 741		264 371	28 998
1984	89 438	115 892	32 810	14 439	2 340		254 919	24 211
1985	84 736	110 746	31 683	14 100	1 796		243 061	20 180
1986	83 532	109 828	31 310	13 982	1 674		240 326	18 409
1987	81 081	107 334	30 861	13 953	1 950		235 179	16 946
1988	76 129	101 888	29 708	13 251	1 551		222 527	16 732
1989	70 105	96 963	28 282	12 813	1 692		209 855	13 874
1990	65 289	91 211	26 918	12 372	2 067		197 857	11 766
1991	62 967	84 584	26 417	11 993	2 878		188 839	10 324
1992	57 812	80 599	25 172	11 317	12 608		187 508	10 357
1993	54 064	73 281	24 106	10 485	11 561		173 497	8 021
1994	48 663	67 424	22 987	9 369	12 634		161 077	5 632
1995	44 866	62 618	22 037	8 644	11 864		150 029	4 689
1996	41 817	57 991	21 241	8 155	11 912		141 116	4 080
1997	38 865	52 405	20 377	7 622	11 849		131 118	3 378
1998	36 406	48 327	19 403	7 233	10 837		122 206	2 816
1991 Ost		131 506		35 432	469		167 407	
1992 Ost		89 440		22 558	40 300		152 298	
1993 Ost	59 367	3 928	16 801	603	39 901		120 600	4 150
1994 Ost	43 697	3 588	13 144	569	37 226		98 224	3 866
1995 Ost	39 592	3 218	11 917	558	24 592		79 877	3 922
1996 Ost	33 592	2 998	10 597	509	16 043		63 739	3 561
1997 Ost	25 036	2 807	8 493	486	16 018		52 840	2 972
1998 Ost	20 599	2 598	7 058	468	14 009		44 732	2 389

¹⁾ Einschließlich der in knappschaftlichen Betrieben beschäftigten Rentenempfänger.

²⁾ Bis 1980 ohne Wehrdienstleistende, Arbeitslose und Empfänger von Übergangsgeld sowie Personen nach 12monatigem Krankengeldbezug.

³⁾ ab 1977 ohne freiwillig Versicherte.

⁴⁾ 1983 nur noch gem. § 29 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 und 6 RKG (ohne Arbeitslose - § 130 a RKG -).

⁵⁾ ab 1984 nur noch gem. § 29 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 RKG (ohne Arbeitslose - § 130 a RKG -).

⁶⁾ Bis 1977 Bestand am Ende des Jahres.

⁷⁾ Beschäftigte gemäß § 1 SGB VI einschließlich beschäftigter Kranken-, Verletzten-, Versorgungs- und Übergangsgeldempfängern gemäß § 3 Satz 1 Nr. 3 SGB VI

⁸⁾ ab 1992: Sonstige Versicherte gemäß § 3 Satz 1 Nr. 2, Satz 1 Nr. 3 (mit Ausnahme der in Fußnote 7 genannten Personengruppen) sowie Versicherte gemäß § 3 Satz 1 Nr. 4 SGB VI

noch Übersicht II 1

Die Versicherten in der knappschaftlichen Rentenversicherung
nach dem Versicherungsverhältnis und dem Geschlecht ^{1) 2) 3)}
1966 bis 1998 in den alten Bundesländern und für 1991 bis 1998 in den neuen Bundesländern

- Anzahl der Versicherten -

a) Frauen

Bestand Anfang des Jahres ⁶⁾	Pflicht- versicherte Arbeiterinnen ⁷⁾	Pflicht- versicherte Angestellte ⁷⁾	Sonstige Pflicht- versicherte gem. § 29 Abs. 1 Nrn. 2-6 RKG ^{4) 5) 8)}	Freiwillig Versicherte	Versicherte Frauen insgesamt	Davon beschäftigte Renten- empfängerinnen
1966	6 905	10 693		36	17 634	3
1967	5 744	10 110		25	15 879	2
1968	5 267	9 845		19	15 131	2
1969	5 416	10 108		21	15 545	1
1970	5 674	11 190		19	16 883	2
1971	5 246	11 144		6	16 396	3
1972	4 722	11 407		5	16 134	0
1973	4 513	11 464		5	15 982	2
1974	4 397	11 828		4	16 229	30
1975	4 178	11 612		3	15 793	44
1976	4 445	11 411			15 856	30
1977	4 014	11 418			15 432	2
1978						
1979	3 819	11 584			15 403	
1980	3 838	12 124			15 962	19
1981	3 730	12 466	521		16 717	10
1982	3 574	12 365	618		16 557	15
1983	3 341	12 344	147		15 832	12
1984	3 175	12 319			15 494	17
1985	2 952	12 195			15 147	12
1986	2 892	12 386			15 278	6
1987	2 838	12 549			15 387	9
1988	2 742	12 310			15 052	40
1989	2 601	12 079			14 680	54
1990	2 505	11 980			14 485	48
1991	2 539	12 081			14 620	48
1992	2 420	11 933	1 134		15 487	103
1993	2 385	11 835	930		15 150	82
1994	2 231	11 539	1 061		14 831	84
1995	2 114	11 664	905		14 683	75
1996	2 031	11 457	876		14 364	78
1997	1 886	11 140	909		13 935	89
1998	1 798	10 524	985		13 307	78
1991 Ost	29 162	26 692			15 487	
1992 Ost	21 394	18 204	16 190		15 487	
1993 Ost	12 919	13 776	18 728		45 423	180
1994 Ost	8 473	10 630	19 685		38 788	179
1995 Ost	7 288	9 725	15 014		32 027	168
1996 Ost	5 904	8 713	11 080		25 697	146
1997 Ost	3 778	7 289	10 550		21 617	106
1998 Ost	2 647	6 152	9 568		18 367	80

¹⁾ Einschließlich der in knappschaftlichen Betrieben beschäftigten Rentenempfänger.

²⁾ Bis 1980 ohne Wehrdienstleistende, Arbeitslose und Empfänger von Übergangsgeld sowie Personen nach 12monatigem Krankengeldbezug.

³⁾ ab 1977 ohne freiwillig Versicherte.

⁴⁾ 1983 nur noch gem. § 29 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 und 6 RKG (ohne Arbeitslose - § 130 a RKG -).

⁵⁾ ab 1984 nur noch gem. § 29 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 RKG (ohne Arbeitslose - § 130 a RKG -).

⁶⁾ Bis 1977 Bestand am Ende des Jahres.

⁷⁾ Beschäftigte gemäß § 1 SGB VI einschließlich beschäftigter Kranken-, Verletzten-, Versorgungskranken- und Übergangsgeldempfängern gemäß § 3 Satz 1 Nr. 3 SGB VI

⁸⁾ ab 1992: Sonstige Versicherte gemäß § 3 Satz 1 Nr. 3 (mit Ausnahme der in Fußnote 7 genannten Personengruppen) sowie Versicherte gemäß § 3 Satz 1 Nr. 4 SGB VI

Die Versicherten in der knappschaftlichen Rentenversicherung
nach dem Versicherungsverhältnis und dem Geschlecht ^{1) 2) 3)}
1966 bis 1998 in den alten Bundesländern und für 1991 bis 1998 in den neuen Bundesländern

– Anzahl der Versicherten –

a) Männer und Frauen

Bestand Anfang des Jahres ⁶⁾	Pflicht- versicherte Arbeiter über Tage ⁷⁾	Pflicht- versicherte Arbeiter unter Tage ⁷⁾	Pflicht- versicherte Angestellte über Tage ⁷⁾	Pflicht- versicherte Angestellte unter Tage ⁷⁾	Sonstige Pflicht- versicherte gem. § 29 Abs. 1 Nrn. 2–6 RKG ^{4) 5) 8)}	Freiwillig Versicherte	Versicherte insgesamt	Davon beschäftigte Renten- empfänger
1966	165 534	209 266	51 698	17 745		1 690	445 933	31 763
1967	143 641	177 425	47 358	16 251		1 508	386 183	24 164
1968	133 459	164 679	46 812	16 003		601	361 554	21 184
1969	129 635	158 081	46 962	15 964		557	351 199	22 052
1970	129 105	159 794	49 604	15 602		465	354 570	22 497
1971	122 498	152 821	49 407	15 702		322	340 750	23 153
1972	114 881	137 309	48 324	15 008		274	315 796	22 364
1973	110 146	129 117	47 052	14 445		267	301 027	22 218
1974	112 226	128 693	47 329	14 655		111	303 014	25 664
1975	109 862	127 198	47 352	14 807		105	299 324	26 354
1976	108 056	123 166	46 583	14 698		77	292 580	28 450
1977	105 740	120 994	46 421	14 444			287 599	28 606
1978								
1979	99 552	116 431	46 021	14 197			276 201	30 062
1980	103 321	114 501	46 598	14 176			278 596	30 791
1981	103 056	118 969	47 095	14 564	8 882		292 566	32 922
1982	98 865	121 329	46 815	14 997	11 081		293 087	29 038
1983	97 946	117 229	46 096	15 044	3 888		280 203	29 010
1984	92 613	115 892	45 129	14 439	2 340		270 413	24 228
1985	87 688	110 746	43 878	14 100	1 796		258 208	20 192
1986	86 424	109 828	43 696	13 982	1 674		255 604	18 415
1987	83 919	107 334	43 410	13 953	1 950		250 566	16 955
1988	78 871	101 888	42 018	13 251	1 551		237 579	16 772
1989	72 706	96 963	40 361	12 813	1 692		224 535	13 928
1990	67 794	91 211	38 898	12 372	2 067		212 342	11 814
1991	65 506	84 584	38 498	11 993	2 878		203 459	10 372
1992	60 232	80 599	37 105	11 317	13 742		202 995	10 460
1993	56 449	73 281	35 941	10 485	12 491		188 647	8 103
1994	50 894	67 424	34 526	9 369	13 695		175 908	5 716
1995	46 980	62 618	33 701	8 644	12 769		164 712	4 764
1996	43 848	57 991	32 698	8 155	12 788		155 480	4 158
1997	40 751	52 405	31 517	7 622	12 758		145 053	3 467
1998	38 204	48 327	29 927	7 233	11 822		135 513	2 894
1991 Ost		160 668		62 124	469		223 261	
1992 Ost		110 834		40 762	56 490		208 086	
1993 Ost	72 286	3 928	30 577	603	58 629		166 023	4 330
1994 Ost	52 170	3 588	23 774	569	56 911		137 012	4 045
1995 Ost	46 880	3 218	21 642	558	39 606		111 904	4 090
1996 Ost	39 496	2 998	19 310	509	27 123		89 436	3 707
1997 Ost	28 814	2 807	15 782	486	26 568		74 457	3 078
1998 Ost	23 246	2 598	13 210	468	23 577		63 099	2 469

¹⁾ Einschließlich der in knappschaftlichen Betrieben beschäftigten Rentenempfänger.

²⁾ Bis 1980 ohne Wehrdienstleistende, Arbeitslose und Empfänger von Übergangsgeld sowie Personen nach 12monatigem Krankengeldbezug.

³⁾ ab 1977 ohne freiwillig Versicherte.

⁴⁾ 1983 nur noch gem. § 29 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 und 6 RKG (ohne Arbeitslose – § 130 a RKG –).

⁵⁾ ab 1984 nur noch gem. § 29 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 RKG (ohne Arbeitslose – § 130 a RKG –).

⁶⁾ Bis 1977 Bestand am Ende des Jahres.

⁷⁾ Beschäftigte gemäß § 1 SGB VI einschließlich beschäftigter Kranken-, Verletzten-, Versorgungsranken- und Übergangsgeldempfängern gemäß § 3 Satz 1 Nr. 3 SGB VI

⁸⁾ ab 1992: Sonstige Versicherte gemäß § 3 Satz 1 Nr. 2, Satz 1 Nr. 3 (mit Ausnahme der in Fußnote 7 genannten Personengruppen) sowie Versicherte gemäß § 3 Satz 1 Nr. 4 SGB VI

Übersicht II 2

**Die Anzahl der Rentenanträge¹⁾ und ihre Erledigung in der knappschaftlichen Rentenversicherung
1981 bis 1998 in den alten Bundesländern und für 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern**

Jahr	Rentenarten	Bereinigter Anfangsbe- stand Anfang des Jahres	Eingang		Erledigung		Durchschnittliche	
			Neuzugänge	Änderung der Leistungsart	Neuzugänge	Änderung der Leistungsart	Laufzeit beim Versiche- rungsträger in Tagen ²⁾	Gesamtlau- fzeit pro Fall in Tagen ²⁾
1981	Versichertenrenten	15 468	32 468	25 198	34 611	26 276	99	176
	Witwenrenten	2 958	18 263	819	18 779	830	61	81
	Waisenrenten	554	2 833	51	2 940	61	84	111
	zusammen	18 980	53 564	26 068	56 330	27 167	86	141
1982	Versichertenrenten	12 247	33 230	23 793	31 612	22 791	92	174
	Witwenrenten	2 431	17 337	741	16 783	724	58	73
	Waisenrenten	437	2 754	50	2 641	49	74	98
	zusammen	15 115	53 321	24 584	51 036	23 564	79	136
1983	Versichertenrenten	14 867	31 711	24 621	32 929	24 907	98	181
	Witwenrenten	3 002	17 382	782	18 213	782	65	78
	Waisenrenten	551	2 869	57	3 011	56	77	97
	zusammen	18 420	51 962	25 460	54 153	25 745	85	141
1984	Versichertenrenten	13 363	30 859	24 195	32 273	24 750	93	176
	Witwenrenten	2 171	16 286	792	16 675	804	53	66
	Waisenrenten	410	2 418	50	2 513	54	67	89
	zusammen	15 944	49 563	25 037	51 461	25 608	78	135
1985	Versichertenrenten	11 394	29 015	25 477	29 307	25 153	86	177
	Witwenrenten	1 770	16 428	706	16 324	714	49	62
	Waisenrenten	311	2 413	47	2 420	44	61	81
	zusammen	13 475	47 856	26 230	48 051	25 911	72	131
1986	Versichertenrenten	11 426	28 769	25 334	29 288	25 728	82	169
	Witwenrenten	1 866	15 872	663	16 098	650	55	68
	Waisenrenten	307	2 334	49	2 342	57	66	87
	zusammen	13 599	46 975	26 046	47 728	26 435	72	130
1987	Versichertenrenten	10 513	30 661	34 084	29 596	32 559	81	164
	Witwenrenten	1 653	15 350	535	15 091	538	50	62
	Waisenrenten	291	2 271	43	2 241	39	62	79
	zusammen	12 457	48 282	34 662	46 928	33 136	70	125
1988	Versichertenrenten	13 103	33 779	33 319	32 251	34 222	85	163
	Witwenrenten	1 909	16 328	568	15 799	564	51	63
	Waisenrenten	325	2 430	41	2 330	40	63	82
	zusammen	15 337	52 537	33 928	50 380	34 826	73	126
1989	Versichertenrenten	13 728	35 426	29 828	33 334	30 383	84	157
	Witwenrenten	2 442	17 191	538	16 481	550	51	66
	Waisenrenten	426	2 404	31	2 241	32	63	82
	zusammen	16 596	55 021	30 397	52 056	30 965	72	123
1990	Versichertenrenten	15 265	36 733	37 871	34 066	37 290	93	162
	Witwenrenten	3 140	17 077	428	16 184	418	58	75
	Waisenrenten	588	2 428	25	2 207	26	69	96
	zusammen	18 993	56 238	38 324	52 457	37 734	81	131
1991 ³⁾	Versichertenrenten	18 513	35 938	28 513	34 288	27 554	101	184
	Witwenrenten	4 043	16 614	430	15 906	422	60	81
	Waisenrenten	808	2 352	29	2 382	26	86	122
	zusammen	23 364	54 904	28 972	52 576	28 002	88	149
1992	Versichertenrenten	19 365	33 471	16 181	25 578	9 162	211	266
	Erziehungsrenten	3	40		10		126	189
	Witwenrenten	3 986	14 450	147	6 255	66	179	210
	Waisenrenten	734	2 102	21	1 180	15	165	207
	zusammen	24 088	50 063	16 349	33 023	9 243	204	253
1993	Versichertenrenten	34 353	42 668	18 191	45 034	20 754	229	281
	Erziehungsrenten	1	11	0	4	0	238	265
	Witwenrenten	12 338	18 662	348	21 810	361	228	251
	Waisenrenten	1 673	2 686	75	2 454	5	261	297
	zusammen	48 365	64 027	18 614	69 302	21 120	230	271

¹⁾ Einschließlich Knappschaftsausgleichsleistungen

²⁾ Ohne Vertragsrenten und ohne Umwandlungen

³⁾ Abweichungen gegenüber den Vorjahren wegen Änderung des Datensatzaufbaus zum November 1991

Die Anzahl der Rentenanträge¹⁾ und ihre Erledigung in der knappschaftlichen Rentenversicherung
1981 bis 1998 in den alten Bundesländern und für 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern

Jahr	Rentenarten	Bereinigter Anfangsbe- stand Anfang des Jahres	Eingang		Erledigung		Durchschnittliche	
			Neuzugänge	Änderung der Leistungsart	Neuzugänge	Änderung der Leistungsart	Laufzeit beim Versiche- rungsträger in Tagen ²⁾	Gesamtlau- zeit pro Fall in Tagen ²⁾
1994	Versichertenrenten	29 484	31 800	27 480	35 605	31 609	225	292
	Erziehungsrenten	8	6	1	10	2	340	477
	Witwenrenten	9 149	17 445	578	21 814	613	211	242
	Waisenrenten	1 943	2 429	14	3 281	9	309	353
	zusammen	40 584	51 680	28 073	60 710	32 233	224	275
1995	Versichertenrenten	22 820	28 179	36 491	33 472	37 814	240	315
	Erziehungsrenten	2	7	7	6	2	80	176
	Witwenrenten	4 859	15 664	445	17 782	458	184	202
	Waisenrenten	1 092	2 211	45	2 613	47	288	327
	zusammen	28 773	46 061	36 988	53 873	38 321	214	275
1996	Versichertenrenten	15 552	25 865	37 559	28 978	37 562	149	251
	Erziehungsrenten	4	19	0	18	1	167	215
	Witwenrenten	2 574	14 872	434	15 867	441	90	127
	Waisenrenten	673	1 934	38	2 249	44	152	240
	zusammen	18 803	42 690	38 031	47 112	38 048	129	209
1997	Versichertenrenten	13 178	26 412	30 074	28 225	32 041	86	145
	Erziehungsrenten	5	16	2	18	2	153	314
	Witwenrenten	1 645	15 477	443	15 569	447	64	94
	Waisenrenten	374	2 305	37	2 286	41	108	208
	zusammen	15 202	44 210	30 556	46 098	32 531	82	136
1998	Versichertenrenten	8 573	21 612	19 660	22 393	18 817	71	127
	Erziehungsrenten	2	9	2	10	2	70	135
	Witwenrenten	1 513	14 054	433	14 048	436	52	71
	Waisenrenten	385	1 948	40	2 003	40	80	113
	zusammen	10 812	39 637	20 709	40 409	19 906	65	110
1992 Ost	Versichertenrenten	1 754	16 303	2 894	1 731	199	83	144
	Erziehungsrenten							
	Witwenrenten	773	13 074	167	1 601	22	80	120
	Waisenrenten	47	897	3	142	0	78	128
	zusammen	2 574	30 274	3 064	3 474	221	81	132
1993 Ost	Versichertenrenten	18 999	19 269	3 745	11 853	1 694	329	407
	Erziehungsrenten	29	34	0	10	0	358	414
	Witwenrenten	12 272	7 755	216	6 443	113	363	414
	Waisenrenten	783	922	12	449	3	259	354
	zusammen	32 083	27 980	3 973	18 755	1 810	339	408
1994 Ost	Versichertenrenten	28 421	25 596	1 815	32 793	2 890	388	471
	Erziehungsrenten	53	32	1	60	2	475	575
	Witwenrenten	13 697	8 274	48	19 501	231	450	514
	Waisenrenten	1 300	1 171	1	1 944	7	386	462
	zusammen	43 471	35 073	1 865	54 298	3 130	410	486
1995 Ost	Versichertenrenten	18 941	13 290	5 161	21 856	6 792	246	346
	Erziehungsrenten	24	35	1	41	0	311	431
	Witwenrenten	2 170	6 166	237	7 250	249	187	250
	Waisenrenten	485	926	8	1 125	9	249	332
	zusammen	21 620	20 417	5 407	30 272	7 050	232	322
1996 Ost	Versichertenrenten	9 408	12 706	8 442	15 005	8 477	179	302
	Erziehungsrenten	19	20	0	28	1	207	301
	Witwenrenten	1 221	5 704	273	6 226	288	106	143
	Waisenrenten	296	822	13	920	15	187	246
	zusammen	10 944	16 252	8 728	22 179	8 781	159	255
1997 Ost	Versichertenrenten	6 334	10 640	9 519	12 239	10 122	113	184
	Erziehungsrenten	9	15	1	22	1	159	217
	Witwenrenten	640	4 874	227	5 005	227	74	94
	Waisenrenten	175	698	22	737	21	140	184
	zusammen	7 158	16 227	9 769	18 003	10 371	106	168
1998 Ost	Versichertenrenten	4 546	11 570	4 896	11 604	5 117	113	186
	Erziehungsrenten	3	15	-	14	-	96	122
	Witwenrenten	548	4 703	187	4 693	194	71	88
	Waisenrenten	141	731	4	727	7	111	147
	zusammen	5 310	17 045	5 415	17 060	5 647	103	162

¹⁾ Einschließlich Knappschaftsausgleichsleistungen

²⁾ Ohne Vertragsrenten und ohne Umwandlungen

Übersicht II 3 Die Rentenneuzugänge in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach Rentenarten 1963 bis 1998 in den alten Bundesländern und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters													Renten wegen Todes		
	Berufsunfähigkeitsrenten					60. Lebensjahr					Renten wg. Alters zusammen	Erziehungsrenten				
	insgesamt	wegen Berufsunfähigkeit		zusammen	wegen Erwerbsunfähigkeit	an Arbeitslose	an weibliche Versicherte	nach Erfüllung d. besonderen Wartezeit	an schwerbehinderte	65. Lebensjahr		67. Lebensjahr	kleine 1,2 v. H.	kleine 1,8 v. H.	große	
		verminderter bergamt-sicherungs-fähigkeit	50. Lebensjahr													1,2 v. H.
1963	25 856	4 275	3 556	7 831	1 023	3 923	4 946	7 202	570	162	337	4 808	5 877			
1964	24 572	3 745	3 014	6 759	741	4 085	4 826	6 332	1 126	219	181	5 129	6 655			
1965	22 579	4 112	2 303	6 415	662	3 363	4 025	5 976	861	212	181	4 909	6 163			
1966	18 229	3 195	1 219	4 414	688	2 499	3 187	5 802	497	185	118	4 026	4 826			
1967	26 352	4 452	1 732	6 184	737	3 830	4 567	7 512	1 331	363	200	6 195	8 089			
1968	24 943	4 013	939	4 952	497	2 916	3 413	6 240	5 055	360	189	4 734	10 338			
1969	24 410	4 605	1 280	5 885	594	2 625	3 219	5 803	5 028	339	125	4 011	9 503			
1970	19 349	3 872	1 203	5 075	741	1 945	2 686	5 108	2 895	336	115	3 134	6 480			
1971	20 986	3 666	2 014	5 680	934	1 127	2 061	6 974	1 814	470	156	3 831	6 271			
1972	23 224	3 803	3 810	7 613	1 078	1 262	2 340	6 859	2 204	434	263	3 511	6 412			
1973	24 191	3 319	3 536	6 855	1 078	1 027	2 105	5 388	4 029	463	200	2 570	9 843			
1974	21 730	3 188	3 186	6 374	980	938	1 918	5 033	3 208	438	164	2 356	2 149	5		
1975	16 482	1 980	2 386	4 366	634	726	1 360	4 166	2 394	372	151	1 432	6 590	13		
1976	25 720	3 326	3 506	6 832	1 190	1 662	2 852	5 767	3 281	564	580	2 843	2 305	16		
1977	33 593	3 552	4 172	7 724	1 508	2 885	4 393	7 346	3 916	420	1 074	3 493	3 982	16		
1978	28 148	3 793	4 475	8 268	1 035	1 928	2 963	6 418	2 886	352	671	6 800	2 239	11		
1979	22 993	3 025	3 864	6 889	922	1 419	2 341	5 892	3 137	317	462	1 233	1 984	8		
1980	24 010	3 404	3 826	7 230	827	1 151	1 978	6 429	3 829	404	231	1 542	945	9		
1981	21 823	3 188	3 645	6 833	644	979	1 623	6 048	3 413	457	82	1 780	688	11		
1982	21 579	2 858	3 248	6 106	607	955	1 362	6 054	3 502	490	85	770	938	8		
1983	20 834	2 630	2 707	5 337	528	1 084	1 612	6 061	3 126	507	88	1 143	1 004	10		1
1984	21 793	2 727	2 813	5 540	592	1 284	1 876	6 265	3 237	571	62	1 223	1 025	4		2
1985	21 935	2 139	3 226	5 365	660	1 180	1 840	5 285	4 135	566	54	1 937	1 356	9		
1986	19 672	2 173	2 594	4 767	646	1 195	1 841	4 226	3 604	532	53	1 212	1 432	4		2
1987	22 312	2 339	2 622	4 961	735	1 171	1 906	4 863	4 031	657	80	1 514	1 944	7		
1988	22 139	2 129	1 937	4 066	745	1 199	1 944	4 930	4 235	671	88	2 482	1 702	5		
1989	24 293	2 236	1 848	4 084	705	1 506	2 211	5 219	4 524	673	111	2 583	2 126	2		
1990	26 608	2 237	1 656	3 893	744	1 486	2 230	5 450	5 274	789	103	2 716	3 485	10		1
1991	27 001	2 422	1 584	4 006	710	1 382	2 092	5 303	5 196	844	119	2 862	4 085	6		
1992 ¹⁾	16 339	1 367	657	2 024	486	1 165	1 651	3 320	3 882	422	203	1 420	1 922			
1993	35 589	1 943	874	2 817	786	2 470	3 256	5 416	9 439	744	1 381	4 298	3 592			3
1994	29 524	2 061	424	2 485	639	1 530	2 169	4 899	6 915	894	629	5 738	5 738			9
1995	26 043	1 707	281	1 988	594	851	1 445	4 242	6 792	1 104	136	1 757	2 399			7
1996	27 429	1 893	170	2 063	556	970	1 526	3 762	6 712	911	514	1 833	1 960			12
1997	20 068	1 816	127	1 943	556	789	1 345	3 452	6 265	844	79	1 498	1 498			8
1998	17 959	1 748	123	1 871	518	652	1 170	2 660	5 784	870	85	1 551	2 694			8
1992 Ost ¹⁾	3	1	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0			1
1993 Ost	8 072	20	7	27	26	86	112	887	3 062	1 059	333	1 137	1 355			5
1994 Ost	28 657	256	68	324	67	378	445	3 410	11 839	3 100	840	2 746	5 614			53
1995 Ost	23 554	383	30	403	33	209	242	2 823	12 001	2 535	294	1 422	3 663			35
1996 Ost	13 378	556	9	565	22	536	231	2 363	1 778	6 437	14	147	726			23
1997 Ost	11 102	772	15	787	32	284	316	2 182	5 235	1 656	14	306	504			18
1998 Ost	10 302	1 015	18	1 033	21	335	356	1 859	4 278	1 876	16	298	7 054			13

¹⁾ Wegen Änderung des Erhebungskonzepts Unzulänglichkeiten in der Datenerhebung.

Die Rentenneuzugänge in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach Rentenarten 1963 bis 1998
in den alten Bundesländern und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern

Jahr	Renten wegen Todes							Knapp- schafts- ausgleichs- leistung	Renten wegen Erwerbs- unfähigkeit, Alter, Tod und Knapp- schaftsaus- gleichs- leistung zusammen
	Witwenrenten/Witwerrenten ¹⁾				Waisenrenten				
	einfach	erhöht	zusammen	davon: Witwerrenten	an Halbwaisen	an Vollwaisen	zusammen		
1963	346	18 748	19 094		4 841	143	4 984	4	49 938
1964	350	18 025	18 375		5 184	157	5 341	18	48 306
1965	340	17 954	18 294		4 843	186	5 029	87	45 989
1966	241	14 163	14 404		3 819	148	3 967	669	37 269
1967	355	21 324	21 679		4 993	175	5 168	1 533	54 732
1968	290	19 149	19 439		4 464	134	4 598	694	49 674
1969	288	19 200	19 488		4 125	147	4 272	316	48 486
1970	210	18 894	19 104		3 965	152	4 117	129	42 699
1971	264	20 386	20 650		4 747	157	4 904	337	46 877
1972	299	20 789	21 088		5 490	216	5 706	742	50 760
1973	216	19 159	19 375		5 061	231	5 292	808	49 666
1974	235	19 144	19 379		4 616	232	4 848	775	46 732
1975	194	17 594	17 788		4 053	196	4 249	1 047	39 566
1976	296	17 272	17 568		4 513	195	4 708	3 494	51 490
1977	332	16 638	16 970		5 103	217	5 320	4 885	60 768
1978	381	17 057	17 438		4 714	263	4 977	2 782	53 345
1979	329	14 685	15 014		4 136	221	4 357	2 048	44 412
1980	387	16 573	16 960	5	4 845	274	5 119	1 287	47 376
1981	397	16 710	17 107	5	4 601	298	4 899	718	44 547
1982	354	16 399	16 753	3	4 089	310	4 399	744	43 475
1983	395	15 703	16 098	6	4 047	273	4 320	803	42 056
1984	252	15 743	15 995	6	3 961	116	4 077	1 040	42 907
1985	198	15 681	15 879	4	3 734	169	3 903	860	42 577
1986	157	15 054	15 211	16	1 961	82	2 043	688	37 616
1987	192	16 279	16 471	156	2 125	117	2 242	1 019	42 044
1988	176	14 401	14 577	127	1 831	96	1 927	842	39 485
1989	157	15 101	15 258	123	1 894	104	1 998	801	42 350
1990	164	16 619	16 783	101	1 821	132	1 953	940	46 285
1991	169	16 744	16 913	129	2 106	87	2 193	901	47 008
1992 ²⁾	68	4 752	4 820	52	624	33	657	1 475	23 291
1993	221	19 027	19 248	178	1 545	31	1 576	3 853	60 269
1994	265	20 925	21 190	264	2 440	51	2 491	1 938	55 152
1995	164	17 516	17 680	280	1 904	160	2 064	1 572	47 366
1996	138	14 895	15 033	288	1 518	114	1 632	1 598	45 704
1997	131	14 007	14 138	231	3 005	177	3 182	1 509	38 905
1998	100	12 673	12 773	224	1 191	55	1 246	1 884	15 903
1992 Ost ²⁾	0	1	1	0	0	0	0		4
1993 Ost	76	4 131	4 207	283	180	0	180	5	12 469
1994 Ost	324	16 996	17 320	1 405	1 463	12	1 475	168	47 673
1995 Ost	136	7 874	8 010	565	1 021	27	1 048	98	32 745
1996 Ost	100	5 994	6 094	388	830	42	872	4	20 371
1997 Ost	55	5 257	5 312	346	1018	39	1 057	3	17 492
1998 Ost	43	4 580	4 623	341	633	16	649	20	16 412

¹⁾ Ab 1987 einschließlich der wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhenden Witwen/Witwerrenten.

²⁾ Wegen Änderung des Erhebungskonzepts Unzulänglichkeiten in der Datenerhebung.

Übersicht II 4

**Die Rentenwegfälle in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach Rentenarten 1978 bis 1998¹⁾
in den alten Bundesländern und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern**

- Männer -

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters										Renten wegen Todes	
	Renten insgesamt	Bergmannsrenten	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit		Renten wegen Alters						Erziehungsrenten	Witwenrenten
			Berufs-unfähigkeitsrenten	Erwerbs-unfähigkeitsrenten	Vorzeitiges Altersruhegeld, bes. Wartezeit	Regelaltersrente	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit	Altersrenten für		Hinausgeschobene Altersruhegelder		
								Schwerbehinderte	langjährig Versicherte			
1978 ²⁾	23 308	787	627	3 452	1 629	12 651	2 406	550	1 203	3		
1979 ²⁾	21 881	709	566	3 523	1 651	11 206	2 435	583	1 208			
1980	22 081	806	476	3 540	1 539	11 353	2 496	616	1 254	1		
1981	25 534	874	556	4 138	1 753	12 927	2 917	818	1 549	2		
1982	22 356	629	524	3 820	1 516	10 595	2 817	923	1 528	4		
1983	21 900	605	460	3 729	1 513	10 013	3 085	982	1 509	4		
1984	19 920	581	423	3 690	1 207	8 444	3 021	1 033	1 516	5		
1985	21 503	559	422	4 283	1 306	8 619	3 494	1 180	1 632	8		
1986	21 847	599	425	4 062	1 310	8 133	3 881	1 465	1 966	6	7	7
1987	20 055	512	370	3 982	1 099	7 378	3 594	1 475	1 640	5	25	25
1988	19 781	446	368	3 868	959	6 959	3 888	1 586	1 704	3	29	29
1989	19 950	511	399	3 800	875	6 708	3 993	1 789	1 872	3	37	37
1990	21 919	478	453	3 830	963	7 169	4 519	2 424	2 081	2	31	31
1991	21 923	594	476	3 579	790	6 679	4 951	2 691	2 157	6	39	39
1992 ³⁾	16 939	327	300	2 304	221	9 700	1 943	1 399	745		0	31
1993	18 134	366	346	2 330	27	12 975	946	995	149		0	38
1994	17 335	320	306	1 930	53	12 145	1 089	1 274	218		0	59
1995	18 358	327	314	2 147	76	12 482	1 215	1 442	355		0	68
1996	18 495	427	330	1 827	94	12 820	1 194	1 403	400		1	85
1997	18 414	451	361	1 708	132	12 792	1 244	1 333	393		0	90
1998	18 256	504	369	1 512	137	12 695	1 230	1 370	436		0	105
1992 Ost ³⁾	34	2		6		20	5	1			0	0
1993 Ost	3 348	134	7	409	5	2 719	51	4	19		0	101
1994 Ost	5 820	124	20	716	13	4 625	214	20	88		0	207
1995 Ost	6 367	125	35	1 056	24	4 505	451	28	143		0	223
1996 Ost	6 676	128	39	873	34	4 836	601	33	132		1	236
1997 Ost	6 409	132	43	827	37	4 615	555	45	155		1	196
1998 Ost	6 157	163	51	785	52	4 345	530	64	167		0	190

¹⁾ Ohne Berücksichtigung von Umwandlungen.

²⁾ Gesamtergebnisse einschließlich Rentenleistungen an Frauen.

³⁾ Wegen Änderung des Erhebungskonzepts Unzulänglichkeiten in der Datenerhebung.

Die Rentenwegfälle in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach Rentenarten 1978 bis 1998¹⁾
in den alten Bundesländern und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern

– Frauen –

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters										Renten wegen Todes	
	Renten insgesamt	Bergmannsrenten	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit		Renten wegen Alters						Erziehungsrenten	Witwenrenten
			Berufs-unfähigkeitsrenten	Erwerbs-unfähigkeitsrenten	Vorzeitiges Altersruhegeld, bes. Wartezeit	an Frauen	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit	Altersrenten für		Hinausgeschobene Altersruhegelder		
1978	0											17 465
1979	0											17 749
1980	613	1	13	290	142	160	4		2	1		17 249
1981	702	2	11	287	200	188	9	2	3			20 673
1982	685	1	14	300	178	183	7		2			18 360
1983	703		12	308	184	184	8	4	3			18 731
1984	674		4	285	183	183	14	1	3	1		18 039
1985	755		5	302	227	203	17		1			19 077
1986	819	1	5	292	236	259	18	4	4			19 623
1987	859		4	303	262	269	16	2	3			17 975
1988	884	2	1	301	290	269	16	3	2			18 038
1989	950	3	1	298	265	347	27	6	3			18 298
1990	1 162	1	3	270	372	474	26	6	8	2	1	21 049
1991	1 201	1	3	253	367	531	27	12	7			20 603
1992 ²⁾	1 442	2	1	157	133	1 131	8	7	3		0	15 249
1993	1 125	2	1	133	36	944	5	3	1		3	16 690
1994	1 177	6	3	110	50	989	7	9	3		0	17 303
1995	1 321	9	5	125	73	1 080	9	8	12		4	16 890
1996	1 530	10	1	126	83	1 288	5	8	9		1	17 346
1997	1 571	11	5	122	82	1 313	12	13	13		4	16 786
1998	1 474	17	8	101	59	1 249	10	22	8		2	16 134
1992 Ost ²⁾	9	0		1		8					0	7
1993 Ost	3 045	2	0	66	10	2 967	0	0	0		2	3 351
1994 Ost	3 656	2	4	120	38	3 487	4	1	0		0	5 339
1995 Ost	4 286	4	7	271	58	3 936	8	1	1		7	5 088
1996 Ost	4 844	13	5	264	74	4 475	9	1	3		8	5 369
1997 Ost	4 547	26	9	275	70	4 142	20	3	2		11	5 119
1998 Ost	4 410	33	8	283	90	3 967	17	1	11		14	4 914

¹⁾ Ohne Berücksichtigung von Umwandlungen.

²⁾ Wegen Änderung des Erhebungskonzepts Unzulänglichkeiten in der Datenerhebung.

noch Übersicht II 4

Die Rentenwegfälle in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach Rentenarten 1978 bis 1998¹⁾
in den alten Bundesländern und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern

- Männer und Frauen -

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters											Renten wegen Todes		
	Renten insgesamt	Bergmannsrenten	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit		Renten wegen Alters							Erziehungsrenten	Witwen-/Witwerrenten	Waisenrenten
			Berufs-unfähigkeitsrenten	Erwerbs-unfähigkeitsrenten	Vorzeitiges Altersruhegeld, bes. Wartezeit	an Frauen	Regelaltersrente	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit	Altersrenten für Schwerbehinderte		Hinausgeschobene Altersruhegelder			
1978	23 308	787	627	3 452	1 629		12 651	2 406	550	1 203	3		17 465	8 453
1979	21 881	709	566	3 523	1 651		11 206	2 435	583	1 208	0		17 749	7 866
1980	22 694	807	489	3 830	1 539	142	11 513	2 500	616	1 256	2		17 249	6 045
1981	26 236	876	567	4 425	1 753	200	13 115	2 926	820	1 552	2		20 673	8 290
1982	23 041	630	538	4 120	1 516	178	10 778	2 824	923	1 530	4		18 360	8 625
1983	22 603	605	472	4 037	1 513	184	10 197	3 093	986	1 512	4		18 731	8 642
1984	20 594	581	427	3 975	1 207	183	8 627	3 035	1 034	1 519	6		18 039	6 365
1985	22 258	559	427	4 585	1 306	227	8 822	3 511	1 180	1 633	8		19 077	6 672
1986	22 666	600	430	4 354	1 310	236	8 392	3 899	1 469	1 970	6	7	19 630	6 651
1987	20 914	512	374	4 285	1 099	262	7 647	3 610	1 477	1 643	5	25	18 000	6 157
1988	20 665	448	369	4 169	959	290	7 228	3 904	1 589	1 706	3	29	18 067	5 592
1989	20 900	514	400	4 098	875	265	7 055	4 020	1 795	1 875	3	37	18 335	5 547
1990	23 081	479	456	4 100	963	372	7 643	4 545	2 430	2 089	4	32	21 080	5 590
1991	23 124	595	479	3 832	790	367	7 210	4 978	2 703	2 164	6	39	20 642	5 888
1992 ²⁾	18 381	329	301	2 461	221	133	10 831	1 951	1 406	748		0	15 280	2 676
1993	19 259	368	347	2 463	27	36	13 919	951	998	150		3	16 728	3 689
1994	18 526	326	323	2 040	53	50	13 134	1 096	1 283	221			17 362	4 767
1995	19 679	336	319	2 272	76	73	13 562	1 224	1 450	367		4	16 958	4 747
1996	20 025	437	331	1 953	94	83	14 108	1 199	1 411	409		2	17 431	4 632
1997	19 985	462	366	1 830	132	82	14 105	1 256	1 346	406		4	16 876	4 250
1998	19 727	521	377	1 613	137	59	13 944	1 240	1 392	444		2	16 239	4 034
1992 Ost ²⁾	43	2	0	7	0	0	28	5	1	0			7	2
1993 Ost	720	136	7	475	0	0	28	51	4	19		2	3 452	166
1994 Ost	9 440	126	24	836	5	10	8 112	218	21	88			5 546	939
1995 Ost	10 653	129	42	1 327	24	58	8 441	459	29	144		7	5 311	1 023
1996 Ost	11 520	141	44	1 137	34	74	9 311	610	34	135		9	5 605	1 295
1997 Ost	10 956	158	52	1 102	37	70	8 757	575	48	157		12	5 315	1 463
1998 Ost	10 567	196	59	1 068	52	90	8 312	547	65	178		14	5 104	1 524

¹⁾ Ohne Berücksichtigung von Umwandlungen.

²⁾ Wegen Änderung des Erhebungskonzepts Unzulänglichkeiten in der Datenerhebung.

Die Anzahl der laufenden Renten in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach Rentenarten 1966 bis 1998
in den alten Bundesländern und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern¹⁾
 - in 1000 -²⁾

Übersicht II 5

Jahr ¹⁾	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters										Renten wegen Todes					Zusätzliche Leistung																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																						
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit										Renten wegen Alters																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											
	Renten für Bergleute		Renten für Berufstätige		Erwerbs- unfähigkeits- renten	Regel- alters- renten	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit		Altersrenten für		Hinzu- geschobene Alters- renten	Waisenrenten																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																										
	wegen ver- mindeter Berufs- fähigkeit	wegen Ver- ländigung des 50. Lebensj.	Berufs- unfähigkeits- renten	Erwerbs- unfähigkeits- renten			langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute	Schwer- behinderte, Berufs- oder Erwerbs- unfähige ²⁾	langjährig Versicherte	insgesamt		kleine	große	insgesamt	Halbwaisen		Vollwaisen																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																					
	insgesamt																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																					

¹⁾ Ab 1993 einschl. Artikel 2 RÜG-Renten.

²⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundungen.

³⁾ Die Werte wurden bis 1977 im Monat Dezember, von 1979 bis 1982 im Monat Januar und ab 1983 im Monat Juli gebildet.

⁴⁾ Im 5. RVändG wurde die Altersgrenze zum 1. Januar 1979 von 62 auf 61 Jahre und ab 1. Januar 1980 von 61 auf 60 Jahre herabgesetzt.

⁵⁾ Die Vergleichbarkeit mit den vorjährigen Jahren ist eingeschränkt, da die Rentenarten nach dem SGB VI neu definiert sind.

Übersicht II 6 Die Anzahl der laufenden Renten in der knappschaftlichen Rentenversicherung nach Rentenarten 1966 bis 1998¹⁾ in den alten Bundesländern²⁾ und von 1992 bis 1998 in den neuen Bundesländern³⁾ - DM/Monat -

Jahr ¹⁾	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Alters										Renten wegen Todes					Zusätzliche Leistung	
	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit					Renten wegen Alters					Renten wegen Todes						
	Renten für Bergleute		Herf.-unfähigkeitsrenten	Erwerbsunfähigkeitsrenten	Regelaltersrenten	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit	Alternrenten für			Hauswirtschaftliche Altersrenten	Erziehungsrenten	Waisenrenten					
	wegen verminderter Berufsfähigkeit	wegen Vollerwerbsfähigkeit des 50. Lebensj.					Frauen	langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute	Schwerbehinderte, Beruf- oder Erwerbsunfähige ⁴⁾			langjährig Versicherte	insgesamt	kleine	große	insgesamt	Halbwaisen
1966	536,80	164,50	252,10	461,80	517,10	605,70	668,10	392,00	729,50				319,70	93,20	92,10	119,50	643,60
1967	593,10	177,60	272,60	498,00	557,40	655,00	729,10	417,10	793,20				347,90	103,40	102,20	130,90	686,80
1968	644,30	193,30	287,80	526,90	596,90	706,70	793,30	412,50	856,00				376,60	113,20	112,10	143,70	721,00
1969	687,30	212,30	312,50	551,60	621,50	752,90	831,70	427,30	918,70				400,90	123,20	122,00	154,60	754,20
1970	715,30	226,10	340,90	569,30	639,00	783,70	864,10	436,70	959,70				417,20	129,60	128,30	163,80	783,20
1971	758,60	246,20	390,10	617,80	678,00	826,90	892,50	444,20	1006,70				450,00	140,70	139,40	172,30	814,60
1972	843,60	293,70	464,20	732,50	742,90	919,40	981,60	482,30	1126,90				500,30	159,40	157,80	197,10	925,80
1973	939,00	332,00	516,30	830,00	809,20	1020,70	1090,90	564,80	1256,00	1 036,80	1 128,30		557,90	174,20	172,20	222,10	1 013,60
1974	1 035,90	370,50	569,60	925,80	883,60	1 123,70	1 211,40	626,00	1 404,40	1 135,60	1 225,70	1 105,20	620,20	194,90	192,60	249,10	1 117,30
1975	1 143,10	400,40	622,10	1 024,30	968,50	1 240,50	1 344,50	690,80	1 558,20	1 538,20	1 250,30	1 01,40	689,40	221,70	219,10	280,40	1 231,30
1976	1 266,10	439,30	689,40	1 146,10	1 076,00	1 375,30	1 492,70	765,50	1 738,60	1 380,70	1 485,40	1 059,80	765,70	249,80	246,50	326,90	1 360,30
1977	1 380,10	468,30	753,30	1 260,10	1 173,00	1 499,30	1 636,20	844,00	1 913,70	1 508,90	1 622,00	1 219,60	843,10	261,70	257,30	359,60	1 479,40
1978	1 424,40	480,60	793,00	1 322,20	1 220,50	1 543,90	1 703,90	886,10	1 995,30	1 572,40	1 681,90	1 296,90	877,50	267,70	262,60	379,20	1 542,60
1979	1 473,80	492,00	827,90	1 378,50	1 276,10	1 565,00	1 774,90	925,80	2 069,80	1 631,40	1 744,90	1 337,80	913,70	273,20	267,90	389,60	1 598,60
1980	1 527,30	504,60	865,00	1 423,40	1 329,00	1 641,60	1 857,30	970,20	2 144,00	1 698,10	1 809,20	1 407,90	948,70	278,70	272,40	415,60	1 662,70
1981	1 612,00	522,60	915,10	1 495,10	1 405,10	1 719,80	1 979,40	1 032,60	2 259,30	1 796,40	1 906,80	1 496,80	1 003,20	287,20	280,00	437,80	1 749,10
1982	1 669,00	532,60	969,00	1 581,50	1 477,50	1 789,80	2 108,20	1 052,00	2 385,50	1 898,40	2 007,10	1 598,70	1 059,50	295,50	287,30	463,40	1 852,50
1983	1 702,40	532,90	1 002,70	1 632,10	1 527,90	1 826,20	2 188,40	1 152,40	2 465,00	1 961,10	2 076,80	1 593,00	1 096,40	300,70	291,60	477,40	1 928,50
1984	1 763,70	532,90	1 025,33	1 678,99	1 575,82	1 844,22	2 260,76	1 198,80	2 542,25	2 018,48	2 125,81	1 603,64	1 129,91	305,29	295,74	491,93	2 000,50
1985	1 816,31	522,50	1 050,73	1 718,14	1 631,70	1 854,89	2 337,36	1 240,33	2 634,06	2 074,20	2 181,22	1 653,63	1 163,38	308,71	299,27	496,13	2 072,25
1986	1 875,73	508,84	1 088,07	1 775,12	1 706,07	1 874,12	2 437,29	1 293,54	2 734,13	2 152,38	2 258,51	1 710,32	1 207,30	314,61	304,59	512,05	2 168,83
1987	1 954,31	502,19	1 088,07	1 775,12	1 706,07	1 874,12	2 437,29	1 293,54	2 734,13	2 152,38	2 258,51	1 710,32	1 207,30	314,61	304,59	512,05	2 168,83
1988	2 029,48	495,07	1 121,97	1 902,58	1 779,59	1 873,15	2 523,22	1 332,97	2 815,80	2 220,17	2 321,68	1 813,38	1 242,82	324,11	312,66	546,37	2 263,36
1989	2 100,22	493,26	1 163,03	1 941,36	1 840,02	1 852,18	2 610,72	1 373,96	2 901,44	2 279,17	2 380,57	1 857,15	1 278,89	326,27	314,96	552,58	2 346,75
1990	2 174,12	489,98	1 201,96	1 973,13	1 869,77	1 850,05	2 701,19	1 417,57	2 986,14	2 248,37	2 449,63	1 876,06	1 317,16	330,83	318,74	569,51	2 430,49
1991	2 282,05	500,12	1 257,33	2 033,23	1 946,47	1 873,62	2 834,17	1 484,45	3 128,92	2 455,79	2 557,19	1 975,64	1 376,49	337,65	325,41	589,56	2 547,36
1992 ⁵⁾	2 341,38	503,21	1 288,99	2 072,60	2 032,01	2 405,74	2 960,31	1 534,67	3 092,66	2 517,80	2 570,19	1 949,01	1 409,01	337,65	332,14	591,73	2 598,87
1992 ⁶⁾	2 198,68	474,59	1 208,74	1 946,79	1 909,30	2 258,56	2 779,09	1 443,12	2 887,83	2 363,44	2 430,38	1 949,01	1 409,01	337,65	332,14	591,73	2 598,87
1993	2 280,44	479,90	1 238,70	2 002,94	1 995,64	2 324,17	2 875,19	1 497,74	3 130,50	2 460,52	2 537,66	1 949,01	1 409,01	337,65	332,14	591,73	2 598,87
1994	2 382,59	477,23	1 259,35	2 061,26	2 046,45	2 379,73	2 941,71	1 561,58	3 433,52	2 534,90	2 623,37	1 949,01	1 409,01	337,65	332,14	591,73	2 598,87
1995	2 381,10	446,06	1 234,48	2 037,19	2 030,01	2 361,41	2 886,51	1 559,66	3 462,89	2 513,91	2 650,07	1 949,01	1 409,01	337,65	332,14	591,73	2 598,87
1996	2 385,31	440,56	1 205,43	2 025,32	2 024,39	2 369,88	2 840,65	1 577,99	3 499,84	2 509,77	2 627,11	1 949,01	1 409,01	337,65	332,14	591,73	2 598,87
1997	2 417,78	437,09	1 175,55	2 038,49	2 033,85	2 417,48	2 814,71	1 600,15	3 552,92	2 528,72	2 626,98	1 949,01	1 409,01	337,65	332,14	591,73	2 598,87
1998	2 418,33	432,07	1 132,83	2 017,56	2 027,77	2 410,22	2 782,54	1 607,05	3 556,96	2 521,61	2 614,62	1 949,01	1 409,01	337,65	332,14	591,73	2 598,87
neue Bundesländer	1 073,35	198,02	907,71	1 548,31	1 370,25	1 092,18	1 150,75	830,90	1 236,38	1 260,39	991,78	1 260,39	991,78	738,64	163,88	459,98	1 372,42
1992 ⁵⁾	1 298,46	265,23	1 042,01	1 061,89	1 588,14	1 336,78	1 655,72	988,22	1 337,62	1 036,80	1 128,30	1 036,80	1 128,30	739,36	163,88	459,98	1 372,42
1993	1 427,54	296,63	1 085,38	1 159,13	1 575,39	1 431,13	1 918,72	1 025,59	1 387,03	1 036,80	1 128,30	1 036,80	1 128,30	939,47	163,88	459,98	1 372,42
1994	1 535,41	336,25	1 104,05	1 227,44	1 552,97	1 518,27	2 001,80	1 029,68	1 414,51	1 036,80	1 128,30	1 036,80	1 128,30	1 007,66	163,88	459,98	1 372,42
1995	1 622,62	383,56	1 090,94	1 274,51	1 552,97	1 587,64	2 086,20	1 357,09	1 496,24	1 036,80	1 128,30	1 036,80	1 128,30	1 061,53	163,88	459,98	1 372,42
1996	1 737,55	432,87	1 085,36	1 313,92	1 602,53	1 694,81	2 214,31	1 456,41	1 523,47	1 036,80	1 128,30	1 036,80	1 128,30	1 131,39	163,88	459,98	1 372,42
1997	1 749,42	424,00	1 069,05	1 322,26	1 592,21	1 700,42	2 200,95	1 478,06	1 584,63	1 036,80	1 128,30	1 036,80	1 128,30	1 136,35	163,88	459,98	1 372,42
1998	1 749,42	424,00	1 069,05	1 322,26	1 592,21	1 700,42	2 200,95	1 478,06	1 584,63	1 036,80	1 128,30	1 036,80	1 128,30	1 136,35	163,88	459,98	1 372,42

¹⁾ Gesamtrente, d.h. Summe aus dem Rentenanteil aus der KnRV und den zu Lasten der ArV und der AnV mit ausbezahlten Rentenanteilen aus diesen Versicherungen.

²⁾ Ab 1993 einschl. Artikel 2 RÜG-Renten.

³⁾ Die Werte wurden bis 1977 im Monat Dezember, von 1979 bis 1982 im Monat Januar und ab 1983 im Monat Juli gebildet.

⁴⁾ Im 5. RVändG wurde die Altersgrenze zum 1. Januar 1979 von 62 auf 61 Jahre und ab 1. Januar 1980 von 61 auf 60 Jahre herabgesetzt.

⁵⁾ Die Vergleichbarkeit mit den vorherigen Jahren ist eingeschränkt, da die Rentenarten nach dem SGB VI neu definiert sind.

⁶⁾ Ab 1992 durchschnittlicher Nettoerwerbsbeitrag.

**Die Entwicklung des durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelts der Versicherten,
der allgemeinen Bemessungsgrundlage, der Beitragsbemessungsgrenze
und eines 1957 festgesetzten Knappschaftsruhegeldes in den alten Bundesländern**

Jahr	Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt DM/Jahr ¹⁾	Allgemeine Bemessungsgrundlage ²⁾	Beitragsbemessungsgrenze DM/Monat	Knappschaftsaltersrente am 1. Juli des Jahres ³⁾		
		aktueller Rentenwert ³⁾ DM/Monat		DM/Monat ⁵⁾	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	1957 = 100
1957	5 096	4 326	1 000	405,60		100,0
1958	5 386	4 590	1 000	405,60		100,0
1959	5 661	4 862	1 000	430,40	6,10	106,1
1960	6 165	5 126	1 000	455,90	5,94	112,4
1961	6 794	5 381	1 100	480,60	5,40	118,5
1962	7 405	5 737	1 100	504,50	5,00	124,4
1963	7 857	6 206	1 200	537,90	6,60	132,6
1964	8 556	6 788	1 400	581,90	8,20	143,5
1965	9 326	7 352	1 500	636,40	9,40	156,9
1966	9 997	7 939	1 600	689,30	8,30	169,9
1967	10 327	8 580	1 700	744,30	8,00	183,5
1968	10 957	9 293	1 900	804,40	8,10	198,3
1969	11 965	9 883	2 000	836,40	4,00	206,2
1970	13 485	10 427	2 100	852,50	1,90	210,2
1971	15 090	11 083	2 300	860,30	0,90	212,1
1972	16 508	12 136	2 500	872,80	1,50	215,2
1973	18 489	13 513	2 800	910,20	4,30	224,4
1974	20 597	15 028	3 100	1 013,50	11,35	249,9
1975	22 039	16 696	3 400	1 127,10	11,20	277,9
1976	23 582	18 531	3 800	1 252,20	11,10	308,7
1977	25 209	20 375	4 200	1 389,90	11,00	342,7
1978	26 520		4 600	1 528,20	9,95	376,8
1979	27 979	21 292	4 800	1 596,90	4,50	393,7
1980	29 798	22 144	5 100	1 660,80	4,00	409,5
1981	31 228	23 030	5 400	1 727,30	4,00	425,9
1982	32 540	24 356	5 800	1 826,70	5,76	450,4
1983	33 646	25 716	6 100	1 928,70	5,58	475,5
1984	34 655	26 590	6 400	1 994,30	3,40	491,7
1985	35 660	27 387	6 700	2 054,10	3,00	506,4
1986	37 015	28 181	6 900	2 113,60	2,90	521,1
1987	38 125	19 252	7 100	2 193,90	3,80	540,9
1988	39 307	30 129	7 300	2 259,70	3,00	557,1
1989	40 486	31 033	7 500	2 327,50	3,00	573,8
1990	42 389	31 995	7 800	2 399,70	3,10	591,6
1991	44 421	33 499	8 000	2 512,50	4,70	619,5
1992	46 820	42,63	8 400	2 584,65	2,87	637,2
1993	48 178	44,49	8 900	2 697,42	4,36	665,0
1994	49 142	46,00	9 400	2 788,97	3,39	687,6
1995	50 665	46,23	9 600	2 802,92	0,50	691,1
1996	51 678	46,67	9 800	2 829,59	0,95	697,6
1997	52 143	47,44	10 100	2 876,28	1,65	709,1
1998	52 925	47,65	10 300	2 889,01	0,44	712,3
1999	54 566	48,29	10 400	2 927,81	1,34	721,8

¹⁾ Durchschnittsentgelt 1999: geschätzt.

²⁾ 21 838 (1. Halbjahr 1978), 21 292 (2. Halbjahr 1978).

³⁾ ab 1992

⁴⁾ Knappschaftsruhegeld eines Versicherten mit durchschnittlichem Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten der ArV, der AnV und der KnRV und mit 45 anrechnungsfähigen knappschaftlichen Versicherungsjahren.

⁵⁾ Vor 1983 am 1. Januar des Jahres.

Übersicht II 8 Die Einnahmen und die Ausgaben in der knappschaftlichen Rentenversicherung von 1981 bis 1998 in den alten Bundesländern - in Millionen DM -

Position	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Einnahmen																		
Beiträge	2 542	2 574	2 514	2 610	2 742	2 797	2 704	2 645	2 586	2 592	2 486	2 478	2 317	2 341	2 343	2 316	2 278	2 159
Bundsmittel nach § 215 SGB VI	8 486	8 575	8 689	8 567	8 412	8 488	8 862	9 286	9 699	10 146	10 834	11 151	11 785	12 148	12 401	12 279	12 114	12 143
Erstattungen																		
des Bundes nach § 291 SGB VI	53	50	47	44	36	29	25	22	20	19	18	8	6	5	4	5	4	3
des Bundes nach An. 2 § 40 KnVNG							11	54	89	116	127							
der Versorgungsdienststellen (insbesondere nach § 72 G 131)	29	28	26	38	42	47	57	50	49	52	59	57	46	50	62	62	72	55
in der Wanderversicherung																		
von der ArV	1 984	2 099	2 181	2 521	2 570	2 629	2 724	2 870	3 024	3 192	3 396	3 527	3 874	4 178	4 146	4 394	4 407	4 475
von der AnV	584	622	650	755	778	802	833	883	938	998	1 065	1 113	1 137	1 215	1 513	1 421	1 465	1 524
für Aufwendungen zur Krankenversicherung der Rentner ¹⁾																		
von der ArV	175	511	425	84	84	84	84	84	84	84								
von der AnV	33	97	81	16	16	16	16	16	16	16								
Wanderungsausgleich gemäß Artikel 2 § 20b KnVNG bzw. § 223 Abs. 6 SGB VI																		
von der ArV	7	8	8	8	8	9												
von der AnV	1	1	1	2	2	2												
Beiträge der Rentner zur Rentnerkassenversicherung	10	12	10	8	8	7	7	6	6	5	5	21	20	11	7	5	2	1
Zinsen und Nutzungen	2	0	203	0	1	3	0	1	2	0	0	90	23	46	26	27	16	1
Sonstige Einnahmen ²⁾																		
Einnahmen insgesamt	13 906	14 577	14 835	14 653	14 699	14 913	15 323	15 917	16 513	17 220	17 990	18 576	19 468	20 402	21 000	21 127	21 152	21 248
Ausgaben																		
Renten ³⁾	10 574	11 135	11 453	11 929	12 216	12 509	12 941	13 545	14 107	14 680	15 456	15 927	16 588	17 404	17 857	17 998	18 067	18 170
Erstattungen in der Wanderversicherung																		
an die ArV	271	280	284	322	320	319	321	327	337	348	365	383	406	427	438	439	443	445
an die AnV	68	73	75	88	90	92	96	101	107	114	123	134	141	151	157	161	166	170
Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbs- fähigkeit und zusätzliche Leistungen	139	107	94	82	87	92	94	83	86	88	101	119	168	173	203	185	130	101
Knappschaftsausgleichsleistung	368	382	408	472	518	545	553	494	468	469	462	476	533	506	486	455	420	388
Krankenversicherung der Rentner	2 300	2 415	2 328	1 451	1 264	1 160	1 103	1 105	1 114	1 190	1 124	1 148	1 263	1 367	1 386	1 395	1 429	1 510
Pflegeversicherung der Rentner															87	121	155	155
KLG-Leistungen								11	54	89	116	127	121	114	108	99	81	78
Beitragsersparungen	10	8	10	125	20	6	4	6	3	4	5	7	5	5	4	2	1	1
Verwaltungs- und Verfahrenskosten	171	173	179	176	180	187	197	199	199	208	220	236	248	253	267	270	254	229
Sonstige Ausgaben ⁴⁾	5	4	4	8	4	3	3	3	3	3	6	25	2	9	16	12	6	1
Ausgaben insgesamt	13 906	14 577	14 835	14 653	14 699	14 913	15 323	15 917	16 513	17 220	17 990	18 576	19 468	20 402	21 000	21 127	21 152	21 248

¹⁾ Ab 1984: Beteiligung an den Kosten der knappschaftlichen Krankenversicherung nach Art. 2 § 26 c KnVNG.

²⁾ Einschließlich Entnahme aus der Rücklage, sowie der seit 1973 gewährten Erstattung aus dem Europäischen Sozialfonds und (bis 1977) der Ersatzleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung nach § 109 RKG i. V. m. § 1542 RVO.

³⁾ Einschließlich der zu Lasten der anderen Rentenversicherungsträger mit ausbezahlten Rentenanteile sowie Fürsorgelösungen gemäß §§ 27 und 28 SVAG/SDaar und Erstattungen gemäß § 583 Abs. 9 RVO abzüglich (ab 1978) der Ersatzleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung nach § 109 RKG i. V. m. § 154 RVO bzw. § 116 SGB X.

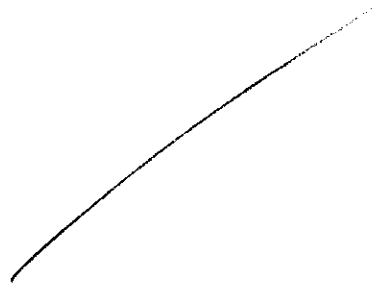
⁴⁾ 1977 bis 1978: einschließlich Zahlungen aufgrund der Abkommen mit Polen.

**Die Einnahmen und die Ausgaben in der knappschaftlichen Rentenversicherung von 1991 bis 1998
in den neuen Bundesländern**

– in Millionen DM –

Position	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Einnahmen								
Beiträge	1 164	1 194	1 068	1 001	1 025	933	849	749
Bundesmittel nach § 215 SGB VI	1 261	725	1 148	1 120	1 339	1 654	1 590	1 804
Erstattungen								
des Bundes nach § 291 SGB VI	0	0	0	0	0	0	0	0
der Versorgungsdienststellen (insbesondere nach § 72 G 131)	0	11	13	14	14	16	17	17
in der Wanderversicherung								
von der ArV	0	1 272	1 370	1 698	1 805	1 872	1 882	1 897
von der AnV	0	1	7	97	191	263	311	349
Wanderungsausgleich gemäß Artikel 2 § 20 b KnVNG bzw. § 233 Abs. 6 SGB VI								
von der ArV	0	151	277	438	521	634	757	767
von der AnV	0	186	344	538	624	765	932	944
Zinsen und Nutzungen	5	2	19	19	4	1	1	4
Sonstige Einnahmen	0	0	0	10	3	2	2	22
Einnahmen insgesamt	2 430	3 542	4 246	4 935	5 527	6 140	6 342	6 553
Ausgaben								
Renten ¹⁾	2 103	3 240	3 872	4 437	4 896	5 404	5 588	5 786
Erstattungen in der Wanderversicherung								
an die ArV	0	1	9	32	51	65	72	77
an die AnV	0	0	5	20	50	63	54	55
Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit und zusätzliche Leistungen	2	12	17	25	42	51	49	51
Knappschaftsausgleichsleistungen	0	0	0	2	7	12	15	17
Krankenversicherung der Rentner	296	238	275	326	361	396	397	423
Pflegeversicherung der Rentner					23	35	47	49
KLG-Leistungen				1	1	1	1	1
Beitragserstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Verwaltungs- und Verfahrenskosten	29	44	64	78	82	80	76	71
Sonstige Ausgaben	0	7	4	15	13	30	43	23
Ausgaben insgesamt	2 430	3 542	4 246	4 935	5 527	6 140	6 342	6 553

¹⁾ Einschließlich der zu Lasten der anderen Rentenversicherungsträger mit ausgezahlten Rentenanteile.



— 130 —

Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 1999

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Mittelfristige Vorausberechnungen der Bundesregierung	131
Modellberechnungen der Bundesregierung für den 15-Jahres-Zeitraum	132
Modellberechnungen bis zum Jahr 2030	133
Anhang 1: Grundlegende Annahmen der langfristigen Modellrechnung auf der Basis der mittleren Variante	139
Anhang 2: Stellungnahme des Sozialbeirats zur Nettoanpassung in der gesetzlichen Rentenversicherung	142
Anhang 3: Stellungnahme des Sozialbeirats zu einigen Vorschlägen zur Reform der Alterssicherung in Deutschland	146

1. Der Sozialbeirat nimmt auftragsgemäß Stellung zum Rentenversicherungsbericht 1999, der in diesem Jahr erstmals im Herbst vorgelegt wird. Diese Stellungnahme befasst sich ausschließlich mit den Teilen des Berichts, die sich auf die zukünftige Entwicklung beziehen, d.h. auf die mittelfristige Vorausberechnung und die Modellberechnungen für den 15-Jahres-Zeitraum. Dem Sozialbeirat standen für seine Beratungen – abgesehen von einigen Alternativberechnungen – die Berechnungsergebnisse und Informationen über die den Berechnungen zugrundeliegenden Annahmen zur Verfügung, nicht aber der Berichtstext der Bundesregierung.

Ergänzend legt der Sozialbeirat wiederum langfristige, bis zum Jahr 2030 reichende Vorausberechnungen vor, die auf Wunsch des Sozialbeirats vom Bundesministerium nach der gleichen Methodik wie die 15-Jahres-Berechnungen erstellt wurden.

2. Während die Methodik der von der Bundesregierung vorgelegten Vorausberechnungen im Vergleich zu den Vorjahren unverändert ist, gibt es im Hinblick auf den zugrunde gelegten Rechtsstand bzw. die berücksichtigten einnahme- und ausgabebeeinflussenden Maßnahmen Unterschiede zum früheren Vorgehen.

So wird zum einen – wie in früheren Jahren auch – vom „geltenden Recht“ ausgegangen, das ausgehend vom Rentenkorrekturgesetz ergänzt ist um „finanzwirksame Maßnahmen, die sich im Gesetzgebungsverfahren befinden“. Hierzu gehören der Entwurf des Haushalts-sanierungsgesetzes und der Entwurf des Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform.

Bei der Interpretation des „geltenden Rechts“ ist zu berücksichtigen, dass die Reform der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten und der die Rentenformel er-

gänzende sogenannte „demographische Faktor“ (die von der Vorgängerregierung beschlossen worden waren, bis Ende 2000 nur ausgesetzt und bislang noch nicht durch andere dauerhafte Regelungen ersetzt sind) ab 2001 bzw. 2002 finanzwirksam werden. Allerdings ist zu beachten, dass diese Maßnahmen nach allen bislang vorliegenden Äußerungen der Bundesregierung nicht in Kraft treten sollen.

3. Die Bundesregierung legt zum anderen Informationen darüber vor, wie sich die von ihr bisher veröffentlichten „Eckwerte“ einer Rentenstrukturreform auf die Finanzlage der Rentenversicherung auswirken würden. Hierzu gehören die Einführung einer bedarfsorientierten, aus dem Aufkommen der Öko-Steuer zu finanzierenden Grundsicherung ab 1. 1. 2003 und die stufenweise Einführung eines „Vorsorgebeitrags“, der von 2003 bis 2007 von 0,5 auf 2,5 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts steigen soll. Außerdem sollen die arbeitsmarktbedingten Teile der Erwerbsunfähigkeitsrenten erhalten und gleichfalls durch die Ökosteuer finanziert werden. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass nach der auf die Inflationsrate begrenzten Rentenanpassung der Jahre 2000 und 2001 ab dem Jahre 2002 wieder zur Nettoanpassung zurückgekehrt wird.

4. Die Beurteilung der Berechnungsergebnisse ist in diesem Jahr noch schwieriger als in den Vorjahren, da als Unsicherheitsfaktoren nicht nur die ökonomischen Annahmen – für die Mittelfristberechnung – und die demographischen Annahmen sowie mögliche Verhaltensänderungen (z.B. hinsichtlich des Rentenzugangs) in ihren finanzwirksamen Effekten zu beachten sind, sondern auch die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen bislang allenfalls in Umrissen bekannt sind. Für deren Wirkungen kommt es jedoch in hohem Maße auf ihre konkrete Ausgestaltung an, die aber bisher nicht bekannt ist. Im Zusammenhang mit den vom Sozialbeirat vorgelegten Langfristberechnungen wird am Beispiel des geplanten Vorsorgebeitrags verdeutlicht, innerhalb welcher Spannbreite sich die Effekte für die Finanzlage der Rentenversicherung bewegen könnten.

Die Bundesregierung hat in ihrem Bericht dieses Beispiel einer einfachen „Sensitivitätsrechnung“ gleichfalls aufgegriffen. Für die Beurteilung von Maßnahmen wäre wünschenswert, wenn auch in Zukunft bei der Abschätzung der Auswirkungen von geplanten Maßnahmen Sensitivitätsrechnungen vorgenommen würden, die einen Anhaltspunkt über die Streubreite der Wirkungen vermitteln können.

Mittelfristige Vorausberechnungen der Bundesregierung

5. Die Ergebnisse der Mittelfristberechnungen verdeutlichen bei einem Vergleich mit den im Vorjahr vorgelegten Berechnungen den beitragsentlastenden Effekt

der verschiedenen von der neuen Regierungskoalition beschlossenen und bereits im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Maßnahmen. So war nach dem Rentenversicherungsbericht 1998 (Drucksache 13/11290, Übersicht B 1) für das Jahr 2002 (dem Endjahr der seinerzeitigen mittelfristigen Vorausberechnung) ein Beitragssatz von 20,2 v.H. errechnet worden. Unter Berücksichtigung der von der Bundesregierung in diesem Jahr unterstellten Zielprojektionswerte wird für das Jahr 2002 mit einem Beitragssatz von 18,8 v.H. gerechnet (siehe Übersicht B 1 im diesjährigen Rentenversicherungsbericht).

Der Gesamteffekt ergibt sich aus beitragsatzsteigernden Effekten (0,4 Prozentpunkte) aufgrund der ungünstigeren Wirtschaftsannahmen und durch solche Steuerentlastungen, die sich durch das ab 2002 wieder unterstellte Nettoanpassungsverfahren auf die Finanzlage der Rentenversicherung auswirken. Dem stehen beitragsatzmindernde Effekte gegenüber (1,7 Beitragssatzpunkte): Die Zuführung von Mitteln aus dem Bundeshaushalt im Zusammenhang mit der Beitragszahlung für Kindererziehungszeiten und die Erstattung einigungsbedingter Ausgaben (u.a. für Auffüllbeträge) durch das „Rentenkorrekturgesetz“. Die quantitativ stärksten beitragsatzmindernden Effekte resultieren aus den im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Gesetzentwürfen zur Haushaltssanierung (zweijährige Inflationsanpassung) und zur Ökosteuern.

Modellberechnungen der Bundesregierung für den 15-Jahres-Zeitraum

6. Die von der Bundesregierung bei unveränderter Methodik wiederum in 9 Varianten vorgelegten Vorausberechnungen für den 15 Jahre umfassenden Zeitraum basieren hinsichtlich der ökonomischen Annahmen auf einer ungünstigeren Einschätzung der Beschäftigungsentwicklung als im Vorjahr. Auch ist eine Angleichung der Durchschnittslöhne zwischen Ost- und Westdeutschland nicht mehr für das Jahr 2020, sondern erst für 2030 unterstellt.

7. Hinsichtlich der Lebenserwartung z.B. der 65-jährigen wird wiederum davon ausgegangen, dass die in den letzten 10 Jahren vollzogene Steigerung in quantitativ gleichem Ausmaß auch in den kommenden 10 Jahren eintreten wird. Für die Zeit danach wird mit einem langsameren Anstieg der Lebenserwartung gerechnet. Im Jahr 2030 erreicht hiernach die fernere Lebenserwartung 65-jähriger das Niveau, das heute bereits in Japan realisiert ist. Nähere Angaben hierzu finden sich im Anhang 1 zu diesem Gutachten. Nach bislang bekannt gewordenen vorläufigen Informationen wird die damit unterstellte Entwicklung der Lebenserwartung im Vergleich zu der in Vorbereitung befindlichen 9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung nicht zu niedrig angesetzt.

8. Vergleicht man die Berechnungsergebnisse jeweils für die mittlere Annahmenkombination (Lohnzuwachsrate 3 v.H. und „mittlere Beschäftigungsentwicklung“) der letztjährigen Berechnung mit der in diesem Jahr für das „geltende Recht“ vorgelegten Berechnung (jeweils

Übersicht B 7), so ergibt sich z.B. für das Jahr 2012 (dem Endjahr der letztjährigen Vorausberechnung) ein um einen Beitragssatz niedrigerer Beitragssatz.

Dazu tragen wiederum die rechtlichen Regelungen (Steuerreform, Korrekturgesetz und Haushaltssanierungsgesetz sowie Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform) bei. Analog zu den in Ziffer 5 erwähnten Wirkungen im Rahmen der mittelfristigen Berechnung wirkt sich dabei die Steuerreform beitragsatzsteigernd aus,¹⁾ während die anderen gesetzgeberischen Maßnahmen zu einem verminderten Beitragsbedarf führen.

9. Da – wie erwähnt – in den Berechnungen auf der Basis des „geltenden Rechts“ Elemente enthalten sind, die bislang weder in Kraft waren noch nach dem Willen der Bundesregierung in Kraft treten sollen, legt die Regierung auch für den 15-Jahres-Zeitraum eine Alternativberechnung unter Berücksichtigung von Annahmen über mögliche Wirkungen der von ihr bisher veröffentlichten „Eckwerte“ einer Rentenstrukturreform vor; siehe hierzu die Übersichten B 7.1 („geltendes Recht“) und B 7.2 („Eckpunkte“), jeweils für die mittlere Lohn- und Beschäftigungsannahme. Ausgewiesen werden die erforderlichen Beitragssätze und getrennt für West- und für Ostdeutschland die Niveaus für die „Eckrente“ (basierend auf 45 Entgeltpunkten und Bezug der Rente ab der „Regelaltersgrenze“).

10. Die in den Übersichten B 7.1 und 7.2 enthaltenen Berechnungsergebnisse sind allerdings für die Nutzer angesichts der bereits erwähnten Gründe („geltendes Recht“, das zum Teil gerade nicht gelten soll und „Eckwerte“, deren Konkretisierung noch aussteht) in ihrer Bedeutung schwer einzuschätzen.

Das Ziel der Bundesregierung, den Beitragssatz für längere Zeit unter 20 v.H. zu halten, würde bei Realisierung der unterstellten Annahmen verwirklicht. Aus Übersicht B 7.2 geht hervor, dass der Effekt eines geplanten Vorsorgebeitrags nach seiner vollen Einführung gemäß der von der Regierung unterstellten Annahmen eine Beitragssatzsenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung um 0,5 bis 0,6 Beitragssatzpunkte auslösen würde. Der Beitragssatz würde also ohne den privaten Kapital-Vorsorgebeitrag ab 2008 bei rund 19,6 v.H. und nicht bei 19,0 v.H. liegen.

Dieser Unterschied in den Beitragssätzen ergibt sich daraus, dass für den Vorsorgebeitrag unterstellt wird, er mindere den Anstieg des durchschnittlichen Nettolohns und folglich – über das dann wieder wirksam werdende Nettoanpassungsverfahren – den Anstieg der Rentenausgaben und den Beitragsbedarf. Damit ist folglich eine Minderung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung verbunden, die sich allerdings in den in Übersicht B 7.2 des Rentenversicherungsberichts ausgewiesenen Werten für das Eckrentenniveau nicht widerspiegelt.

¹⁾ Bei dem Vergleich mit den Berechnungen im Rentenversicherungsbericht 1998 ist zu beachten, dass die Auswirkungen der von der vorherigen Bundesregierung geplanten Steuerreform nicht berücksichtigt waren.

Modellberechnungen bis zum Jahr 2030

11. Der Sozialbeirat hat innerhalb der letzten 10 Jahre mehrmals Berechnungen vorgelegt, die deutlich über den Zeitrahmen der 15-Jahres-Vorausberechnungen der Bundesregierung hinausreichen. Im Interesse der Vergleichbarkeit mit den 15-Jahres-Berechnungen sind diese Langfrist-Berechnungen nach der gleichen Methodik erstellt worden und führen eine Variante der 15-Jahres-Berechnungen bis zum Jahr 2030 fort, und zwar basierend auf den mittleren Annahmen für die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung.

In diesem Jahr legt der Sozialbeirat Berechnungen vor, die sich – wie die 15-Jahres-Berechnungen der Bundesregierung – auf das „geltende Recht“ wie auch auf die „Eckwerte der Rentenstrukturreform“ der Bundesregierung beziehen. Darüber hinaus wird in einer weiteren Variante verdeutlicht, wie sich die Finanzlage der Rentenversicherung unter Berücksichtigung der „Eckwerte“ verändern würde, wenn sie nicht durch einen privaten Vorsorgebeitrag berührt würde, es also zu keiner Minderung des Anstiegs des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts kommt. Die Annahmen für die Langfrist-Berechnung sind in Anhang 1 zu diesem Gutachten dargestellt.

12. Die Fortführung der Berechnungen für das „geltende Recht“ – wie auch für die von der Bundesregierung vorgelegten „Eckwerte“ – über den 15-Jahreszeitraum hinaus verdeutlichen, dass unter den gemachten Annahmen der Beitragssatz für etwa zwei Jahrzehnte auf dem heutigen Niveau gehalten werden kann. Danach wäre mit einem Anstieg des Beitragssatzes zu rechnen, der das gegenwärtige Beitragsniveau bis Ende der zwanziger Jahre des nächsten Jahrhunderts um etwa 3 Beitragspunkte übersteigen würde. Der stärkste Anstieg des Beitragssatzes wird hiernach ab der Mitte der zwanziger Jahre einsetzen, und zwar mit jährlichen Zunahmen um etwa 0,4 Beitragspunkte; siehe Übersicht 1.

13. In Übersicht 1 ist als weitere Variante angegeben, wie sich der Beitragssatz entwickeln würde, wenn die „Eckwerte“ der Bundesregierung ohne den Vorsorgebeitrag realisiert würden. Aus dem Vergleich mit den auf den „Eckwerten“ beruhenden Beitragssätzen zeigt sich, dass der dort unterstellte Zusatz-Vorsorgebeitrag von 2,5 v.H. das Beitragssatzniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung langfristig um etwa 0,7 Beitragspunkte reduziert.

Anders ausgedrückt: Würde die Rentenanpassung (und damit das Niveau des „aktuellen Rentenwerts“) durch zusätzliche Vorsorgemaßnahmen nicht vermindert, dann läge der Beitragssatz in der Rentenversicherung in längerfristiger Perspektive um rund 0,7 Beitragspunkte höher. Andererseits ist zu beachten, dass sich die nach den „Eckwerten“ der Bundesregierung errechneten Beitragssätze um den Zusatz-Beitrag erhöhen, also um 0,5 v.H. 2003, steigend auf 2,5 v.H., gültig ab 2007. Im Jahr 2030 ergäbe sich folglich ein Gesamtbeitrag von 25,7 v.H. gegenüber 23,9 v.H. ohne den Zusatzvorsorge-Beitrag. Langfristig ergäbe sich aufgrund des Zusatzbeitrags für neu zugehende Rentner auch ein höheres Leistungsniveau (siehe Übersicht 4).

14. In Übersicht 2 sind für die drei Varianten die Werte für das Netto-Eckrentenniveau (45 Entgeltpunkte, Rentenbezug ab der Regelaltersgrenze) in Westdeutschland ausgewiesen (für Ostdeutschland liegen die Niveauwerte geringfügig höher).

Da allerdings durch den in den „Eckwerten“ berücksichtigten Vorsorgebeitrag die Rentenanpassung in der Phase der Einführung reduziert und das Niveau des „aktuellen Rentenwerts“ dauerhaft gesenkt wird, sind diese Niveauwerte als Indikator für die Entwicklung der Renten nicht unmittelbar vergleichbar. Deshalb werden in Übersicht 2 zusätzlich die Absolutbeträge der Netto-Eckrente aufgeführt.

15. Aus dem Vergleich der Beitragssätze wie auch der Höhe der Eckrente könnte auf den ersten Blick der Schluss gezogen werden, dass sich die Ergebnisse der verschiedenen Varianten vergleichsweise wenig unterscheiden, obgleich unterschiedliche Maßnahmen zum Einsatz kommen (in der Variante „geltendes Recht“ u.a. der von der Vorgängerregierung eingeführte sogenannte „demographische Faktor“, in den „Eckwerten“ der jetzigen Regierung eine weitere Beitragsreduktion durch die Zuführung von Teilen des Ökosteueraufkommens wie auch durch einen rentenanstiegsmindernden Vorsorge-Beitrag).

16. Allerdings sind bei solchen Vergleichen weitere Aspekte zu berücksichtigen:

- In der Variante „Eckwerte der Bundesregierung“ wäre – wie erwähnt – dem für die gesetzliche Rentenversicherung ausgewiesenen Beitragssatz der Vorsorge-Beitrag von (ab 2007) 2,5 Beitragspunkten hinzuzurechnen (siehe Übersicht 1, letzte Spalte).
- Alle Rentner würden infolge der Einführung des Zusatz-Beitrags eine verminderte Rentenzahlung aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten. Eine Zusatz-Rente aus dem Zusatzbeitrag würde erst allmählich für dann jeweils neu zugehende Rentner wirksam werden. Es ergäben sich folglich kohortenspezifische Auswirkungen.
- So würde beispielsweise im Jahre 2020 aufgrund der Einführung des Zusatz-Beitrags die monatliche Eckrente um 100 DM niedriger sein als ohne die hiermit verbundene rentensenkende Wirkung (stets die sonstigen Annahmen der Variante „Eckwerte der Bundesregierung“ unterstellt); vgl. Übersicht 2, letzte zwei Spalten.
- Dem kann allerdings entgegengehalten werden, dass für diejenigen, die den Zusatz-Beitrag entrichtet haben, eine „kapitalgedeckte Zusatzrente“ zu erwarten ist. Deren Höhe hängt u.a. von der erreichbaren Verzinsung ab und der Dauer der Beitragszahlung. Im Jahr 2020 beispielsweise könnte maximal 17 Jahre lang ein Zusatz-Beitrag gezahlt worden sein. Für den Durchschnittsverdiener – siehe Übersicht 3 – ergäbe sich nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums eine Zusatzrente von rund 161 DM (bei 4 % Verzinsung) bzw. von 204 DM (bei 5,5 % Verzinsung). Diesen Beträgen

wäre allerdings die Minderung der gesetzlichen Rente um 100 DM gegenzurechnen. Der Nettoeffekt in diesem Beispielsfall wäre folglich 61 DM bzw. 104 DM – allerdings bei einer Beitragszahlung, die von 0,5 % (2003) stufenweise ab 2007 auf 2,5 % steigt und im Beispielsfall bis 2019 entrichtet worden wäre.

- Bei der Beurteilung ist aber wiederum zu beachten, dass dann, wenn es keinen den Rentenanstieg mindernden Zusatz-Beitrag gäbe, der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung ab 2004 zunächst geringfügig, dann um 0,5 bis 0,6 Beitragspunkte höher liegen würde als ohne den Zusatzbeitrag (siehe Übersicht 1).

Bereits diese Anmerkungen machen deutlich, dass bei einem Vergleich der verschiedenen Varianten unterschiedliche Effekte zu beachten sind und sich vor allem im Zeitablauf und insbesondere auch für unterschied-

liche Rentnerjahrgänge unterschiedliche Ergebnisse einstellen würden.

17. Der Sozialbeirat hält es für erforderlich, dass bei der weiteren Vorbereitung von Reformmaßnahmen auch differenzierte Verteilungsanalysen berücksichtigt werden. Eine Begrenzung der Betrachtung allein auf „Beitragssatz“, „Rentenniveau“ und Zahlungen aus dem Bundeshaushalt ist unzureichend.

18. Zudem sollte im weiteren Diskussionsprozess berücksichtigt werden, dass auch durch andere Maßnahmen als z.B. in den „Eckwerten“ der Bundesregierung oder in der Variante „geltenden Rechts“ berücksichtigt, jeweils ähnliche Wirkungen erreicht werden können. Der Sozialbeirat hat in diesem Jahr in zwei Stellungnahmen²⁾ hierzu Anregungen gegeben und Vorstellungen entwickelt, auf die verwiesen wird. Die beiden Stellungnahmen sind diesem Gutachten als Anhang 2 und Anhang 3 beigelegt.

²⁾ - Stellungnahme des Sozialbeirats zur Nettoanpassung in der gesetzlichen Rentenversicherung (vom 23. April 1999).
- Stellungnahme des Sozialbeirats zu einigen Vorschlägen zur Reform der Alterssicherung in Deutschland (vom 5. November 1999).

Die Entwicklung der erforderlichen Beitragssätze in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten bei mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung bis 2030

Jahr	geltendes Recht *)	Eckwerte Rentenstrukturreform			
		ohne Kapitalvorsorgebeitrag	mit Kapitalvorsorgebeitrag		
			Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung	Kapitalvorsorgebeitrag in % des Bruttoentgeltes	Gesamtbeitrag
1999	19,5	19,5	19,5	0,0	19,5
2000	19,2	19,2	19,2	0,0	19,2
2001	18,8	18,9	18,9	0,0	18,9
2002	18,6	18,6	18,6	0,0	18,6
2003	18,6	19,0	19,0	0,5	19,5
2004	18,8	19,1	19,0	1,0	20,0
2005	18,7	19,2	19,0	1,5	20,5
2006	18,8	19,3	19,0	2,0	21,0
2007	18,9	19,4	19,0	2,5	21,5
2008	19,0	19,6	19,0	2,5	21,5
2009	18,9	19,6	19,0	2,5	21,5
2010	18,8	19,5	19,0	2,5	21,5
2011	18,8	19,6	18,9	2,5	21,4
2012	18,7	19,6	19,0	2,5	21,5
2013	18,6	19,5	19,0	2,5	21,5
2014	18,7	19,7	19,1	2,5	21,6
2015	18,8	19,8	19,2	2,5	21,7
2016	18,8	19,9	19,3	2,5	21,8
2017	18,9	20,0	19,4	2,5	21,9
2018	19,1	20,2	19,6	2,5	22,1
2019	19,3	20,4	19,8	2,5	22,3
2020	19,5	20,6	20,0	2,5	22,5
2021	19,7	20,8	20,2	2,5	22,7
2022	20,0	21,1	20,5	2,5	23,0
2023	20,2	21,4	20,7	2,5	23,2
2024	20,5	21,7	21,1	2,5	23,6
2025	20,9	22,1	21,4	2,5	23,9
2026	21,2	22,4	21,8	2,5	24,3
2027	21,6	22,8	22,1	2,5	24,6
2028	21,8	23,2	22,5	2,5	25,0
2029	22,2	23,5	22,8	2,5	25,3
2030	22,6	23,9	23,2	2,5	25,7

*) unter Berücksichtigung finanzwirksamer Maßnahmen, die sich im Gesetzgebungsverfahren befinden.

Übersicht 2

Die Entwicklung des Eckrentenniveaus *) und der Nettoeckrente in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten bei mittlerer Lohn- und Beschäftigungsentwicklung bis 2030, alte Bundesländer

Jahr	Eckrentenniveau in v. H.			Nettoeckrente *** zum 1. Juli in DM/Monat		
	geltendes Recht **)	Eckwerte Rentenstrukturreform		geltendes Recht **)	Eckwerte Rentenstrukturreform	
		mit Kapitalvorsorgebeitrag	ohne Kapitalvorsorgebeitrag		mit Kapitalvorsorgebeitrag	ohne Kapitalvorsorgebeitrag
1999	70,2	70,2	70,2	2 008	2 008	2 008
2000	68,5	68,5	68,5	2 022	2 022	2 022
2001	67,2	67,3	67,3	2 054	2 054	2 054
2002	65,9	66,0	66,0	2 110	2 115	2 115
2003	66,6	67,5	67,0	2 191	2 205	2 205
2004	66,3	67,5	66,9	2 232	2 235	2 249
2005	65,7	67,2	66,6	2 295	2 294	2 322
2006	65,6	67,2	66,6	2 370	2 354	2 395
2007	65,9	67,5	66,9	2 436	2 416	2 473
2008	65,8	67,3	67,1	2 494	2 465	2 538
2009	65,5	67,1	67,1	2 552	2 532	2 604
2010	65,3	67,1	67,0	2 615	2 601	2 675
2011	65,1	67,0	67,0	2 679	2 670	2 748
2012	64,9	67,1	67,0	2 744	2 744	2 822
2013	64,7	67,0	67,0	2 813	2 818	2 899
2014	64,6	67,1	67,1	2 882	2 894	2 979
2015	64,4	67,1	67,1	2 953	2 971	3 058
2016	64,2	67,0	67,0	3 029	3 051	3 140
2017	64,0	66,8	66,8	3 115	3 138	3 229
2018	64,0	66,8	66,8	3 206	3 229	3 324
2019	64,0	66,8	66,8	3 301	3 325	3 422
2020	64,0	66,8	66,8	3 401	3 425	3 525
2021	64,0	66,8	66,8	3 498	3 523	3 626
2022	64,0	66,8	66,8	3 601	3 627	3 733
2023	63,9	66,8	66,8	3 707	3 734	3 843
2024	64,0	66,8	66,8	3 817	3 845	3 955
2025	64,0	66,8	66,8	3 929	3 956	4 072
2026	64,1	67,1	67,0	4 038	4 074	4 190
2027	64,2	67,2	67,1	4 139	4 177	4 300
2028	64,0	67,2	67,2	4 240	4 286	4 410
2029	64,0	67,1	67,1	4 355	4 397	4 524
2030	64,1	67,3	67,2	4 447	4 497	4 628

* ab Regelaltersgrenze

** unter Berücksichtigung finanzwirksamer Maßnahmen, die sich im Gesetzgebungsverfahren befinden.

*** Nach Abzug des Eigenbeitrags der Rentner zur Kranken- und Pflegeversicherung

Kapitalgedeckte Zusatzrente eines Durchschnittsverdieners bei dauerhafter Beitragsleistung

Jahr	Kapitalvorsorgebeitrag *) in % des Bruttoentgeltes **)	monatliche Rente ***) bei Rentenbeginn im jeweiligen Jahr in DM	
		Verzinsung	
		4 %	5,5 %
1999	0,0	0	0
2000	0,0	0	0
2001	0,0	0	0
2002	0,0	0	0
2003	0,5	1	1
2004	1,0	4	4
2005	1,5	7	9
2006	2,0	12	15
2007	2,5	19	23
2008	2,5	27	32
2009	2,5	34	41
2010	2,5	43	52
2011	2,5	52	63
2012	2,5	61	75
2013	2,5	71	87
2014	2,5	82	101
2015	2,5	93	115
2016	2,5	105	131
2017	2,5	118	148
2018	2,5	131	165
2019	2,5	146	184
2020	2,5	161	204
2021	2,5	177	226
2022	2,5	194	249
2023	2,5	212	273
2024	2,5	231	299
2025	2,5	251	327
2026	2,5	272	357
2027	2,5	294	388
2028	2,5	318	421
2029	2,5	343	457
2030	2,5	369	494

* Vom Kapitalvorsorgebeitrag werden 10 % als Verwaltungskosten abgezogen.

** Es wird lediglich der Durchschnittsverdiener mit dauerhafter Beitragsleistung betrachtet.

*** Unterstellt wird eine Rentenlaufzeit von 18 Jahren Versichertenrente und 10 Jahren Hinterbliebenenrente. Die Rente erhöht sich während des Rentenbezuges um jährlich 2,6 %. Es ist die Rente des jeweiligen Rentenneuzugangs zum 1.7. des Jahres dargestellt.

Quelle: Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums.

Übersicht 4

**Gesamtbeitrag und Gesamtleistung aus gesetzlicher Rentenversicherung
und kapitalgedeckter Zusatzrente**

Jahr	Gesamtbeitrag (inkl. Kapital- vorsorgebeitrag) in v. H.	Summe aus Nettoeckrente und Zusatzrente in DM/Monat	
		Verzinsung der Zusatzrente	
		4 %	5,5 %
1999	19,5	2 008	2 008
2000	19,2	2 022	2 022
2001	18,9	2 054	2 054
2002	18,6	2 115	2 115
2003	19,5	2 206	2 206
2004	20,0	2 239	2 239
2005	20,5	2 301	2 303
2006	21,0	2 366	2 369
2007	21,5	2 435	2 439
2008	21,5	2 492	2 497
2009	21,5	2 566	2 573
2010	21,5	2 644	2 653
2011	21,4	2 722	2 733
2012	21,5	2 805	2 819
2013	21,5	2 889	2 905
2014	21,6	2 976	2 995
2015	21,7	3 064	3 086
2016	21,8	3 156	3 182
2017	21,9	3 256	3 286
2018	22,1	3 360	3 394
2019	22,3	3 471	3 509
2020	22,5	3 586	3 629
2021	22,7	3 700	3 749
2022	23	3 821	3 876
2023	23,2	3 946	4 007
2024	23,6	4 076	4 144
2025	23,9	4 207	4 283
2026	24,3	4 346	4 431
2027	24,6	4 471	4 565
2028	25	4 604	4 707
2029	25,3	4 740	4 854
2030	25,7	4 866	4 991

Frankfurt am Main, den 25. November 1999

Univ.-Prof. Dr. Winfried Schmähl

Grundlegende Annahmen der langfristigen Modellrechnung auf der Basis der mittleren Variante

Stand: Oktober 1999

Wirtschaftsannahmen

Entgeltveränderung (in v. H.)

Jahr	Alte Länder	Neue Länder
1998	1,5	1,3
1999	2,8	2,8
2000–2030	3,0 p. a.	3,9 p. a.

Beschäftigungsveränderung (in v. H.; abhängig Beschäftigte im Inland)

Jahr	Alte Länder	Neue Länder
1998	0,3	–0,6
1999	0,1	0,1
2000–2003	0,2 p. a.	0,5 p. a.

Alte Länder: Nach 2003 jedes Jahr um rd. 0,02 Punkte fallend bis auf 0 v. H. in 2013, danach konstant bis zum Erreichen einer Arbeitslosenquote von 2,5 v. H. in 2027. Ab 2027 entsprechend der Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials kontinuierlich sinkend.

Neue Länder: Nach 2003 jedes Jahr um rd. 0,05 Punkte fallend bis auf 0 v. H. in 2013, danach konstant bis zum Erreichen einer Arbeitslosenquote von 2,5 v. H. in 2023. Ab 2023 entsprechend der Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials und auf dem Arbeitsmarkt in den alten Bundesländern kontinuierlich sinkend.

Arbeitslose (in Tsd.)

Jahr	Alte Länder	Neue Länder
1999	2 764	1 345
2000	2 665	1 334
2005	2 503	1 166
2010	2 994	983
2015	3 319	669
2020	2 482	339
2025	1 182	174
2030	735	165

Sozialversicherungsbeiträge (in v. H.)

Jahr	Arbeits- losenver- sicherung	Pflege- versiche- rung	Gesetzliche Kranken- versiche- rung West	Gesetzliche Kranken- versiche- rung Ost
1998	6,5	1,7	13,5	13,9
2000	6,5	1,7	13,5	13,9
2005	6,4	1,7	13,5	13,9
2010	6,4	1,7	13,5	13,9
2015	6,4	1,9	13,5	13,9
2020	4,4	2,0	13,5	13,9
2025	2,0	2,2	13,5	13,9
2030	2,0	2,4	14,0	14,0

Lohnsteuerquoten (in v. H.)

Jahr	Alte Länder	Neue Länder
1998	20,65	14,12
2000	20,73	13,99
2005	20,43	13,67
2010	20,93	15,52
2015	21,68	17,62
2020	22,31	19,61
2025	22,82	21,47
2030	23,21	23,21

Demographische Annahmen

Bevölkerungsentwicklung (in Mio.; Jahresdurchschnitte)

Jahr	Alte Länder	Neue Länder	Insgesamt
1998	66,7	15,3	82,1
2000	66,9	15,3	82,2
2005	67,2	15,2	82,3
2010	67,0	15,1	82,1
2015	66,4	15,0	81,4
2020	65,5	14,8	80,3
2025	64,4	14,4	78,8
2030	62,9	14,0	76,9

Lebenserwartung 65-jähriger nach Sterbetafel 1995/97

Alte Länder		Neue Länder	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
15,1	18,9 Jahre	14,1 Jahre	17,9 Jahre
Anstieg bis 2006 auf		Anstieg bis 2016 auf	
16,4 Jahre	20,1 Jahre	16,4 Jahre	20,1 Jahre
Anstieg bis 2030 auf		Anstieg bis 2030 auf	
17,0 Jahre	21,6 Jahre	17,0 Jahre	21,6 Jahre
danach konstant		danach konstant	

Nettoreproduktionsraten

Alte Länder	Neue Länder
Durchschnitt 1995/97 (= 0,67)	1997 = 70 v. H. des Westniveaus, ab 2010 100 v. H. der Ziffern in den alten Bundesländern

Wanderungssalden

Jahr	Alte Länder		Neue Länder	
	Aussiedler	Ausländer	Aussiedler	Ausländer
1996	142 000	180 000	36 000	30 000
1997	107 000	120 000	27 000	20 000
1998 *)	82 000	40 000	21 000	10 000
1999–2005	82 000 p.a.	80 000 p.a.	21 000 p.a.	20 000 p.a.
2006–2010	72 000 p.a.	80 000 p.a.	18 000 p.a.	20 000 p.a.
2011–2020	38 000 p.a.	80 000 p.a.	10 000 p.a.	20 000 p.a.
2021–2030	19 000 p.a.	80 000 p.a.	5 000 p.a.	20 000 p.a.

*) Sondereffekt Bosnien-Rückkehrer

Anhang 2

Stellungnahme des Sozialbeirats zur Nettoanpassung in der gesetzlichen Rentenversicherung

1. Die Diskussion über die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung angesichts demographischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturwandlungen geht auch nach der Bundestagswahl und dem Regierungswechsel vom Herbst 1998 weiter. Die Regierungskoalition hat inzwischen einige Regelungen des Rentenreformgesetzes zeitlich begrenzt ausgesetzt, und die Bundesregierung hat angekündigt, noch 1999 Eckpunkte eines neuen Reformgesetzes vorzulegen. Der Sozialbeirat nimmt die damit verbundenen Beratungen zum Anlass, die derzeit gültige Renten Anpassungsformel zu überprüfen.

2. Die Notwendigkeit einer Überprüfung der 1992 eingeführten nettolohnbezogenen Renten Anpassung ergibt sich vor allem durch Rückwirkungen von Belastungsveränderungen durch die Lohn- und Einkommensteuer auf die Rentenversicherung. Dazu gehören Auswirkungen der am Jahresbeginn in Kraft getretenen Einkommensteuerreform und des jüngsten Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur finanziellen Entlastung von Familien. Gleiches kann aus einem noch erwarteten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung von Renten und Pensionen folgen.

3. Der Sozialbeirat hat sich intensiv mit den Fragen befasst, die sich daraus für die Rentenversicherung ergeben. Die hierzu vorgelegte Stellungnahme betrifft zwar nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtkomplex potentieller Ansatzpunkte zur weiteren Gestaltung der Rentenversicherung, doch ist die Formel zur Berechnung und Anpassung der Renten ein Kernelement des deutschen Rentenversicherungssystems.

4. Nachfolgend werden zunächst die Elemente der derzeitigen Renten Anpassungsformel kurz skizziert. Dies dient als Basis für die Darstellung von Auswirkungen, die sich für die gesetzliche Rentenversicherung aus Änderungen der Abgaben von Arbeitnehmern und Rentnern ergeben, und zwar als Folge der bestehenden Konstruktion der Anpassungsformel. Sodann erörtert der Sozialbeirat einen Vorschlag für eine Modifizierung und Vereinfachung der Anpassungsformel. Durch diese Modifizierung der Nettoanpassung soll insbesondere vermieden werden, dass die Entwicklung der Renten und damit der Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung unmittelbar durch steuerpolitische Entscheidungen beeinflusst wird, die spezielle Ziele – etwa die Entlastung von kinderreichen Familien – verfolgen. Dadurch würde u.a. auch die Gefahr fallweiser politischer Eingriffe in die gesetzliche Rentenversicherung vermindert.

5. Seit 1992 folgt die Entwicklung der Renten (mit einer Zeitverzögerung von gut einem Jahr) der Entwicklung des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts aller Versicherten. Die Veränderung des Nettoarbeitsentgelts ergibt sich aus Veränderungen des durch-

schnittlichen Bruttoarbeitsentgelts sowie der durchschnittlich auf Arbeitsentgelt der Versicherten entfallenden Lohnsteuer und der (Arbeitnehmer-)Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, der Bundesanstalt für Arbeit, der gesetzlichen Kranken- und der gesetzlichen Pflegeversicherung. Da Rentner jedoch selbst individuell Beiträge an die Kranken- und Pflegeversicherung entrichten, ist in der Renten Anpassungsformel eine Korrektur für diese Abgabenkomponenten erforderlich. Darüber hinaus ist ein weiterer Korrekturfaktor in der Rentenformel vorgesehen für den Fall, dass die sogenannte Eckrente (auf der Grundlage von 45 Entgeltpunkten) von der Einkommensbesteuerung erfasst wird, was bislang jedoch noch nicht der Fall ist.

6. Eine Senkung von Sozialversicherungsbeiträgen wie auch eine Entlastung bei der Lohnsteuer führt dazu, dass das durchschnittliche Nettoarbeitsentgelt stärker steigt als bei einer Konstanz der Abgabesätze. Mit einer zeitlichen Verzögerung fällt dann – über die Koppelung der Renten Anpassung an die Entwicklung des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts – auch der Renten Anpassungssatz höher aus. Hierdurch steigen die Rentenausgaben und der Finanzbedarf in der gesetzlichen Rentenversicherung, was ggf. einen Anstieg des Beitragssatzes erforderlich macht. Dadurch wird ein Teil der Entlastung für Arbeitnehmer durch die Rückwirkungen im Rentenversicherungssystem wieder aufgehoben.

7. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Entlastung von Familien und durch die Einkommensteuerreform ist nun ein stärkerer Anstieg des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts zu erwarten. Das würde – bei sonst unveränderten Bedingungen – eine Anhebung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung erforderlich machen. Jede weitere Stufe einer die durchschnittliche Steuerbelastung reduzierenden Einkommensteuerreform wäre gleichfalls mit dieser Wirkung verbunden.

8. Der Sozialbeirat will durch einige Modellberechnungen verdeutlichen, wie sich Veränderungen in der steuerlichen Belastung auf den Beitragssatz in der Rentenversicherung auswirken können. Dazu sind in der beigefügten Tabelle drei Annahmereihen für die Höhe der durchschnittlich auf Arbeitsentgelte entfallenden Lohnsteuersätze dargestellt, und zwar

- a) eine Basisrechnung ohne steuersenkende Maßnahmen (ohne „Steuerreform“),
- b) Alternativrechnungen mit „Steuerreform“ und
- c) unter der Annahme einer auf dem derzeitigen Niveau verharrenden Steuerbelastung.

Diese Annahmen sind nicht als Prognosen der Entwicklung zu verstehen, sondern als Modellannahmen.

um Anhaltspunkte zur Beantwortung der Frage zu gewinnen, wie sich – unter sonst identischen Annahmen – der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung entwickeln würde. Dabei wird vom derzeit geltenden Verfahren der Nettoanpassung ausgegangen. Der Modellansatz entspricht dem, der auch früher vom Sozialbeirat für solche Langfristberechnungen verwendet wurde.¹⁾ Der Berechnungszeitraum erstreckt sich bis zum Jahr 2030.

9. Wie aus der Tabelle zu ersehen ist, wird in der Variante „mit Steuerreform“ zunächst eine Entlastung der Arbeitnehmer bei der Lohnsteuer unterstellt, die jedoch dann wieder von einem Anstieg des durchschnittlichen Steuersatzes abgelöst wird. Hier spiegeln sich Erfahrungen der Vergangenheit – u.a. mit dem allmählichen Hineinwachsen in die Progression bei unverändertem Steuerrecht – wider.

Geht man von diesen Annahmen aus, so dürfte der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2005 durch Maßnahmen der Steuerreform um 0,8 Beitragspunkte höher liegen als ohne diese Reform. Verglichen mit der Basisrechnung ergibt sich im Jahr 2030 ein um einen Beitragspunkt höherer Beitragssatz.

10. Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung bei weiterer Gültigkeit der Nettoanpassungsformel hängt in erheblichem Maße davon ab, wie sich mittel- und längerfristig die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer verändert. Gleiches gilt für die Entwicklung des Beitragssatzes zur Bundesanstalt für Arbeit.

Je weniger die Steuerbelastung steigt, um so höher ist – im Vergleich zu Berechnungen mit stärkerem Belastungsanstieg – der in der Rentenversicherung erforderliche Beitragssatz. Angesichts der bereits erreichten Höhe der Einkommensteuerbelastung erscheint eine Verlängerung der bisherigen Entwicklung in die Zukunft kaum vorstellbar. Nicht auszuschließen ist, dass sich die Besteuerung mehr in Richtung auf indirekte Steuern verlagert mit der Folge eines schwächeren Anstiegs der direkten Steuerbelastung.

Würde beispielsweise das jetzige Niveau der durchschnittlichen Lohnsteuerbelastung (von 19 v.H.) im gesamten Zeitraum bis 2030 konstant bleiben, so ergäbe sich – verglichen mit der Berechnungsvariante „mit Steuerreform“ – im Jahre 2030 ein um weitere 0,6 Beitragspunkte höherer Beitragssatz.

11. Die Modellberechnungen machen deutlich, dass sich steuerpolitische Entscheidungen infolge der Konstruktion der Nettoanpassungsformel unmittelbar spürbar auf die Finanzlage der Rentenversicherung auswirken. Entlastungen der Arbeitnehmer bei der Lohnsteuer würden – bei unveränderten Finanzierungs- und Leistungsregelungen – zum Teil durch höhere Beitragssätze in der Rentenversicherung gemindert.

Diese Hinweise sind keinesfalls als Aussage zu verstehen, die sich gegen Entlastungen bei der Lohn- und

Einkommensteuer richtet. Sie verdeutlichen aber, dass infolge der Nettoanpassungsformel Zusammenhänge zwischen Steuerpolitik und Finanzlage der Rentenversicherung zu beachten sind. Insofern stellt sich auch die Frage, ob eine Modifizierung der Anpassungsformel, durch die insbesondere diese Auswirkungen ausgeschaltet werden, angestrebt werden sollte.

12. Bei der Beantwortung dieser Frage sind weitere Aspekte zu berücksichtigen. So gibt es Überlegungen, die Entlastungen für Arbeitnehmer als Reaktion auf das „Familienurteil“ des Bundesverfassungsgerichts nicht über die Rentenanpassung wirksam werden zu lassen. Es handele sich um eine gezielte finanzielle Entlastung von Familien, deren Wirkung Rentner nicht begünstigen solle. Dazu sei eine einmalige Korrektur bei der Berechnung des Anpassungssatzes ausreichend.

Solche fallweisen Korrekturen, die auch durch andere steuerpolitisch motivierte Veränderungen der Belastung von Arbeitnehmern ausgelöst werden könnten, wären nicht geeignet, das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken.

13. Zudem wird seit längerem ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung von Renten und Pensionen erwartet. Würde dadurch eine über die jetzige Ertragsanteilsbesteuerung der Renten hinausreichende höhere Besteuerung der Renten erforderlich, so könnte dies nach der geltenden Nettoanpassungsformel dazu führen, dass über den bereits erwähnten Korrekturfaktor eine stärkere Anhebung der Renten ausgelöst wird, mit der Folge eines steigenden Beitragsbedarfs in der Rentenversicherung. Auch würde in diesem Fall wohl eine stärkere steuerliche Freistellung der Rentenversicherungsbeiträge notwendig, was über die entsprechend erhöhten Nettoeinkommen eine zusätzliche Rentenerhöhung nach sich ziehen würde.

14. Aus all diesen Gründen stellt der Sozialbeirat eine Modifizierung der Anpassungsformel zur Diskussion, die nicht nur die Entwicklung der Rentenversicherung von steuerpolitischen Veränderungen unabhängig machen würde, sondern die auch im Vergleich zur Nettoanpassungsformel erheblich einfacher und folglich transparenter wäre. In dieser Anpassungsformel, die weiterhin lohnbezogen und zugleich beitragsbezogen wäre, würde die Höhe des Anpassungssatzes nur noch von Veränderungen des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts und des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung bestimmt.

15. Da bereits heute wegen der oben erwähnten Korrekturen in der Nettoanpassungsformel die Beitragssätze zur Kranken- und Pflegeversicherung für die Höhe des Anpassungssatzes faktisch keine Rolle mehr spielen, läge der Unterschied zur gegenwärtigen Formel im wesentlichen darin, dass die einkommensteuerliche Belastung und der Beitragssatz zur Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr anpassungsrelevant wären.

Die Renten würden also auch in Zukunft an der Entwicklung des allgemeinen Lohnniveaus teilnehmen, was seit der grundlegenden Rentenreform von 1957 ein zentrales Merkmal der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung ist. Die modifizierte Rentenanpassungs-

¹⁾ Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 1998 und Stellungnahme zu einigen weiteren Berichten zur Alterssicherung. Bundestags-Drucksache 13/11290 vom 17. 7. 98, S. 239–251.

formel stellt folglich keine Rückkehr zur früheren Bruttoanpassung dar, da Erhöhungen des Beitragssatzes in der Rentenversicherung nicht allein die Arbeitnehmer, sondern auch die Rentner belasten.

16. Bei der Ausgestaltung dieser modifizierten Nettoanpassungsformel ist es auch möglich, das gegenwärtig erreichte Abgabenniveau mit zu berücksichtigen, jedoch als eine im Zeitablauf unveränderte Quote. Hierdurch würde erreicht, dass Veränderungen des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung etwa in dem Maße auf die Renten übertragen werden, wie sie sich auch auf die Nettoentgelte der Arbeitnehmer auswirken.

17. Der Einfluss der modifizierten Anpassungsformel auf die Höhe des Beitragssatzes hängt folglich von der konkreten Ausgestaltung der Formel ab. Um dies zu illustrieren, sind in der Tabelle exemplarisch drei Varianten aufgeführt:

a) Neben der Veränderung des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts wird die Veränderung des Arbeitnehmeranteils zur Rentenversicherung berücksichtigt. Die Berechnungsergebnisse zeigen, dass der aus der vereinfachten Formel resultierende Beitragssatz bis zum Jahr 2030 etwas unter dem Beitragssatz liegt, der sich bei der derzeitigen Nettoanpassung und unter Berücksichtigung der Steuerreform ergibt.

b) Im Unterschied zu der in (a) erwähnten Variante wird auch das gegenwärtige erreichte Abgabenniveau mitberücksichtigt, das sich in Zukunft aber nur noch gemäß der Entwicklung des Arbeitnehmeranteils zur Rentenversicherung verändert (siehe Ziffer 16). In diesem Fall läge der Beitragssatz im Jahr 2030 etwas niedriger.

c) Würde in der Anpassungsformel (im Unterschied zu b) die Veränderung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung insgesamt berücksichtigt, so führte dies zu einer spürbaren finanziellen Entlastung der Beitragszahler: Der Beitragssatz im Jahr 2030 läge um 1,4 Beitragsspunkte unter dem Satz, der sich aus der Nettoanpassungsformel unter Berücksichtigung der Steuerreform ergäbe.

18. Durch die Entkoppelung von steuerpolitischen Entscheidungen und Entscheidungen zur Gestaltung der

Rentenversicherung würde dem Gesetzgeber größere Handlungsfreiheit in den verschiedenen Bereichen verschafft sowie die Zielgenauigkeit von Maßnahmen erhöht (indem beispielsweise Maßnahmen zugunsten von Familien sich nur auf diese auswirken). Auch würde die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit des Rentenversicherungssystems verbessert, da Anlässe für diskretionäre Eingriffe in die Rentenformel vermindert werden. Zudem würde die Transparenz steigen, da die vereinfachte Rentenformel von Einflussfaktoren befreit würde, die in ihrer Wirkung schwer zu durchschauen sind.

19. Aus den oben erwähnten Gründen regt der Sozialbeirat an, im Zuge der weiteren Beratungen zur Rentenreform eine modifizierte Anpassungsformel zu prüfen.

20. Diese Anregung wird unbeschadet von Überlegungen im Hinblick auf weitere Maßnahmen zur Anpassung der Rentenversicherung u.a. an absehbare demographische Veränderungen unterbreitet, über deren Erfordernis im Sozialbeirat unterschiedliche Auffassungen bestehen.

21. Der Sozialbeirat betont, dass aus seiner Sicht in der gesetzlichen Rentenversicherung eine feste Anpassungsformel die Planbarkeit für die Betroffenen sowie die notwendige Akzeptanz des Sicherungssystems erhöht und folglich fallweise Eingriffe in den Berechnungsmodus und die Höhe der Anpassungssätze zu vermeiden sind.

22. Außerdem warnt der Sozialbeirat nachdrücklich davor, von einheitlichen Anpassungssätzen für alle Rentner abzugehen und unterschiedlich hohe Rentenanpassungen – z.B. nach Höhe der Renten – anzuwenden. Abgesehen davon, dass z.B. von niedrigen Renten nicht auf ein niedriges Gesamteinkommen geschlossen werden kann, würde die Beziehung zwischen Beitrag und Leistung in der Rentenversicherung aufgeweicht, die Rentenversicherung verstärkt zu einem Umverteilungsinstrument und die Akzeptanz des Systems untergraben.

Bremen, den 23. April 1999

Univ.-Prof. Dr. Winfried Schmähl

Annahmen und Berechnungen zur Entwicklung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung – in v. H. –

Jahr	Annahmen über den durchschnittlichen Steuersatz auf Arbeitsentgelt 1997–2030		Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung bei unveränderter Nettoanpassung		Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung bei modifizierter Nettoanpassung	
	Grundrechnung		Grundrechnung		Variante*	
	ohne Steuerreform	mit Steuerreform	Variante mit konstanter durchschnittlicher Steuerbelastung	ohne Steuerreform	mit Steuerreform	(3) voller Beitragsatz zur Rentenversicherung und sonst unveränderte Abgabenquote
1997	19,00	19,00	19,00	19,50	19,50	19,50
1999	19,35	19,00	19,00	19,60	19,60	19,50
2000	19,85	18,80	19,00	19,60	19,60	19,50
2005	20,35	17,80	19,00	20,60	20,20	20,00
2010	21,10	18,55	19,00	20,70	20,50	20,20
2015	21,85	19,30	19,00	20,90	20,90	20,70
2020	22,60	20,05	19,00	21,90	22,10	21,30
2025	23,10	20,55	19,00	23,50	24,00	22,50
2030	23,60	21,05	19,00	25,30	25,90	23,90

* Varianten bei modifizierter Nettoanpassung:

- 1) Veränderung des durchschnittlichen Bruttoentgeltes und des Arbeitnehmeranteils zur gesetzlichen Rentenversicherung
- 2) wie 1), aber zusätzlich mit unveränderter Abgabenquote des Basisjahres
- 3) wie 2), aber Einbeziehung der Veränderung des vollen Beitragssatzes zur Rentenversicherung

Anhang 3

Stellungnahme des Sozialbeirats zu einigen Vorschlägen zur Reform der Alterssicherung in Deutschland

Der Sozialbeirat hat sich in mehreren Sitzungen mit Fragen zur Weiterentwicklung des deutschen Alterssicherungssystems befasst, zuletzt am 5. November 1999, und ist dabei zu folgender Stellungnahme zu einigen der in der Diskussion befindlichen Vorschläge gelangt:

„Bedarfsorientierte Mindestsicherung“

1. In den von der Bundesregierung am 23. Juni 1999 beschlossenen „Eckpunkten“ für eine Rentenstrukturreform ist die Einführung einer bedarfsorientierten, aus Einnahmen der Ökosteuer zu finanzierenden Mindestsicherung vorgesehen, durch die Armut im Alter und bei dauerhafter Erwerbsunfähigkeit verhindert werden soll. Ziel ist auch, sogenannte „verschämte“ Armut durch Nichtinanspruchnahme der Sozialhilfe zu vermeiden. Nach einer Einkommensüberprüfung durch den Rentenversicherungsträger soll dieser auch die entsprechenden Leistungen auszahlen. Im Unterschied zu bisher geltenden Regelungen im Sozialhilferecht soll die Transferzahlung pauschaliert sein und der Rückgriff auf unterhaltspflichtige Kinder ausgeschlossen werden. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen bleibt bestehen.

2. Die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme lässt sich aus Sicht des Sozialbeirats nicht aus gegenwärtigen Bedingungen ableiten. Es gehört zu den Erfolgen der deutschen Alterssicherungspolitik, dass einkommensmäßige Armut im Alter – sofern sie am Sozialhilfebegriff gemessen wird – in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen ist und quantitativ heute erfreulicherweise nur eine geringe Bedeutung besitzt. So lag Ende 1997 die Sozialhilfequote in der Altersgruppe ab 65 Jahren nach der Sozialhilfestatistik bei 1,3 Prozent, während sie für die Gesamtbevölkerung rund 3,5 Prozent betrug. Auch wenn damit Einkommensarmut nicht voll erfasst wird, lässt sich daraus keine Maßnahme begründen, die für das System der Rentenversicherung weitreichende Konsequenzen haben könnte.

3. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass durch (weitere) Leistungseinschränkungen in der gesetzlichen Rentenversicherung oder ungünstige Voraussetzungen auf dem Arbeitsmarkt zum Erwerb von Rentenanwartschaften in Zukunft die Gefahr einkommensmäßiger Armut zunimmt, sofern die Haushalte diese negativen Konsequenzen nicht durch andere Formen der Alterssicherung oder des Einkommenserwerbs auffangen können. Das bedeutet jedoch nicht, dass die notwendige Aufgabe der Kompensation von unzureichendem Einkommen durch einkommensüberprüfte und bedarfsorientierte Transferzahlungen durch die Rentenversicherung erfüllt werden sollte.

4. Auch wenn die bedarfsorientierte Mindestsicherung aus dem Steueraufkommen finanziert werden soll, dürften hiervon negative Konsequenzen für die Akzeptanz des Rentenversicherungssystems ausgehen.

Im Falle einer Integration einer bedarfsorientierten Mindestsicherung in die gesetzliche Rentenversicherung ist nicht auszuschließen, dass mit Hinweis auf das „untere Auffangnetz“ Senkungen des Leistungsniveaus in der Rentenversicherung gefordert werden. Langfristig könnte die Legitimation des Rentenversicherungssystems in Frage gestellt werden, wenn selbst nach langjähriger Beitragszahlung nur noch Ansprüche erworben werden können, die sich kaum vom Anspruch auf eine Mindestsicherung unterscheiden. Auch wenn die jetzige Bundesregierung dies nicht beabsichtigt, sind auch solche möglichen Langfristeffekte bei der Beurteilung zu berücksichtigen.

5. Zwischen den Institutionen sollte vielmehr eine klare Aufgabenzuordnung bestehen. In Deutschland existiert ein Rechtsanspruch auf Sozialhilfe, falls das eigene Einkommen nicht zur Finanzierung eines menschenwürdigen Lebensunterhalts ausreicht. Die Quote der Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe gerade bei älteren Menschen dürfte vor allem auf die Befürchtung zurückzuführen sein, dass gegebenenfalls die eigenen Kinder zur Unterhaltszahlung herangezogen werden. Diesem kann aber durch einen Abbau des Regresses (wie dies bei der „bedarfsorientierten Mindestsicherung“ vorgesehen ist) auch innerhalb der Sozialhilfe Rechnung getragen werden, gleichfalls durch eine stärkere Pauschalierung von (bisherigen) Einmalzahlungen und eine Vereinfachung der Einkommensüberprüfung.

Aus Sicht des Sozialbeirats können die mit der bedarfsorientierten Grundsicherung angestrebten Ziele durch eine entsprechende Reform des Sozialhilferechts systemadäquat und wirksam verwirklicht werden.

6. Abgesehen von der Frage, ob die Rentenversicherungsträger selbst zur Durchführung der erforderlichen, die individuelle und Haushaltssituation berücksichtigende Bedarfs- und Einkommensüberprüfung verwaltungsmäßig in der Lage wären, besteht bei der Integration der bedarfsorientierten Mindestsicherung in die Rentenversicherung die Gefahr, dass aus Sicht der Beitragspflichtigen eine Vermischung zwischen den auf Beiträgen beruhenden Rentenansprüchen einerseits sowie bedarfsabhängigen Ausgaben andererseits entsteht und dadurch die Abgabebereitschaft gerade jüngerer Versicherter negativ beeinflusst wird.

In den vergangenen Jahren ist – auch durch Maßnahmen der neuen Bundesregierung – der Zusammenhang zwischen dem Einkommen der Versicherten in der Erwerbsphase, aus dem die Beiträge berechnet werden, und den späteren Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung verstärkt worden. Durch die Einführung einer Mindestsicherung innerhalb der Rentenversicherung würde dem nun wieder entgegengewirkt.

7. Der Sozialbeirat wendet sich aus diesen Gründen nachdrücklich gegen eine Integration einer „bedarfsori-

entierten Mindestsicherung“ in die gesetzliche Rentenversicherung und plädiert dafür, Berechnung und Auszahlung solcher Leistungen auch in Zukunft außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung durchzuführen.

Familienbezogene Leistungen und Rentenversicherung

8. Der Sozialbeirat hat wiederholt gefordert, dass Ausgaben der Familienpolitik in vollem Umfang aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.¹⁾ Mit der nun stattfindenden Beitragszahlung des Bundes für Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung erfolgt jetzt eine im Prinzip sachadäquate Finanzierung dieser familienpolitischen Maßnahme. Wünschenswert wäre jedoch, dass diese Beitragszahlung des Bundes in Zukunft nicht in pauschalierter, sondern in individueller Form erfolgen würde, sofern der damit verbundene zusätzliche Verwaltungsaufwand in Grenzen gehalten werden kann.

9. Es liegen nun wiederum Vorschläge vor, „neben dem Faktor der Lebenserwartung auch Kinder als zweiten demographischen Faktor zu berücksichtigen und Familien mit Kindern in der Rente einen Bonus gegenüber Kinderlosen zu geben“.²⁾ Dabei wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Steuergelder „angesichts der realen Haushaltslage für eine Verbesserung des Familienleistungsausgleichs möglicherweise nicht zur Verfügung stehen könnten“.

10. Der Sozialbeirat bekräftigt seine Auffassung, dass eine Förderung von Familien als Teil der Familienpolitik aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert werden sollte. Dies gilt auch für Maßnahmen, die in der Erwerbsphase ansetzen, um z.B. Familien finanziell zu entlasten. Will man dies durch eine Reduktion der Beitragsbelastung in der Rentenversicherung erreichen, so sollten die entsprechenden Beträge aus allgemeinen Haushaltsmitteln den Familien direkt zugewendet werden.

Reform der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten

11. Auch im Zusammenhang mit der beabsichtigten Reform der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten sollte nach Auffassung des Sozialbeirats eine systemge-

rechte Zuordnung der Aufgaben und ihrer Finanzierung erfolgen. Das heißt zum Beispiel, dass der arbeitsmarktbedingte Teil der Erwerbsunfähigkeitsrenten ausschließlich über die Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden sollte.

Renten Anpassung

12. Der Sozialbeirat hat hierzu am 23. April 1999 bereits einen Diskussionsvorschlag unterbreitet³⁾ und auf die im Zusammenhang mit der Renten Anpassung notwendigen Entscheidungen hingewiesen. Bislang fehlt eine hinreichende Klarheit über einen langfristig tragfähigen Ansatz zur Gestaltung der Renten Anpassung. Angesichts der Länge der individuellen Rentenlaufzeiten besitzt die Renten Anpassung für die Entwicklung der Einkommenssituation der Rentner große Bedeutung. Unabhängig von einem noch ausstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung von Renten und Pensionen besteht aus Sicht des Sozialbeirats die Notwendigkeit, über die künftige Regel für die Renten Anpassung bald Klarheit zu schaffen.

Ausweitung der privaten Vorsorge

13. Nach den Aussagen in ihren „Eckpunkten“ will die Bundesregierung den Aufbau einer ergänzenden kapitalgedeckten Vorsorge über das bisherige Maß hinaus erreichen. Dabei soll Wahlfreiheit in der Form bestehen.

Die Realisierung zusätzlicher kapitalgedeckter Altersvorsorge kann allerdings auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichen Wirkungen erfolgen, kann freiwillige oder obligatorische Vorsorge sein und auf unterschiedliche Weise aus öffentlichen Mitteln gefördert bzw. unterstützt werden.

14. Der Sozialbeirat unterstützt das Ziel, zusätzliche kapitalgedeckte Vorsorge zu fördern und dabei bisherige Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung auf Zwecke der Alterssicherung zu konzentrieren. Dabei sollte die Förderung durch Haushaltsmittel auf untere und mittlere Einkommensgruppen beschränkt werden.

Univ.-Prof. Dr. Winfried Schmähl

¹⁾ Vgl. u.a. die Stellungnahme des Sozialbeirats zu einigen Grundsatzfragen des Zusammenhangs zwischen dem Aufziehen von Kindern und der Alterssicherung, in: Bundestags-Drucksache 12/3111, S. 196f.

²⁾ Antrag des Bundesvorstandes der CDU an den Bundesausschuss am 13. Dezember 1999 in Berlin, S. 24 (hektographiert).

³⁾ Abgedruckt in Deutsche Rentenversicherung, H. 8-9/1999, S. 503 bis 507.

25.02.00

Beschluss

des Bundesrates

Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Schwankungsreserve sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 SGB VI (Rentenversicherungsbericht 1999) und Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 1999

Der Bundesrat hat in seiner 748. Sitzung am 25. Februar 2000 beschlossen, zu dem Bericht und dem Gutachten wie folgt Stellung zu nehmen:

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, in den künftigen Rentenversicherungsberichten wieder eine Prognose zur Entwicklung der Renten in den neuen Ländern im Vergleich zur Entwicklung der Renten in den alten Ländern aufzunehmen unter dem Gesichtspunkt, wie die Angleichung der Renten zwischen Ost und West auf der Grundlage des vorliegenden Datenmaterials fortschreiten wird.

Begründung:

Der Rentenversicherungsbericht soll die gesetzgebenden Körperschaften und die Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen über die künftige Entwicklung in der Rentenversicherung und über ihre finanzielle Entwicklung im mittelfristigen Zeitraum informieren.

Die Bundesregierung ist verpflichtet, im Rentenversicherungsbericht die Entwicklung der Renten in den neuen Ländern gesondert darzustellen (§ 154 Abs. 3a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch). Diese Verpflichtung besteht solange, wie die Lohn- und Gehaltssituation (und damit auch die Rentenhöhe) in den neuen und alten Ländern noch unterschiedlich ist. Die Darstellung im Rentenversicherungsbericht sollte auch die künftige Entwicklung des aktuellen Rentenwertes (Ost) sowie dessen Angleichung an den aktuellen Rentenwert (West) umfassen. Die in den Rentenversicherungsberichten von 1993 sowie 1995 bis 1998 erfolgte Einschätzung der Bundesregierung zur mittelfristigen Rentenentwicklung in den neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern sollte daher fortgeführt werden.